

74/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 38. Sitzung, 29.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

38. Sitzung / öffentlicher Teil

Dienstag, 29.05.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:08 Uhr – 18:55 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

38. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 29. Mai 2007

Gesamtdauer der 38. Sitzung:
9.08 Uhr – 18.55 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen beginnen um 9.08 Uhr und finden bis 9.23 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

9.24

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 9.24 Uhr – zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Josef Mayer** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Mag. Josef Mayer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt Herrn **Mag. Josef Mayer** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Sektionschef Mag. Josef Mayer (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit): Mein Name: Josef Mayer; geboren am 2. November 1944; wohnhaft in: 1100 Wien; Beruf: Bundesbeamter.

Obmann Dr. Peter Pilz setzt Mag. Mayer davon in Kenntnis, dass er sich als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 der Verfahrensordnung bei seiner Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen darf und seine vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt wurde. Er erinnert daran, dass Mag. Mayer auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte einer dieser Gründe für die Auskunftsperson schlagend werden, könne sie sich an Verfahrensanwalt Dr. Strasser oder an den Obmann wenden, dann werde die weitere Vorgangsweise besprochen.

Der Obmann fragt, ob Mag. Mayer von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, eingangs eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. (Die **Auskunftsperson bejaht dies.**) – Der Obmann erteilt daher Mag. Mayer das Wort.

Mag. Josef Mayer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur der Ordnung halber auf den Absatz 9.3.1 des Ihnen bekannten Gegengeschäftsvertrages hinweisen, der hier eine spezielle Vertraulichkeitsmaßnahme vorsieht. Das möchte ich der Ordnung halber hier festgehalten haben. – Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Nur zu Ihrer Information: Gegenüber dem Ausschuss gelten derartige vertragliche Verschwiegenheitsverpflichtungen **nicht**. Ich würde Sie daher ersuchen, auch auf Fragen, die auf diesen Bereich abzielen, Antwort zu geben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir bei dieser Erklärung. Herr Mag. Mayer, wer hat Ihnen diese aufgesetzt?

Mag. Josef Mayer: Die hat mir niemand aufgesetzt – soweit bin ich noch in der Lage, das selbst aus dem Vertrag herauszulesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen, es ist nur auffällig, dass alle aus dem Wirtschaftsministerium, die wir bisher zu den Gegengeschäften gehört haben, genau das gleiche Gsatzl heruntergesagt haben.

Mag. Josef Mayer: Ich weiß nicht, was die anderen gesagt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie sich akkordiert mit den anderen?

Mag. Josef Mayer: Wir haben uns nicht akkordiert, aber der Anwalt, der uns auch beim Gegengeschäftsvertragsabschluss beraten hat, hat Kontakt aufgenommen und darauf hingewiesen, dass es ... (*Abg. Mag. Stadler: Mit wem Kontakt aufgenommen?*) – Bitte?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit wem Kontakt aufgenommen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte, Herrn Mag. Mayer aussprechen zu lassen!

Mag. Josef Mayer: Er hat zunächst einen Kollegen von mir angerufen und dann habe ich mit ihm gesprochen. Er hat nur gesagt, er sei ein sehr vorsichtiger Mensch und es könnte nicht schaden, wenn man auf diesen Absatz des Gegengeschäftsvertrages hinweist, um nicht nachher vielleicht das eine oder andere Problem zu bekommen, da ja in der Regel dann oft, wenn es zu einem Verfahren käme, die „Kleinen“ übrig bleiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben uns übrigens so oder ähnlich lautend auch alle gesagt.

Mag. Josef Mayer: Ja, weil es der Wahrheit entspricht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, ich glaube es Ihnen schon. Ich habe eher den Eindruck, dass man sich in Ihrem Ministerium auf die heutige Einvernahme und auf die bisherigen Einvernahmen gut vorbereitet hat.

Herr Magister Mayer, haben Sie mit Herrn Plattner bisher zu tun gehabt? (*Mag. Mayer: Nein!*)

Die Firma, für die Frau Keglevich tätig ist, ist Ihnen aber bekannt?

Mag. Josef Mayer: Die Frau Keglevich ist mir bekannt, aber was sie genau macht oder in welcher Form die Firma organisiert ist, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen die Euro Business Development GmbH bekannt? (*Mag. Mayer: Ja!*) Abgekürzt mit **EBD**. (*Mag. Mayer: Ja!*) – Haben Sie gewusst, wer dort Gesellschafter ist?

Mag. Josef Mayer: Nein, das habe ich nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso schaut niemand im Wirtschaftsministerium – das dürfte man doch von einem Wirtschaftsministerium erwarten – bei einem so wichtigen Geschäftspartner, der sozusagen für die Abwicklung der Gegengeschäfte von EADS praktisch zuständig gemacht wurde, nach, wer hinter dieser EBD steckt?

Mag. Josef Mayer: Uns hat der Vertragspartner mitgeteilt, dass dieses Unternehmen für ihn jetzt die Abwicklung der Gegengeschäfte machen wird, und das hat uns genügt. In der Regel vertrauen wir unserem Vertragspartner, dem, was er sagt – und dass auch das Unternehmen oder die Firma, die er beauftragt, auch allen Vorschriften und Gegebenheiten entspricht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das glaube ich Ihnen schon, aber wir wollen doch wissen, wenn wir als Republik mit jemandem Geschäfte tätigen, wer hinter der Firma **EBD** steckt. Ist das nicht so? – Oder muss da zuerst als Sitz des Unternehmens **Palermo** stehen, damit das kritisch hinterfragt wird?

Mag. Josef Mayer: Nein, das nicht, aber in der Regel gehen wir doch davon aus, dass ein entsprechendes Vertrauensprinzip herrscht, wenn ich einen Vertragspartner habe, und mir der Vertragspartner sagt, dass er das jetzt über eine bestimmte Firma abwickeln möchte, dass ich nicht von vornherein annehme, dass das vielleicht ein Unternehmen wäre, das **nicht** den gesetzlichen Vorschriften entspricht oder das in Geschäfte verwickelt ist, in die es vielleicht nicht verwickelt sein sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen sage, dass die **Alta Wirtschaftstreuhandgesellschaft**, die die Geschäftsanteile für andere bei der EBD hält, in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Verschleierung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, der tatsächlichen Eigentumsverhältnisse: Ist Ihnen das geläufig?

Mag. Josef Mayer: Nein, ist es mir nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Alta Wirtschaftstreuhandgesellschaft hält nämlich die Anteile an der EBD für Herrn Plattner. – Der ist Ihnen aber mittlerweile schon aus der Lektüre zumindest der Zeitungen geläufig?

Mag. Josef Mayer: Aus der Zeitung, ja. Das sagt aber noch nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Herr Dr. Schön ist Ihnen auch aus der Zeitung geläufig?

Mag. Josef Mayer: Aus der Zeitung, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auch nur aus der Zeitung geläufig. – Es wirft ein wenig ein bezeichnendes Licht auf die ganze Abwicklung im Wirtschaftsministerium, wie man mit diesen Gegengeschäften umgeht.

Bevor ich und andere Fragesteller dieses Ausschusses auf die Gegengeschäfte im Detail eingehen: Was wissen Sie über das persönliche Verhältnis zwischen Herrn Aloysius Rauen – oder nein, so, wie es der Anwalt des Wirtschaftsministeriums, ausdrücken würde: Herrn Aloysius **von** Rauen – und Herrn Bundesminister Martin Bartenstein?

Mag. Josef Mayer: Über dieses Verhältnis müssen Sie den Herrn Bundesminister fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das werden wir noch tun, aber ich wollte Sie als einen der wichtigsten Beamten in diesem Bereich fragen, denn sehr viele Auskunftspersonen haben immer gesagt: Das müssen Sie Herrn Mag. Mayer fragen!

Ich darf Ihnen einen Brief vorhalten, der mehrere Paraphen trägt. Ich möchte Sie nur fragen, ob Ihre Paraphe drauf ist – wenn Sie sich bitte das Deckblatt anschauen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Josef Mayer: Nein, da ist meine Paraphe nicht drauf.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie die Paraphen zuordnen? Kennen Sie diese?

Mag. Josef Mayer: Das Linke dürfte **Orth** heißen, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen vor, dass sich hier Aloysius Rauen dafür besonders bedankt, dass Herr Minister Bartenstein offensichtlich Dinge möglichst gemacht hat, die sonst nicht möglich gewesen wären.

Ich darf wörtlich zitieren. Herr Rauen bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten, und dann schreibt er:

Nur dadurch konnten eine Reihe von Hürden in der Eurofighter-Beschaffung erfolgreich genommen werden. Ich versichere Ihnen zudem, dass wir weiterhin alle Anstrengungen unternehmen werden, auch die freiwilligen Verpflichtungen und Zusagen einzulösen. – Zitatende.

Bleiben wir zunächst bei den Hürden. Haben Sie eine Vorstellung, welche **Hürden** das sind, die Herr Rauen da meint?

Mag. Josef Mayer: Es waren äußerst harte Verhandlungen, das weiß ich, und dass Bundesminister Bartenstein hier wirklich sehr, sehr hart verhandelt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das steht aber nicht hier. Hier steht, dass er **planiert** hat.

Mag. Josef Mayer: Die Hürden waren natürlich die Frage des Pönales, die Frage, wie hoch die Kompensation ist. Das waren natürlich sehr große Hürden, weil wir hier sehr starke und strenge Vorgaben gemacht haben, und da waren natürlich Hürden im Vertragsverfahren und in den Verhandlungen gegeben. Ich nehme an, dass diese Hürden hier gemeint sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, auf die Pönale-Regelung hat Herr Minister Bartenstein direkt eingewirkt, dass diese Hürde planiert wurde?

Mag. Josef Mayer: Nein, es war dann ein Abtausch der Interessen – das geht auch aus dem Rechnungshofbericht hervor –, dass beim Pönale bei beiden Firmen, sowohl bei SAAB als auch bei Eurofighter, nur die 5 Prozent angeboten wurden. Das waren äußerst harte Verhandlungen, und zum Schluss musste man dann entscheiden, bei welcher der Bedingungen, die man gestellt hat, unter Umständen im Sinne eines Vertragsabschlusses nachgegeben wird, beziehungsweise wo man dann sieht, wie die Balance am besten gegeben ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, man hat nachgegeben; darauf kommen wir später noch einmal zu sprechen. Aber es ist für uns sehr aufschlussreich, dass offensichtlich der Herr Minister hier planierend gewirkt hat.

Können Sie mir erklären, was Herr Rauen gegenüber dem Herrn Minister meint mit **freiwilligen Verpflichtungen und Zusagen**, die er **einlösen** möchte? Was könnte das sein?

Mag. Josef Mayer: Das weiß ich nicht, aber ich kann mir vorstellen, dass Eurofighter hier doch gesagt hat, sie möchten das, was im Vertrag steht, unbedingt erfüllen und vielleicht kann sich noch das eine oder andere zusätzlich ergeben. Aber, wie gesagt, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das müsste er ja nicht extra betonen, dass er das einhält, was im Vertrag steht. Hier geht es darum, dass er Dinge einhalten möchte, die offensichtlich **nicht** im Vertrag stehen. Hier steht: auch die **freiwilligen Verpflichtungen und Zusagen einzulösen**. Es kann sich da also nur um freiwillige Verpflichtungen und Zusagen handeln, die **nicht** im Vertrag stehen. Deswegen interessieren sie mich ja, denn wenn sie im Vertrag stünden, bräuchte ich ja nur nachzulesen, aber hier geht es um mehr.

Mag. Josef Mayer: Nein, aber da kann ich, wie gesagt, ich kann mir auch hier das nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie keine Vorstellung davon?

Mag. Josef Mayer: Da habe ich keine Vorstellung, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie bei diesen Verhandlungen jeweils dabei?

Mag. Josef Mayer: Ich war fast immer dabei, aber es gab dann auch einmal ein Vier-Augen-Gespräch, wo die ganz harten Verhandlungen beziehungsweise die ganz schwierigen Punkte verhandelt wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vier-Augen-Gespräch zwischen wem?

Mag. Josef Mayer: Zwischen Herrn Bundesminister Bartenstein und Herrn Rauen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Das heißt also, dort könnte über diese *freiwilligen Verpflichtungen und Zusagen* auch gesprochen worden sein?

Mag. Josef Mayer: Aber, wie gesagt, mir ist da nichts von ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie noch, wann dieses Vier-Augen-Gespräch zwischen Aloysius Rauen und Martin Bartenstein war?

Mag. Josef Mayer: Das kann ich jetzt auswendig nicht sagen. (*Abg. Mag. Stadler: In etwa?*) – Das muss knapp vor Vertragsabschluss gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Wie viele Vier-Augen-Gespräche hat es Ihrer Wahrnehmung nach zwischen Martin Bartenstein und Aloysius Rauen gegeben?

Mag. Josef Mayer: Eine genaue Zahl kann ich Ihnen jetzt auch nicht nennen, aber es dürften drei, vier Gespräche gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Drei, vier Mal Vier-Augen-Gespräche zwischen ...

Mag. Josef Mayer: Nein, nein, nicht Vier-Augen-Gespräche. Es hat Gespräche gegeben, wo auch der Bundesminister dabei war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wo Sie auch dabei waren? (*Mag. Mayer: Ja!*) – Gut, aber wie oft hat es Vier-Augen-Gespräche gegeben zwischen Martin ...

Mag. Josef Mayer: Ich bitte, mich jetzt nicht festzulegen, aber soweit ich es weiß, hat es höchstens einmal ein Vier-Augen-Gespräch gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und das war knapp vor Vertragsabschluss, sagen Sie?

Mag. Josef Mayer: Ja, würde ich so aus meiner Erinnerung sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bei diesen anderen Gesprächen, was war Ihrer Erinnerung nach die Hauptklippe bei diesen Verhandlungen? Wenn Sie uns die nur einmal thematisch nennen.

Mag. Josef Mayer: Die war natürlich die Höhe des Kompensationsvolumens, weil Eurofighter immer wieder argumentiert hat, dass 200 Prozent viel zu hoch sind, dass das international auch nicht üblich sei und man sich daher schwer tue, das überhaupt im Konzern durchzubringen. Das war einer der Hauptpunkte. Und dann natürlich auch der Wunsch von unserer Seite, dass man auf das 10-Prozent-Pönale geht.

Dann auch noch die Aushandlung des Meilensteins, dass zwischendurch, während der Laufdauer des Vertrages, auch noch von Eurofighter der Nachweis zu erbringen ist, dass sie gewisse Geschäfte schon in Anbahnung und in Vorbereitung haben. Das

waren die Hauptpunkte. Und dann wurde auch sehr, sehr lange über die Frage der **Verschwiegenheit** diskutiert, wo die Firma Eurofighter sehr, sehr stark darauf gedrängt hat, dass der Vertragsinhalt – außer einer Zusammenfassung – **nicht** Öffentlichkeit bekannt gegeben werden soll. – Das waren also sehr harte Punkte, die da verhandelt wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bleiben wir gleich einmal beim letzten Punkt. Was ist die Ratio dahinter, wenn man mit stolzeschwellter Brust bei jeder Gelegenheit betont, dass die Anschaffung der Eurofighter nur im Interesse Österreichs sei, so quasi nach der Methode, je mehr Eurofighter desto mehr volkswirtschaftlicher Vorteil für Österreich, wo man sich dann schon gefragt hat, warum schaffen wir nicht gleich 200 an, um die ganze Republik zu beschäftigen – und warum dann diese Verschwiegenheit?

Mag. Josef Mayer: Weil das Unternehmen nicht wollte, dass die Bestimmungen des Vertrages der Konkurrenz bekannt werden, weil sie auch gesagt haben, in diesem Vertrag sind wir Österreich sehr weit entgegengekommen – und das soll die Konkurrenz nicht erfahren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war also sozusagen nur eine Schutzbestimmung vor der Konkurrenz – aus Sicht von Eurofighter?

Mag. Josef Mayer: Von Eurofighter wurde das sehr massiv vorgebracht, dass es a) nicht üblich sei, solche Verträge zu veröffentlichen, und b) diese Bestimmungen doch auch in der Art sind, dass es für die Konkurrenz nicht unbedingt gut wäre, zu wissen, was Eurofighter Österreich zugestanden hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich begreife das zwar nicht ganz, weil Eurofighter damit – im Gegenteil also – sogar damit hausieren gegangen ist. Man wollte das ja besonders herausstreichen.

Mag. Josef Mayer: Die Firma Eurofighter ist, glaube ich, nicht hausieren gegangen und hat gesagt, dass sie Österreich eine 200prozentige Kompensation ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen, das war wie aus der Pistole geschossen sofort die ersten Antworten der Vertreter von Eurofighter und von EADS hier im Ausschuss: Großartig, und schauen Sie doch einmal nach, wie viel Sie von diesem Eurofighter-Projekt profitieren!

Mag. Josef Mayer: Aber was dann weiter im Vertrag steht, wollte Eurofighter eben nicht der Öffentlichkeit preisgegeben haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch eine Frage sozusagen in der Einleitung. Wir haben hier eine Auskunftsperson gehabt, und von einer anderen wissen wir durch öffentliche Stellungnahmen, dass offensichtlich die Nachvollziehbarkeit dieser Gegengeschäftsprojekte **sehr fraglich** ist. Ich beziehe mich zunächst auf die Auskunftsperson Mag. Miron Passweg von der Arbeiterkammer, der hier herinnen gesagt hat, dass man zu Beginn überhaupt nicht nachprüfen konnte, ob es sich überhaupt um ein Gegengeschäft handelt, weil man zunächst einmal überhaupt keine Informationen bekommen hat, sondern einfach nur eine Liste – und die einfach so quasi glauben konnte oder auch nicht.

Mag. Josef Mayer: Der Herr Kollege hätte die Gelegenheit gehabt, nachzufragen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was er getan hat, hat er gesagt.

Mag. Josef Mayer: Wenn er nachgefragt hätte oder auch hat – es gab ja schon einige Sitzungen –, hätte er selbstverständlich nähere Auskünfte bekommen, so sie bei uns auch verfügbar waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat gesagt, das ist dann später auf Grund dieses Nachfrageverhaltens etwas besser geworden. – Ist es so, dass in Wirklichkeit selbst das Ministerium nicht recht argumentieren konnte, was dabei das **kennzeichnend Gegengeschäftliche** an diesen Geschäften ist?

Mag. Josef Mayer: Oh ja, das Ministerium konnte das schon argumentieren anhand der Gegengeschäftsbestätigung, die vorgelegen hat, und wir ja auch in vielen Fällen Nachfragen getätigt haben und auch – ich glaube, das zeigt auch, dass wir uns sehr stark bemüht haben, den Dingen auf den Grund zu gehen – viele Geschäfte abgelehnt worden sind. Das wäre nicht der Fall, wenn **nicht** nachgeprüft worden wäre. Aber ich bin mir im Klaren darüber, dass das System und das Verfahren zweifellos noch verbessert werden kann. Glauben Sie mir, wir sind auch daran interessiert, dieses Verfahren so gut wie möglich abzuwickeln, aber man muss natürlich auch immer dann die Frage des Einsatzes der Mittel, auch was Personal und Aufwand betrifft, mit in Rechnung stellen und auch natürlich den Zeitfaktor.

Wir haben natürlich auch eine Frist, innerhalb der wir diese Anrechnung machen müssen, das heißt, wir stehen auch unter Zeitdruck und bemühen uns dann, die Informationen, die noch notwendig sind, so rasch und so umfassend wie möglich zu erhalten. Glauben Sie mir, es ist nicht immer einfach, dann die Informationen auch zu erhalten, weil natürlich immer sehr, sehr viele Nachfragen notwendig sind. Aber wir sind bemüht, das Verfahren, das System laufend zu verbessern und auch die Arbeit in der Plattform zu optimieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was sagen Sie zur Kritik des Herrn Professors Kramer? Der ist deswegen ausgeschieden, weil er gesagt hat, man kann das wissenschaftlich **nicht** nachvollziehen, wie man zu diesen Gegengeschäften überhaupt kommt.

Mag. Josef Mayer: Ich glaube, dass Professor Kramer hier von einer anderen Vorstellung ausgeht. Ihm geht es, glaube ich, in erster Linie um die volkswirtschaftliche Betrachtung der Gegengeschäfte. Und da sagt er, der einzelne Fall ist eine Sache, die man jetzt ad hoc prüfen kann, liegen die Voraussetzungen vor, zeitliche Entsprechung, sachliche Entsprechung und so weiter. Aber er möchte ein gesamtvolkswirtschaftliches Bild abgeben, und das ist bei einem Einzelgeschäft sehr, sehr schwierig. Und er sagt natürlich, dass das alles sehr zeitaufwendig ist und entsprechendes Personal auch von seiner Seite gebunden werden müsste.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef, der Umstand, dass einige oder mehrere Projekte vom Ministerium in der Begutachtung abgelehnt wurden, kann ja auch ein Hinweis darauf sein, dass es sehr viele **obskure** eingereichte Geschäfte gegeben hat – und wir werden uns noch wundern, was trotzdem alles angerechnet wurde.

Sie waren ja auch Mitglied der Plattform für die Wirtschaftskammer, waren auch, wie aus den Akten und Protokollen hervorgeht, relativ häufig anwesend. Jetzt haben andere Plattform-Mitglieder argumentiert, dass der Gegengeschäftsvertrag, also der Basisvertrag, den Mitgliedern der Plattform gar nicht bekannt war und dass sie allein deshalb schon gehandicapt waren in ihrer Arbeit.

Warum hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten der Plattform, die ja beratend tätig sein sollte, nicht einmal den Gegengeschäftsvertrag, außer ein paar Grundzüge und Kriterien, übermittelt?

Mag. Josef Mayer: Weil wir doch das Problem gesehen haben, dass durch eine Übermittlung des Vertrages an einen so großen Personenkreis nicht die Vertraulichkeit, die in dem von mir eingangs zitierten 9.3.1 festgelegt ist, sichergestellt werden könnte.

Und zweitens haben wir auch den Mitgliedern der Plattform angeboten, wenn es sich im konkreten Fall ergibt und notwendig ist, dass sie noch den einen oder anderen Vertragsbestandteil wissen müssen, dass wir im Einzelfall auch solche Auskünfte geben würden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann nehmen wir uns einmal so eine konkrete Plattformsitzung aktenmäßig her, ziehen das Ergebnisprotokoll vom 30.9.2004 zu Rate. Damals waren vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten vier Personen anwesend, unter anderem Sie. Und da wird bei einigen Fällen, nicht bei den meisten, nachgefragt. Bei ganz wenigen Fällen wird in der Plattform nachgefragt.

Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass die Unterlagen, die Ihr Ministerium dort aufliegen hatte in der Plattform, so gestaltet waren, dass nur zu 90 Prozent – mag sein 85 Prozent – das Gegengeschäftsformular als solches, im Wesentlichen ein beidseitiger Vordruck, vorliegend war und keine anliegende Korrespondenz oder irgendetwas? Das war maximal in 10 bis 15 Prozent der Fälle da. Nicht nur Passweg, auch andere haben sich hier im Ausschuss in die Richtung geäußert, dass es ihnen oft **nicht** möglich war, das alles nachzuvollziehen.

Wie kann es sein, dass Sie der Meinung sind, die hätten eh immer alles nachfragen können? Die hätten sich tagelang vorher damit beschäftigen müssen – und doch hätte die Aktenlage nichts Wesentliches ergeben.

Meine Frage auf diesen Vorhalt auch der anderen Plattformmitglieder als Aussage hier im Ausschuss: Haben Sie den Eindruck gehabt, dass die Plattform-Mitglieder, die ja das BMWA beraten sollten, tatsächlich und im notwendigen Umfang immer alle Informationen für die Zeit, die für die Diskussionen und Fragen zur Verfügung stand, hatten?

Mag. Josef Mayer: Im Großen und Ganzen ja, wobei auch in der Plattform Einvernehmen darüber war, dass man sich im Wesentlichen auf die **schwierigen Fälle** konzentrieren sollte – und nicht auf die Fälle, wo es auf Grund der eingereichten Gegengeschäftsbestätigungen relativ eindeutig und klar ist, dass die Voraussetzungen für eine Anerkennung erfüllt sind, sondern wir jene Fälle vor allem diskutieren sollten, wo es schwierig ist, festzustellen, in welcher Höhe angerechnet wird, in welchen Bereichen man einsteigen soll, und so weiter. Also diese Fälle haben die Diskussion die längste Zeit beansprucht. Es wurde in der Plattform sehr häufig dann auch gesagt, dass in erster Linie dem Ministerium vertraut wird, dass da angerechnet wird, wir aber jederzeit gesagt haben: Bitte, wenn ihr noch Fragen habt, dann stellt sie; soweit wir sie beantworten können, werden wir sie sofort beantworten! Wenn nicht, dann werden wir selbstverständlich noch nachfragen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da hat sich beispielsweise folgender Fall zugetragen. Es wird tatsächlich einmal nachgefragt ob eines Geschäfts, das als österreichischen Gegengeschäftspartner – unter Anführungszeichen – „eine Vielzahl österreichischer Firmen“ nennt.

Ich erläutere kurz den Hintergrund, sonst mag man das ja gar nicht begreifen. Die Wirtschaftskammer hat für Eurofighter eine sogenannte **Roadshow** veranstaltet und war in mehreren Landeshauptstädten zu Gast. Das Ganze hat sich abgespielt wie eine Verkaufsmesse: mit Standln und mit möglichen Beratungsgesprächen.

Faktum ist, wie jetzt aus der Aktenlage hervorgeht, dass die Plattform am 30.9. dem BMWA empfohlen hat, letztlich unter Auskunft Ihres Ministeriums und möglicherweise Ihrer Person – das lässt sich ja nicht genau zuordnen –, dass sage und schreibe 3 Millionen € – 3 Millionen € –, die beantragt wurden für die Roadshow, dass nämlich

Eurofighter den Firmen – ich habe mir genau angeschaut, wie das im Grazer Kongress war – erklärt, wo es mögliche Gegengeschäfte gibt – da ist sogar der Friseur von Knittelfeld eingeladen worden; auch das ist kein Gag –, eine derartige Roadshow mit 3 Millionen € – ich meine, das sind ja auch noch 40 Millionen Schilling – zu Buche geschlagen hat. Es hat immerhin eine Nachfrage gegeben, was das eigentlich soll, und das BMW hat die Anrechnung empfohlen.

Ich kann Ihnen das Protokoll vorlegen. Sie werden sich aber erinnern, entnehme ich Ihrem Nicken. Ich lege Ihnen aber allenfalls das Gegengeschäftsformular vor, und das war das einzige Dokument, das zur Verfügung stand. Und das hat die Besonderheit, dass bei der begünstigten österreichischen Firma, die bestätigen soll, dass es ein Gegengeschäft gegeben hat, dass sich Eurofighter Jagdflugzeug GmbH selbst eingetragen hat als jene Firma, die begünstigt ist.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich frage Sie jetzt: Ist das den Vertragskriterien des Gegengeschäftsvertrages entsprechend, dass Eurofighter selbst als Begünstigter auftaucht, um zu verrechnen, was im Wesentlichen die Wirtschaftskammer mit Zwangsmitgliedsbeiträgen an dieser Roadshow ausgegeben hat?

Mag. Josef Mayer: Es hat damals eine lange Diskussion auch in der Plattform gegeben. Man hat dann festgestellt, dass es sehr wohl mit den Kriterien vereinbar ist und dass es auch durchaus bisher in früheren Fällen üblich war und auch international bei Gegengeschäften üblich ist, dass solche Aufwendungen als Gegengeschäft anerkannt werden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Erklären Sie das jetzt dem Ausschuss: Welche Aufwendungen von wem? Im Grazer Kongress war es hauptsächlich so, dass die steirische Wirtschaftskammer, die Handelskammer, Aufwendungen getätigt hat – und nicht Eurofighter.

Mag. Josef Mayer: Das war eine Kooperation. Aber Sie dürfen jetzt wieder nicht verwechseln, dass es ja auch noch zusätzlich eine ARGE Gegengeschäfte der Wirtschaftskammer gibt. Eurofighter hat nachgewiesen, dass es sehr wesentliche Aufwendungen gegeben hat, auch was Personalkosten und so weiter betrifft. Aber, wie gesagt, da gab es eine lange Diskussion, und es hat niemand dort dann letztlich bezweifelt, dass das angerechnet werden kann und soll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu Ihrer Dokumentationslage. Die lange Diskussion hat so ausgeschaut – ich weiß nicht, ob alle im Ausschuss dieses Schmankerl entdeckt haben (*Abg. Mag. Kogler verweist auf eine schriftliche Unterlage*) –: Erstens: Das, was hier rosa angestrichen ist, ist die lange Diskussion im Protokoll. Zweitens: Wollen Sie bitte dem Ausschuss erklären, wie Eurofighter nachgewiesen hat, welche Aufwendungen – noch einmal – in Höhe von sage und schreibe 3 Millionen € da gemacht wurden! Genau ist das ja nicht rekonstruierbar, das geht ja alles nicht hervor, da kann man ja nur selbst recherchieren aus den Unterlagen, wie diese wenigen Roadshows und allenfalls ein paar sonstige Aktivitäten an Beratungsgesprächen da eine Rolle spielen. Letztlich läuft es ja darauf hinaus, dass Eurofighter ein Gegengeschäft einreicht, wo Eurofighter Bemühungen gesetzt hat, den Firmen zu erklären, was alles ein Gegengeschäft sein kann. Ist Ihnen da nicht gedämmert, dass sich das ein bisschen im Kreis dreht? Herr Sektionschef, welche Aufwendungen zur Wertschöpfung in Österreich um 3 Millionen € sind da gemacht worden? Wo ist das in den Akten?

Mag. Josef Mayer: Außerdem: Die Diskussion hat sich ja nicht visuell abgespielt – weil Sie das angezeichnet haben –, sondern da gab es meines Wissens nach schon

Nachfragen: Was hat der, der und der gemacht? Welcher Personaleinsatz ist gegeben gewesen?, weil natürlich auch Leute extra angereist sind, gekommen sind und damals eine sehr lange Diskussion darüber war, warum und wieso das gegeben ist. Wenn wir gewusst hätten, dass wir hier das vor einem Untersuchungsausschuss darlegen müssen, hätten wir vielleicht noch mehr an Dokumentation beibringen lassen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das meine ich! Es sind eine Überschrift und drei Zeilen. Noch einmal: Welche Personen sind angereist und haben gegengeschäftswerte Leistungen vollbracht? Wollen Sie sagen, dass Leute von EADS gekommen sind und österreichische Firmen beraten haben?

Mag. Josef Mayer: Ich kann es Ihnen jetzt auswendig nicht mehr sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie sagen: Leute sind gekommen. Ist das ein Gegengeschäft, wenn Leute kommen? Der ganze Flughafen ist den ganzen Tag ein „Gegengeschäft“: Da kommen auch ständig Leute! – Also: Welche Leute sind gekommen?

Mag. Josef Mayer: Ich kann Ihnen, wie gesagt, das jetzt im Detail sicherlich nicht mehr sagen, was da genau dann argumentiert worden ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber, Herr Sektionschef, da hat es eine Diskussion gegeben – und die war sogar ausführlich und lange. Da erkennt das BMWA ohne Abstriche 3 Millionen € an für ein Formular, das Eurofighter selbst eingerechnet hat. Ich meine, das muss doch nachvollziehbar sein, dass da ein erhöhter Aufklärungsbedarf besteht.

Mag. Josef Mayer: Es wurde damals auch festgestellt, wie die Roadshows waren, was alles gemacht wurde. Das ist ja auch eine aufwendige Angelegenheit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie sagen, worin die **Wertschöpfung in Österreich** – das ist ein Voraussetzungskriterium, das wissen Sie – bei Roadshows und Ähnlichem besteht und was EADS allenfalls mit angereisten Personen veranstaltet hat?

Mag. Josef Mayer: Die Wertschöpfung besteht darin, dass wir a) österreichische Unternehmen informieren, dass hier in Österreich vor Ort Veranstaltungen stattfinden, die zweifellos auch eine österreichische Wertschöpfung haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wenn nachweisbar ist, dass das hauptsächlich die Wirtschaftskammer bezahlt hat (*Mag. Mayer: Das haben Sie gesagt!*), wollen Sie jetzt erklären, dass es den Vertragskriterien entspricht, dass, wenn die österreichische Wirtschaftskammer mit ihren Ausgaben auf Basis von Zwangsbeiträgen da in die Tasche greift, von EADS Personen anreisen, wie Sie sagen, dass das dann über das Jahr – und das ist nur das Jahr 2003, bitte, ich rede nur vom Jahr 2003 – eine 3 Millionen-Wertschöpfung im Jahr 2003 erzeugt hat? Wollen Sie das dem Ausschuss wirklich erklären?

Mag. Josef Mayer: Dass die Kammer das bezahlt hat, das haben Sie jetzt festgestellt. Das kann ich nicht feststellen, dass die Wirtschaftskammer das bezahlt hätte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie haben Sie das damals diskutiert? Haben Sie eine Erinnerung daran, in der Plattform recherchiert zu haben, wer überhaupt Zahlungen oder – unter Anführungszeichen – „Investitionen“ getätigt hat?

Mag. Josef Mayer: Das ist sicher von der zuständigen Abteilung entsprechend geprüft worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das werden wir uns aber noch anhören, wenn das dann so sein soll, ob das wirklich geprüft worden ist. Das ist ja genau das

Problem – und das war jetzt ein exemplarisches Beispiel –, dass in den meisten Fällen ein einziges Formular vorliegt, und fast alle in der Plattform haben hier gesagt, respektive die Mitarbeiter Ihrer Abteilung, die zuständig sind, dass man ja glauben muss, dass die Angaben desjenigen, der unterschreibt, stimmen. Das ist in den meisten Fällen der Weg der Überprüfung.

Das scheint mir hier durchgängig oder über weite Strecken das Prinzip zu sein. Dass etliche Geschäfte nicht angerechnet wurden, hängt vielleicht auch mit der Kuriosität und der Frivolität von EADS/Eurofighter zusammen, denn dann wäre es ja noch schöner gewesen.

Ich gebe Ihnen ein anderes Beispiel: In der Aktenlage findet sich auch die Entstehungsgeschichte für die Darstellung auf der Homepage – wir erinnern uns: so transparent wie hier sollte es nie zugehen, hat Minister Bartenstein ausgeführt –, und man wollte diese Gegengeschäfts-**Meilensteine** – wie das genannt wurde – veröffentlichen. Es ist ein Entwurf, wo die Zahlen von Firmen dabeistehen: Gesamtsumme 1,6 Milliarden €, Stand – damit ich nichts Falsches sage – August 2004. Später ist eine Liste veröffentlicht worden, wo man die Beträge, die den Firmen zuzurechnen seien, weggelassen und nur mehr 1,6 Milliarden hingeschrieben hat. – Das aus gutem Grund, wie ich meine.

Hier findet sich auch die Forschungsgesellschaft JOANNEUM mit Bildungsinvestitionen in der Höhe von 7,8 Millionen € – Das ist richtig, dass das nicht in dieser Höhe anerkannt wurde, sondern mit 1,3 Millionen.

Wieso kommen Sie dann dazu, bei dieser Offensive, wo ja die Öffentlichkeit informiert werden soll, wie weit vorausgediehen die Gegengeschäfte schon sind, das Ganze mit 7,8 Millionen zu veranschlagen, obwohl schon klar sein musste, dass das niemals in dieser eingereichten Höhe stattfinden kann? (*Mag. Mayer: Sie beziehen sich jetzt auf den Meilenstein?*) Jawohl.

Mag. Josef Mayer: Beim Meilenstein – das wurde übrigens vom Rechnungshof nachgeprüft, dass wir weit über die 1 Milliarde gekommen sind – sind ja nur voraussichtlich schon zustande kommende Geschäfte vorgesehen. Das heißt noch lange nicht, dass das jetzt alles in derselben Höhe angerechnet werden muss. Daher können da natürlich die einen oder anderen Diskrepanzen entstehen. Das war ein Fall, wo wir dann ganz einfach aufgrund sehr langer Diskussionen eine niedrigere Anrechnung vorgenommen haben. Aber selbst der Rechnungshof ist bei seiner Überprüfung auf zirka 1,3 Milliarden Geschäftsvolumen im Rahmen der Meilensteinüberprüfung gekommen. Und das war 1 Milliarde. Also das heißt, selbst wenn man jetzt das eine oder andere nicht in derselben Höhe, wie da drinsteht, anrechnet, wird man im Wesentlichen auf die 1 Milliarde kommen. – Und „Meilenstein“ heißt noch nicht, dass es auch so angerechnet worden ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, das ist das, was jetzt rauskommt. Das ist auch schön, dass Sie das so sagen, nur damals ist das vom Bundesminister anders präsentiert worden. Wohlweislich sind die Zahlen, wie man auf diese 1,6 Milliarden kommt, weggelassen worden. Wenn man andere durchgeht, wird man wahrscheinlich auf ein ähnliches Ergebnis kommen. Ich sage nur, FACC steht hier mit 730 Millionen – und davon sind wir bekanntermaßen noch ganz, ganz weit weg.

Mag. Josef Mayer: Aber der Vertrag dauert ja auch 15 Jahre, und ich glaube, das muss man schon auch mitberücksichtigen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja – aber bitte, hier ist doch gesagt worden, dass das explizite Gegengeschäfte sind. Das ist so übertitelt worden. Das ist ja nicht das Angebot auf 15 Jahre, ein Memorandum of Understanding, sondern das ist

so dargestellt worden, als ob die Sache schon im Kasten wäre. – Darum geht es ja: dass das Bundesministerium, allen voran der Minister, so agiert hat, als ob die Sache schon endgültig unter Dach und Fach wäre. Und jetzt, wo wir über den Untersuchungsausschuss zu den Akten kommen, sehen wir, wie die Zahlen wirklich zu verstehen sind. Dass das über viele Jahre vorausgedacht ist, mag eine Sache sein, nur damals ist es anders präsentiert worden, und die Zahlen sind dann auch weggelassen worden. Der Öffentlichkeit sind nur mehr die 1,6 Milliarden vorgegaukelt worden, und jetzt und hier haben wir die Gelegenheit, festzustellen, dass das Perspektiven auf irgendwohin sind. Damals wurde vermittelt, dass das schon eine runde, abgeschlossene Sache ist. – Insofern ist das jetzt auch für mich abgeschlossen.

Mag. Josef Mayer: Das sind aber Geschäfte, die angebahnt sind. Das muss man, glaube ich, schon festhalten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es sind aber vom Wirtschaftsministerium doch immer beide Zahlen genannt worden, nämlich jene zu erwartenden und die bereits tatsächlich abgewickelten. (*Mag. Mayer: Ja!*)

Das heißt also, das, was Herr Kollege Kogler jetzt versucht zu unterstellen, dass da mit einer Zahl jongliert worden wäre, stimmt nicht, weil immer darauf hingewiesen worden ist: Das sind die zu erwartenden und das die tatsächlich abgewickelten. – Und so hat das der Rechnungshof auch dargestellt.

Mag. Josef Mayer: Ja, vollkommen richtig. Das ist dann bisweilen die Vereinfachung in der öffentlichen Diskussion, wo das eine mit dem anderen vermixt wird. Aber wir haben immer eine klare Trennung gesucht: Was ist Meilenstein, und was ist tatsächlich angerechnetes Geschäft?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Diese Roadshow-Kampagne, die in ganz Österreich stattgefunden hat, gemeinsam mit der ARGE Offset, die dort Veranstaltungen gemacht hat: Hat die auch bereits Gegengeschäftspartner genannt im Hinblick darauf, welche möglichen Gegengeschäftspartner man anpeilen könnte, welche Branchen, et cetera? (*Mag. Mayer: Ja!*) – Das heißt, das muss man sich so vorstellen wie jene Exportveranstaltungen, die die Wirtschaftskammer auch heute zu Schwerpunktthemen in einzelnen Ländern regelmäßig abhält, um den Export für österreichische Betriebe zu erleichtern? (*Mag. Mayer: Ja, richtig!*) – Das heißt, diese Exportanbahnung ist eigentlich die Wertschöpfung, die Kollege Kogler nicht erkannt hat?

Mag. Josef Mayer: Ja, ist auch ein Teil.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Sektionschef, seit wann gibt es denn Gegengeschäfte im Wirtschaftsministerium?

Mag. Josef Mayer: Seit Jahrzehnten. Ich habe allerdings erst seit sieben Jahren das Vergnügen, mit dieser Materie betraut zu sein. Es gab immer schon Gegengeschäfte, so zum Beispiel, wenn ich mich zurückerinnere, bei der Draken-Beschaffung und auch noch früher bei größeren Beschaffungen im Bereich der Landesverteidigung. Da wurden immer wieder Gegengeschäfte abgewickelt, wobei ich sagen muss, dass man bisher, nach dem, was mir jetzt auch aus den Berichten und Erfahrungen der Kollegen übermittelt worden ist, noch nie so umfangreich und transparent vorgegangen ist, wie das heute der Fall ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das hat auch der Rechnungshof so bestätigt.

Haben sich die Gegengeschäfte weiterentwickelt? – Soweit ich mich erinnere, hat es 1978 begonnen. Damals ist es nur um Aufträge gegangen; da war Österreich ja noch

eine verlängerte Werkbank. Das hat sich dann sukzessive auch in den Technologietransfer verstärkt. War die Zielsetzung, nämlich diese verschiedenen Elemente – Zusätzlichkeit, Wertschöpfung, technologisches Know-how, zeitlicher Bezug –, schon vorgegeben oder musste die erst entwickelt werden?

Mag. Josef Mayer: Wir haben das weiterentwickelt, weil wir vor allem auch wegkommen wollten. Nur hauptsächlich **zusätzliche Warenlieferungen** sollten unter **Gegengeschäfte** fallen. Vor allem Bildungs-, Technologietransfer wurden mit eingebaut, kleinere und mittlere Unternehmen wurden stärker berücksichtigt. – Also man hat das sicherlich weiterentwickelt.

Wir haben auch immer wieder Kontakte mit Kollegen und Kolleginnen aus anderen vergleichbaren Ländern, um auch deren Erfahrungen kennenzulernen. Bei diesen Kontakten hat sich außerdem gezeigt, dass wir, international gesehen, äußerst transparent sind, und außerdem – was auch die Überprüfung betrifft – sicherlich keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen haben, weil man auch dort nicht in der Lage ist, jedes einzelne Geschäft bei einem Unternehmen durch einen Buchprüfer zu prüfen und überall in jedes Geschäft und auch in die Eigentumsverhältnisse vom Partner hineinzuschauen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen irgendwie ein Branchenschwerpunkt aufgefallen, wo – sage ich einmal – nicht im Hinblick auf Bilanzzahlen, aber im Hinblick auf die Entwicklung von Unternehmungen volkswirtschaftlich etwas gelungen ist, das ohne die Gegengeschäfte nicht gelungen wäre? Können Sie da ein paar Beispiele nennen?

Mag. Josef Mayer: Es ist sicherlich der Bereich der Luftfahrtindustrie, wobei wir uns bemühen, jetzt nicht nur die Luftfahrtindustrie in den Vordergrund zu stellen.

Das ist aber ein doch relativ langwieriger Prozess, weil natürlich auch der EADS-Konzern in erster Linie ein Luftfahrtkonzern ist. Aber es sind viele Bereiche gerade aus dem Luftfahrtsektor – und auch Zulieferunternehmen –, die dadurch profitiert haben. Man darf natürlich nicht übersehen, dass auch große Unternehmen wie FACC sehr viele Zulieferunternehmen aus dem Bereich der Schmiedetechnik, aus dem Bereich der Kunststofffertigung haben – oder allein Werkzeuge, was hier an Spezialwerkzeugen zugeliefert werden muss. Wobei diese Firmen sicherlich nie solche Aufträge bekommen hätten, wenn es nicht diese Gegengeschäfte und damit auch die Möglichkeit gegeben hätte, hier in die Luftfahrtindustrie hineinzukommen.

Was auch **sehr** wichtig ist, ist, dass viele Unternehmen sagen: Wir haben jetzt auch die Möglichkeit, an Forschungsprojekten teilzunehmen, in die wir, wenn es keinen Gegengeschäftsvertrag gäbe, sonst nicht hineinkämen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist auffällig, dass es bei Gegengeschäften eigentlich nicht nur um Lieferungen von Produkten im klassischen Sinn geht, sondern dass neuerdings auch Forschungsinvestitionen als Gegengeschäft angerechnet werden. Hier hat ja der Vertragspartner viel Geld in die Hand genommen, um Forschungsinfrastruktur in Österreich mitzufinanzieren oder überhaupt selbst aufzubauen. Hier im Ausschuss ist über das JOANNEUM schon sehr breit diskutiert worden, es ist auch über die Universität Innsbruck diskutiert worden, in der dann sofort ein Professorenstreit um die Gelder entbrannt ist. – Aber okay, das haben wir nachvollziehen können, warum das genau so passiert ist, wie es passiert ist.

Gibt es noch **andere Forschungsschwerpunkte**, bei denen wir jetzt im Forschungsbereich mit dabei sind und vorher nicht dabei waren?

Mag. Josef Mayer: Ja. Es gibt Forschungsschwerpunkte, was die Festigkeit von Materialien betrifft, wo man ganz einfach jetzt auch im Zuge der modernen

Weiterentwicklung der Luftfahrtindustrie daran arbeitet, um einerseits die Festigkeit zu erhöhen und um andererseits auch hier einen geringeren Energieverbrauch sicherzustellen. Wie gesagt, das geht bis in die Medizintechnik hinein, was aus der Luftfahrt hier herausgearbeitet werden kann, wobei uns dann der Rechnungshof sagt, dass wir manchmal sogar etwas zu kleinlich bei der Anrechnung sind. Man müsste eigentlich bei diesen Vorhaben, weil sie sehr zukunftsorientiert sind, manchmal etwas großzügiger sein. Aber das ist das Spannungsverhältnis, in dem wir ständig leben müssen: Auf der einen Seite sagt man, es ist zu wenig, und auf der anderen Seite sagt man, es ist zu viel, was angerechnet wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich des Volumens haben wir ja noch einige Jahre Zeit. Sind Sie zuversichtlich, dass wir das gesteckte Ziel, das ja sehr ambitioniert ist, erreichen werden?

Mag. Josef Mayer: Ja, nach den bisherigen Einreichungen – und wir werden ja jetzt diese Woche, bis 31.5., die Einreichungen für 2005 bekommen – kann man durchaus zuversichtlich sein. Das hat auch der Rechnungshof festgestellt, dass das Ziel nach 15 Jahren, eben diese zirka 4 Milliarden € Gegengeschäftsvolumen, erreicht werden kann. – Wie gesagt, die Frage kann man dann endgültig nach 15 Jahren beantworten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Jetzt wird ja medial ständig über den „Ausstieg“ berichtet, darüber, dass Minister Darabos den Ausstieg wünscht, dass der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses den Ausstieg wünscht, dass es angeblich eine Mehrheit im Untersuchungsausschuss für den Ausstieg gibt. Hat sich Ihre Abteilung bereits Gedanken darüber gemacht, wie man bei einem Ausstieg mit dem Gegengeschäftsvertrag umgeht?

Mag. Josef Mayer: Das ist eine sehr schwer zu beantwortende Frage, weil wir hängen als siamesischer Zwilling am Grundvertrag. Das heißt, wenn der Grundvertrag gekündigt wird, aufgelöst wird, dann ist natürlich auch der Gegengeschäftsvertrag nicht mehr gültig. Wir werden dann sicherlich von EADS das eine oder andere aufgerechnet bekommen, indem sie sagen: Wir haben diese und diese Aufwendungen, wir wollen das in der einen oder anderen Form dann auch kompensiert haben.

Aber das kann man heute noch nicht feststellen. Das hängt auch davon ab, was die Auflösungsgründe für den Vertrag sind. Ich glaube nicht, dass schon getätigte Gegengeschäfte dann zurückgerechnet werden. Aber natürlich, bei den Firmen, die langfristige Verträge haben, würde das sicherlich zu Problemen führen. Da gibt es auch schon Aussagen einiger Unternehmer, die gesagt haben, dass für sie – langfristig gesehen – eine Auflösung des Vertrages nicht günstig wäre. Aber wie gesagt, wir haben im Gegengeschäftsvertrag keine Auflösungsklausel vorgesehen. Das heißt, wenn der Grundvertrag erlischt, dann wird auch der Gegengeschäftsvertrag aufgelöst werden müssen. Was dann an Forderungen kommt, kann man heute sicherlich noch nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Forderungen könnten dann von den Unternehmen kommen – oder wie schaut das aus? Da könnte unter Umständen eine „*Culpa in contrahendo*“ mit im Spiel sein, dass die Vorbereitungsmaßnahmen treffen für Geschäfte, die dann nicht zustande kommen.

Mag. Josef Mayer: Ich meine, wir begeben uns jetzt auf ein sehr schwieriges Terrain. Es kann dann natürlich von Firmen Schadenersatz gefordert werden. Es kann dann unter Umständen Eurofighter kommen und sagen: Wir haben diese oder diese ganz konkreten finanziellen Aufwendungen, wir wollen das in der einen oder anderen Form zurückhaben. Aber, wie gesagt, das ist heute nicht absehbar und hängt auch davon ab, in welcher Form die Auflösung des Vertrages stattfindet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich gehe davon aus, dass die Auflösung des Vertrages aller Voraussicht nach nicht stattfinden wird. Bisher haben wir noch keinen Grund dafür gefunden. Aber wir sind ja noch nicht am Ende, und wir werden sehen, wie dann das Ergebnis ist. – Danke, Herr Sektionschef. *(Abg. Dr. Jarolim: Man kann auch alle Ergebnisse ignorieren! – Das stimmt ja überhaupt nicht, Frau Kollegin!)*

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Über diese Thesen von Frau Kollegin Fekter und Sektionschef Mayer über die Konsequenzen einer Vertragsauflösung wollen wir lieber den Mantel des Schweigens breiten, denn die sind an Peinlichkeit nicht zu überbieten, wenn man nur einigermaßen den Rechtsprofessoren gelauscht hat, die im Ausschuss waren! *(Abg. Dr. Fekter: Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Herr Kräuter, entschuldigen Sie sich bei der Auskunftsperson!)*

Ich möchte Ihnen ein Schreiben vortragen *(Abg. Dr. Fekter: Das ist ja widerlich, so tief!)*, das Herr Dr. Lohberger an Sie gerichtet hat, Herr Sektionschef, und zwar war ein Schreiben vom Sommer 2004 – ich zitiere; ich lege Ihnen dieses Schreiben dann gerne vor –:

Sehr geehrter Herr Sektionschef Mayer!

Beiliegendes Schreiben erhielt ich am 5. Juli von Frau Landeshauptmann Klasnic. Diesem Brief ging ein Treffen am 30. April 2004 voraus, während welchem ich bereits aufgefordert wurde, Frau Landeshauptmann Klasnic eine Kopie des Gegengeschäftsvertrages zu übermitteln. Der gleiche Wunsch wurde auch von Herrn Präsidenten Mühlbacher, Wirtschaftskammer Steiermark, an mich herangetragen. Wohl wissend, dass der Offset-Vertrag ein streng vertrauliches Dokument ist, glaube ich doch –

schreibt Herr Dr. Lohberger an Sie –,

dass sowohl im Fall von Frau Landeshauptmann Klasnic als auch Herrn Präsidenten Mühlbacher die Übermittlung dieses Dokuments aus Vertraulichkeitsgründen kein Problem sein kann. Ihrer Antwort sehe ich mit Interesse entgegen. – Zitatende.

Wir übrigens auch.

Nur um das zu komplettieren: Am 5. Juli schreibt das Büro Landeshauptmann Klasnic an Herrn Lohberger – ich zitiere –:

Ich beziehe mich auf das mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Ihnen am 30.4.2004 geführte Gespräch, in dem Sie Frau Landeshauptmann Klasnic um Übermittlung einer Abschrift des Vertrages über die Eurofighter-Kompensationsgeschäfte ersucht hat. Da diese Unterlagen Frau Landeshauptmann Klasnic bis zum heutigen Tag nicht zugegangen sind, ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Doktor, im Auftrag von Frau Landeshauptmann Klasnic nochmals um dringende Übermittlung der Vertragsabschrift. – Zitatende.

Wir haben bei den Akten keine Antwort auf den Brief von Herrn Dr. Lohberger an Sie, Herr Sektionschef Mayer. – Wie sind Sie mit diesem Brief umgegangen? Er war vom 6.7.2004, in dem Sie eben um eine Antwort gebeten werden, ob Klasnic und Mühlbacher den Vertrag bekommen.

(Abg. Dr. Kräuter überreicht der Auskunftsperson den genannten Brief.)

Mag. Josef Mayer: Ist kein Aktenblatt dabei? Ich vermute nämlich fast, dass dieser Brief eingelegt worden ist. – Wir haben den Vertrag sicherlich nicht übermittelt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Meine konkrete Frage: Hat es von Ihnen eine Antwort auf diesen an Sie gerichteten Brief von Herrn Dr. Lohberger von der

Wirtschaftskammer gegeben? – Er schreibt ja, er sieht der Antwort mit Interesse entgegen.

Mag. Josef Mayer: Ich kann jetzt nicht sagen, ob es einen Brief gibt. Er müsste in den Akten sein, aber ich kann jetzt wirklich nicht alle Akten auswendig sagen. Ich habe ihm zumindest telefonisch gesagt, dass eine Übermittlung nicht möglich ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie sich erinnern, ob Sie das telefonisch oder schriftlich gemacht haben?

Mag. Josef Mayer: Daran kann ich mich jetzt nicht erinnern. Ich müsste wirklich nachschauen, was mit dem Einlaufstück geschehen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie Frau Landeshauptfrau Klasnic gegenüber irgendeine Erklärung dazu abgegeben? (*Mag. Mayer: Nein, sicher nicht!*) – Sie hatten also nur Kontakt mit Herrn Dr. Lohberger? (*Mag. Mayer: Ich habe da keinerlei Kontakte gehabt!*)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Schreiben vortragen, und zwar ein Schreiben von Landesrat Paieryl vom 31. Oktober 2001. Es wird in einem Einlageblatt Folgendes festgestellt – ich zitiere –:

Interessant ist in diesem Zusammenhang, von welcher Bezugsquelle Landesrat Paieryl diese Unterlagen hat, da diese nur den Anbietern als Hilfestellung für ihre Aktivitäten zur Erstellung eines Gegengeschäftsangebotes und dem BMLV als ausschreibender Stelle zur Verfügung gestellt wurden. – Zitatende.

Wir haben hier also ein Dokument, ein Aktenstück, in welchem die Behörde – ich lege Ihnen das auch gleich vor – sich selbst wundert, von welcher Bezugsquelle Landesrat Paieryl diese Unterlagen hat. – Ist Ihnen da etwas bekannt?

(*Abg. Dr. Kräuter legt der Auskunftsperson ein Schriftstück vor.*)

Mag. Josef Mayer: Nein, mir ist nichts weiteres bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie sich vorstellen, auf welche Art und Weise der steirische Wirtschaftslandesrat Paieryl zu Unterlagen gekommen ist, die der Vertraulichkeit unterliegen?

Mag. Josef Mayer: Das müssen Sie den Herrn Landesrat fragen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, das werde ich auch tun, ich wollte nur Ihre Wahrnehmung hören. Ist Ihnen bekannt, dass im Bundesland Steiermark irgendwelche – wie sich aus den Dokumenten schlüssig ableiten lässt – vertraulichen Unterlagen an irgendjemanden gegangen sind, sei es an Frau Klasnic, an Herrn Paieryl, an Wirtschaftskammerpräsidenten Mühlbacher?

Mag. Josef Mayer: Also sonst hätten wir uns nicht auch gewundert, dass dort Unterlagen bekannt geworden sind – aber von uns sicherlich nicht. (*Abg. Dr. Kräuter: Aber Sie waren ja die Schlüsselstelle für die Unterlagen!*) – Nein, damals war ich es außerdem noch nicht, weil Sie sehen – Borth, Vondruska, Zwerenz –, das war noch eine andere Sektion, die damals zuständig war. Ich kann daher zu dem gar nichts sagen. Aber solange ich mit den Sachen zu tun hatte, haben wir sicher keine Unterlagen, die vertraulich waren, an irgendjemanden weitergegeben – ganz gleich, von welcher Seite solche Anfragen gekommen sind.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, danke – das ist jetzt im Protokoll. Wie gesagt, die Dokumente zeigen etwas anderes. (*Mag. Mayer: Aber das war vor meiner Zeit! Ich habe nicht immer mit diesem Thema zu tun gehabt!*)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Schreiben zur Kenntnis bringen: Da schreiben Sie selbst am 26. Juni 2006 Folgendes an Herrn Friedrich Eberhardt, Fasangartengasse 13, Betreff: anrechnungsfähige Beträge der voestalpine-Gruppe – ich zitiere –:

Sehr geehrter Herr Eberhardt!

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit teilt mit, dass in Zusammenhang mit den Eurofighter-Gegengeschäften per 31. Mai 2004 keine anrechnungsfähigen Beträge von der voestalpine-Gruppe eingereicht wurden. – Zitatende.

Soll ich Ihnen das auch vorlegen? (*Mag. Mayer: Ich kenne das!*)

Dazu hätte ich einige Fragen: Wie kommt es eigentlich, dass Sie das – anrechnungsfähige Beträge der voestalpine-Gruppe – einem Privatmann schreiben?

Mag. Josef Mayer: Das war eine Angelegenheit, bei der der Herr behauptet hat, er hätte für die Voest Geschäfte getätigt. Er wollte irgendwelche Aufwendungen von der Voest ersetzt haben, und hat dann an das Ministerium – unter Hinweis auf die Auskunftspflicht des Ministeriums – geschrieben, was alles an Gegengeschäften eingereicht wurde, und dass er derjenige war, welcher das gemacht hat. – Das war also ein Streit zwischen diesem Herrn und der Voest. Wir haben nur der Auskunftspflicht Genüge getan und dem Herrn das mitgeteilt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass Herrn Eberhardt von Herrn Aldag Provisionen zugesagt wurden? (*Mag. Mayer: Nein, das ist mir überhaupt nicht bekannt!*) – Hat er das nicht in den Verhandlungen oder in Gesprächen mit Ihnen erwähnt?

Mag. Josef Mayer: Ja, aber daher weiß ich nicht, ob das stimmt oder nicht. Wir haben uns in diesem Fall auch in keiner Weise eingemischt, weil wir davon keine Kenntnis hatten. Ob jemand behauptet, er hätte von jemandem eine Zusage bekommen, war von uns auch in keiner Weise nachvollziehbar oder auch nachzuprüfen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gibt es Zwischenvermittler bei Gegengeschäften? (*Mag. Mayer: Das ist mir nicht bekannt!*) – Ist Ihnen kein einziger Fall bekannt, bei dem es Zwischenvermittler gibt? Wissen Sie, dass dieser Fall bei der Volksanwaltschaft gelandet ist? (*Mag. Mayer: Ich kenne aber die Fälle der Volksanwaltschaft nicht!*) – Ist Ihnen nicht bekannt, dass sich Herr Eberhardt in der Angelegenheit Gegengeschäfte der voestalpine an die Volksanwaltschaft gewandt hat? (*Abg. Dr. Fekter: Da war der Stadler zuständig!*)

Mag. Josef Mayer: Entschuldigen Sie – ich habe gedacht, Sie meinen einen anderen Fall. Weil Sie das sagen, glaube ich, dass er sich an die Volksanwaltschaft gewandt hat. Aber wir haben dazu keine weiteren Informationen und waren auch nie in diese Absprachen oder Geschäftsverbindungen, die der Herr angeblich mit der Voest hatte, eingebunden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch einmal: Die Absprache hat es mit Herrn Aldag gegeben, ganz offensichtlich, und eine Vermittlungsprovision von 2 bis 5 Prozent wurde in Aussicht gestellt. – Ist Ihnen niemals untergekommen, dass es für Gegengeschäfte **Vermittlungsprovisionen** gibt? (*Mag. Mayer: Nein, ist uns nicht untergekommen!*) – Na gut, das haben wir im Protokoll.

Ein Weiteres – zu den Vertragsverhandlungen mit EADS: Es war ja an sich Herr Steininger als **Türöffner** und **Pfadfinder** beschrieben, und dann stellt sich durch Akten heraus, dass er an den **Vertragsverhandlungen** mit EADS teilgenommen hat. Nicht einmal – dann hätte wahrscheinlich Frau Kollegin Fekter gemeint, er hat halt dort die Tür geöffnet –, sondern es gibt mehrere Dokumente. Beispielsweise das, das ich vor mir habe, vom 6. August 2002, Ort: Bundesministerium für wirtschaftliche

Angelegenheiten, betrifft: Vertragsverhandlungen mit EADS, in dem Herr Steininger eingetragen ist. – War Ihnen das bekannt? (*Abg. Mag. Kogler: Da waren Sie aber dabei!*)

Mag. Josef Mayer: Ja, ich war bei der Sitzung dabei, daher war es mir auch bekannt. Ich habe das Protokoll auch unterschrieben, wenn Sie es sich ansehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was ist bei dieser Sitzung besprochen worden?

Mag. Josef Mayer: Soweit ich das jetzt noch weiß, wurde der Fahrplan für die weiteren Verhandlungen besprochen. Aber Herr Steininger war nicht der Verhandlungspartner, sondern Herr Moser.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Warum war Herr Steininger dann anwesend?

Mag. Josef Mayer: Das müssen Sie Herrn Steininger fragen – oder Herrn Moser, warum er ihn mitgenommen hat. Aber für mich war der Verhandlungspartner Herr Moser, und wenn ich jetzt nicht zufällig darauf aufmerksam gemacht worden wäre, dass Herr Steininger anwesend war, hätte ich gar nicht mehr gewusst, dass er dort war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn man am 6. August den Fahrplan besprochen hat, was hat man dann am 15. Juli gemacht? – Da war Herr Steininger auch anwesend.

Mag. Josef Mayer: Wie gesagt, das waren die ersten Sitzungen, in denen man sich über die Grundzüge, wie man die Verhandlungen anlegt, was wir alles in den Vertrag hineinnehmen wollen ... – Es waren eher noch sehr allgemeine Gespräche. Aber, wie gesagt, jetzt kann ich mich im Detail sicher nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist schon über eine Geschäftskonstruktion, über die spätere **EBD**, gesprochen worden?

Mag. Josef Mayer: Nein, überhaupt nicht, weil uns die EBD ja erst wesentlich später mitgeteilt worden ist. Damals war von einer EBD überhaupt noch nicht die Rede. Das war, glaube ich, damals noch nicht einmal angedacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Stellungnahmen hat Herr Steininger dort abgegeben? (*Mag. Mayer: Soweit ich mich erinnern kann, gar keine!*) – Die Leute werden sich ja vorgestellt haben!

Mag. Josef Mayer: Ja, aber, bitte, normalerweise, wenn Leute von der Firma kommen, dann hinterfrage ich nicht, wer oder warum er jemanden mitnimmt. (*Abg. Dr. Kräuter: Haben Sie Herrn Steininger gekannt?*) – Nein, ich habe ihn nicht gekannt. Wie gesagt, da ich auch vorher nicht mit Gegengeschäften zu tun hatte, war er mir auch von vorherigen Aktivitäten, die er angeblich laut Medienberichten gehabt haben soll, nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Ihnen eine E-Mail vortragen, das Herr Borth Franz an mich gerichtet hat. Es ist vom 27. April 2005 und lautet:

„Bisher wurden erst wenige Geschäfte de facto als Gegengeschäfte anerkannt. Die überwiegende Zahl der Geschäfte wurde vertragskonform ... beeinsprucht. ... Dies obwohl bereits fast ein Jahr seit der Einreichung durch Eurofighter vergangen ist. Hintergrund dafür: keiner traut sich die Verantwortung zu übernehmen.

Die RH-Sonderprüfung“ – das war die damalige Phase – „kann sich daher nur auf wenige Geschäfte beziehen. ...

Nochmals die Bitte um besondere Vertraulichkeit. Hatte schon genug Probleme ...“ und so weiter.

Dieser Herr Borth ist ja dann abgezogen worden, und Sie haben dann in einer öffentlichen Stellungnahme dementiert, dass das irgendetwas mit seinen Bedenken über die Praxis zu tun hätte.

Können Sie dazu etwas sagen: Warum ist Herr Borth abgezogen worden?

Mag. Josef Mayer: Herr Borth ist deshalb abgezogen worden, weil es ganz einfach in der Abteilung nicht mehr das entsprechende Vertrauensverhältnis gegeben hat. Er hat da gewisse Probleme auch mit seinem Vorgesetzten gehabt, und es waren immer wieder Dinge, wo er nicht entsprechend (*Abg. Dr. Kräuter: Funktioniert hat?*) – agiert hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie muss man sich das jetzt vorstellen? – Schauen wir uns das ein bisschen konkreter an: Herr Borth teilt also mit, es traut sich niemand Verantwortung zu übernehmen, es gibt praktisch keine Gegengeschäfte.

Mag. Josef Mayer: Entschuldigung: Das hat er *nicht* gesagt. (*Abg. Dr. Kräuter: Na ja, sinngemäß!*) – Nein, nein. Er hat nur gesagt, dass sich die Anrechnung verzögert, aber er hat nicht gesagt, dass es keine Gegengeschäfte gibt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein! Ich zitiere wörtlich: „keiner traut sich die Verantwortung zu übernehmen. Die RH-Sonderprüfung kann sich daher nur auf wenige Geschäfte beziehen“.

Bitte schön, wir sind zutiefst im April 2005!

Mag. Josef Mayer: Aber der Rechnungshof hat nicht festgestellt, dass es nur wenige Geschäfte gibt! Jetzt kommt nur der Widerspruch: Auf der einen Seite haben wir angeblich zu viel angerechnet, und auf der anderen Seite ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Sektionschef, Sie weichen meiner Frage aus! Ich frage ja nicht, was der Rechnungshof festgestellt hat – das weiß ich ohnedies, das steht ja im Bericht –, sondern warum **Herr Borth abgezogen wurde**. Sie können es ja sagen! Ist das auf Grund seiner kritischen Haltung den Gegengeschäften gegenüber gewesen – oder hat es andere Umstände gegeben?

Mag. Josef Mayer: Nein, Herr Borth war sicher nicht auf der Linie, die Sie jetzt sagen, sondern Herr Borth war sogar immer einer, der für eine großzügigere Anrechnung plädiert hat. Und **wir** haben ganz einfach ein viel strengeres System angelegt, und dadurch ist es auch zu Verzögerungen gekommen. Wie gesagt, in dem Team hat es ganz einfach Probleme gegeben. Und dass er hier Mails auch an Sie schreibt – ja, das sei ihm unbenommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine letzte Frage in der ersten Runde, und das hängt zusammen mit der Beauftragung von Ernst & Young – eine Sache, wo sich die kritische Öffentlichkeit wirklich gewundert hat, weil ja Ernst & Young praktisch einen Auftrag gehabt hätte, den ein B-Beamter mit Buchhalter-Ausbildung ohne Weiteres erfüllen hätte können. Und selbst von Ernst & Young selbst wird ja dann gesagt:

„Wir haben nur geprüft,“ – sagt Pius Strobl namens Ernst & Young – „ob die 22 Firmen, die auf der Liste stehen, im österreichischen Firmenbuch eingetragen sind, ... Zweitens habe man die vom Ministerium genannten Summen in fünf Kategorien aufgeteilt, erklärt Strobl: ‚Eine Rechenaufgabe.‘ Eine inhaltliche Prüfung der Verträge sei nicht erfolgt. Auch nicht, ob die Geschäfte eine österreichische Wertschöpfung bringen.“

Also das, worum es geht – inhaltliche Prüfung, Prüfung, ob österreichische Wertschöpfung –, **nicht!** Das war dezidiert ausgeschlossen vom Vertrag.

Sagen Sie, Herr Sektionschef, was hat denn das eigentlich gekostet, dass man Ernst & Young hier als Feigenblatt verwendet hat?

Mag. Josef Mayer: Bitte legen Sie mich jetzt nicht fest. Ich glaube, das waren 10 000 €. Aber, wie gesagt, da müsste ich jetzt nachsehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich schließe hier nur noch eine Zusatzfrage an: Warum hat man Ernst & Young für so eine Aufgabe herangezogen, die eigentlich – wie sie selbst dann sagen – eine Rechenaufgabe und ein Blick ins Firmenbuch ist?

Mag. Josef Mayer: Ganz einfach, weil viele Damen und Herren, wenn es das Ministerium macht, uns nicht glauben. Daher war die Überlegung: Wir nehmen eine neutrale Firma, die auch die Bucheinsicht macht: weil man sagt, wenn es das Ministerium macht, dann sei es nicht entsprechend glaubwürdig. Daher der Versuch, hier mehr Glaubwürdigkeit zu erzeugen – was ja in Ihrem Sinne sein sollte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist eine traurige Selbsteinschätzung, wenn ich das noch dazusagen darf! (*Abg. Dr. Fekter: Es gibt immer wieder „Kräuters“, und darauf haben sie reagiert – und zwar klug!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef, wir haben hier eine Auskunftsperson gehabt, Herrn Zagorz von der Blechtechnik Eisenerz GmbH. Um das einleitend abzukürzen: Dort war die Vorstellung, dass man vielleicht über Liebherr stärker Geschäfte machen könnte, als bis dorthin schon gemacht. Aber das war dann nicht der Fall – so etwas kann ja passieren –, die Umsätze sind zurückgefallen und haben nicht zugenommen. Deshalb ist auch völlig zu Recht in diesem Falle vonseiten des Ministeriums eine Nullanrechnung erfolgt. – So weit, so schlecht oder so gut, bis hierher.

Jetzt hat aber Ihr Ministerium am 31.8. des Jahres 2004 – wo eigentlich der Umstand schon bekannt sein musste, dass mit Blechtechnik Eisenerz kein Gegengeschäft im Sinn der Kriterien zustande gekommen ist – eine parlamentarische Anfragebeantwortung übermittelt, wo für die Steiermark 25 Unternehmen angeführt sind. Zunächst waren in der Beantwortung noch andere Kriterien mit übermittelt worden, und dann hat es 25 Firmen gegeben, die unter „Firmenverteilung nach Bundesländern“, „Report 2003“ hier angeführt wurden. Wir haben dort an vierter Stelle die „**Blech Technik Eisenerz GmbH**“. – Ich kann Ihnen das gerne vor bringen lassen, wenn Sie wollen.

Meine Frage an Sie ist, ob das üblich ist – das war nicht die einzige parlamentarische Anfrage zu Gegengeschäften –, dass Antworten gegeben werden, die offenkundig dem Wissensstand **widersprechen**. Das war in dem Fall ich: Mir hat Bundesminister Bartenstein in dieser Anfragebeantwortung ausgerichtet, Blechtechnik Eisenerz ist ein Gegengeschäftspartner. – De facto war das eine Nullanerkennung!

Wie oft ist so etwas vorgekommen?

Mag. Josef Mayer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Außerdem ist die Frage, ob es nicht damals nur eingereicht war und die Ablehnung dann später erfolgte. Nur so könnte ich mir das erklären: dass die Ablehnung erst nachher war. – Der hat einmal ein Gegengeschäft eingereicht, das heißt, er war zweifellos einmal als Gegengeschäftspartner vorhanden, weil er eine **Einreichung** gemacht hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schauen Sie, wir kennen den Ablauf: Am 31.5. kommt die Liste herein – in dem Fall im Jahr 2004 für das Jahr 2003. Dann

haben Sie die über den Sommer schon der Plattform übermittelt. Richtig ist, dass vertragsrechtlich erst am 30.9. endgültig abgeurkundet wird, wenn Sie so wollen. Das war knapp davor. Nur: Es hat eine Plattform-Sitzung am 18.8. gegeben – und am 31.8. informiert das BMWA das Parlament, dass hier ein Gegengeschäft vorliegen würde! Wenn ich mir jetzt anschau, wie das bei den anderen 25 Firmen ausschauen könnte, dann würden wir wahrscheinlich noch auf lustige Ergebnisse kommen.

Was ich damit natürlich zum Ausdruck bringen will, vor allem auch für das Protokoll und für die Verwertung im Ausschuss hier: dass sich immer wieder der Verdacht bestätigt, dass man sich mindestens in einem Graubereich, wenn nicht im Jonglieren und im Anachronismus bewegt.

Mag. Josef Mayer: Darf ich nur dazusagen (*Abg. Mag. Kogler: Ja, bitte! Selbstverständlich!*), dass wir sicherlich nicht bewusst falsche Angaben machen, sondern sich vielleicht eben erst nachher auf Grund der Recherchen herausgestellt hat, dass das **nicht anrechenbar** ist. Also wir bemühen uns, so objektiv und ehrlich wie möglich zu antworten. Oft ist es dann auch erst auf Grund von langwierigen Nachfragen möglich, solche Dinge aufzuklären. – Das vielleicht jetzt zu unserer Rechtfertigung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe nur mehr eine abschließende Frage, die für vieles gelten mag: Das Kriterium der **sachlichen Entsprechung** bedeutet ja im Wesentlichen, dass ursächlich ein Geschäft deshalb zustande gekommen ist, weil Eurofighter Jagdflugzeug GmbH mit dem BMWA einen entsprechenden Grundrüstungsvertrag geschlossen hat, und dass diese – nämlich Eurofighter, die Verpflichteten – eingewirkt hätten und ein Geschäft zustande gekommen ist, das sonst nicht zustande gekommen wäre.

Jetzt haben wir Dutzende Fälle, wo im Wesentlichen nur zusätzliche Umsätze entsprechend eingereicht werden. Das würde zwar dem zeitlichen Kriterium entsprechen, mein Verdacht aber ist – und die Frage, die ich daran knüpfe, ist, wie Sie diesen Verdacht überprüfen –, dass bei Umsatzsteigerungen, die allenfalls ohnehin zustande gekommen wären, hier Eurofighter ursächlich überhaupt nichts beigetragen hat – es hat zwar eine Umsatzsteigerung gegeben –, das aber als Gegengeschäft angerechnet wurde und völlig der Absatz außer acht gelassen wird, der normiert, dass der Verpflichtete einen Beitrag zum Zustandekommen des Geschäftes geleistet haben muss. – Beispiele zu Dutzenden, wo in den neunziger Jahren die Verträge geschlossen wurden: Pankl, FACC und viele mehr.

Jetzt frage ich Sie: Wie überprüfen Ihre Beamten die **sachliche Entsprechung** – will heißen: ohne den Rüstungsvertrag mit Eurofighter wäre dieses Geschäft nicht zustande gekommen? Wie machen die das? – Wobei im Übrigen in 90 Prozent der Fälle nicht irgendeine Korrespondenz beigelegt ist.

Mag. Josef Mayer: Wir haben natürlich Kontakte, gerade mit den Firmen, die Sie genannt haben. Es ist ja interessant, dass die Firmen, wie zum Beispiel Pankl, die zunächst sagen, sie haben **keine Gegengeschäfte** gehabt, dann auf ein entsprechendes Schreiben sofort reagieren und sagen, das sind **Kommunikationsprobleme**, die wir haben – und dass dann auch Vorstands- oder Aufsichtsratsvorsitzende draufkommen, dass sie nicht voll informiert waren, weil wir ganz einfach die Firmen fragen: Warum ist diese Erhöhung gekommen, ist das auf Grund des Gegengeschäftsvertrages?, und die Firmen uns glaubhaft versichern, dass das eben so sei.

Sie können jetzt sagen, das wäre nicht so. Nur ist es, glaube ich, hier auch sehr schwer, dann das Gegenteil nachzuweisen, dass es also, wenn der Vertrag nicht gewesen wäre, dann trotzdem zu diesem Geschäft gekommen wäre. Es gibt

glaubhafte Aussagen von den beteiligten Unternehmen, dass eben hier ein zusätzliches Auftragsvolumen erreicht werden konnte, das man sonst, wenn auch nicht schon Aussicht auf den Gegengeschäftsvertrag gegeben gewesen wäre, nicht bekommen hätte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Darf ich hier nur eine Zwischenfrage stellen: Können Sie uns Fälle schildern, in denen Sie von der Bieterseite verlangt haben, ihre Vermittlungstätigkeit bei Gegengeschäften nachzuweisen?

Mag. Josef Mayer: Ja. Es gibt Geschäfte, wo wir auch in der Plattform gefragt haben: Wo ist genau jetzt diese Vermittlungstätigkeit? Wie habt ihr das gemacht? Und: Warum habt ihr das gemacht? Oder: Wäre das nicht sowieso zustande gekommen? – Ich kann es Ihnen jetzt nicht konkret sagen, ich müsste dann nachschauen, aber das haben wir öfters nachgefragt. Das wurde auch in der Plattform öfters hinterfragt: Warum soll das als Gegengeschäft anerkannt werden?

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum finden sich nicht bei jedem einzelnen Gegengeschäft in den Akten die genauen Nachweise über die Vermittlungstätigkeit?

Mag. Josef Mayer: Das findet sich bei einigen Fällen, wo nachgefragt wurde, sicher. Aber ich glaube auch, dass wir hier unser System, auch im Sinne der Empfehlungen des Rechnungshofes, noch verbessern werden und wirklich bei jedem einzelnen dann genau hinschreiben, warum, wieso und weshalb, weil das – so scheint es – ganz einfach in vielen Fällen auch noch schriftlich nachvollziehbar sein sollte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bleiben wir kurz bei diesem Punkt: Heißt das, dass es etliche Fälle gibt, in denen es keinen schriftlichen Nachweis zum Beweis für diese notwendige Vermittlungstätigkeit gibt?

Mag. Josef Mayer: Ich würde sagen, nein. Aber es gibt Fälle, wo es eben schon aufgrund der Geschäftstätigkeit der Firma – wenn wir zum Beispiel FACC nehmen –, wenn hier diese Fälle vorliegen, sehr, sehr klar ist, dass eben solche im Luftfahrtgeschäft getätigten Geschäfte nur deshalb möglich waren, weil es eben den Gegengeschäftsvertrag gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn Sie uns Beispiele nachliefern könnten, wo EADS respektive Eurofighter selber schriftlich bestätigen, was ihre Bemühungen zur Vermittlung eines Geschäfts waren, wäre uns sehr geholfen.

Was wir kennen, ist mittlerweile – und da hat mich der Vorsitzende jetzt noch zu folgendem Vorhalt verleitet –, dass quasi die Agentur Dr. Bergner für EADS eingestiegen ist und auch in Korrespondenzen getreten ist. Ich darf aber den Hohen Ausschuss davon informieren, was man da in der Aktenlage alles entdeckt:

Eine gewisse Firma **starlim sterner** bestätigt hier an den Herrn Bergner mit einem Rundfax über Geschäfte des Jahres 2004, also sozusagen eine Sammelbestätigung über fünf Geschäfte:

„Sehr geehrter Herr Dr. Bergner! Wie besprochen übermitteln wir in der Anlage die Gegengeschäftsbestätigung ...“ – und zwar für das Jahr 2004.

Das heißt, der Verdacht – den wir, wie Sie wissen, immer geäußert haben –, dass Bergner im Wesentlichen in der Gegend herumgeht und schaut, ob irgendwelche Geschäfte, die schon längst stattgefunden haben, nicht irgendwie dazu hergenommen werden könnten, dass ihm bestätigt wird, dass die Firma XY sagt: Ja, das ist deshalb zustande gekommen, weil Eurofighter existiert!, der ist doch naheliegend, wenn sich Bergner im Jahr 2005 entsprechende Mails über das Geschäftsjahr 2004 schicken lässt. Es ist damit überhaupt kein Nachweis erbracht, dass etwa Eurofighter GmbH hier

im Jahr 2004 ursächlich eingewirkt hätte. – Und es gibt keine anderen Korrespondenzen!

Meine Frage wäre ja, ob Sie dem Ausschuss solche übermitteln können – denn in den Akten findet sich nichts –, wo Eurofighter selbst nachweist, dass sie ursächlich ein Geschäft mit hergestellt haben.

Mag. Josef Mayer: Also ich habe keine, denn wir haben Ihnen alle Akten übermittelt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da ist aber nichts dabei!

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigen Sie: Sie haben ganz wesentlich mit der ganzen Abwicklung zu tun. Die Frage des Kollegen Kogler ist doch eindeutig: Nennen Sie dem Ausschuss Fälle, in denen Eurofighter beziehungsweise EADS selbst schriftlich ihre **Vermittlungstätigkeit** für **Gegengeschäfte** nachgewiesen haben. – Nennen Sie uns konkrete Fälle!

Mag. Josef Mayer: Sie haben alle Fälle!

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist möglich, dass wir alle Fälle haben. Das hat aber nichts mit meiner Frage zu tun. (*Mag. Mayer: Ich kann es Ihnen jetzt auswendig sicher nicht sagen!*) – Dann werde ich die Frage anders formulieren:

Nennen Sie uns zumindest **einen** Fall, in dem Eurofighter beziehungsweise EADS **schriftlich dokumentiert** haben, dass und wie sie ein **Gegengeschäft** vermittelt haben.

Mag. Josef Mayer: Bitte, es geht darum, dass es Fälle gegeben hat, wo zum Beispiel bei sogenannten Vermittlungsgeschäften Eurofighter bestätigt hat, dass das gekommen ist. Aber, wie gesagt, ich habe jetzt hier keine Fälle, die ich Ihnen nennen könnte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ja nicht unerheblich, denn wir haben Professor Aicher befragt, was seiner Meinung nach als Gegengeschäft anrechenbar ist, und er hat uns als Grundfall, als ersten und wichtigsten Fall natürlich Geschäfte geschildert, die auf **direkte Vermittlung der Bieterseite** zustande gekommen sind.

Deswegen wiederhole ich meine Frage: Nennen Sie uns die Geschäfte, die auf direkte Vermittlung der Bieterseite zustande gekommen sind!

Mag. Josef Mayer: Sie haben das ja in den Gegengeschäftsbestätigungen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Falsch! Das bestätigt die **Firma**, die angeblich ein Gegengeschäftsprofiteur ist. – Aber Eurofighter weist **nie** irgendetwas nach!

Mag. Josef Mayer: Ja, aber das ist im Vertrag auch nicht so vorgesehen! (*Abg. Mag. Kogler: Ah!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann nähern wir uns aber dem Problem! – Professor Aicher hat uns erklärt, dass zu diesem Punkt ein Nachweis durch die Bieterseite über die eigene Vermittlungstätigkeit Voraussetzung ist.

Warum haben Sie diesen Nachweis – im Vertrag, und dann später in der Abwicklung – nicht verlangt?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber nur für die dritte Seite! Nicht für die Vertragspartner, die im Vertrag dezidiert genannt sind! Die sind automatisch sozusagen gegengeschäftsfähig! Erst in der Kette, bei **dritter Seite**, also ein Zulieferer von einem Zulieferer, der muss ein Vermittlungszertifikat oder eine Vermittlungsdokumentation bringen!

Das ist ein Kreuzverhör, das ihr zwei da macht! An und für sich haben wir ein System, dass nur **einer** befragt! Aber ihr macht da jetzt ein Kreuzverhör – und falsche Vorhalte an die Auskunftsperson!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Mag. Mayer, Sie haben selbstverständlich das Recht, wenn Sie Frau Dr. Fekter als Anwältin beziehen wollen, dann können wir das Verfahren einer Vertrauensperson durchführen. (*Abg. Dr. Jarolim – auf Abg. Dr. Fekterweisend –: Dieses Verhalten ist unerträglich! Skandalös ist das!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn die Vorsitzführung so unzureichend ist, muss man halt eingreifen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Bis dahin wird Kollege Kogler weiterfragen, und ich werde, wenn ich es für notwendig halte, von meinem verfahrensordnungsmäßigen Recht, Fragen zu stellen, immer, wenn ich es für richtig halte, Gebrauch machen. – Auch die Verfahrensordnung ist ein Gesetz, dass trotz der Bedenken der ÖVP in diesem Ausschuss gilt.

Herr Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass die Zeit schon abgelaufen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, wenn es die üblichen Störungsversuche seitens der ÖVP gibt, werde ich die Sitzung unterbrechen. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist eine willkürliche Vorsitzführung!*) – Die Sitzung ist kurz **unterbrochen** – zur Beruhigung der Abgeordneten Fekter.

Ich bitte die Fraktionsführer, zu mir zu kommen.

(*Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.50 Uhr **unterbrochen** und um 10.52 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herzlichen Dank, dass sich alle in so kurzer Zeit wieder beruhigt haben. Ich habe einer Abgeordneten zur Kenntnis gebracht, dass ich auch in Zukunft von meinem Recht, jederzeit Fragen zu stellen, sparsam Gebrauch machen werde, warne aber vor der Missinterpretation, dass das die Gewohnheit werden könnte, dass sich der Vorsitzende in das Fragen **nicht** einmischt.

Zweitens: Das wird selbstverständlich auf die Zeit nicht angerechnet. Wenn der Vorsitzende Fragen stellt, wird das nicht auf das Zeitkonto der Fraktionen angerechnet. Insofern hatten wir mit der Zeit auch überhaupt kein Problem.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Fekter. Bitte, in angemessenem Tonfall Fragen an unsere Auskunftsperson zu stellen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich habe wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Sie sich von der Grünen Fraktion distanzieren und sich selber sich Zeit arrogieren. Das, was Sie gerade gemacht haben, nämlich die Auskunftsperson auf eine Aussage hin zu **drängen**, die sie **nicht geben kann**, weil beispielsweise bei den eigentlichen Partnerfirmen, die im Vertrag genannt sind, für die Anrechenbarkeit ... – Ich lese das vor:

Die Eurofighter GesmbH Jagdflugzeuge ist unser Vertragspartner. Die sachliche Entsprechung und damit die Anrechenbarkeit ist gegeben, wenn das Geschäft durch den Vertragspartner selbst, die Eurofighter-Partnerfirmen (Alenia, DAE-Systems, EADS), die Eurojet-Partnerfirmen (Rolls Royce, MTU, ITP, Fiat AVIO) oder deren Muttergesellschaften (Daimler Chrysler, Lagardere, Finmeccanica, SEPI, Fiat, Turbo 2000) gemacht werden.

Bei diesen Firmen braucht es kein Zertifikat über eine Vermittlungstätigkeit von Eurofighter, sondern es genügt alleine, dass diese Partnerfirmen der Gegengeschäftspartner sind.

Das Gleiche bei der Anrechenbarkeit gilt für Zulieferer solcher Gesellschaften betreffend die Erfüllung des Kaufvertrages gemäß Liste in Anlage 5 beziehungsweise künftige solche Zulieferer. Die sachliche Entsprechung gilt auch bei Gegengeschäften von **Dritten**, und **nur** bei Gegengeschäften von **Dritten** braucht man eine individuelle Initiative einer der oben genannten Firmen. (*Abg. Mag. Kogler: Und die fehlt in der Regel!*) – Das ist nicht wahr, Herr Kollege Kogler! Das ist nicht wahr!

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Kogler, wenn Sie noch einmal die Kollegin Fekter unterbrechen, werde ich zu schärfsten Maßnahmen greifen! (*Heiterkeit.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und daher ist zu differenzieren, ob die sachliche Entsprechung alleine durch die Qualität des Eurofighter-Partners bereits gegeben ist, oder, wenn es um Dritte, Zulieferer von Zulieferern, geht, durch eine Bestätigung, die Eurofighter beizubringen hat. Diese Bestätigung liegt in den Unterlagen in allen konkreten Fällen vor. Und es ist auch von anderen Auskunftspersonen ja bereits gesagt worden, dass sogar nachgefragt wurde, auf welcher Grundlage dies beruht.

Nur zur Klarstellung, warum es vorhin einen Wirbel gegeben hat: Weil eben der Vorsitzende in insistierender Art auf den Zeugen eingewirkt hat, ihm irgendeine falsche Aussage herauszulocken, die dieser nicht geben wollte. Und das ist mir im Hinblick auf eine korrekte Vorsitzführung aufgestoßen.

Ich habe eine Frage an Herrn Sektionschef Mayer, und zwar: Wenn beispielsweise im Mai 2004 die Gegengeschäftsvorlagen für 2003 erbracht worden sind – wie lange hat dann die Prüfung gedauert, bis es dann, beispielsweise für 2003, eine echte Anerkennung und Bestätigung gegeben hat? Also: Wenn im Mai die Dinge kommen, ab wann können wir dann damit rechnen, dass sozusagen die Gegengeschäfte des Vorjahres die echte Anerkennung bekommen?

Mag. Josef Mayer: Wir haben auf Grund des Vertrages 120 Tage Zeit, diese Prüfung vorzunehmen, haben allerdings auch dann noch die Möglichkeit, noch Fälle für Fragen zurückzustellen, und dann kann es also durchaus noch um einiges länger dauern, bis die gesamten Gegengeschäfte angerechnet werden. Das heißt also, das sind vier Monate; 31. Mai – also bis Ende September.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): 120 Tage: Juni, Juli, August, September. Das gilt für jene Fälle, die sich als unproblematisch aus Sicht der Behördenseite oder der Plattformseite darstellen. In Einzelfällen, wenn es ein Hin und her und eine Diskussion mit dem Partner gibt ...,

Mag. Josef Mayer: Kann das durchaus wesentlich später sein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, man kann grundsätzlich mit der Einreichung alleine noch gar nichts sagen?

Mag. Josef Mayer: Nein, überhaupt nichts.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das, was der Herr Kollege Kogler hier insistiert hat im Hinblick auf die Einreichung – und das wäre eine andere Zahl gewesen –, da könnte auch herauskommen: ungerechtfertigt eingereicht?

Mag. Josef Mayer: Ja, ohneweiters. Das habe ich auch zu erklären versucht, dass diese Anfragebeantwortung ja noch vor der Frist, die im Vertrag vorgesehen ist, gegeben wurde und daher da durchaus noch Änderungen möglich sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Kollege Kogler wollte diese Antwort nicht akzeptieren, und daher wollte ich nachfragen, ob es auch wirklich so gemeint war.

Ich habe hier einen Brief aus dem Jahr 2005, vom November, und Ihre vorhergehende Antwort nimmt meine Frage eigentlich vorweg. Ich wollte nämlich fragen: Im November gab es noch Hin- und Her-Stellungnahmen bezüglich einzelner Einreichungen. Es war also eigentlich Stand der Dinge, dass man sich das ganze Jahr über darum gekümmert hat, was anrechenbar ist und was nicht?

Mag. Josef Mayer: Ja, und gab auch Kritik des Rechnungshofes, dass wir zu langsam prüfen, beziehungsweise – man kann es auch positiv sagen – dass wir zu intensiv prüfen. Wir sollten das Verfahren beschleunigen, hat der Rechnungshof festgestellt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es ist dann immer wieder so ein bisschen der Vorwurf gekommen, die Behörde als solche wäre nicht selbst initiativ, sondern orientiere sich ausschließlich an den Meinungen der Plattform?

Mag. Josef Mayer: Wir sind insofern selbst initiativ, als wir einmal alle eingereichten Anträge von uns aus prüfen, dann unser erstes Ergebnis der Plattform in der Form präsentieren, dass sie genau aufgelistet bekommen, was sind welche Fälle, worunter fallen die. Wir sind jetzt auch dazu übergegangen, die so genannten Vermittlungsgeschäfte extra zu kennzeichnen, damit also ganz klar ist, wo dann unter Umständen noch zusätzliche Bestätigungen notwendig sind. Und dann werden alle Fälle in der Plattform durchgegangen, wobei die Plattform dann in jenen Fälle, die sehr klar sind, wo eine ganz klare Bestätigung vorliegt, wo es schon im Vorjahr auch angerechnete Geschäfte gegeben hat, sagt: Okay, da glauben wir euch!

Aber selbstverständlich frage ich als Vorsitzender immer wieder nach: Wollen Sie noch Informationen haben? Wir geben sie Ihnen sehr gerne.

Dann prüft die Plattform, und da geht es dann in erster Linie um Fälle, die etwas schwieriger auch anzurechnen sind, zum Beispiel, wenn es um Investitionen geht: Nimmt man hier einen Aufrechnungsfaktor? Wenn ja, welchen nimmt man? Oder bei einem Vermittlungsgeschäft: Was wurde tatsächlich als Vermittlungstätigkeit hier von EADS oder Eurofighter gemacht?

Das ist der Ablauf. Und wenn es dann Zweifel gibt, gibt es immer noch Rückfragen. Wenn es dann eindeutig ist, teilen wir das unter Umständen in schriftlicher Form nur den Plattformmitgliedern mit. Aber wenn es nicht eindeutig ist oder nicht ausreichend ist, dann wird nochmals an die Plattform herangetreten, damit die Plattform dann noch einmal Gelegenheit hat, hier ihre Stellungnahme abzugeben. Und auf Grund dieses Ergebnisses machen wir dann auch die offizielle Anrechnung.

Aber, wie gesagt, es gibt Fälle, die sich sehr, sehr lange dahinziehen, weil es eben sehr unterschiedliche und, wie auch manchmal der Vertragspartner sagt, äußerst langwierige und mühsame und von seiner Seite aus nicht immer nachvollziehbare Überprüfungen gibt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Sektionschef Mayer, in diesem Ausschuss könnte man ja den Eindruck gewinnen, als wären Gegengeschäfte

das „Grauslichste“, was Österreich passieren kann, und jeder Arbeitsplatz weniger wäre besser, und jede technologische Entwicklung wäre in Wirklichkeit hintanzuhalten. Und Forschungspartizipation ist sowieso was Ungustiöses, wenn es von der Wirtschaft finanziert wird. – Da denke ich mir manchmal, irgendwie sind die, die das so darstellen, am „falschen Dampfer“.

Jetzt frage ich Sie: Haben Betriebe oder Forschungseinrichtungen oder jene, die Sie quasi mit dieser Gegengeschäftsbürokratie quälen, Ihnen gegenüber Unmut geäußert oder äußern die sich der Behörde gegenüber positiv, dass es so etwas wie Gegengeschäfte gibt?

Mag. Josef Mayer: Die meisten äußern sich sehr positiv, wobei bisweilen eine Diskrepanz festzustellen ist zwischen dem, was man uns sagt und was da manchmal in diversen Medien zu finden ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und dann in den Medien auch wieder relativiert werden muss. Das haben wir ja festgestellt. (*Mag. Mayer: Ja!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wollten Sie noch etwas dazu sagen? (*Mag. Mayer: Nein, danke!*)

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Herr Sektionschef Mayer, am 18. Dezember 2001 richtete der Verkaufsdirektor von EADS Deutschland, der Herr Aldag, und der Vizepräsident für Verkauf und Marketing, der Herr Kamlage, ein Schreiben an alle, die es betreffen könnte. Inhalt dieses Schreibens: Erhard Steininger und Alfred Plattner bis Ende Juli 2002 mit der Organisation von Business Meetings, Diskussionen und so weiter und Besuchen des EADS-Teams in Österreich zu betrauen. – Ist Ihnen dieser so genannte Brief bekannt?

Mag. Josef Mayer: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Dieses Schreiben findet sich nämlich in den Akten des Verteidigungsministeriums und des Wirtschaftsministeriums. – Dieses Schreiben ist Ihnen völlig unbekannt?

Mag. Josef Mayer: Außer Sie zeigen mir das. Aber ich kann mich nicht an ein solches Schreiben erinnern. (*Abg. Füller sucht in seinen Unterlagen. – Abg. Dr. Fekter: Der weiß selber nicht, was er fragen soll!*)

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ich meine, ich will es jetzt nicht ausschließen. Es könnte eine Zahl von uns sein.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Mit jedem 31. 5. müssen die Listen der Gegengeschäftsverpflichteten eingereicht werden. 2003 und 2004 passierte das über die Eurofighter Jagdflugzeug GesmbH, im Zeitraum 2005 wurde die gesamte Gegengeschäftsliste hingegen von EADS eingereicht. – Wie erklären Sie sich diesen Wechsel bei der Ablieferung von Gegengeschäftslisten?

Mag. Josef Mayer: Weil ganz einfach EADS und Eurofighter uns mitgeteilt haben, dass jetzt für die Abwicklung der Gegengeschäfte EADS zuständig ist.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): In einem Akt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 23. Juni betreffend die Frage, wie Geschäfte zu handhaben seien, die vor Vertragsabschluss, aber nach der Typenentscheidung begonnen wurden, ist Folgendes zu lesen:

Im Zuge der Vertragsverhandlungen mit EADS wurde vereinbart ...

Aus welchen Grund wurden mit EADS Verhandlungen über die Konto separato-Vereinbarung geführt – und nicht mit dem Vertragspartner, der Eurofighter GmbH?

Mag. Josef Mayer: Ja, und was wollen Sie da jetzt? – Entschuldigen Sie, ich habe Ihre Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Aus welchem Grund wurden mit **EADS** Verhandlungen für eine **Konto separato-Vereinbarung** geführt – und nicht mit dem Vertragspartner, der Eurofighter GmbH?

Mag. Josef Mayer: Weil die damals bei uns eben auch als Verhandler aufgetreten sind.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Wann hatten Sie in Ihrer Funktion Kontakt mit der EBD?

Mag. Josef Mayer: Ich habe Kontakt nur sehr sporadisch, weil das über die zuständige Abteilung abgewickelt wird, und wenn es ganz spezielle Fälle gibt, dann gibt es in seltenen Fällen einen Kontakt, warum man das und das nicht anrechnet.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): In welcher Form ist die EBD dem Ministerium gegenüber aufgetreten?

Mag. Josef Mayer: Es gab eine schriftliche Mitteilung von Eurofighter und EADS, dass EBD jetzt für die Abwicklung der Gegengeschäfte zuständig ist. Es gab eine solche schriftliche Mitteilung. Es hat uns ja auch der Rechnungshof empfohlen, wir sollen engere Kontakte mit EBD halten, um die Abwicklung rascher durchführen zu können. **Abgeordneter Christian Füller (SPÖ):** Wussten Sie selbst über die Eigentümerstruktur der EBD Bescheid? (*Mag. Mayer: Nein!*)

War Ihnen persönlich bekannt, dass Alfred Plattner, der Nachfolger von Erhard Steininger beim BOFORS-Verbindungsbüro, darüber hinaus auch im Zuge der Abfangjägersnachbeschaffung mit seiner Firma PNP Consulting GmbH (*phonetisch!*) in geschäftlichem Kontakt mit Herrn Steininger gestanden ist? (*Mag. Mayer: Nein!*)

Herr Sektionschef, ist Ihnen der Schriftverkehr des Herrn Prof. Siedschlag mit seinen universitären Einrichtungen im Zusammenhang mit diesen Gegengeschäften bekannt geworden? Das war auch schon letzte Woche Thema in den Medien. Sonst lese ich es Ihnen vor; ein interessanter Brief.

Mag. Josef Mayer: Also das sagt mir momentan überhaupt nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Herr Professor Siedschlag sagt Ihnen etwas?

Mag. Josef Mayer: Nein, sagt mir auch nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Professor Siedschlag ist Politikwissenschaftler an der Universität in Innsbruck und hat dort eine Stiftungsprofessur bekommen, die EADS finanziert hat. – Ist er Ihnen jetzt ein Begriff?

Mag. Josef Mayer: Ja, jetzt fällt es mir ein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Keglevich stand in intensivem Kontakt mit ihm.

Ich lese Ihnen folgenden Brief vor, den Herr Professor Siedschlag an den Herrn Löb schreibt; das ist der Geschäftsführer des TransferCenters der Universität Innsbruck, der für solche Angelegenheiten dort zuständig ist. Ich lese Ihnen einmal die ersten zwei Absätze vor, die sind sehr interessant:

Ich habe jetzt Folgendes zur EADS-Strategie, speziell Österreich-Strategie, ermittelt und zu einem Gesamtbild zusammengefügt.

EADS war enttäuscht, in Österreich bei näherem Hinsehen kein Wirtschaftsland entdeckt zu haben, in dem sie sinnvolle Gegengeschäfte kaufen können. Nach wie vor haben sie das Problem, nicht auf die vereinbarte Geschäftsvolumensumme kommen zu können, und inzwischen verstanden, dass das nicht nur eine Frage des „Österreich hält sich nicht an die Verabredungen“, sondern ein strukturelles Problem ist. Deshalb hat EADS nach einigem Überlegen eine eigene Österreich-Strategie entwickelt. So erklärt sich auch die Existenz von EBD und die Rolle von Keglevich. Diese Strategie steht auf drei Säulen. – Zitatende. Und dann kommt diese Strategie.

Herr Siedschlag hat offensichtlich – das scheint bei EADS common sense zu sein – entdeckt, dass man gar nicht auf diese Summen kommen kann, ohne dass man herumtrickst.

Was sagen Sie zu diesem Vorhalt?

Mag. Josef Mayer: Der durch nichts gerechtfertigt ist, weil auch der Rechnungshof festgestellt hat, dass durchaus innerhalb der Vertragsfrist von 15 Jahren das vereinbarte Geschäftsvolumen erreicht werden kann. Es ist sicherlich nicht leicht, und es bedarf vieler Anstrengungen, um dieses Ziel zu erreichen, aber diese Aussage kann ich nicht nachvollziehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie deckt sich aber – und das ist das, was beim Herrn Siedschlag unbeabsichtigt war – mit den Einschätzungen des Herrn Professors Kramer, der sich mit Herrn Siedschlag mit Sicherheit **nicht** abgesprochen hat, und das deckt sich auch mit den Einschätzungen verschiedener Unternehmen, die gesagt haben, wir wissen gar nichts davon, dass das alles Gegengeschäfte sein sollen.

Mag. Josef Mayer: Zu Professor Kramer darf ich eines sagen: Professor Kramer hat meines Wissens nie gesagt, dass die Gegengeschäfte und das Gegengeschäftsvolumen **nicht** erreicht werden kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Professor Kramer hat gesagt, man kann es **nicht einmal nachprüfen**.

Mag. Josef Mayer: Herr Professor Kramer hat gesagt, die volkswirtschaftliche Nachprüfung ist sehr schwierig, und die einzelnen Geschäfte wissenschaftlich nachzuprüfen ist etwas, was seinem Institut sehr schwer fällt. – Ich sehe auch, dass Firmen sagen, sie haben keine Gegengeschäfte gehabt, dann aber eine Bestätigung unterschreiben. Und wenn man dann ein etwas förmlicheres Schreiben an dieses Unternehmen richtet, dann kommen sie in der Regel drauf, dass das **sehr wohl** ein Gegengeschäft war, aber es nur in der ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ah, das ist ein unbewusstes Gegengeschäft? Da muss man Unternehmen erst darauf aufmerksam machen, dass das ein Gegengeschäft war!?

Mag. Josef Mayer: Nein, nein, nein! Ich möchte nur jene Fälle zitieren, wie zum Beispiel jetzt Pankl oder auch andere, die auf einmal sagen, es gab keine Gegengeschäfte. Und dann machen wir sie aufmerksam, ihr habt uns eine Bestätigung geschickt – und entweder die Bestätigung war falsch, oder Ihre Aussage in der Öffentlichkeit war nicht den Tatsachen entsprechend. Und dann kommt immer sehr rasch ein Schreiben, wo mitgeteilt wird, da gab es Kommunikationsprobleme oder andere Probleme, wir haben das intern nicht so gut zugeordnet, oder: Es war vom Gesamtumsatz nur eine relativ geringe Summe – aber es hat sehr wohl diese Unterschrift gegeben, und es war sehr wohl ein Gegengeschäft. – Das ist bei manchen Firmen leider das Problem, aber das können Sie nicht dem **Ministerium** anlasten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich will gar nichts dem Ministerium anlasten, ich will nur hinterfragen, ob diese Gegengeschäftsbestätigungen tatsächlich das Papier wert sind, auf dem sie verfasst sind. Was ist das für eine Gegengeschäftsbestätigung, wenn ein paar Wochen später oder ein paar Monate später das Unternehmen sagt, das ist eigentlich gar kein Gegengeschäft gewesen? Das sind ja in Wirklichkeit sanktionslose **No-na-net-/Machen-wir-halt-Bestätigungen**; die sind schnell einmal ausgestellt, um dem Wirtschaftsministerium einen Gefallen zu tun, damit man auf das Volumen kommt, das man sonst **nicht** erreichen kann.

Mag. Josef Mayer: Ich wüsste nicht, warum jemand dem Wirtschaftsministerium einen Gefallen tun soll.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Wirtschaftsminister ist erkennbar bemüht, Gegengeschäftsvolumina herzustellen, die er sonst gar nicht herstellen könnte.

Mag. Josef Mayer: Ich hätte geglaubt, weil die Beamtinnen und Beamten des Wirtschaftsministeriums so nett sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich rede von Ihrem Minister.

Mag. Josef Mayer: Aber es ist so, dass uns niemand einen Gefallen tut, und bitte wir sind auch nicht diejenigen, die die Gegengeschäfte anbahnen oder sonstwie in die Wege leiten. Wir verlangen nur von den Firmen eine sachlich richtige, fundierte Bestätigung, machen auch auf die strafrechtlichen Folgen aufmerksam. Und da wäre dann schon eine Möglichkeit gegeben, wenn sich herausstellt, dass die Firma uns eine falsche Bestätigung gegeben hat, dass das dann rechtliche Konsequenzen hat. Es scheint aber nur manchmal so zu sein, dass es auch firmenintern über Gegengeschäfte eine unterschiedliche Auffassung gibt, dass manche, auch wenn sie es bestätigen, dann in der Öffentlichkeit nicht dazu stehen wollen. Aber das müssen Sie dann die Firmenvertreter fragen.

Wir haben in all den Fällen, wo wir dann nachgefragt haben: Haben Sie diese Bestätigung tatsächlich abgegeben, ist das, was da drinnen steht, richtig?, immer dann die Antwort bekommen, ja, das ist richtig, das hat es gegeben, und was dann in dem Medium gesagt wurde, war nicht richtig wiedergegeben, oder das war ein Irrtum, oder wir haben innerhalb des Konzerns – was bei großen Konzernen ja möglich ist – Kommunikationsprobleme gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie mir erläutern, was EADS mit einer „Österreich-Strategie“ meint, wo EBD und die Frau Keglevich notwendig sind, dass man überhaupt zu den Gegengeschäftsvolumina kommt?

Verstehen Sie: Da geht man auf einen Sektor Forschung, Entwicklung, um sozusagen den Eindruck zu erwecken, als ob Gegengeschäfte vorhanden wären, die im Grunde sozusagen nur die aufgeblähten Luftballons sind, die die Frau Keglevich erzeugen muss.

Mag. Josef Mayer: Erstens einmal stechen wir dann gerne in solche Luftballons hinein, dass sie platzen – und außerdem ist es natürlich notwendig, aktiv weiter noch Unternehmen oder auch Bereiche zu finden, die bisher von den Gegengeschäften nicht so stark erfasst wurden. Dass man jetzt natürlich sich sehr stark auf die Luftfahrtindustrie, auf die Zulieferer auch konzentriert hat, aber dass man jetzt auch in andere Bereiche gehen muss, ist vollkommen klar, um das auch, was im Vertrag festgelegt ist, zu erfüllen, nämlich möglichst viele Stärkefelder aufzubauen, möglichst viele Industriezweige, möglichst viele Forschungszweige mit einzubeziehen, dass da eine weitere intensive Bearbeitung des österreichischen Marktes notwendig ist. Aber ob das und wer das jetzt machen soll, das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): EBD und Keglevich, steht hier. Sie hat es auch bestätigt im Ausschuss. – Läuft das auch über Ihren Schreibtisch, diese ...? (Mag. Mayer: *Nein!*) – Über wessen Schreibtisch laufen diese Forschungsgeschichten?

Mag. Josef Mayer: Es gibt außerdem noch eine Forschungsplattform im Bundesministerium.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber diese Gegengeschäfte laufen ja auch über das Wirtschaftsministerium.

Mag. Josef Mayer: Die Gegengeschäfte laufen auch über das Wirtschaftsministerium, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Jetzt werde ich Ihnen diese drei Strategien erläutern. Ich lese Ihnen einmal die Ziffer 1 vor, zunächst ohne die Klammerausdrücke. Da steht: Diese Strategie steht auf drei Säulen:

1. Versuch, im Rahmen universitätsbezogener Gegengeschäfte in erster Linie Forschungsleistung und nicht primär Spin-offs zu kaufen.

Das ist einmal so weit ein klarer Satz. Mit den Klammerausdrücken wird er noch klarer:

Versuch, im Rahmen universitätsbezogener Gegengeschäfte in erster Linie Forschungsleistung (die als Investition mehr als 1:1-Gegenleistung zählen kann!) und nicht primär Spin-offs (also keine Schnüffelgeräte) – wie das heißen muss, weil hier steht „Schüffelgeräte“, ich weiß nicht, was das sein soll – zu kaufen. (Dies könnte auch diese Stipendiengeschichte erklären, von der Frau Keglevich mir erzählt hat.)

Das ist der Hinweis darauf, dass das alles eine getürkte Geschichte ist.

Ich zitiere weiter:

2. Business Development: Leistungen kaufen, die das Lieferunternehmen selbst strategisch aufwerten und mittelfristig zu einem interessanten Geschäftspartner im EADS-Kerngeschäft machen können.

3. Matching Funds: Einstieg in Kooperationsprojekte, auch wissenschaftliche, die bereits stehen, für die es aber bisher nur eine solide Teilfinanzierung gibt.

Drei Punkte legen hier offen, dass das in Wahrheit alles nichts anderes ist als sozusagen Teilfinanzierungen, Beiträge von EADS, die man damit und deshalb zu einem Gegengeschäft hochstilisiert und sonst gar nichts. Und dazu braucht man die Frau Keglevich und die Firma EBD.

Mag. Josef Mayer: Das ist die Auffassung des Herrn Professors, wobei gerade diese Fälle und diese Einreichungen besonders genau geprüft werden. Da haben wir die längsten Diskussionen in der Plattform, wo auch die Professoren, die in der Plattform sitzen, sich sehr, sehr genau anschauen, ob das überhaupt gerechtfertigt ist, was hier eingereicht wird, ob das auch den Usancen in der Forschung entspricht. Also da wird sehr, sehr genau geprüft.

Was da jetzt intern an möglichen Ballons, wie Sie gesagt haben, aufgeblasen wird, das erkennen wir nicht, sondern wir halten uns dann an die Fakten, die wir bekommen. Und gerade diese Forschungs- und Technologieprojekte werden wirklich sehr, sehr stark geprüft. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie hier auch einen Aufwertungsfaktor zitiert, und um den wird sehr, sehr häufig gestritten, wo oft sehr große Bandbreiten gegeben sind. Gerade aus dem Grund ist es dann sehr, sehr schwer, der Plattform irgendwelche Geschäfte sozusagen unterzujubeln, die nicht wirklich hieb- und stichfest sind.

Die Anrechnungen, die in diesem Bereich gemacht wurden, waren immer sehr, sehr umstritten. Aber, wie gesagt, da hat der Rechnungshof uns dann sogar indirekt vorgeworfen, wir sollten bei diesen Geschäften sogar etwas großzügiger sein, weil die Langzeitwirkung solcher Projekte, Forschungs- und Technologieprojekte eine ungleich höhere ist als bei einfachen Warenlieferungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich zitiere noch den letzten Satz, den er Herr Siedschlag dem Herrn Löb, diesem Geschäftsführer des TransferCenters schreibt, und da wird es sehr deutlich, dass das in Wahrheit nur eine Darstellungsfrage ist:

Ich fände es interessant, unser Musterportfolio an diesen drei Punkten aufzuhängen, mit ein, zwei Angebotsbeispielen zu jedem, mit Betonung des Investitionsaspekts (mehr als 1:1-wertige Gegengeschäfte).

Das ist nichts anderes als Schönung, Darstellung, Frisieren, mehr nicht!

Mag. Josef Mayer: Ja, das ist das, was der Autor vielleicht meint, aber wir werden ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat er so mit dem Herrn Geschäftsführer abgesprochen.

Mag. Josef Mayer: Aber jedenfalls werden wir hier sehr genau und wirklich so weit wie möglich ins Detail gehend alles prüfen, was gerade in diesem Forschungsbereich ist. Da hat es auch schon sehr, sehr viele Ablehnungen gegeben beziehungsweise sehr heiße Diskussionen, warum und wieso solche Geschäfte oder solche Aktivitäten nicht als Geschäfte angerechnet werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine letzte Frage noch: Ist Ihnen die Initiative „Sicherer Luftraum“ des Herrn Silvan Fügenschuh aus dem Haus der Industrie ein Begriff?

Mag. Josef Mayer: Nein, das sagt mir nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie nie damit zu tun gehabt?
(*Mag. Mayer: Nein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde jetzt selbst ein paar Fragen stellen.

Sie haben hier erklärt, wie genau Sie alles überprüft haben. Gehen wir einmal zum Sommer 2004. Da haben Sie selbst einen Auftrag gegeben, die vorgelegten Unterlagen von Eurofighter für die Erfüllung des ersten Meilensteins zu prüfen? Können Sie sagen, was das genau ist: Überprüfung des ersten Meilensteins?

Mag. Josef Mayer: Es ist im Vertrag festgelegt, dass bis Mitte 2004 eine so genannte Meilensteinüberprüfung vorgenommen werden soll, was alles an Geschäften schon angebahnt ist. Das war vertragsmäßig so vereinbart, und da wurde in Auftrag gegeben, wir wollen jetzt wissen, wie wird diese Vertragsbestimmung überprüft, oder: Ist sie eingehalten oder nicht?

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie haben Sie das überprüfen lassen?

Mag. Josef Mayer: Wir haben die entsprechenden Unterlagen von Eurofighter angefordert, und es wurde dann noch Ernst & Young gebeten, hier zu prüfen, ob diese Firmen tatsächlich existieren, weil uns immer der Vorwurf gemacht worden ist, dass wir auch Firmen hier nennen, die es unter Umständen gar nicht gibt. Und da hat Ernst & Young dann noch eine Prüfung vorgenommen. Außerdem hat dann noch der Rechnungshof nachgeprüft. Wir sind dann, glaube ich, auf 1,6 Milliarden und der Rechnungshof ist auf 1,3 Milliarden gekommen, wobei hier eindeutig festgestellt wurde, dass das, was an Unterlagen vorliegt, durchaus plausibel und nachvollziehbar ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wie konnte die Firma Ernst & Young auf 1,6 Milliarden an glaubhaften Gegengeschäfte kommen?

Mag. Josef Mayer: Auf Grund der vorliegenden Meldungen und auf Grund der vorliegenden Unterlagen konnte sie das verifizieren.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Sie sich da sicher?

Mag. Josef Mayer: Ich will jetzt keine philosophische Antwort geben, aber das war eindeutig nachvollziehbar, dass die Angaben, die wir bekommen haben, begründet und durchaus auch plausibel sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Fassen wir also zusammen: Sie haben überprüfen lassen die Gegengeschäfte anhand der Liste der Firma Eurofighter GmbH durch die Firma Ernst & Young.

Mag. Josef Mayer: Nein, nein, bitte Vorsicht: Wir haben nicht Gegengeschäfte überprüfen lassen, weil die Gegengeschäftsüberprüfung kann erst nach erfolgter Gegengeschäftsbestätigung gemacht werden. – Der **Meilenstein** ist etwas anderes. Da geht es noch nicht um **getätigte** und **abrechenbare Gegengeschäfte**. Ich glaube, das muss man streng auseinanderhalten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Welche sonstigen Untersuchungen über diese Untersuchung von Ernst & Young hinaus haben Sie noch in Auftrag gegeben, um detailliert die Anrechenbarkeit der Gegengeschäfte untersuchen zu lassen?

Mag. Josef Mayer: Wir haben keine sonstigen Aufträge vergeben. (*Obmann Dr. Pilz: Das war der einzige?*) – Das ist meines Wissens der einzige.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich lese Ihnen jetzt vor aus dem Auftrag Punkt 2.3 Gegenstand der Durchsicht:

Auftragsgemäß bezog sich der Auftrag ausschließlich auf die Überprüfung der Übereinstimmung der betroffenen Firmen mit dem Firmenbuch, die rechnerische Richtigkeit des gemeldeten, vom BMWA bisher noch nicht anerkannten Gesamtvolumens, die zeitliche Entsprechung, das heißt, ob die gemeldeten Geschäfte im Zeitraum nach dem Stichtag 2.7.2002 beziehungsweise bis 22.8.2004 vereinbart wurden.

Und jetzt lese ich Ihnen vor, was explizit festgehalten worden ist, was im einzigen Auftrag, den Sie extern vergeben haben, zur Überprüfung der Gegengeschäfte nicht Gegenstand des vorliegenden Auftrages war. Ich lese Ihnen von Ernst & Young vor:

Nicht Gegenstand des vorliegenden Auftrages war explizit eine Überprüfung der sachlichen Entsprechung, der inländischen Wertschöpfung, der Zusätzlichkeit, der zugrunde liegenden Verträge, der Richtigkeit der gemeldeten Daten, der Erreichung der vom Gegengeschäftsvertrag angestrebten Ziele, ob beziehungsweise inwieweit der Gegengeschäftsvertrag ursächlich für das Zustandekommen der gemeldeten Geschäfte war, der Zulässigkeit der Geschäftspartner als Vertragspartner von Eurofighter. – Zitatende.

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas: Ich habe mir diese Überprüfung angeschaut. Wissen Sie, womit Sie Ernst & Young schlicht und einfach beauftragt haben? – Nur damit, im **Firmenbuch** nachzuschauen, ob die Firmen überhaupt existieren, anhand einer Bestätigung, die jeder unterschreiben hätte können, die nicht einmal überprüft werden durfte, nachzuschauen, ob darauf **Gegengeschäft** steht – und wenn ja, in welcher Summe, und letztlich, ob das Datum in einen bestimmten Rahmen passt und ob die Addition stimmt!

Ihre Beamten waren nicht in der Lage, selbst nachzusehen, ob diese Firmen im Firmenbuch existieren? Dazu brauchen Sie Ernst & Young?

Mag. Josef Mayer: Diese Frage hat schon der Herr Abgeordnete Kräuter gestellt. – Der Grund dafür war der, dass uns immer vorgeworfen wurde, dass die Unternehmen, die hier genannt werden, gar nicht existieren, dass es sich um Scheinfirmen handelt. Daher war damals die Überlegung: Lassen wir das doch von jemandem Außenstehenden prüfen, weil man uns ganz einfach nicht glaubt. (*Abg. Dr. Fekter: Pilz und Konsorten glauben nie etwas!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, sehr gut. – Warum durfte die Firma Ernst & Young nicht die **sachliche Entsprechung** überprüfen? (*Abg. Mag. Stadler: Auch Scheinfirmen stehen im Firmenbuch!*)

Mag. Josef Mayer: Das hätten sie dürfen, aber das war in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durfte sie nicht die inländische Wertschöpfung überprüfen?

Mag. Josef Mayer: Weil das, bitte, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ganz einfach **nicht möglich war**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durfte sie nicht die Zusätzlichkeit überprüfen?

Mag. Josef Mayer: Weil das außerdem alles dann erst bei der Einreichung noch einmal überprüft werden muss.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durften die zugrunde liegenden Verträge weder eingesehen noch überprüft werden?

Mag. Josef Mayer: Wie gesagt, weil das dann erst Gegenstand der eigentlichen Einreichung ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durfte die Richtigkeit der gemeldeten Daten nicht überprüft werden?

Mag. Josef Mayer: Ja, ich kann nur dasselbe immer wieder sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durfte die Erreichung der vom Gegengeschäftsvertrag angestrebten Ziele nicht überprüft werden?

Mag. Josef Mayer: Weil sich Ernst & Young außerstande gesehen hat, das in dieser kurzen Zeit überprüfen zu können, weil sie gesagt haben, dafür würden sie einen enormen Aufwand benötigen und das geht in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt wird es langsam heikler. – Warum durfte nicht überprüft werden, ob beziehungsweise inwieweit der Gegengeschäftsvertrag ursächlich für das Zustandekommen der gemeldeten Geschäfte war?

Mag. Josef Mayer: Weil man den Vertrag nicht weitergegeben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum durfte die Zulässigkeit der Geschäftspartner als Vertragspartner von Eurofighter nicht überprüft werden?

Mag. Josef Mayer: Wobei ich ... – Ich habe den Text ... – Was da drinnen steht, dass das nicht überprüft werden durfte, sondern dass das nicht Gegenstand des Vertrages war. Das heißt nicht, dass man nicht eine solche Prüfung auch in Auftrag geben hätte können, nur wäre der Umfang dieser Prüfung dann ein wesentlich größerer geworden und man hätte uns dann sicher vorgeworfen, dass wir hier einen riesigen Auftrag nach außen vergeben und der in der Zeit außerdem nicht zu erfüllen gewesen wäre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Man hätte Ihnen möglicherweise vorgeworfen, dass Sie ordentlich und penibel durch eine Firma wie Ernst & Young überprüfen hätten lassen. Stattdessen haben Sie sich begnügt, zu überprüfen, ob die Firmen im Firmenbuch stehen, ob das richtige Datum draufsteht, nicht einmal das ordnungsgemäße Zustandekommen der Formulare. Und Ernst & Young durfte für Sie etwa zehn bis fünfzehn Positionen zusammenzählen.

Mag. Josef Mayer: Bitte, darf ich noch einmal darauf hinweisen (*Obmann Dr. Pilz: Gerne!*): Das war nur für den **Meilenstein** – und nicht für die Anrechnung. (*Abg. Mag. Kogler: 11 000 € für 18 Firmen!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Mayer, Sie haben 11 200 € dafür bezahlt, dass für 18 Firmen im Firmenbuch nachgeschaut worden ist, ob sie existieren. Darf ich Ihnen vorlesen, welche Firmen das waren, deren Existenz Sie im Firmenbuch durch Ernst & Young überprüfen haben lassen und dafür 11 200 € bezahlt haben? Das sind:

BRP Rotax GmbH, AMAG, AMAG, AMST-Systemtechnik, FH Joanneum, HTP Fohnsdorf, Test Fuchs, Austrian Aerospace, Magna, MAGNA STEYR, MAGNA STEYR, MAGNA STEYR, Rosenbauer International, Fischer Advanced Composite Components AG, Flextronics und dann noch zwei oder drei weitere Firmen.

Sie haben wirklich Ernst & Young gebraucht, um im Firmenbuch draufzukommen, dass es FACC, MAGNA STEYR und eine Reihe anderer Firmen gibt?

Mag. Josef Mayer: Sie können das ruhig ins Lächerliche ziehen (*Abg. Mag. Stadler: Das ist es auch!*), aber: Wir haben die Firmen überprüfen lassen, die eben auf Grund der Angaben in diesen ersten Teil des Meilensteines involviert waren. Das war der Auftrag, weil uns immer wieder gesagt wurde, das sind Firmen, die zum Teil nicht existieren. Und jetzt haben wir nicht von vornherein eine Zensur vorgenommen und gesagt, wir lassen jetzt nur die Firmen prüfen, die wir auch kennen, sondern wenn, dann schaut euch bitte alle an, die eingereicht wurden. – Ich kann nichts dafür, wer eingereicht hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ist es Ihnen gelungen, für 11 200 € – ist ja, gemessen am Gesamtvolumen, das wir hier besprechen, kein so außerordentlicher Betrag – dem Ministerium und der Öffentlichkeit nachzuweisen, dass diese Firmen existieren und dass auf den Zetteln, die bei Ihnen unter „Gegengeschäftsbestätigungen“ rangieren, auch das Datum stimmt und es sich um Summen handelt. Gehen wir weiter! Da heißt es:

2.4: Eingesehene Unterlagen berichtet Ernst & Young. Die Durchsicht umfasst ausschließlich die Einsichtnahme in den Zwischenbericht der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH München zum Startpaket von einer Milliarde €, 1. Meilenstein, sowie die diesem angeschlossene Auflistung der gemeldeten Gegengeschäfte und die Korrespondenz zwischen den Vertragspartnern beziehungsweise die an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gerichteten Gegengeschäftsbestätigungen der betroffenen österreichischen Firmen. – Zitatende.

Das heißt: Die haben eine Liste der Firmen bekommen und diese Zettel, also diese Gegengeschäftsbestätigungen. Und damit durften sie eine Untersuchung machen. Können Sie sich erinnern, in welcher Art und Weise diese Untersuchung dann präsentiert worden ist? Vom Minister? (*Mag. Mayer: Ja!*) Können Sie uns das schildern!? Als Beweis wofür?

Mag. Josef Mayer: Ich glaube, ich war aber nicht dabei, ich habe es nur in den Medien gelesen. Ja, als Beweis dafür, dass dieser Meilenstein erreicht worden ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben es beide in den Medien gelesen. – Dass das penibel überprüft worden ist.

Jetzt lese ich Ihnen weiter vor:

Vereinbarungsgemäß durften wir keine Kopien der eingesehenen Dokumente zu unseren Akten nehmen.

Das heißt, nicht einmal die Liste und diese Zettel, wo draufsteht, das ist ein Gegengeschäft, so und so viel und am So-und-Sovielten, durften kopiert werden, sie durften nur **eingesehen** werden.

Und dann kommt ein Schlüsselpunkt:

Vereinbarungsgemäß durften wir keine weiteren Auskunftspersonen, insbesondere die im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigen Beamten, um Auskunft ersuchen.

Warum haben Sie vereinbart, dass Ernst & Young die zuständigen Beamten in Ihrem eigenen Ministerium nicht einmal um Auskunft ersuchen durfte? Das haben Sie persönlich unterschrieben!

Mag. Josef Mayer: Um sicherzustellen, dass keine Beeinflussung stattfindet, dass nicht Ernst & Young sagt: Das haben wir von den Beamten bekommen – und uns dann wieder nicht geglaubt wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ah so! (*Heiterkeit des Obmannes.*) – Wir werden das mit dem notwendigen Ernst weiterverfolgen.

Es durften die zuständigen Beamten nicht befragt werden, weil die Gefahr bestanden hat, dass Ernst & Young beeinflusst wird. – Hat nicht auch die Gefahr bestanden, dass sie durch die **Liste von Eurofighter** beeinflusst werden?

Mag. Josef Mayer: Nein, die haben sie ja zu untersuchen gehabt. Das ist jetzt ein Unterschied, wenn wir oder meine Leute ihnen dann mitgeteilt hätten, das ist das und das und das. Wir wollten nicht, dass hier Ernst & Young von außen, sprich: in dem Fall vom Ministerium, beeinflusst wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Warum haben Sie befürchtet, dass Ihre Beamten auf unzulässige Art und Weise Ernst & Young beeinflussen?

Mag. Josef Mayer: Nein, sondern dass uns wieder vorgehalten worden wäre, diese Überprüfung ist ja auf Grund von Angaben aus dem Ministerium erfolgt. (*Obmann Dr. Pilz: Entschuldigung, Herr Sektionschef, wo hätten die Angaben ..?*) – Das Schlimme ist nicht, dass die Beamten das machen, sondern das Schlimme ist, dass man uns a) nicht glaubt und b) immer den Vorwurf macht, dass wir in parteilicher Art und Weise agieren würden. Und das wollte man damit ausschließen. Wenn sie nicht die Vorwürfe machen, würde man dieses Verfahren auch nicht brauchen. (*Abg. Hornek: Herr Vorsitzender, Sie überziehen die Zeit!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe ein Verfahren dieser Art noch nie erlebt; aber wir kommen noch zu vielen weiteren Details, das war erst der Einstieg.

Ich halte fest: Sie bestätigen, dass es Ernst & Young untersagt wurde, Auskünfte zum Untersuchungsauftrag von den zuständigen Beamten im Wirtschaftsministerium einzuholen. – Ist das richtig?

Sektionschef Mag. Josef Mayer: Wenn Sie den Vertrag – ich habe ihn jetzt nicht vor mir ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage Sie, ob es richtig ist, dass es Ernst & Young *untersagt* worden ist, mit den zuständigen Beamten Fragen zu klären.

Mag. Josef Mayer: Ich dachte, Sie zitieren jetzt aus dem Vertrag.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe Sie gefragt, ob das richtig ist.

Mag. Josef Mayer: Nein, ich habe niemandem jemals etwas unterbunden. (*Obmann Dr. Pilz: Bitte, Punkt 2.4.!*) – Entweder Sie haben den Vertrag oder Sie haben ihn nicht.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe ihn, sonst könnte ich Ihnen nicht so detaillierte Fragen stellen. (*Abg. Dr. Fekter: Dann unterlassen Sie Fangfragen!*) Da **Sie** die entscheidende Person waren, **Sie** das untersagt haben, **Sie** den Untersuchungsgegenstand eingeschränkt haben, **Sie** Ernst & Young an einer umfangreichen sachlichen Prüfung gehindert haben – wir kommen später darauf zu sprechen, in welchem Auftrag –, muss ich Sie natürlich fragen, ob und warum Sie das getan haben. (*Abg. Hornek: Sie überschreiten die Zeit!*)

Mag. Josef Mayer: Wo steht das?

(*Die Auskunftsperson blättert in dem ihr zuvor vorgelegten Schriftstück.*)

Das ist ein Werkvertrag. (*Abg. Dr. Fekter: Zeitüberschreitung! – Abg. Hornek: Sie sind ein schlechtes Vorbild, Herr Vorsitzender!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich werde es Ihnen in der nächsten Runde noch einmal vorlegen, weil wir das ausführlich besprechen werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): War das jetzt der Herr Vorsitzende oder der Grün-Abgeordneter Pilz, der gefragt hat? Das wissen wir nicht so genau.

Herr Sektionschef, warum sind Sie oder warum ist das Ressort auf die Idee gekommen, eine ganz unabhängige, vom Ressort unbeeinflusste externe Stelle zu beauftragen? (*Ironische Heiterkeit des Abg. Mag. Stadler.*) – Sie argumentieren in Ihrer Antwort: weil man uns nicht geglaubt hat. Was gab es da für Hinweise?

Mag. Josef Mayer: Ja, weil immer wieder gesagt wurde, was vom Ministerium kommt, was überprüft wurde, stimmt nicht. Es werden Scheinfirmen angeführt (*Abg. Mag. Kogler: Scheingeschäfte ist was anderes als Scheinfirmen!*) – auch Scheingeschäfte –, wobei der Rechnungshof nie festgestellt hat, dass es Scheingeschäfte sind, das möchte ich hier auch einmal feststellen. Außerdem war da die Überlegung im Ministerium: Lassen wir doch zumindest prüfen, und zwar unbeeinflusst, nicht dass uns wieder der Vorwurf gemacht wird, dass wir den Damen und Herren von Ernst & Young Vorgaben geben. Und da hat Ernst & Young gesagt: Das können wir in der kurzen Zeit und das können wir nicht. – Schlicht und einfach, das war es. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Stadler übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hätte das Ressort gewünscht, dass die mehr prüfen?

Sektionschef Mag. Josef Mayer: Das Ressort hat es für diese kurze Prüfung des Meilensteins nicht gewollt, weil Ernst & Young überhaupt in dieser kurzen Zeit nichts hätte prüfen können, man hätte Monate gebraucht. Auch bei Ernst & Young hat man gesagt, dass man sich eine solche Prüfung in kurzer Zeit nicht zutraut, daher auch ein sehr reduzierter Auftrag an Ernst & Young. Wir wollten sie ungehindert und unbeeinflusst arbeiten lassen. Das war der Hintergrund dieser ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich ersuche um Sitzungsunterbrechung, wenn Herr Pilz die Medien abzieht (*Obmann Dr. Pilz begibt sich aus dem Sitzungssaal; die MedienvertreterInnen folgen ihm*), weil er eine Pressekonferenz abhält. Irgendwie empfinde ich das als ein bisschen eigenartig.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das ist kein Unterbrechungsgrund. Der Untersuchungsausschuss ist **nicht** davon abhängig, wie viele Medienvertreter anwesend sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, ich habe keine weitere Frage an den Herrn Sektionschef.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur der guten Ordnung halber, Herr Sektionschef: Es sind keine Scheinfirmen vorgehalten worden, denn ich glaube, selbst dem ärgsten Abfangjägergegner war die Existenz von FACC bewusst. Das ist unbestritten. Was vorgehalten wurde, waren nicht einmal Scheingeschäfte – insofern korrigiere ich meinen vorhergehenden Zwischenruf –, sondern **Scheinbestätigungen** über Geschäfte, die ohnehin stattgefunden hätten.

Es ist einfach die Klärung der Ursächlichkeitsfrage, warum Sie für diese Meilenstein-Abfrage nicht **irgendein** Kriterium aus dem Vertrag herausgenommen haben. Sie haben ja in der Beauftragung mit Ernst & Young alle Dinge, die Vertragskriterien und damit Überprüfungskriterien für Gegengeschäfte gewesen wären, explizit ausgenommen. Wieso? Sonst bleibt ja der Vorwurf im Raum – den können Sie ja bis jetzt nicht entkräften –, dass eine bloße Rechenübung und eine Existenznachschau im Firmenbuch übrig geblieben sind.

Mag. Josef Mayer: Ich glaube, Sie müssen schon klar unterscheiden, was das **Startpaket** ist, beziehungsweise was die **Anrechnung** ist. Beim Startpaket, da heißt es ganz genau – ich zitiere jetzt aus dem Vertrag –:

Der Vertragspartner setzt sich das Ziel, bis zum 30. Juni unter Berücksichtigung des Prinzips der zeitlichen Entsprechung ... – Zitatende.

Diese zeitliche Entsprechung wurde geprüft, das ist Vertragsbestandteil. Daher konnten wir auch nicht etwas anderes prüfen als das, was im Vertrag vorgesehen war. Es steht hier: unter dem Prinzip der zeitlichen Entsprechung. – Und es war nichts anderes zu prüfen für die Meilensteine.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, aber da hätte man Ernst & Young die Möglichkeit einräumen müssen, in die Grundverträge, welche die Basis für Gegengeschäftsanrechnungen sind, Einsicht zu nehmen.

Ein Datum ist ein Datum, das steht auf einer Liste. Wie hat also die Möglichkeit für Ernst & Young ausgeschaut, dass die genau ... (*Abg. Dr. Fekter – vor dem Platz des Vorsitzenden stehend –: Ich ersuche um Unterbrechung! Herr Pilz hat die Medien abgezogen, damit sie nicht mehr hören, was wir zu sagen haben!*)

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Frau Kollegin Fekter, ich ersuche Sie, sich nicht hier aufzupflanzen und die Ausschussarbeit zu stören! (*Abg. Dr. Fekter: Ich ersuche um eine Unterbrechung, weil der Herr Pilz alle Medien abgezogen hat!*) – Es wird nicht unterbrochen. Solange Sie sich benehmen können, wird nicht unterbrochen! (*Abg. Dr. Fekter: Der Herr Pilz hat alle Medien abgezogen, das heißt, alles, was die anderen Fraktionen fragen, darf von den Medien nicht mehr wahrgenommen werden! Es ist nicht einmal mehr die APA da! Das heißt, das ist eine willkürliche Vorsitzführung!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Abgeordnete Fekter stellt sich zwischen den Fragesteller und die Auskunftsperson!

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich **unterbreche** bis zur Beendigung dieser Theaternummer den Ausschuss. (Abg. Dr. **Fekter:** Ja, bis der Herr Pilz seine Pressekonferenz abgehalten hat und dann wieder Medien anwesend sind, ersuche ich, den Ausschuss zu unterbrechen! Das ist doch eine Unmöglichkeit ...!)

(Die Sitzung wird um 11.47 Uhr **unterbrochen** und um 11.48 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Applaus ist ausgeblieben! Die Befragung geht weiter. (Abg. Dr. **Fekter:** Ich ersuche, den Ausschuss zu unterbrechen, bis Herr Pilz seine Pressekonferenz beendet hat und bis ...!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Kollegin, das Recht, zu unterbrechen, liegt ausschließlich beim Vorsitzenden! (Unruhe im Saal. – Obmann-Stellvertreter Mag. **Stadler** gibt das Glockenzeichen.) Ansonsten ist das weitere Recht beim Vorsitzenden, die Saalordner zu bemühen.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Kollege Kogler, ich ersuche Sie, sich **nicht** darauf zu verständigen, in dieser Schmierkomödie eine Statistenrolle zu spielen, sondern einfach nur Fragen zu stellen. (Abg. Dr. **Fekter:** Unsere Fraktion zieht hier aus! In der Medienberichterstattung muss auch drinnen sein, was andere Fraktionen fragen, was die Auskunftsperson sagt, ...! Das ist eine Ungeheuerlichkeit!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke, Herr Vorsitzender. – Wir setzen mit der Befragung fort. Die Medien sind ja Gott sei Dank noch unabhängig in diesem Land; sie entscheiden selber, wo sie zuhören. Herr Sektionschef, ... (Abg. Dr. **Fekter:** Das ist eine Unmöglichkeit, wenn der Herr Pilz während des Ausschusses Pressekonferenzen macht! Das ist willkürliche Vorsitzführung, wo eine bewusste Beeinflussung der Medien vorliegt! – Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion sowie Abg. Mag. Darmann verlassen den Sitzungssaal.)

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die ÖVP zieht ohnehin schon aus, weil ihr das Theater der Kollegin Fekter peinlich ist.

Bitte, Herr Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef, es gibt eine Plattform mit dem Namen **Epicos**. Diese Plattform beschäftigt sich international mit Offsets und den Bedingungen dazu. Die haben sich auch diese 200-prozentige Inaussichtstellung der Kompensation mit EADS angeschaut und resümieren dann, dass Österreich sozusagen sehr problematische Kriterien im Anrechnungsverfahren habe. – Wie dem auch sei.

Ich möchte nur einen Punkt explizieren, und dabei geht es um die Hochrechnungsfaktoren im Technologiebereich. Der Aufrechnungsfaktor ist ja an sich vertraglich vorgesehen, und Sie sagen ja selbst, darüber wird dann wenigstens ein bisschen ausführlicher oder überhaupt diskutiert. Dazu heißt es bei Epicos dazu, wie es überhaupt dazu kommen kann, dass man 200 Prozent an Gegengeschäften in Aussicht nimmt – ich übersetze jetzt gleich vom Englischen –:

... oder ist es deshalb, dass Österreich die Bedeutung von Hochtechnologie-Kriterien im Vertrag nicht spezifiziert hat?

Sind Ihrer Meinung nach – auch Sie haben den Vertrag, nämlich den Grundvertrag, unterschrieben – die Umstände und Kriteriendefinitionen für Hochtechnologie ausreichend spezifiziert?

Mag. Josef Mayer: Ich würde sagen, ja, weil wir uns hier einen sehr breiten Spielraum gelassen haben. Es gab immer die Möglichkeit, dass man entweder sehr detailliert und eng oder dass man sehr weitgehend definiert – und wir haben uns für die weitgehende Definition entschieden. Und daher glauben wir, dass das – auch nach Auffassung der Experten, die wir beigezogen haben – durchaus ausreichend war. Aber man kann jetzt natürlich lange darüber diskutieren, welche Methode die bessere ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Warum haben Sie sich überhaupt darauf verständigt, Aufwertungsfaktoren im Sinne der Wertschöpfung zuzulassen? – Verständlich ist eine Gewichtung verschiedener Geschäfte, weil man das besser steuern kann, aber wenn man auf die Wertschöpfung Rücksicht nimmt und mit Multiplikatoren ein Umsatzgeschäft, also eine Umsatzinvestition, von jetzt 1 Million hernimmt? – Dass das plötzlich ganz locker bis zu 10 Millionen wert ist, das ist der Öffentlichkeit lange verborgen geblieben; insbesondere vor dem Hintergrund, dass ja das Grundgeschäft auch nicht wertschöpfungsorientiert bemessen wurde. Korrekterweise müsste man ja sagen, man müsste dann auch bei Eurofighter Abstriche machen, weil die erzeugen auch eine Wertschöpfung im Ausland. Auf diese Art und Weise kann ich jede Multiplikation veranstalten!

Unserer Meinung nach wäre es viel korrekter gewesen, die Investitionen oder die Umsätze dann, wenn eine mehrheitliche Wertschöpfung in Österreich gegeben ist, wenn schon denn schon 1 : 1 anzurechnen. So führt das dazu, dass Sie regelmäßig Diskussionen haben in der Plattform.

Ich möchte Sie jetzt einmal ersuchen, Ihre Wahrnehmungen bezüglich der Forschungsgesellschaft Joanneum zu schildern. Da wurden ja ursprünglich 7,8 Millionen € eingereicht mit einem Aufwertungsfaktor von ... – Können Sie uns sagen, wie hoch der, den EADS hier angesetzt hat, war?

Mag. Josef Mayer: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich glaube, das Zehnfache – der Erinnerung nach.

Mag. Josef Mayer: Es war ein sehr hoher Faktor. Wir hatten auch eine sehr, sehr lange Diskussion darüber, ob das gerechtfertigt sei oder nicht gerechtfertigt sei, und wir sind dann auf einen wesentlich niedrigeren Betrag gekommen. Wobei ja immer die Frage ist: Wie kann ich zum Beispiel die Weitergabe von Wissen, oder wie kann ich das, was die Studenten dann aus diesem Lehrgang mitnehmen, bewerten? – Und da sind unterschiedliche Modelle zum Tragen gekommen.

Auch der Rechnungshof hat das nachgeprüft und ist da auch, glaube ich, zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Weil eines ist auch klar: Diese Investitionen in Bildung lassen sich eben nicht so 1 : 1 ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es sind aber Forschung und Technologie gemeint! Bildung ist nämlich explizit ausgenommen.

Mag. Josef Mayer: Entschuldigung: Forschungs-, Bildungs- oder Technologie-Investitionen lassen sich ja nicht 1 : 1, so wie eine Warenlieferung berechnen, weil sie auch mittel- und langfristige Auswirkungen haben – und daher auch dieser Wunsch nach Multiplikatoren, die man hier einfließen lassen soll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht aus den Unterlagen hervor, dass Sie dann über drei Jahre hinweg doch mehr als 6 Millionen € anerkannt haben und nur im ersten Jahr 1,3 – das Ganze hat ja dann im Streit geendet.

Ich habe aber mittlerweile, weil ich diese Unterlage zu Rate ziehe – zurückkommend zu dem Beispiel, das wir ursprünglich hatten: Blechtechnik Eisenerz –, entdeckt, dass selbst die Firma Eurofighter nur mit Null/Null eingereicht hat, weil schon erkennbar war, dass die Umsätze mit der Gegenüber-Firma nicht gestiegen, sondern gesunken sind, also das Zusätzlichkeitskriterium nicht erreicht war. – Das war am 31. Mai schon bekannt, und am 31. August hat das Ministerium trotzdem das Parlament darüber informiert, dass hier ein Gegengeschäft hinzuzuzählen ist.

Mag. Josef Mayer: Eingereicht worden ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein eingereichtes Gegengeschäft mit Null? – Es ist dann schon noch die Frage, was hier das Gegengeschäft ist!

Können Sie bitte dem Ausschuss erklären, warum das ein Gegengeschäft ist, wenn selbst EADS erkennt, dass ein Minder- und kein Mehrumsatz vorliegt?

Mag. Josef Mayer: Es geht darum, wer eingereicht hat – und die Firma hat eingereicht. Das sollte noch nichts darüber aussagen, was tatsächlich angerechnet wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wenn die darauf selbst schon einen Vermerk mit lauter Nullen machen? – Das Formular habe ich mir jetzt angeschaut. (*Mag. Mayer: Ja!*) – Dann wird das Parlament immer noch darüber informiert, dass hier offensichtlich ein Gegengeschäft vorliegt? – Dann hätte man in die Informationen in die Anfragebeantwortung hineinschreiben müssen, dass es offensichtlich hier nur darum geht, Einreichungen kundzutun.

Ich darf aber noch einmal nachschauen, wie die Antwortformulierung war. (*Abg. Mag. Kogler blättert in seinen Unterlagen.*)

Aha: Der Anrechnungszwischenstand mit 18. August 2004 ergibt bisher ein Volumen von ... – und dann haben Sie das weiter übermittelt.

Da muss man doch annehmen, dass es sich hier um ein Gegengeschäft handelt, das den Namen verdient und wo auch ein entsprechendes Gegengeschäftsvolumen einzusetzen ist, in welcher Höhe auch immer. – Aber jetzt haben wir auch das bei Protokoll, dass hier in Wahrheit mit Null eingereicht wurde.

Ich glaube, ich lasse es einmal für diese Runde: Man muss ja nicht immer alles ausschöpfen. Jetzt kann die Frau Kollegin Fekter diesem Ereignis wieder nicht beiwohnen – wir werden es ihr sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Sie noch ein bisschen zu der ganzen Sache mit der Fachhochschule Joanneum befragen.

Es hat doch damals der Geschäftsführer, der heute auch noch hier als Zeuge zu Gast sein wird – mittlerweile ist er bei der Firma Magna tätig; Sie werden sich an den Namen erinnern, es ist Herr Dr. Markus Tomaschitz –, mit dieser Gegengeschäftsbestätigung einen Begleitbrief mitgeschickt. Ich weiß nicht, ob Sie sich an diesen Begleitbrief erinnern können; ich kann ihn Ihnen natürlich gerne vorlegen. Zu diesem Begleitbrief möchte ich Sie dann einige Dinge fragen.

Um das vielleicht für alle anderen Kollegen kurz zu erläutern: Er schreibt da in diesem Begleitbrief zur Gegengeschäftsbestätigung, dass die Fachhochschule Joanneum eben ausdrücklich darauf hinweist, dass der in der Gegengeschäftsbestätigung enthaltene Wert in der Höhe von 7,85 Millionen € von der Fachhochschule Joanneum

nicht geprüft werden kann, da der Fachhochschule Joanneum die hier zugrunde liegenden Bedingungen des Gegengeschäftsvertrages nicht bekannt sind und eine entsprechende Prüfung auch mangels Erfahrung in diesem Bereich nicht im Kompetenzbereich der Fachhochschule Joanneum liegt. Demzufolge liegt es nicht in der Verantwortung und in den Möglichkeiten der Fachhochschule Joanneum, die dargestellte ziffernmäßige Bewertung des Gegengeschäftes vorzunehmen und zu verifizieren.

Der Wert von 7,85 Millionen € wurde der Fachhochschule Joanneum als realistischer Gegenwert der erbrachten Leistungen von Seiten des Gegengeschäftspartners EADS genannt, und in Anbetracht der Erfahrung und Kenntnisse von EADS auf diesem Gebiet nimmt die Fachhochschule Joanneum diese Summe als realistische Bezifferung des Gegengeschäftswertes zur Kenntnis.

Ich lasse jetzt einen Absatz aus – oder ich lese es komplett vor, damit wir es im Protokoll haben:

Die Fachhochschule Joanneum geht davon aus, dass der von EADS übermittelte und nun eingetragene Wert von 7,85 Millionen € einen Anrechnungswert für Gegengeschäfte darstellt und keinerlei Kosten widerspiegelt, die der Fachhochschule Joanneum angelastet werden könnten. Die Fachhochschule Joanneum erklärt weiters ausdrücklich, dass sie sich auf Grund der ihrem öffentlichen Auftrag zugrunde liegenden Grundsätze des sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Umgangs mit öffentlichen Mitteln nicht in der Lage sieht, die durch einen allenfalls beauftragten Gutachter erwachsenden Kosten bis zu einem Betrag von maximal 0,3 Prozent der vom BMWA anerkannten Auftragssumme zu übernehmen und erklärt sich demnach mit der entsprechenden Bestimmung der Gegengeschäftsbestätigung nicht einverstanden.

Weiters verweigert die Fachhochschule Joanneum ausdrücklich ihre Zustimmung zur Veröffentlichung des Gegengeschäftsvolumens, da einer quantitativen Bewertung der gegenständlichen Kooperation kein tatsächlicher Mittelfluss zugrunde liegt, sondern es sich dabei um die Bewertung eines volkswirtschaftlichen Nutzens handelt. Das gegenständliche Schreiben stellt einen mitgeltenden Bestandteil der beiliegenden Gegengeschäftsbestätigung dar. – Fachhochschule Joanneum, Tomaschitz – Zitatende.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Kennen Sie diesen Brief, Herr Sektionschef?

Mag. Josef Mayer: Ja, den kenne ich, weil das auch in der Plattform sehr ausführlich diskutiert worden ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In welcher Form ist das diskutiert worden?

Mag. Josef Mayer: Es ging zunächst einmal um die Frage, ob eine solche Tätigkeit überhaupt als Investition anrechnungsfähig ist, wobei grundsätzlich gesagt wurde, dass eine solche Investition in ein solches Projekt durchaus den Zielen des Gegengeschäftsvertrages entspreche. Allerdings sei das, was hier hinsichtlich des Umfangs veranschlagt werde, eindeutig zu hoch und in dem Ausmaß auch nicht nachvollziehbar. Und da hat man dann sehr umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, Bewertungen, und ist dann letztendlich auf einen wesentlich niedrigeren Betrag gekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da hat es dann aber dazwischen noch einen Schriftverkehr von Seiten des Wirtschaftsministeriums an die Geschäftsführung

gegeben, den ich kurz erwähnen möchte. Das war am 26. August 2004. Da heißt es im letzten, entscheidenden Satz – ich zitiere –:

Für das BMWA ist dabei wichtig, dass die Fachhochschule Joanneum den Umfang der Leistungen und deren tatsächliche Durchführung bestätigt. – Zitatende.

Das heißt, das Wirtschaftsministerium vermittelt: Das Einzige, was wichtig ist, ist, dass das bestätigt wird. Haben Sie Kenntnis von diesem Schriftverkehr? (*Mag. Mayer: Können Sie mir das zeigen?*) Herr Borth hat das geschrieben.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag. Josef Mayer: Ich habe das sicher im Hinterlegungswege dann einmal nachträglich gesehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es nicht problematisch, dass man da einem Gegengeschäftspartner, wenn man das so will, mitteilt, die im Sideletter geäußerten Bedenken seien egal. Wichtig für das BMWA dabei ist, dass eben der Umfang der Leistungen und die tatsächliche Durchführung bestätigt werden. Sehen Sie da nicht ein Problem drinnen?

Mag. Josef Mayer: Nein, das sehe ich nicht. – Für uns sind das die wesentlichen Kriterien. Die wollen wir bestätigt haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Man teilt einem Geschäftsführer, der sich da so seine Sorgen macht und sagt, dass er das einfach nicht nachvollziehen, nicht bestätigen kann, von Seiten des Ministeriums mit – und das ist ja die Autoritätsstelle in diesem Beziehungsgeflecht –, dass es nur wichtig sei, dass **bestätigt wird**. – Sehen Sie darin nicht das Problem?

Mag. Josef Mayer: Es ist wichtig, dass das **Richtige** bestätigt wird. Ich denke, das ist schon das Wesentliche, und da sehe ich zunächst kein Problem. Ich meine, es ging auch um diese 0,3 Prozent, dass er sich da keine Sorgen machen müsse. (*Abg. Dr. Kräuter: Eben!*) Das war also mit ein Punkt in dieser Frage.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir werden Herrn Tomaschitz dazu noch befragen.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gibt es weitere Fragen? – Bitte, Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Sektionschef, Sie haben immer wieder den Rechnungshof erwähnt für die eine oder andere rechnerische Zuarbeit. Es ist Ihnen aber schon bekannt, dass der Rechnungshof auch massive Kritik übt, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens, dass die Kriterien der Sachlichkeit im Speziellen, aber auch andere, nicht ohne weiteres mit den Vorgaben und Vorgängen im Ausschuss überprüfbar sind. Das war das eine.

Das Zweite, was mir wichtiger erscheint, ist, dass der Rechnungshof die Rolle der Plattform ganz anders betrachtet als das Wirtschaftsministerium beziehungsweise die Plattform sich selbst. Der Rechnungshof schreibt schon in der Zusammenfassung und später ausführlich, dass das Wirtschaftsministerium die Entscheidung de facto an die **Plattform** delegiert hat, und er hat ja diesen Vorwurf auch trotz Korrespondenz mit Ihrem Haus aufrecht erhalten. – Wie erklären Sie sich diese Haltung des Rechnungshofes?

Mag. Josef Mayer: Vielleicht deshalb, weil wir auch immer den Vorschlägen der Plattform gefolgt sind, vor allem in all diesen heiklen Anrechnungsfragen. Daher könnte ich mir diese – wenn Sie so wollen – Kritik des Rechnungshofes so erklären. Dass wir nicht gegen Entscheidungen der Plattform entschieden haben, sondern gesagt haben:

Wenn es auch in der Plattform genehmigt, akzeptiert worden ist, dann wird es letztlich auch vom Ministerium genehmigt und akzeptiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein anderer Kritikpunkt des Rechnungshofes bezieht sich dann auf die Bestätigungen, also das, was wir hier schon erörtert haben. Unter 16.2 schreibt der Rechnungshof, er erachte – ich zitiere –

die für die Gegengeschäftsbestätigungen verwendeten Formulare unter kontrolltechnischen Gesichtspunkten als unzureichend. – Zitatende.

Da geht es genau darum, was da alles drauf ist und was daraus erkannt werden kann. Wie ist die Haltung Ihres Hauses?

Mag. Josef Mayer: Wir haben ja auch immer wieder versucht, nachzufragen, nachzuprüfen, wo es Ungereimtheiten gegeben hat, wo es offensichtlich unvollständige Angaben gegeben hat, das so weit wie möglich nachzuprüfen. Wir versuchen laufend, das System zu verbessern. Das Problem liegt sicherlich auch darin, dass, wenn wir bei der großen Anzahl von Geschäften bei **jedem** Geschäft eine umfangreiche Nachprüfung vornehmen müssten, wir dann sicherlich nie in der vorhandenen Zeit eine Anerkennung durchführen könnten.

Wir haben ja auch mit vielen Kollegen im Ausland darüber gesprochen, und da wurde uns gesagt, dass das ganz einfach nicht möglich sei und man sich daher nur mehr auf Stichproben verlassen könnte. Übrigens hat der Rechnungshof ja jetzt in seiner Empfehlung vorgeschlagen, dass auch stichprobenartige Überprüfungen bei Firmen vorgenommen werden sollen, und wir werden diese Empfehlung des Rechnungshofes sicherlich aufgreifen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das hat er dann in seiner Gegenäußerung zur Gegenäußerung sozusagen noch als Empfehlung festgehalten, weil er mit der Praxis bis dorthin, bis zum Jahr 2004, als er Einsicht genommen hat, offensichtlich nicht zufrieden war.

Mag. Josef Mayer: Ich darf Ihnen aber versichern, dass wir es wirklich auch gegenüber früher doch sehr, sehr stark verbessert und auch die Kontrolle so weit wie möglich intensiviert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wenn Sie dem Rechnungshof das letzte Wort lassen wollen, dann schreibt der ja auch, dass das Grundproblem darin besteht, dass in die wirklichen Verträge, die dem angeblichen oder tatsächlichen Gegengeschäft zugrunde liegen, überhaupt gar nicht Einsicht genommen werden **darf**. Das ist hier nicht vorgesehen!

Meines Erachtens ist das auch eine Schwäche im Grundvertrag, weil man sich seitens der Republik damit begnügt hat, dass insbesondere dann, wenn eine Firma aus einer Liste von 120 Sublieferanten – 120 wohlgemerkt! – irgendwo auftaucht in einer Geschäftskette, dass das alleine schon ausreicht. Da muss dann nur noch die andere Seite bestätigen, dass da irgendetwas auf Grund einer Mitwirkung von Eurofighter zustande gekommen sei. Und wie das ausgeht, haben wir ja bei Blechtechnik Eisenerz gesehen. Die sind nämlich von der Sublieferantenfirma angehalten worden, ein Gegengeschäft zu bestätigen. Der wusste nicht, wie ihm geschieht – und hat sich im Nachhinein darüber aufgeregt. Das wäre aber von Ihrem Haus anerkannt worden. In dem Fall war es nur so auffällig, weil der Umsatz sogar zurückgegangen ist. Das ist offensichtlich nicht bedacht worden.

Wo hier das Problem liegt, ist doch völlig klar. Der Gegengeschäftsvertrag lässt die Möglichkeit offen beziehungsweise sieht die Verpflichtung gar nicht vor, dass jeweils auch wirklich in das eigentliche Geschäft Einsicht genommen werden muss. Eine bloße

Bescheinigung reicht. Und Sie wissen ganz genau, dass da sehr viel Gefälligkeitsunterschriften geleistet werden.

Mag. Josef Mayer: Ursprünglich hat der Rechnungshof das aber in seiner ersten Beurteilung des Gegengeschäftsvertrags nicht kritisiert gehabt, dass das nicht stärker im Vertragstext verankert ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat er jetzt aber in diesem Absatz 16.3 erwähnt, als Äußerung.

Mag. Josef Mayer: Er ist dann später erst zu dieser Erkenntnis gekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Jedenfalls steht es jetzt so im Bericht – und damit auch hier im Protokoll.

Mag. Josef Mayer: Ja, ich bestreite das ja auch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz (den Vorsitz wieder übernehmend): Ich sehe einen Mangel an Österreichischer Volkspartei, deswegen: Nächster Fragesteller Kollege Kräuter, bitte. (Abg. Mag. **Stadler:** Den Mangel sehe ich nicht! Den habe ich noch nie gesehen!)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Sektionschef, es hat einmal eine Anfragebeantwortung gegeben, Sie werden sich bestimmt daran erinnern, die ist im Parlament am 28. August 2003 eingelangt. Da ist eben nach den Kriterien gefragt worden. Das wurde oft zitiert, und wahrscheinlich haben Sie selbst das verfasst oder verantwortet. Zu Punkt 7 der Anfrage – es war eine Anfrage des Kollegen Dr. Christian Puswald vom 9. Juli 2003 – heißt es in der Antwort – ich zitiere –:

Die einzelnen Geschäfte müssen dem Prinzip der Sachlichkeit, der Zeitlichkeit, der Zusätzlichkeit und der inländischen Wertschöpfung entsprechen, um als Gegengeschäfte anerkannt zu werden. – Zitatende.

Zum FACC-Fall: Vor einigen Tagen war Herr Stephan hier und hat uns seine Antworten zu Protokoll gegeben. Meine Frage war, was ganz konkret gewesen wäre, wenn die damaligen fünf entscheidenden Regierungsmitglieder, der damalige Bundeskanzler Schüssel, Finanzminister Grasser, Vizekanzlerin Riess-Passer, Verteidigungsminister Scheibner und Wirtschaftsminister Bartenstein damals aus der Regierungssitzung oder dieser Vorbesprechung gekommen wären und gesagt hätten, dass sich Minister Grasser durchgesetzt hat und es überhaupt keine Abfangjäger geben wird. Ich habe Herrn Stephan gefragt, was dann mit dem Gegengeschäft passiert wäre. Und Herr Stephan hat zu Protokoll gegeben: Dann hätten wir es eben im Ausland produziert.

Jetzt meine Frage: Wenn man die Kriterien Zeitlichkeit, Sachlichkeit, Zusätzlichkeit aufstellt, wenn man weiß, dass Airbus schon 40 Tage vor dem Stichtag bekanntgegeben hat, dass FACC Entwicklungspartner wird; wenn man weiß, dass Herr Klopfer von Airbus gesagt hat: Ein konkretes Gegengeschäft ist es nicht. Wenn man weiß, dass der Miteigentümer Androsch gesagt hat: Ein Gegengeschäft ist nicht erkennbar. Es hat nicht geschadet, aber genützt hat es auch nicht. – Kann man angesichts dessen anhand der Kriterien in dieser parlamentarischen Anfragebeantwortung bei FACC von einem **Gegengeschäft** sprechen?

Mag. Josef Mayer: Ich würde sagen ja, weil auch die Firma FACC letztlich sagt: Wir haben ein Gegengeschäft, weil wir die Wertschöpfung in Österreich erhalten haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Entschuldigung: Das ist ja genau der springende Punkt! Es geht um die Frage der **Zeitlichkeit** und der **Sachlichkeit**. Es müssen ja **alle** Kriterien erfüllt sein. Und weil Herr Stephan gesagt hat: Auch ohne das

Grundgeschäft hätten wir dieses Geschäft gemacht, frage ich, ob eben die Kriterien der Zeitlichkeit, der Sachlichkeit erfüllt sind.

Mag. Josef Mayer: Ja, weil wir es im Vertrag auch so festgelegt haben. Wir haben manche Geschäfte zwischen Verhandlungen und Vertragsabschluss ganz explizit in den Vertrag hineingenommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Noch einmal: Herr Stephan hat zu Protokoll gegeben: Das Geschäft wäre auch gemacht worden, wenn es überhaupt nicht zu einem Eurofighter-Ankauf gekommen wäre.

Mag. Josef Mayer: Er hat uns aber bestätigt, dass das ein Gegengeschäft ist. Das heißt, er kann ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Stephan hat hier aber unter Wahrheitspflicht als Zeuge ausgesagt: Wenn kein Abfangjäger gekauft worden wäre, hätten wir das Geschäft **auch gemacht**.

Und deshalb frage ich Sie: Kann man es unter diesen Bedingungen als **Gegengeschäft** bezeichnen?

Mag. Josef Mayer: Nach den Angaben, die er uns gegenüber gemacht hat, war es als Gegengeschäft zu beurteilen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann halte ich einfach für das Protokoll fest: Unter Wahrheitspflicht hat Herr Stephan bestätigt, dass FACC kein Gegengeschäft ist, weil er gesagt hat, dass, wenn keine Abfangjäger gekauft worden wären, sie das Geschäft auch gemacht hätten. Darum fällt der ganz große Brocken FACC weg – und was er **nicht** unter Wahrheitspflicht gesagt oder unterschrieben hat, ist ein anderes Paar Schuhe.

Danke vielmals, Herr Sektionschef, das war sehr erhellend!

Obmann Dr. Peter Pilz: Keine anderen Fragewünsche? – Dann möchte ich noch weiterfragen zu diesem Werkvertrag, mit dem wir uns gerade beschäftigt haben. Ich muss nur schauen, dass wir wieder dort einsteigen, wo wir vor einiger Zeit unterbrochen haben.

Ich habe Ihnen die einzelnen Punkte vorgehalten, was Ernst & Young durfte und was nicht. Ich gehe jetzt bei diesem Punkt 2.4 weiter vor und da steht – ich zitiere –:

Es wird darauf hingewiesen, dass uns die jeweiligen Einzelverträge beziehungsweise Auftragsvereinbarungen der betroffenen österreichischen Firmen nicht vorlagen. – Zitatende.

Das heißt, die Einzelverträge und die Auftragsvereinbarungen sind Ernst & Young **nicht** vorgelegt worden. – Können Sie uns sagen, warum nicht?

Mag. Josef Mayer: Weil man damals gesagt hat: Das ist für die Beurteilung nicht erheblich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann steht da – ich zitiere –:

Ebenfalls nicht vorgelegt wurde uns der Report 2003 vom Mai 2004. Das darin enthaltene Volumen, das gemäß den uns erteilten Informationen zum auftragsgegenständlichen Gesamtvolumen hinzugerechnet wird, war somit nicht Gegenstand unserer Durchsicht. – Zitatende.

Können Sie begründen, warum dieser Report 2003 nicht vorgelegt worden ist beziehungsweise erklären, was der Report 2003, der hier erwähnt wird, überhaupt war?

Mag. Josef Mayer: Der Report 2003 dürfte die Anrechnung gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Davon gehe ich auch aus. – Und warum ist der nicht vorgelegt worden?

Mag. Josef Mayer: Ganz einfach: um die Ermittlungen nicht zu beeinflussen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Sie bei dieser Argumentation bleiben – ich weise Sie schon darauf hin, dass das für die Bewertung eine Rolle spielen kann, die der Ausschuss am Ende vornimmt –, dann wäre ja jedes Dokument, das Ernst & Young vorgelegt wird, mit der Gefahr verbunden, dass Ernst & Young beeinflusst wird.

Mag. Josef Mayer: Nein. Ich glaube, dass wir damals auch unter dem Aspekt der **Vertraulichkeit** und so weiter da sehr vorsichtig vorgegangen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bei der Auftragsdurchführung stellt Ernst & Young dann zum gemeldeten Gesamtvolumen fest – ich zitiere –:

Vorweg wird darauf hingewiesen, dass sich die Bestätigung der Richtigkeit des gemeldeten Gesamtauftragsvolumens ausschließlich auf die rechnerische Kontrolle der gemeldeten Daten bezieht. – Zitatende.

Und weiters: ... ausschließlich auf die rechnerische Kontrolle der gemeldeten Daten bezieht.

Gehe ich recht in der Annahme, dass das im Prinzip nichts anderes bedeutet, als dass 18 Zahlen zusammengezählt worden sind?

Mag. Josef Mayer: Ich war bei der Arbeit von Ernst & Young nicht dabei, aber es ist im Gegengeschäftsvertrag ja auch festgelegt, dass beim **Meilenstein** an sich nur die **zeitliche Entsprechung** und die **ziffernmäßige Richtigkeit** zu prüfen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt nenne ich Ihnen einfach Beispiele, denn das zieht sich durch: Bei allen 22 Firmen und Geschäftsfällen steht bei Vertragsgegenstand bei der Überprüfung durch Ernst & Young: **keine Angabe**.

Warum ist Ernst & Young nicht einmal der Vertragsgegenstand mitgeteilt worden?

Mag. Josef Mayer: Das könnte wegen der Geheimhaltung gewesen sein, weil die Firmen das nicht wollten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben gesagt: Das Geschäftsvolumen wurde bekanntgegeben. – Es steht aber auch hier überall: **keine Angabe**. – Wissen Sie warum?

Mag. Josef Mayer: Weil das nicht Prüfungsgegenstand war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann habe ich in diesem Zusammenhang noch eine ganz konkrete Frage: Unter Punkt 21 haben Sie die **Austrian Energy and Environment AG**. Ich lege Ihnen das gerne vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Schauen Sie sich bitte den Punkt 21 an! – Haben Sie das? *(Mag. Mayer: Ja.)*

Können Sie uns sagen, um welches Geschäft es sich da gehandelt hat?

Mag. Josef Mayer: Das kann ich Ihnen auswendig nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Austrian Energy and Environment AG hat zu diesem Zeitpunkt 100 Prozent von **Babcock Borsig España, SA**, übernommen, das heißt, sie hat eine Firma in Spanien gekauft, übrigens eine Tochterfirma eines Berliner Unternehmens. – Wissen Sie das? Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Josef Mayer: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich gebe Ihnen eine weitere Information. Die Investitionskosten, also der Kaufpreis, und drei bis sieben erwartete Jahresumsätze werden für die Kompensation angerechnet.

Ist es prinzipiell möglich gewesen, wenn eine österreichische Firma eine spanische Firma kauft, dass der Kaufpreis und drei bis sieben erwartete Jahresumsätze für die Kompensation angerechnet werden?
Mag. Josef Mayer: Entschuldigung, ich muss mich korrigieren, jetzt kommt es mir wieder in Erinnerung: Das war eine lange Diskussion in der Plattform, wo dann letztlich alle gesagt haben, ja, das sei gerechtfertigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das weiß ich, dass sie gesagt haben, ja, aber spannend wäre es, wenn Sie uns sagen könnten, warum das gerechtfertigt war, dass, wenn eine österreichische Firma eine spanische Firma kauft, dann der Kaufpreis und drei bis sieben Jahresumsätze als Kompensationsgeschäfte angerechnet werden. – Können Sie uns erklären, warum es sich hierbei um Kompensationsgeschäfte handelt?

Mag. Josef Mayer: Ich muss gestehen, ich kann es ad hoc nicht sagen, denn das war eine sehr, sehr langwierige Diskussion, und ich habe sie jetzt momentan nicht präsent.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage Ihnen eines dazu: Ich habe mit etlichen Personen gesprochen – und *niemand* konnte das erklären. Niemand konnte erklären, warum es ein Kompensationsgeschäft im Zusammenhang mit dem Eurofighter-Kaufvertrag ist, wenn ein österreichisches Unternehmen ein spanisches Unternehmen aus dem Bereich Maschinenbau kauft. – Können Sie uns zumindest sagen, in welche Kategorien es fällt. – Es ist kein Vertrag mit einem Eurofighter-Partner.

Mag. Josef Mayer: Das war sicher ein Vermittlungsgeschäft, und es ging auch darum, wenn ich das jetzt richtig ... – Aber wie gesagt, ich habe das jetzt nicht so präsent, ich müsste mir das wirklich dann im Detail anschauen, wieso das angerechnet worden ist, wobei es sicherlich auch darum gegangen ist, Arbeitsplätze in Österreich zu erhalten, wenn ich mich richtig erinnere.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn man eine spanische Firma kauft?

Mag. Josef Mayer: Ich will mich da jetzt nicht in irgendwelche Spekulationen einlassen. Ich kann diese Frage hier jetzt so nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe es aber überprüft. Wissen Sie, wo die Firma Babcock Borsig España, S.A. ihre Umsätze macht: in Österreich oder in Spanien? Sie tendieren zu? Zum sonnigen ...? Na?

Mag. Josef Mayer: Da Sie mir das jetzt in den Mund legen: Spanien. Aber es gibt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben die Maximalzahl an Punkten erreicht! Ja, in Spanien!

Aber erklären Sie mir jetzt bitte schön, denn ich verstehe das einfach nicht: Warum kann etwas als **Kompensationsgeschäft** angerechnet werden, wenn ein österreichisches Unternehmen eine spanische Firma kauft, die ihre Umsätze zu **100 Prozent in Spanien** macht?

Mag. Josef Mayer: Weil es sehr viele Zulieferungen von österreichischen Unternehmen gibt, die sonst nicht zustande gekommen wären.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist das überprüft worden im Fall der Babcock Borsig España, S.A.?

Mag. Josef Mayer: Ich würde sagen, ja. (*Obmann Dr. Pilz: Wissen Sie es?*) – Ich habe vorhin gerade gesagt: Ich habe jetzt diesen Fall nicht präsent.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist überhaupt kein Vorwurf. Ich frage einfach, ob Sie es wissen, denn Sie können ja nicht jedes Detail aus jedem Geschäft wissen. (*Mag. Mayer: Ja!*) Ich kann Sie ja nur nach dem fragen, was Sie aus eigener Erinnerung wissen.

Sagen Sie, warum durften nicht nur der Kaufpreis, sondern drei bis sieben erwartete Jahresumsätze in Spanien als Kompensationssumme angerechnet werden?

Mag. Josef Mayer: Ich kann jetzt nur wiederholen: Es bringt nichts, weil ich, wie gesagt, den Fall jetzt nicht so präsent habe, weil das einer von vielen Hunderten Fällen ist, die auch durch die Plattform gegangen sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage Sie nur grundsätzlich: Durften Jahresumsätze, und zwar mehrere Jahresumsätze, die im Ausland erwirtschaftet werden von gekauften Firmen, als Kompensation in Summe angerechnet werden? Erklären Sie das vom Grundsätzlichen her.

Mag. Josef Mayer: Grundsätzlich ja – und es hat auch niemanden gegeben, der das bezweifelt hätte –, wenn damit natürlich auch entsprechende Vorteile für österreichische Unternehmen, für österreichische Zulieferanten, für Arbeitsplätze hier in Österreich gegeben sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt nehmen wir einmal einen Fall an. Ein österreichisches Unternehmen kauft ein spanisches Unternehmen um 50 Millionen €. Es gibt ja Unternehmen so im mittleren Bereich, die um dieses Geld zu haben sind. Dieses Unternehmen macht einen Jahresumsatz von, sagen wir einmal, 100 Millionen € – durchaus realistisch. Halten Sie es dann für seriös und für möglich, dass bis zum Siebenfachen des Jahresumsatzes, das heißt, 700 Millionen € plus die 50 Millionen € Kaufpreis, das wären in diesem Fall 750 Millionen €, dafür als Kompensationsgeschäfte verrechnet werden, dass eine österreichische Firma in Spanien ein Unternehmen um 50 Millionen € gekauft hat?

Mag. Josef Mayer: Grundsätzlich möglich ist es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist eben der Punkt, um den es in diesem Ausschuss geht: dass es hier – das ist nur ein Beispiel von vielen – eine Möglichkeit gibt, aus einem Geschäft, aus dem direkt keine Wertschöpfung in Österreich entsteht – denn der Kauf eines ausländischen Unternehmens führt direkt zu keiner Wertschöpfung in Österreich –, auf Grund der Einrechnung von bis zu sieben Jahresumsätzen zu enorm hohen, mit österreichischer Wertschöpfung in überhaupt keinem Zusammenhang stehenden Kompensationsleistungen zu kommen, sodass zumindest für mich hier der Schluss naheliegt, dass es sich um Scheinkompensationen handelt. Aber ich habe jetzt selbst dazugesagt, dass das ein Schluss von mir ist, weil Sie da sicherlich völlig anderer Meinung sind.

Mag. Josef Mayer: Ich kann es jetzt nur im konkreten Fall hier so nicht stehenlassen, weil ich, wie gesagt, die Details dieses Falles nicht mehr präsent habe und ich mir sicher bin, dass in der Diskussion in der Plattform sicherlich auch die Frage von österreichischer Wertschöpfung und was bringt es der österreichischen Wirtschaft, mit berücksichtigt worden ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dürfte ich Sie bitten, mir das wieder zurückzugeben. (*Mag. Mayer: Ja, gerne! – Die Auskunftsperson retourniert ein ihr vorgelegtes Schriftstück.*) Das glaube ich, dass Sie das gerne zurückgeben. Ich würde das an dieser Stelle auch tun. – Das sind die wesentlichen Fragen, die ich dazu habe.

Sagen Sie, Sie sind zu diesem Punkt ja einige Male gefragt worden, trotzdem habe ich noch zwei abschließende Fragen, die sich teilweise mit bereits gestellten Fragen überschneiden. Wer aus Ihrer Sektion kann uns eine Liste zur Verfügung stellen, wo aufgelistet ist, wie in den einzelnen Fällen die Bieterseite ihre Leistung zum Zustandekommen von Gegengeschäften bewiesen hat?

Mag. Josef Mayer: Ich kann der zuständigen Abteilung einen diesbezüglichen Auftrag geben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann würde ich ersuchen, dass Sie der Abteilung diesen Auftrag geben, dass dem Ausschuss eine diesbezügliche Liste übermittelt wird, nämlich welche schriftliche Nachweise im Detail erbracht wurden von der Bieterseite – Bieterseite heißt, zumindest für die Mehrheit dieses Ausschusses, EADS oder Eurofighter GmbH; es ist ja beides möglich –, dass sie selbst einen wesentlichen Beitrag zum Zustandekommen eines Gegengeschäftes geleistet hat. Also es geht im Prinzip um die **nachvollziehbare Vermittlungstätigkeit**. Das wäre, glaube ich, für den Ausschuss sehr hilfreich.

Das Zweite, was ich Sie abschließend noch fragen wollte: Wissen Sie eigentlich, wozu EADS dann zur Abwicklung der Gegengeschäfte den Herrn **Bergner** gebraucht hat? Die haben das ja eine Zeit lang mit unterschiedlich beurteiltem Erfolg selbst durchgeführt und haben dann aus irgendeinem Grund gesagt, nein, jetzt machen wir das selber nicht mehr weiter, jetzt nehmen wir den Herrn Bergner mit einer Firma, von der wir inzwischen wissen, wem sie wirklich gehört hat.

Mag. Josef Mayer: Die Beweggründe kann ich Ihnen hier sicherlich nicht erklären.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie jemals bei Ihren Gesprächspartnern, insbesondere bei EADS, nachgefragt: Warum schickt Ihr uns jetzt den Bergner?; wir haben das ja bis jetzt direkt gemacht.

Mag. Josef Mayer: Es wurde nur gesagt, dass man das aus konzerninternen Überlegungen verbessern möchte und dass man eben glaubt, dass das mit einem solchen Büro besser, rascher, näher am Kunden gemacht werden kann. Aber nähere Erklärungen hat man uns nicht gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und damit war Herr Bergner praktisch für Sie ein bevollmächtigtes Organ der Firma EADS, der Bieterseite?

Sektionschef Mag. Josef Mayer: Wir haben eine schriftliche Mitteilung bekommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, ja, natürlich. Okay. – Ich habe keine weiteren Fragen. Gibt es sonst noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich Ihnen herzlich für Ihr Kommen und die Auskünfte! Ihre Befragung ist damit geschlossen!

(Die **Auskunftsperson Mag. Josef Mayer** verlässt den Sitzungssaal.)

Obmann Dr. Peter Pilz leitet anschließend zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

(Fortsetzung: 12.32 Uhr bis 12.34 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**: „nichtöffentlicher Teil“.)

12.52

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 12.52 Uhr –, sogleich zum **öffentlichen** Teil überleitend, die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Christian Domany** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Mag. Christian Domany** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt Herrn **Mag. Christian Domany** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Mag. Christian Domany (Flughafen Wien AG): Mein Name: Christian Domany; Geburtsdatum: 27. 6. 1952; Anschrift: 1040 Wien; Beruf: Vorstand der Flughafen Wien AG.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Mag. Christian Domany: Das ist nicht ganz einfach zu beantworten. Ich war Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, einer Körperschaft öffentlichen Rechts, und zwar: Überprüfung durch den Rechnungshof. Wie man es also auslegen möchte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir legen es so aus, dass wir sagen: **nein**. (*Abg. Dr. Fekter: „Wir“ in der Majestätsform!*)

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte Ihrer Meinung nach einer dieser Gründe schlagend werden, ersuche ich Sie, sich an den Verfahrensanwalt oder an mich zu wenden, und wir werden dann die weiteren Schritte besprechen.

Nach der Verfahrensordnung haben Sie das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Mag. Christian Domany: Das ist, glaube ich, nicht notwendig. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ist der erste Fragesteller Herr Abgeordneter Kogler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur gleich zur allgemeinen Orientierung: Ihre Funktionen in der Wirtschaftskammer waren, für die ARGE Offset zuständig zu sein, und Sie waren dort der Vorsitzende des Lenkungsausschusses. – Ist das richtig?

Mag. Christian Domany: Meiner Erinnerung nach ist es richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na, daran werden Sie sich hoffentlich schon erinnern: Vorsitzender des Lenkungsausschusses!

Die ARGE Offset hat ja in ihrem Statut ursprünglich auch die Industriellenvereinigung als Mitglied geführt. Können Sie dem Ausschuss erklären, warum sich dann die Industriellenvereinigung aus der ARGE Offset zurückgezogen hat?

Mag. Christian Domany: Es war eine lange Diskussion. Die ARGE Offset wurde gegründet – an den Zeitpunkt kann ich mich nicht mehr genau erinnern – seitens der Wirtschaftskammer Österreich und aller Landeskammern. Das war ein Beschluss des Präsidiums. Im Präsidium sind alle politischen Fraktionen beziehungsweise wahlwerbenden Gruppierungen der österreichischen Wirtschaft vertreten, und es war, soweit ich mich erinnern kann, ein einstimmiger Beschluss.

Wir hatten auch die Industriellenvereinigung eingeladen. Soweit ich mich erinnern kann, ist dann das Thema gekommen: Beitrag zahlen! Wir wollten diese ARGE Offset unabhängig aufstellen, das heißt, im Sinne der Beratung der österreichischen Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe, das Geld selbst aufbringen. Soweit ich mich erinnern kann, hat die Industriellenvereinigung damals davon Abstand genommen oder hat keinen Präsidiumsbeschluss zusammengebracht, hier einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Es hat aber eine sehr, sehr enge Abstimmung mit dem damaligen Generalsekretär gegeben. Soweit ich mich erinnern kann, gab es auch die Idee, dass ein Mitarbeiter zur Verfügung gestellt wird. Aber ich weiß nicht mehr, ob es dann umgesetzt wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie hat sich die ARGE Offset grundsätzlich finanziert?

Mag. Christian Domany: Die ARGE Offset hat sich *nur* aus den Mitteln der Wirtschaftskammerorganisation finanziert. Ausschließlich! Darauf habe ich auch größten Wert gelegt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Bundeskammer und der Landeskammern?

Mag. Christian Domany: Habe ich zuerst gesagt: der Bundeskammer, WKÖ, und der Landeskammern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben gesagt, wie sie zusammengesetzt ist, aber nicht, wie sie finanziert wird.

Mag. Christian Domany: Und der Landeskammern, ja. Nach einem Schlüssel.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir haben über das Wirtschaftsministerium etliche Protokolle auch der ARGE Offset, und Sie bemühen sich da ja, zumindest vorläufig noch, um die Klein- und Mittelbetriebe, wie Sie gesagt haben. Im Zuge dessen war eine Roadshow geplant.

Können Sie noch einmal kurz etwas zur Planung und Finanzierung dieser Roadshows sagen, die dann tatsächlich im Herbst/Winter 2003 stattgefunden haben?

Mag. Christian Domany: Ich habe schon gesagt, das Ziel war, die österreichischen Unternehmen, und da nicht die Industrie – weil die ja auf Grund ihrer Erfahrung wusste, wie man mit solchen Dingen umgeht –, sondern die Klein- und Mittelbetriebe zu informieren und sie zu motivieren, auch an diesem so genannten Kuchen an Gegengeschäften mitzuwirken. Es ist klar, dass gerade ein Klein- und Mittelbetrieb nicht das Back Office und das Know-how dazu hat; da ist ja eine Interessenvertretung wie die Wirtschaftskammer dazu aufgerufen, gerade diesen Unternehmen unter die Arme zu greifen.

Die Roadshow hat in Wien begonnen. Ich kann mich erinnern, da war ich selbst dabei. Da war der EADS-Konzern eingeladen, dass er darstellt, wo die einzelnen Fertigungen der einzelnen Bauteile des Eurofighters passieren, um auch den Unternehmen aufzuzeigen, wenn sie schon in diesen Ländern – ich glaube es waren Spanien,

Portugal, Deutschland und England, wenn ich mich richtig erinnere – vor Ort tätig sind, und ihre Kontakte auch hier ausnützen zu können.

Auf Ihre Frage **Finanzierung** kann ich nur noch einmal betonen: **Ausschließlich** aus den Finanzmitteln der gesamten Kammerorganisation, weil – und das hat das Präsidium und auch das Wirtschaftsparlament festgehalten – hier die Notwendigkeit vorhanden ist, beratend, aufzeigend und motivierend für unsere 300 000 Mitglieder tätig zu werden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat das in jeder Landeshauptstadt stattgefunden? Das entnehme ich dem Protokoll Ihrer Sitzung. Am 22.9.2003 war der Planungsstand, dass acht solche Veranstaltungen stattfinden, und zwar in Wien, Linz, Graz, Klagenfurt, für Niederösterreich war noch offen, ob noch einmal Wien oder St. Pölten, Salzburg, Innsbruck und Feldkirch. – Was hat davon wirklich stattgefunden? Können Sie das sagen? (*Mag. Domany: Nein!*) – Können Sie nicht sagen?

Mag. Christian Domany: Nein, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich kann mich nur an eines erinnern: Das Thema war Burgenland, und da hat man gesagt, das wird in Wien abgedeckt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das deckt sich mit den Angaben.

Können Sie noch einmal sagen: Das waren eintägige Veranstaltungen – oder?

Mag. Christian Domany: Ja. Ich nehme es an.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die hat die Wirtschaftskammer im Wesentlichen organisiert. EADS war eingeladen, sagten Sie. Und Sie haben selbst Wert gelegt auf die Feststellung – das habe ich nämlich gar nicht gefragt! –, dass auch die Finanzierung dieser Roadshows von der Wirtschaftskammer oder den Länderkammern war. – Ist das richtig?

Mag. Christian Domany: Herr Kogler, Sie haben mich gefragt, wie es finanziert wurde! Deswegen habe ich gesagt, es ist rein aus den Mitteln der Wirtschaftskammer-Organisation finanziert worden. Ich habe größten Wert als Generalsekretär darauf gelegt, dass es keine wie immer gearteten Mittel von außen gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das ist sehr löblich. – EADS respektive Eurofighter waren aber eingeladen, sich dort zu präsentieren. Das war ja mit ein Zweck.

Mag. Christian Domany: Natürlich war es notwendig, aus den einzelnen Bereichen und Bauteilen die Präsentation zu geben, damit die anwesenden und eingeladenen Unternehmerinnen und Unternehmer gewusst haben, was sie anbieten können. Das war ja die Herausforderung für uns, hier den Kontakt auch herzustellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie jetzt sagen oder schätzen, was eine solche Veranstaltung der Wirtschaftskammer gekostet hat – etwa die in Wien?

Mag. Christian Domany: Das kann ich nicht mehr sagen. (*Abg. Mag. Kogler: Können Sie nicht sagen?*) – Das ist aber sicher im Abschlussbericht der Wirtschaftskammer Österreich nachlesbar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im Abschlussbericht der Wirtschaftskammer.

Mag. Christian Domany: Nachdem wir Bilanz legen, ist sicher dieses Thema ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist ein eigener Posten, die sämtlichen Roadshows?

Mag. Christian Domany: Ich nehme an, nachdem die ARGE ein Teil der Wirtschaftskammerorganisation war, dass es auch im Jahre 2004 in der Bilanz dringestanden ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe mir diesen Programmablauf für Graz – im Grazer Congress – angeschaut. Wir sind in einer Schätzung draufgekommen, dass die Miete des Kongresses für diesen Tag nach der Auslastung zirka 10 000 € gekostet haben muss.

Können Sie sich vorstellen, dass diese – wenn überhaupt stattgefunden habend – acht Roadshows der Wirtschaftskammer 3 Millionen € gekostet haben?

Mag. Christian Domany: Wie kommen Sie jetzt auf 3 Millionen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie zuerst gefragt, ob Sie sich vorstellen können, dass das in eine Millionendimension geht.

Mag. Christian Domany: Das habe ich akustisch nicht verstanden. In Millionen, Größenordnung? (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) – Nachdem es für mich damals ein Rumpffahr war, wo ich dafür Verantwortung getragen habe, schließe ich es aus, dass es eine Millionenhöhe war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie waren ja auch Mitglied der **Plattform** beziehungsweise waren dort bis Herbst 2004 in den Protokollen als Teilnehmender für die Wirtschaftskammer eingetragen. – Ist das richtig?

Mag. Christian Domany: Bis 30.9.2004, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sehen Sie. Und bis zum 30.9. haben wir jetzt folgenden Vorfall registriert: Diese Roadshows sind ihrerseits als Gegengeschäft eingereicht worden, und zwar von der Firma Eurofighter.

Haben Sie das gewusst, dass die Roadshows selbst Teil eines Gegengeschäftes sind, da Sie das veranstaltet und bezahlt haben?

Mag. Christian Domany: Wann soll das eingereicht gewesen sein?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist eingereicht worden per 31.5.2004 mit 3 Millionen: Die Begünstigten seien eine Vielzahl österreichischer Unternehmen – und es ist sage und schreibe mit 3 Millionen € vom BMWA anerkannt worden.

Es hat auch in der **Plattform** eine Diskussion darüber gegeben. – Haben Sie eine Erinnerung daran? (*Mag. Domany: Nein!*) – Ist Eurofighter an Sie herangetreten, der Sie ja die Auslagen offensichtlich getätigt haben für diese Roadshows als Wirtschaftskammer, ob das in Frage kommt, dass diese Aufwendungen mit Teil einer Gegengeschäftsbeantragung sein können?

Mag. Christian Domany: Noch einmal: Wir haben aus meiner Erinnerung ein Budget im Wirtschaftsparlament und Präsidium gemeinsam mit den Landeskammern beschlossen, das dafür verwendet worden ist. – Mehr ich kann jetzt dazu nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben **nie** eine Wahrnehmung darüber gehabt, dass die Firma Eurofighter vor allem unter dem Titel „Roadshows“ und „Management-Beratung“ – es waren ja nur die beiden Posten – 3 Millionen einreicht?

Mag. Christian Domany: Noch einmal: Die Roadshows haben wir veranstaltet. Wenn Eurofighter ihre Kosten, die sicher entstanden sind, die wir ihnen nicht abgegolten haben, etwas eingereicht haben ... – Aber das entzieht sich meiner Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie schätzen, was hier in Wien die Kosten für EADS/Eurofighter gewesen sein könnten? (*Mag. Domany: Nein!*) – Das können Sie nicht schätzen? (*Mag. Domany: Nein!*)

Wieder die Frage: Können Sie sich vorstellen, dass die Teilnahme an sechs bis acht Roadshows EADS Kosten in Höhe von 3 Millionen € verursacht hat?

Mag. Christian Domany: Herr Kogler, wenn ich es für eine nicht abschätzen kann, dann kann ich es auch nicht für die anderen. (*Abg. Mag. Kogler: Ist Ihnen das plausibel?*) – Das weiß ich nicht, was die Kosten bei einem Dritten ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben doch eine Wahrnehmung gehabt.

Gehen wir der Sache einmal auf den Grund: Was hat denn EADS in Wien geleistet? Wie müssen wir uns das vorstellen? – Die Manager von EADS sind gekommen. Wie viele waren es denn Ihrer Erinnerung nach?

Mag. Christian Domany: Ich glaube, aus jedem beteiligten Land mindestens einer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also bis zu vier Manager.

Mag. Christian Domany: Mindestens vier Manager, mindestens aus jedem beteiligten Land einer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und die haben dann was auf dieser Roadshow-Veranstaltung in Wien gemacht?

Mag. Christian Domany: Die haben eine Präsentation des Flugzeuges, der einzelnen Teile, wo sie zusammengestellt werden, welche Produktionsstätten in den einzelnen Ländern sind – das kann ich mich noch erinnern – und welche Zulieferungen möglich wären für diese Teile. Jeder Teil dieses EADS-Konzerns hat aber die gesamte Produktpalette dargestellt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie schreiben selbst in Ihrem Vorhaben der Wirtschaftskammer, dass das Ziel dieser Roadshows und die Zielgruppe vor allem die Klein- und Mittelbetriebe sind – hinsichtlich möglicher Offsets.

Wie sind denn die Klein- und Mittelbetriebe von EADS beraten worden?

Mag. Christian Domany: Sie sind von EADS in dem Sinn ja gar nicht beraten worden, sondern sie sind nachher für Gespräche zur Verfügung gestanden. Unsere Aufgabe war es, die Klein- und Mittelbetriebe darauf hinzuweisen, was sie tun sollen, welche Wege notwendig sind, wie die Formulare ausschauen. Wir haben ihnen natürlich sehr viel Übersetzungshilfe für die einzelnen Sprachen gegeben. Das war unsere Aufgabe als Wirtschaftskammerorganisation.

Natürlich, nach der Präsentation seitens EADS, nach den Dienstleistungen, die die Wirtschaftskammer-Organisation angeboten hat, hat es damals, glaube ich, eine Stunde noch die Möglichkeit für die Unternehmerinnen und Unternehmer gegeben, direkt mit den Vertretern aus den einzelnen Ländern Kontakt aufzunehmen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So war dann im Wesentlichen der Tagesablauf, das hat stattgefunden.

Mag. Christian Domany: Nehme ich an, dass es auch bei den anderen so war. Ich war bei keiner dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie uns jetzt sehr geholfen. Dann dürfen wir nämlich festhalten, dass die Veranstaltung organisiert und im Kern und der Struktur nach von der Wirtschaftskammer bezahlt war und EADS, wie

beschrieben, Gespräche angeboten und einen Vortrag gehalten hat, wo die Produktionsstätten des Konzerns sind. (*Mag. Domany: Von uns die gesamte Produktion und ...!*) – Ja, ja, ist schon recht.

Wir gehen nur immer noch der Frage nach, was an dem Ganzen 3 Millionen € wert sein soll – und das tatsächlich noch vom BMWA bestätigt wurde. Sie erinnern sich nicht an die Plattform-Diskussion, also kann ich Sie nicht weiter befragen dazu.

Ein anderer vorläufig schon abschließender kleiner Fragenkomplex noch zur **Plattform** selbst: Ihr Pendant beziehungsweise ein Vertreter der Arbeiterkammer, der hier schon ausgesagt hat, hat gemeint, die Unterlagen für die Plattform-Mitglieder, um konkret die Gegengeschäfte jetzt wirklich zu bewerten, seien dergestalt gewesen, dass das im Einzelfall gar nicht möglich war, dass man nicht einmal die Originaldokumente gesehen hätte.

Was haben Sie für eine Erinnerung daran? Was ist Ihnen als Plattform-Mitglied alles an Unterlagen zur Verfügung gestanden, wenn es darum ging, Beratungen für das Wirtschaftsministerium vorzunehmen, und zwar auf den **konkreten Geschäftsfall?**

Mag. Christian Domany: Ich kann mich erinnern, dass wir gerade am Anfang, als die **Plattform** ins Leben gerufen wurde, lange, insbesondere sozialpartnerschaftlich – deswegen unterstreiche ich das, was vielleicht der Kollege der Arbeiterkammer hier gesagt hat –, sehr gerne eine Vorbereitung hätten, auf Grund deren Vorbereitung wir schneller auch zu Beschlussfassungen im Sinne einer Beratung für das Wirtschaftsministerium kommen können. Da kann ich mich erinnern, dass wir sehr oft urgiert haben, wir als Wirtschaftskammer, dass wir uns gerne vorbereiten auf die in der nächsten Sitzung vorliegenden Fälle.

Mir persönlich ist es immer darauf angekommen, dass bei den vorgelegten Fällen eine Nachhaltigkeit in der Geschäftsverbindung mit dem ausländischen Partner ermöglicht wird – und dass ich immer nachgefragt habe, welche **Beschäftigungsauswirkung** das auf das jeweilige Unternehmen, das ein Gegengeschäft abwickeln kann, darstellt. Für die Wirtschaftskammer Österreich in meiner Person als Vertreter ist es darum gegangen, dass das **langfristige** Wirkungen hat. Soweit ich mich erinnern kann, ist den Vorschlägen von uns und der Arbeiterkammer seitens des Wirtschaftsministeriums nachgekommen worden, und wir haben verbesserte Unterlagen im Vorfeld bekommen.

Eines muss ich aber auch dazu sagen – und da hat sich auch die Meinung der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer immer gedeckt –: Wenn ein Unternehmen der Auffassung ist, dass das Geschäft plus der Umsatz nicht zu veröffentlichen ist, weil es auch noch immer Betriebsgeheimnisse gibt, dann haben wir beide dem auch Rechnung getragen. Da habe ich – daran kann ich mich noch erinnern – den Vorschlag auch gemacht, dass wir versuchen, Branchen zu clustern, um da auch Unternehmen zusammenzufassen. Ich glaube, so weit muss man den österreichischen Unternehmen entgegenkommen, dass nicht alles, was im Geschäftssystem passiert, unbedingt an die öffentliche Glocke zu hängen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir sind schon am Ende dieser Befragungszeit. Der zweite Teil war gar nicht gefragt. Im ersten haben Sie uns sehr geholfen. – Danke.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat ja immer wieder die mediale Berichterstattung gegeben, dass die Gegengeschäfte Scheingeschäfte wären und dass die Unternehmen eigentlich gar kein Interesse daran hätten. Auch hier im Ausschuss wird immer wieder gefragt: Wie stellt sich das dann tatsächlich dar? Wie haben sich die Gegengeschäftsunternehmen, also jene, die Abschlüsse getätigt haben,

präsentiert? Ich meine, immerhin ist das mit einem bürokratischen Aufwand verbunden gewesen.

Hat es da eher Kritik gegeben über den ganzen Vorgang, oder war das eher begrüßenswert, weil die dadurch zu neuen Kontakten gekommen sind? Wie haben sich die der Kammer gegenüber artikuliert?

Mag. Christian Domany: Ich bitte, einmal festhalten zu dürfen, dass am Beginn der Gegengeschäfte natürlich das ganze System erst langsam angelaufen ist. Wir mussten zuerst **Informationen** herausbekommen, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt für die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir waren aber überrascht, welchen Widerhall wir in der österreichischen Wirtschaft gefunden haben. Die Kreativität der österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer war sehr, sehr groß, und zwar nicht nur der Industrie, sondern insbesondere auch der Klein- und Mittelbetriebe bis hin zu den Dienstleistungen. Ich habe einen Fall noch im Kopf, dass ein Kurunternehmen angeboten hat, weltweit für alle im EADS-Konzern tätigen Mitarbeiter einen Kuraufenthalt in Österreich anzubieten. Das war ein bisschen ein skurriler Fall, aber da hat man gesehen, dass nicht nur Industrie und Zulieferer für die Flugindustrie hellhörig geworden sind, sondern auch jene im Dienstleistungsbereich.

Ich glaube, dass wir in den ersten Wochen überschwemmt worden sind mit Anfragen von Unternehmern aus ganz Österreich, ob sie aus unserer Sicht, aus Sicht der Wirtschaftskammer fähig sind, an Gegengeschäften teilzunehmen oder nicht. Die Resonanz war sehr, sehr groß, war sehr positiv; das ist sehr positiv aufgenommen worden von der österreichischen Wirtschaft. Wir haben – das war unsere Aufgabe – über die ARGE soweit wie nur möglich Informationen weitergegeben, beraten und auch Hilfestellung beim notwendigen Ausfüllen von Gegengeschäftsanträgen gegeben. Das war unsere Aufgabe, da behilflich zu sein, und das ist sehr, sehr positiv angenommen worden.

Nachdem ich am 30.9. aus der Wirtschaftskammer ausgeschieden bin und gewechselt habe, kann ich natürlich nur den Eindruck aus diesem „Rumpffahr“ wiedergeben, wobei es, wie ich schon gesagt habe, natürlich ist, dass dieses Thema erst jetzt schön langsam anläuft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der sich beteiligenden Firmen: Ich meine, für einen Großkonzern ist es wahrscheinlich ein Einfaches, ein bisschen einen Überblick auch über die Exportpartner zu haben, aber es haben sich auch sehr viele mittelständische und kleinere Hightechbetriebe beteiligt.

Hatten Sie den Eindruck, dass die sich deshalb beteiligt haben, weil schon ein Kontakt bestand – oder wollte man wirklich mit dieser Offset-Veranstaltung, mit dieser Roadshow einen Zugang finden, der für einen Großteil der Betriebe total neu war?

Mag. Christian Domany: Ich kann Zweiteres bestätigen. Es war für viele, viele Unternehmen die Chance, in den Export, ins Weltgeschäft einzusteigen. Wir hatten auch die Möglichkeit, gerade mit den Großunternehmen die Klein- und Mittelbetriebe „dazuzufüttern“, da den Kontakt herzustellen. Das ist nicht immer gelaufen zwischen Kleinbetrieben und EADS, sondern sehr oft zwischen Klein- und Mittelbetrieben mit unseren Paradeindustriunternehmen, wie beispielsweise Boehler oder FACC. Diesen Kontakt herzustellen, das war auch unsere Aufgabe – und das ist auch wirklich wahrgenommen worden.

Ein großes Hemmnis für viele österreichische Unternehmen ist die Nichtmöglichkeit der Zertifizierung innerhalb von Österreich. Da haben viele Unternehmen es wahrgenommen und gesagt: Da gibt es eine Chance, auch am amerikanischen Markt zu Zertifizierungen zu kommen: über die Möglichkeit der Gegengeschäfte. Und die sind

wahrgenommen worden. Und das, so traue ich mich das als ehemaliger „General“ zu sagen, war nachhaltig für die österreichische Wirtschaft. Nicht zuletzt sind die Exportquote und der Exporterfolg der österreichischen Wirtschaft sicher auch begründet in der Möglichkeit der Gegengeschäfte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Gegengeschäftspartner haben Zertifizierungen verlangt nach ISO und was immer – oder nach den Standards, die erforderlich sind. Also die Automotive Sect. hat ja eine eigene Zertifizierung, wahrscheinlich genauso wie der Flugzeugsektor. Das heißt, die österreichischen Unternehmen haben sich im Hinblick auf das zu tätige Gegengeschäft zuerst aufgerüstet und dann das Gegengeschäft abgeschlossen. – Habe ich das richtig verstanden?

Mag. Christian Domany: Richtig, denn sie waren ja vorher nicht aufgestellt, aber wenn sie gesehen haben, dass sie eine Chance haben, mit Hilfestellung größerer Unternehmen, den Leitbetrieben in Österreich und auch der Interessenvertretung, und sie haben es geschafft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Ihnen noch vor der Eurofighter-Gegengeschäftsabwicklung andere Gegengeschäftsabwicklungen in der Intensität in Österreich bekannt? Konnte man sich da auf Erfahrungen stützen – oder waren die früheren Gegengeschäfte ganz anders?

Mag. Christian Domany: Ich habe kein anderes Gegengeschäftsprojekt in meiner Funktion erlebt, kann nur *relata refero* sagen, dass die Mitarbeiter der Wirtschaftskammer gesagt haben, dass der Anlauf viel, viel schneller und größer war vom Volumen her im Vergleich zu den vorigen Gegengeschäften. Was auch von Firmen mir persönlich gegenüber artikuliert wurde, war, dass der Vorgang innerhalb des Wirtschaftsministeriums mit der Homepage viel transparenter als früher war.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der eingereichten Projekte, die immer mit Ende Mai eingereicht und dann sozusagen kontrolliert wurden, wo es Nachforschungen gab, hat der Rechnungshof kritisiert, man hätte schneller arbeiten können. – Hatten Sie den Eindruck, dass man da zögerlich vorgegangen ist?

Mag. Christian Domany: Schneller kann man immer arbeiten. Ich kann mich nur an die Zeit zwischen Mai und September 2004 erinnern, wir haben immer Druck gemacht beim Wirtschaftsministerium, weil wir immer schon wissen wollten, wie das Ergebnis aussieht. Ich glaube aber, dass der Zeitfaktor da nicht das Ausschlaggebende ist. Ich glaube, dass es notwendig war, bei den eingereichten Gegengeschäften sehr wohl genau zu kontrollieren, genau zu schauen, die Nachhaltigkeit anzuschauen, zu überprüfen – und da war ich immer auch bestrebt, das Wifo und das IHS hereinzunehmen, um die langfristige Investitionstätigkeit bewerten zu lassen, ob es sinnvoll ist, das als Gegengeschäft anzuerkennen oder nicht; auch mit welchem Wert. Dass das seine Zeit gebraucht hat, insbesondere, wenn die beiden Institute dabei waren, dafür habe ich Verständnis. Aber natürlich, man kann immer sagen, schneller wäre es besser gewesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat ja kritische Stimmen gegeben, beispielsweise von Professor Kramer, im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit volkswirtschaftlicher Natur der Gegengeschäfte. Kramer hat gemeint, Gegengeschäfte hätten auch ihren Preis, und man würde dadurch unter Umständen beim Produkt teurer sein, beziehungsweise die Nachprüfbarkeit würde schwierig sein.

Das war eine Einzelmeinung – die Mehrheitsmeinung ist in Österreich eine andere. Wie war die Meinung der Wirtschaftskammer? Immerhin ist ja die Wirtschaftskammer am Wifo nicht unbeteiligt, und Kramer war der Präsident des Wifo.

Mag. Christian Domany: Kramer war der Geschäftsführer, der Vorstand. Präsident des Wifo war damals Präsident Leitl.

Ich halte diese Meinung des Herrn Professor Kramer wirklich für eine Einzelmeinung. Das IHS war damals auch anderer Meinung. Auch wir haben ein Institut, das Industriewissenschaftliche Institut, das ein Gemeinschaftsprodukt der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer ist, damit beauftragt – und soweit ich mich erinnern kann, ist sehr wohl das Thema **Nachhaltigkeit** insbesondere bei Investitionen in die Technologieentwicklung, in die Forschungstätigkeit eindeutig positiv bewertet worden.

Da das jetzt gerade angesprochen wurde: Das war ja auch der Schwerpunkt oder ein Kriterium zwischen den beiden Letztanbietern, wer bereit ist, mehr in die Forschung und Technologieentwicklung als Gegengeschäfte zu investieren. Und da war, soweit ich mich erinnern kann, EADS wirklich weit vorne.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wenn man das im Nachhinein betrachtet und das wirtschaftskammermäßig anschaut, das heißt in der Struktur der Wirtschaftskammer – Industrie, Gewerbe, Branchen et cetera –: Was waren die signifikanten sozusagen Interessentengruppierungen?

Mag. Christian Domany: Sicher die, die – in welcher Form auch immer – in der Technik der Flugindustrie beteiligt waren. Da gehören natürlich auch Teile der Automobilindustrie, die Elektronik dazu. Das waren meiner Erinnerung nach die Ersten, die im ersten Halbjahr, im ersten Dreivierteljahr eingereicht haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, da, wo der logische Zusammenhang gleich offensichtlich erkennbar war. – Würden Sie aus heutiger Sicht meinen, man ist den richtigen Weg gegangen?

Mag. Christian Domany: Aus heutiger Sicht bin ich überzeugt davon, dass man den richtigen Weg gegangen ist, weil – die Daten und die Statistik zeigen es ja – die österreichischen Unternehmen Exportweltmeister geworden sind. Und das war mit ein Turbo für diese Situation der österreichischen Wirtschaft.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Domany, bei der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 10. Dezember 2004 – das geht aus dem Bericht des BMWA hervor – waren auch Vertreter von EADS, Frau Keglevich, MTU, Herr Kumpf, und Alenia, Herr Schön, anwesend.

Seit Vorliegen des Steueraktes der EBD wissen wir, dass Eigentümer der EBD ein gewisser Alfred Plattner und eben der genannte Herr Schön sind. – Wissen Sie, in welcher Rolle Herr Schön bei dieser ARGE-Sitzung dabei war?

Mag. Christian Domany: In der ARGE Offset, haben Sie gesagt? (*Abg. Ing. Kuzdas: In der ARGE Offset, ja!*) – Wann war das?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Am 10. Dezember 2004. Ich kann Ihnen das auch gerne zeigen.

Mag. Christian Domany: Am 10. Dezember 2004?

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da kann ich aber nicht anwesend gewesen sein. Tut mir leid, ich war am 10. Dezember 2004 nicht mehr in der Wirtschaftskammer.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, Sie wissen nicht (*Mag. Domany: Nein!*), in welcher Rolle Herr Schön dabei war? Hat die ARGE Offset ...

Mag. Christian Domany: Ich kenne auch Herrn Schön nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. – Hat die ARGE Offset Kontakt zur EBD gehabt? (*Mag. Domany: Wer ist „EBD“? Sagen Sie mir, wer „EBD“ ist?*) – Euro Business Development GmbH. (*Mag. Domany: Nein!*)

Ein anderer Fragenkomplex: In der genannten Sitzung der ARGE Offset vom Dezember 2004 wird auch Kritik zu den Gegengeschäftsaktivitäten des BMWA und EADS beziehungsweise Eurofighter geäußert, dass EADS nicht bereit sei, seine Konzernstrukturen zu ändern, und die Gegengeschäfte werden sich selbst überlassen. Die ARGE hat sich daher die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Handelns gestellt. – Hat sich das nach der Installierung der EBD zum Besseren gewandelt?

Mag. Christian Domany: Ich kann nur noch einmal sagen: Ich war ab September 2004 bei keiner Sitzung mehr dabei und habe keine Funktion mehr gehabt. Deshalb kann ich darüber überhaupt keine Auskunft geben.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zur kritischen Stellungnahme von Dr. Kramer hat Sie Frau Kollegin Fekter schon gefragt. – Wurde diese Stellungnahme von Professor Kramer in der ARGE auch diskutiert?

Mag. Christian Domany: Nein, weil die ARGE damals eine ganz andere Zielsetzung hatte, nämlich die österreichischen Unternehmen zu beraten, zu motivieren, ihren Exportanteil zu steigern.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie waren aber auch Mitglied der **Plattform Gegengeschäfte**. – Ist in dieser Plattform diese kritische Stellung von Professor Kramer diskutiert worden?

Mag. Christian Domany: Ich glaube, Professor Kramer war ein, vielleicht zwei Mal dabei, währenddessen ich Mitglied der Plattform war. Ich kann mich nicht erinnern, dass er sich kritisch geäußert hat. Seine Aufgabe – und die hat er wahrgenommen – war, immer zu hinterfragen, ob ein Gegengeschäft nachhaltig im Bereich Forschung, Technologieentwicklung getätigt wird, welche Auswirkungen es hat, und dann nachher gemeinsam in Abstimmung mit dem IHS eine Bewertung abzugeben. So war, wie ich mich erinnern kann, seine Tätigkeit.

Dass er sich kritisch geäußert hat, daran kann ich mich nicht erinnern. Ich habe es zwar noch im Ohr, dass er das einmal über die Medien getan hat, aber in der Plattform-Sitzung selbst, daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Professor Kramer hat das auch schriftlich getan, er hat unter anderem geschrieben, dass die Beurteilung konkreter Gegengeschäftsofferte in der praktizierten Form aus Sicht der Wissenschaftsforschung ausgeschlossen zu sein scheint. Also das ist schon eine sehr kritische Stellungnahme, und das sollte ja auch Auswirkungen auf die **Plattform Gegengeschäfte** haben.

Mag. Christian Domany: Es ist sicher über die Bewertungen und die Höhe der Anrechenbarkeit diskutiert worden, und da hat sich meiner Erinnerung nach immer die gesamte Plattform seiner Empfehlung angeschlossen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dann komme ich zu einem anderen Bereich. Am 6. Juli 2004 – das war, glaube ich, noch in der Zeit Ihrer Tätigkeit in der Wirtschaftskammer – schrieb der Geschäftsführer der ARGE Offset in der Wirtschaftskammer, Dr. Rudolf Lohberger, an Sektionschef Josef Mayer einen Brief mit folgendem Inhalt – ich zitiere –:

Wohl wissend, dass der Offset-Vertrag ein streng vertrauliches Dokument ist, glaube ich doch, dass sowohl im Fall von Landeshauptfrau Klasnic als auch von Herrn

Präsident Mühlbacher die Übermittlung dieses Dokuments aus Vertraulichkeitsgründen kein Problem sein kann. – Zitatende.

Da geht es um ein Gespräch, das am Vortag geführt wurde, und um einen Brief, den ein Mitarbeiter der Frau Klasnic an Herrn Lohberger geschrieben hat, um den Gegengeschäftsvertrag zu bekommen.

Hat die Wirtschaftskammer den Gegengeschäftsvertrag besessen? Und zweite Frage, die sich daran anschließt: Wurde der Frau Landeshauptmann der Gegengeschäftsvertrag übermittelt oder ausgehändigt?

Mag. Christian Domany: Zur ersten Frage: Die Wirtschaftskammer, die gesamte Organisation, hat diesen Vertrag **nicht** in Händen gehabt. Ich hatte selbst als Organisation öfters urgiert, aber da kam ein klares Nein seitens des Wirtschaftsministeriums.

Zur zweiten Frage, ob Frau Klasnic ihn bekommen hat oder nicht, über welche Wege auch immer, kann ich keine Antwort geben. – **Nicht** über die Wirtschaftskammerorganisation; wir hatten ihn nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): War das für Sie als Mitglied der „Plattform Gegengeschäfte“ eine zufriedenstellende Situation, dass Sie Gegengeschäfte beurteilen müssen, ohne den Vertragsinhalt zu kennen?

Mag. Christian Domany: Sicher war es keine optimale Situation, auf der anderen Seite hat die Plattform nur eine beratende Funktion, keine Entscheidungsfunktion für das Wirtschaftsministerium. Die unbedingte Notwendigkeit, den Vertrag zu kennen, war bei der Bewertung der einzelnen Gegengeschäfte nicht gegeben.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie die Herausgabe des Vertrages beim BMWA urgiert? Mit welcher Begründung wurde die Herausgabe verweigert?

Mag. Christian Domany: Ich glaube, Sie haben es vorgelesen: Wir haben als ARGE den Vertrag urgiert, und nachdem sie eine 100-prozentige „Tochter“ – unter Anführungszeichen – der Wirtschaftskammer war, ist damit die Wirtschaftskammer dahinter gestanden, und die Argumentation war die **Vertraulichkeit**. (Abg. **Kuzdas:** Okay, vorerst danke!)

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Magister, Sie haben mehrmals erwähnt, dass die Gegengeschäfte auf **Nachhaltigkeit** überprüft wurden, und Sie haben auch langfristige Investitionen erwähnt. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ ist ja derzeit ein sehr schillernder und sehr aktueller Begriff. Ich würde von Ihnen gerne wissen, welche Kriterien diese Nachhaltigkeit umfasst hat – wenn Sie vielleicht einige konkrete Beispiele nennen können.

Mag. Christian Domany: Wenn die Raiffeisenorganisation Kartoffeln auf einmal verkauft, dann halte ich das nicht für ein nachhaltiges Geschäft. Wenn ein Unternehmen im Bereich elektronische Entwicklung mit Hilfe eines Auftraggebers investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden, dann sehe ich das sehr wohl als nachhaltig. Die Frage war aber immer die Bewertung: Auf wie viele Jahre ist dieser Vertrag abgeschlossen worden? Ist er nur monetär 1 : 1 zu übernehmen? Gibt es Möglichkeiten für dieses Unternehmen, das ein Gegengeschäft bekommen hat, auch auf andere Geschäftspartner zurückgreifen zu können? – Das abzuschätzen, war immer die Herausforderung für die Plattform.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): War das jetzt ein abstraktes Beispiel oder war das ein konkretes Beispiel, wenn Sie sagen: im Bereich der technischen Innovationen? Fällt Ihnen da ein Unternehmen ein? (Mag. **Domany:**

FACC!) – Und weiters? – FACC ist nämlich das Beispiel, das jeder erwähnt, aber wir haben ja ein Volumen von einigen Milliarden Euro.

Mich als Oberösterreicher würde es zwar freuen, wenn das ganze Volumen nach Oberösterreich zu FACC geht, aber ich hätte gern einige konkrete Beispiele mehr, wenn sie Ihnen erinnerlich sind.

Mag. Christian Domany: Da ich die Listen sicherlich nicht mitgenommen habe, kann ich mich wirklich nicht mehr an Unternehmen erinnern. Ich weiß nur, gerade im FACC-Bereich waren es viele oberösterreichische Zulieferfirmen, insbesondere kleinere, die natürlich durch FACC einen großen Auftrag bekommen haben; halt aufgeteilt, denn FACC produziert ja auch nicht allein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben Sie bei diesen Unternehmen überprüft, ob die schon vorher mit FACC in geschäftlicher Verbindung gestanden sind?

Mag. Christian Domany: Wir haben einerseits immer Informationen seitens des Wirtschaftsministeriums verlangt: Umsatz des Unternehmens, wie viele Mitarbeiter, wo sind die Hauptstoßrichtungen, wo ist das Hauptgeschäft, hat es schon Verbindungen gegeben, ja oder nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wie war das bei den Zulieferern von FACC?

Mag. Christian Domany: Ich bitte um Verständnis: Das ist vier Jahre her, es waren so viele Einzelbereiche; ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Fällt Ihnen kein Einziger ein, in einem anderen Bereich, einmal weg von FACC? (*Mag. Domany: An Unternehmen?*) Ja, zu dem Sie sagen: Bumm, das war ein Gegengeschäft!

Mag. Christian Domany: Nein, mir fällt jetzt kein Unternehmen ein. (*Abg. Dr. Haimbuchner: Danke!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Sie nur fragen, ob Sie Herrn Peter Ott kennen? (*Mag. Domany: Peter wie?*) – Peter Ott; er war Funktionär zu Ihrer Zeit, Kammerfunktionär. (*Mag. Domany: Von?*) – In Wien war er Kammerfunktionär. Peter Ott von der Peter Ott GesmbH? **Mag. Christian Domany:** Kann ich mich nicht erinnern. (*Abg. Dr. Kräuter: Sagt Ihnen nichts?*) – Nein. (*Abg. Dr. Kräuter: Okay, danke!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich danke auch. Danke für Ihr Kommen und die Auskünfte! Die Befragung ist damit geschlossen!

(*Die Auskunftsperson Mag. Christian Domany verlässt den Sitzungssaal.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 13.39 Uhr **unterbrochen** und um 14.27 Uhr **wieder aufgenommen**.)

14.27

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson Frau Mag. Brigitte Ederer** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Mag. Brigitte Ederer** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Harald Stockbauer** – von einem Bediensteten der **Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet**.)

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt **Mag. Brigitte Ederer** als **Auskunftsperson**, dankt für deren Erscheinen, erinnert diese an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Mag. Brigitte Ederer (Siemens AG Österreich): Mag. Brigitte Ederer; geboren am 27. Februar 1956; 1210 Wien; Beruf: Angestellte.

Die Frage von **Obmann Dr. Peter Pilz**, ob die Auskunftsperson im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete war, **verneint** diese.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurde bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe auf eine konkrete Frage für die Auskunftsperson schlagend werden, möge diese sich an den Verfahrensanwalt oder den Obmann wenden, dann werde die weitere Vorgehensweise besprochen werden.

Von der Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, möchte die Auskunftsperson **nicht** Gebrauch machen.

Der Obmann ersucht nun die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten.

Vertrauensperson Harald Stockbauer: Harald Stockbauer; geboren am 8. Februar 1962; wohnhaft in 1160 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Stockbauer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Der Obmann erinnert auch die Vertrauensperson an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte und verweist bezüglich des Inhalts auf die Belehrung der Auskunftsperson. Strafrechtliche Folgen könne zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Die Aufgabe der Vertrauensperson sei die Beratung der Auskunftsperson. Sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, widrigenfalls sie ausgeschlossen werden könne. Hingegen könne sie auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Bei vermeintlichen Verletzungen der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde erforderlichenfalls den Obmann informieren.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Fekter als erster Fragestellerin das Wort.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Frau Mag. Ederer, der Rapid-Homepage entnehmen wir, dass Siemens ein **Premium-Partner** ist. – Können Sie uns erläutern, wie sich diese Partnerschaft bei Rapid im Hinblick darauf darstellt, was Siemens leistet und was die Gegenleistung ist, die Rapid erbringt?

Mag. Brigitte Ederer: Der Punkt ist, dass Siemens eigentlich immer der Meinung war, dass man kein Sportsponsoring machen sollte, weil wir im Kulturbereich tätig sind und wir uns dort positioniert haben. Daher machen wir auch kein Sportsponsoring. Wie überall gibt es auch hier eine Ausnahme: Es gibt im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur Europameisterschaft 2008, sowohl was die Austria betrifft – und wenn Sie mich gleich fragen, welches Mitglied ich bin, ich bin Mitglied des Kuratoriums der Austria Wien, und daher **Austria-Wien-Anhängerin** – als auch was Rapid betrifft, eine Unterstützung der Nachwuchsförderung für die Europameisterschaft 2008.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, das Engagement von Siemens als Premium-Partner bezieht sich ausschließlich auf die Nachwuchsförderung?

Mag. Brigitte Ederer: Wir haben ausschließlich im Nachwuchsbereich und für die Vorbereitung für 2008 unterstützende Maßnahmen getroffen, und nach meinem Wissen ist das reine Nachwuchsförderung. Ich würde aber bitten, dass das ... – Das ist noch in der Zeit meines Vorgängers abgeschlossen worden. Also ich habe keine neuen Verträgen abgeschlossen, und daher kann ich Ihnen nur das sagen, was ich Ihnen schon gesagt habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist das vertraglich zweckgebunden für die Nachwuchsförderung?

Mag. Brigitte Ederer: Nach meinem Wissen ist das zweckgebunden für die Nachwuchsförderung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie uns in etwa die Größenordnung sagen? – Also wir wissen, dass EADS 1 Million pro Jahr sponsert. Sie sind Premium-Partner – deren gibt es ja nicht so viele –: In welcher Größenordnung liegt das bei Siemens?

Mag. Brigitte Ederer: Ich habe keine Ahnung. Bei weitem **nicht** bei 1 Million – so viel Ahnung habe ich! Aber ich bin nicht vorbereitet. Ich möchte mich bei Ihnen entschuldigen, aber ich habe nicht gewusst, dass die **Sportförderung** ein Thema sein wird, weil ich davon ausgegangen bin, dass es die Kompensationsgeschäfte sein werden. (*Obmann Dr. Pilz: Die Mehrheit des Ausschusses hat das auch nicht gewusst!*) Ich kann das aber jederzeit nachreichen; das ist überhaupt kein Thema.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Darum würden wir bitten (*Mag. Ederer: Ja, klar!*), weil das natürlich von Interesse ist (*Zwischenruf des Abg. Dr. Haimbuchner*), und zwar deshalb, weil das Sponsoring bezüglich EADS ... –

Siemens tritt ja öffentlich auf, man findet das Logo von Siemens auf der Homepage von Rapid, als Premium-Partner sind Sie auch bei Pressekonferenzen hinten auf dieser Wand. Das heißt, Siemens hat das nicht verheimlicht, sondern betreibt das korrekterweise offensiv.

Während das bei EADS alles verheimlicht worden ist, ist uns dann erzählt worden, als Gegenleistung ginge es um das **Netzwerk von Rapid**. Präsident Edlinger hat erwähnt, das Netzwerk seien alle Sponsoren zusammen. Da gibt es einmal im Jahr ein Abendessen – und dafür erscheint uns 1 Million €.

Daher möchte ich Sie noch fragen, Frau Mag. Ederer, da Siemens Teil dieses Netzwerkes ist: Was sind die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Netzwerk?

Mag. Brigitte Ederer: Also Siemens ist *nicht* Teil eines Fußballnetzwerkes. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt und möchte es noch einmal betonen: Schwerpunkt der Sponsoringaktivitäten der Firma Siemens sind die **Salzburger Festspiele** und andere **kulturelle Aktivitäten**. Wir haben praktisch keine Sportförderung, weil das natürlich auch zu erheblichen Begehrlichkeiten von allen, die Sportaktivitäten haben – sehr salopp formuliert, von allen Bürgermeistern dieses Landes –, führen würde. Daher haben wir das nicht. Wir haben eine Ausnahme gemacht, darüber habe ich Ihnen berichtet.

Ich als Person war nie bei einem Abendessen von Rapid. Ich bin auch nie – nach meinem Wissen – eingeladen worden. Ich sage Ihnen noch einmal, ich bin auch nicht Anhängerin dieses Fußballvereins und habe mit Rapid an sich – ausgenommen durch Siemens, die vor, glaube ich, zwei oder drei Jahren einmal die Videoanlage dort installiert hat und ich dann eine Pressekonferenz gemeinsam mit den dort Verantwortlichen gemacht habe, weil wir dort eine, wie ich glaube, für Europa herzeigbare Videoanlage präsentiert haben – nichts zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da gemäß Vertrag EADS Zugriff auf das Netzwerk von Rapid bekommt und Edlinger gemeint hat, das Netzwerk wäre die **Summe aller Unterstützer** – also Sponsoren, Förderer et cetera –: Wie schaut das aus? Hat sich EADS über Rapid oder im Zusammenhang damit an Siemens gewandt?

Mag. Brigitte Ederer: Soweit ich weiß, Frau Abgeordnete, nein. – Also an mich hat sich niemand gewandt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Gegengeschäfte – also jetzt ohne die Sport-Connection?

Mag. Brigitte Ederer: Wir haben mehrere Kontakte zu EADS gehabt. Da gab es einen eigenen dafür Zuständigen. Im Vorstand wurde das an uns herangetragen, und wir haben im Vorstand meinen damaligen Kollegen Pernstich – der ist jetzt schon in Pension – damit beauftragt, sich um diese Dinge zu kümmern. Aber das hat mit dem Sportclub Rapid nicht einmal im Ansatz irgendetwas zu tun.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In welcher Sparte gab es die Gegengeschäfte?

Mag. Brigitte Ederer: Im Bereich **Softwareentwicklung**. Das waren – und das möchte ich gleich hier erwähnen – Gegengeschäfte in der Höhe von 760 000 €. Wir haben natürlich eine Produktpalette, die letztendlich in vielen Bereichen eine Schnittstelle zur Firma EADS hat, und wir haben uns damals, als das in den Medien war, dass sozusagen das Geschäft oder der Ankauf der Flugzeuge perfekt war, bemüht, hier verstärkt Zulieferungen durchzuführen. Mit Ausnahme der 760 000 € hat das aber nicht stattgefunden. Aber es gab Bemühungen von beiden Seiten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich „nicht stattgefunden“: Weil irgendein Anerkennungskriterium gefehlt hat? Weil die Zusätzlichkeit gefehlt hat? Weil ohnehin Siemens und EADS in Wirklichkeit vorher auch schon Geschäfte gemacht haben? – Was waren die Kriterien, warum das nicht **mehr** wurde?

Mag. Brigitte Ederer: Ich möchte nur einmal für mich als Person sagen: Ich war in diesem Zeitraum Fachvorstand für die Industrie – und nicht in meiner jetzigen Position. Der damalige Generaldirektor war Albert Hochleitner; und der, der sozusagen den Auftrag erhalten hat, sich um die Kompensationsgeschäfte zu kümmern, war eben Konrad Pernstich. Ich habe von der Industrie zweimal versucht, das Portfolio an EADS näherzubringen. Aber letztendlich hat es nicht wirklich zusammengepasst beziehungsweise kam es nie zu einer wirklich ernsthaften geschäftlichen Anbahnung.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der nicht zustande gekommenen: Die sind schon in der Anbahnungsphase gescheitert? Oder wurden sie als Gegengeschäfte ausgeschieden und nicht anerkannt?

Mag. Brigitte Ederer: Frau Abgeordnete, ich weiß das nicht so genau. Ich weiß nur, jetzt auch in Vorbereitung zu dem Ausschuss, dass eine Liste von möglichen Aktivitäten, die Siemens bieten kann, abgegeben worden ist. Und ich weiß es nur vom Industriebereich, dass wir mehrmals einfach durchgegangen sind: Wo gibt es Ansatzpunkte?, dass es aber nie zu einer Konkretisierung gekommen ist – mit Ausnahme der Softwareentwicklung, die ich Ihnen genannte habe, um 760 000 €.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Noch einmal zurück zur Jugendförderung. Da Sie das ja auch für die **Austria** im Hinblick auf die EURO 2008 betreiben: Was in etwa an Investitionen muss man sich da vorstellen? – Ich habe nur eine Tochter, keinen Sohn.

Mag. Brigitte Ederer: Ich weiß nicht genau, was wir an Fußballförderung jetzt machen. Ich kann Ihnen das aber absolut gerne nachbringen. Wir haben auch eine Technologiepartnerschaft mit dem ÖFB. Das ist alles unter dem Vorzeichen „Vorbereitung Europameisterschaft 2008“. Und was danach ist, muss man sich ansehen. Aber bis dahin gab es eben mit Austria, Rapid – aber mit Rapid meiner Erinnerung nach sogar etwas weniger als mit der Austria – und mit dem ÖFB eine Technologiepartnerschaft.

Ich kann Ihnen die Zahlen wirklich beim besten Willen nicht nennen, weil ich sie nicht parat habe. Ich kann sie Ihnen nachbringen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist jetzt ohnehin einige Male wiederholt worden. Zum Ersten gibt es diese Bereitschaft, die Zahlen nachzubringen. Zum Zweiten sehe ich, ehrlich gesagt, nicht den Zusammenhang dieser Zahlen – das heißt, einer Förderung von Siemens an den Sportclub Rapid – mit irgendeinem unserer Beweisthemen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das Netzwerk! Das Netzwerk ist schon interessant!

Mag. Brigitte Ederer: Aber darf ich, Herr Vorsitzender, noch etwas sagen (*Obmann Dr. Pilz: Bitte!*): Ich weiß nicht, wie Sie mich einschätzen, Frau Abgeordnete, aber ich brauche nicht eine Rapid-Förderung, um in diesem Land ein Netzwerk zu haben. (*Obmann Dr. Pilz: Das wird durch Hinweise unterstützt!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Frau Mag. Ederer, das ist mir selbstverständlich bewusst, und es ist uns genauso skurril vorgekommen, dass man 1 Million € bezahlt, auf dass man nachher ein Netzwerk hat, wo keiner weiß, was das Netzwerk ist – außer ein Abendessen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, das haben wir jetzt ziemlich deutlich. Wenn keiner weiß, was das Netzwerk ist (*Abg. Hornek: Was soll das?*), ist auch davon auszugehen, dass auch Frau Ederer nicht weiß, was das Netzwerk ist. (*Abg. Hornek: Genau darum geht es ja!*) Aber wir können zur Sicherheit die Frage stellen: Wissen Sie, was das Netzwerk ist?

Mag. Brigitte Ederer: Ich habe es in den Medien gelesen, dass es diese Aussage gibt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Ederer weiß auch nicht, was das Netzwerk ist. – Sie haben das Recht, die Fragen durchaus zu wiederholen. Ich weise nur darauf hin, dass wir uns im Wiederholungsbereich befinden. (*Abg. Hornek – in Richtung des Obmannes –: Das ist ja eine Frechheit! – Also das ist eine Frechheit!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender, es ist gegenüber der Auskunftsperson fair, ihr zu erläutern, worin **wir** einen Zusammenhang sehen. Und der Zusammenhang besteht eben darin, dass im Vertrag, den wir über die Medien erfahren haben, drinnensteht, die Gegenleistung wäre der Zugriff auf das **Netzwerk**, und Präsident Edlinger ausgesagt hat, das **Netzwerk** wären **alle Sponsorpartner** von Rapid – und dazu gehört eben Siemens auch!

Daher habe ich, glaube ich, sehr wohl einen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, wenn ich Frau Mag. Ederer frage, wie sie als vermeintlicher Teil des Netzwerkes das gesehen hat und was in diesem Netzwerk für Aufgaben waren. – Aber ich habe die Äußerungen und die Antworten zur Kenntnis genommen. Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Frau Mag. Ederer, Ihr Outing als Austria-Anhängerin wird natürlich Folgen haben. Aber diesen Untersuchungsausschuss haben wir noch nicht eingerichtet. Ich möchte Sie daher zum Eurofighter-Beschaffungsvorgang etwas fragen:

Es gibt zwei durchaus widersprüchliche Meldungen im „Online-Standard“: Die eine vom 25. Mai, in der auf das „Memorandum of Understanding aus dem Jahr 2002“ verwiesen wird, wo „die größten Brocken der Gegengeschäfte aufgelistet“ werden, und unter anderem auch Siemens mit 150 Millionen.

Mag. Brigitte Ederer: Darf ich Sie etwas fragen: Da gibt es eine Unterlage dafür, von den 150 – oder nur im „Standard“?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es gibt eine Unterlage. Ich möchte sie Ihnen dann auch vorhalten.

Zitat: „Siemens erklärte strikt, kein Gegengeschäft gemacht zu haben.“ – Das war am 25. Mai.

Am 28. Mai erklärt Ihr Unternehmenssprecher Harald Stockbauer mit „760 000 Euro im Jahr 2003“ die Gegengeschäfte, „die kolportierte Summe von 150 Millionen können wir nicht bestätigen“.

Und dazu gibt es auch das Gegengeschäftsangebot von EADS aus dem Jahr 2002, vom 22. Jänner 2002. Ich möchte Ihnen jetzt das Projektdatenblatt und das Memorandum of Understanding, wo diese 150 Millionen auch beziffert werden, vorhalten. Hier steht – ich zitiere aus dem Projektdatenblatt –:

Zwischen den verschiedenen Business Units der Siemens Austria und EADS haben im Zeitraum Dezember 2001 bis März 2002 mehrere Treffen stattgefunden. Auf Basis dieser Gespräche werden mit den verschiedenen Business Units der EADS sowie Eurofighter-Partnerfirmen konkrete Projekte identifiziert. – Zitatende.

Ich darf Ihnen das geben?

Mag. Brigitte Ederer: Ja, das wäre nett, denn das gibt es bei uns im Haus nicht.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.) – Danke schön!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Da gibt es auch einen Unterzeichner bei diesem Memorandum of Understanding, Herrn Christian Dörner. *(Mag. Ederer: Ja!)*

Welche Funktion hat Herr Dörner im Unternehmen, beziehungsweise welche hatte er damals?

Mag. Brigitte Ederer: Wir hatten eine Struktur, oder wir haben sie immer noch: Siemens Österreich ist zuständig für Zentral- und Osteuropa. Und Herr Dörner hat dort die Funktion, die Zuständigkeit gehabt, diese Landesgesellschaften, für die wir verantwortlich sind, verstärkt mit Business Development auf die Beine zu bringen – jetzt sehr salopp formuliert.

Sie müssen sich vorstellen, solche Gegengeschäftsaktivitäten sind ja nicht etwas, was jeden Tag daherkommt. Daher gab und gibt es keine Struktur von Siemens in dieser Situation. Und daher haben wir es dort angesiedelt – so nach dem Motto: beim Außenministerium, denn die sind zuständig für Zentral- und Osteuropa und damit auch für diese Aktivität. – Warum dort, kann ich Ihnen nicht mehr sagen, aber ich glaube, es war damals die Entscheidung, das so zu machen.

Zu der ganz konkreten Frage, warum 150 Millionen und 760 000: Der Punkt ist, dass diese Liste, die Sie mir da auch gegeben haben, zeigt – und die ist identisch mit dem, was ich hier habe –, es gibt einfach von der Firma Siemens im Bereich der Software ... – Aber ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter, nur ein Beispiel, damit Sie wissen, wie damals die Situation war, weil heute ist das vielleicht immer etwas anders. Damals war auch die österreichische Maut ausgeschrieben. Wir haben angeboten mit einem Satellitensystem, und Kapsch hat Mikrowellen angeboten. Und hätten wir die Maut gewonnen, wäre das möglicherweise auch ein Teil gewesen, hier mit der EADS stärker ins Geschäft zu kommen. Das heißt, ich bin fest überzeugt, dass wir das zu einem Teil in diesen Zahlen drinnen gehabt haben, die Maut, ohne dass das hier aufgelistet ist.

Dann gab es andere im Bereich der Biometrie, eine Überlegung – damals begann gerade der Terrorismus – in der Richtung, dass Sie ein Ticket haben, das – daran kann ich mich noch erinnern – im Flugzeug im Sitz hinten eingeschoben wird, und dass beispielsweise die Frau Ederer tatsächlich auch die Frau Ederer ist. Da sollte dazu dienen, diese Identifizierungen vorzunehmen. Da gab es mehrere Ideen. Ein paar davon kenne ich, weil sie meinen Industriebereich – ich war damals für die Maut zuständig – betroffen haben. Ein paar kenne ich nicht, weil ich damals nicht dafür zuständig war. Aber man hat es aufgesammelt, und irgendwo wird dann jemand gesagt haben: Das könnte schon ein Volumen von 150 Millionen sein! – Aber es kam nie zu den 150, sondern 760 000.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben das Beispiel *Maut* angesprochen. – Können Sie uns da die möglichen Gegengeschäftsaktivitäten mit EADS näher erläutern?

Mag. Brigitte Ederer: Das war viel zu wenig konkret. Wie Sie wissen, hat Siemens leider die Maut verloren, und daher haben die Gespräche gar nicht richtig angefangen. Hätten wir sie gewonnen, wäre natürlich die satellitengestützte Maut eine Chance gewesen, sie insgesamt international viel stärker auszurollen. Und durch die EADS wären damals Möglichkeiten gegeben gewesen, oder jedenfalls ist es andiskutiert worden, mehr wie eine Idee, indem Gespräche stattgefunden haben: Da könnte man auch was bei der Maut machen. Eine andere Qualität hat es damals nicht gegeben, jedenfalls nicht in meinem Beisein.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, wir können festhalten, derzeit gibt es ein Gegengeschäftsvolumen zwischen Siemens und EADS von 760 000 € (*Mag. Ederer: Jawohl!*), von 150 Millionen sind wir noch weit entfernt. (*Mag. Ederer: Ja!*) – Gibt es noch Gespräche mit EADS für zukünftige Gegengeschäfte?

Mag. Brigitte Ederer: Ja, gibt es schon. Es gibt zum Beispiel zwischen Siemens Deutschland und EADS das **Border Control System** in Rumänien. Das heißt, es gibt sehr wohl einige Geschäfte zwischen Siemens und EADS, aber das sind **keine Gegengeschäfte**. Weil ich ja hier unter Wahrheit aussage: Es ist nicht so, dass es nur dieses Geschäft gibt, sondern es gibt einige andere auch, aber meist ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber nicht mit Siemens Österreich?

Mag. Brigitte Ederer: Nein. Nein, nicht mit Siemens Österreich. Also keine Gegengeschäfte betreffend.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine ergänzende Frage zu dem hier Abgehandelten. Die 760 000 € entsprechen ja exakt einem halben Prozent dieser in Aussicht gestellten 150 Millionen. Jetzt haben Sie erwähnt, möglicherweise wäre das mit der satellitengestützten Maut gegangen. Aber jetzt habe ich die Vorstellung, dass Siemens ja Konsortialführer war in dieser Sache. Wenn hier von sozusagen von irgendwo nach irgendwo ein Auftrag gegangen wäre, hätte Siemens den Zuschlag erhalten, was möglicherweise auch durchaus meine Sympathien gehabt hätte, von der Systematik her nämlich, aber wäre es dann nicht eher so gewesen, dass Siemens bei EADS Komponenten zukaufte, und nicht umgekehrt?

Mag. Brigitte Ederer: Herr Abgeordneter, das war das Einzige, wo ich wirklich konkret einmal gesprochen habe. Das war ein Gespräch, das Sie sicher kennen, wo man gesagt hat, die Maut wäre etwas, wo es gemeinsame Ansatzpunkte gibt. Da ging es zum Beispiel auch um die Frage **Fleet Management**. Ich kann mich nur mehr dunkel daran erinnern: Was könnten wir machen, wenn wir satellitengestützte Aktivitäten hätten? Was kann man zusätzlich zum reinen Tolling noch machen? Und da war beispielsweise das Thema **Fleet Management** et cetera. Aber das Ergebnis kennen Sie: Die Firma Kapsch hat gewonnen, und daher war selbst dieses eine Gespräch eigentlich nutzlos.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt war das aber am 22. 1. 2002, wo Sie vom Kollegen vorher dieses Projektdatenblatt bekommen haben. Es schaut so harmlos aus. Das war eine verpflichtende Beilage zum Gegengeschäftsangebot seitens der Firma Eurofighter. Haben Sie in Ihrem Haus Erkundigungen eingezogen, ob jetzt über diese bloße Gesprächsebene hinaus das irgendeine Art von vorvertraglichem Status gehabt hat? Das interessiert uns hier, weil das hätte ja die Angebotslegungsverpflichtung von EADS-Eurofighter getroffen, nicht irgendwelche Gespräche. Da sind 150 Millionen in Aussicht gestellt worden. – Hat irgendetwas die Nähe von Vorvertragsstadium Ihren Recherchen im Haus nach erreicht?

Mag. Brigitte Ederer: Also noch einmal: Ich kann Ihnen nur meinen Wissensstand sagen und was bei uns im Haus aufliegt. Da müsste man Herrn Hochleitner und Herrn Pernstich befragen. Aber ich gehe einmal davon aus, dass es so war, dass man gesagt hat, das Geschäft, also der Flugzeugankauf ist perfekt, es gibt Gegengeschäfte, und wir uns selbst Gedanken gemacht haben darüber, und auch EADS und, nehme ich auch an, das Wirtschaftsministerium sich Gedanken darüber gemacht hat: Was könnten Gegengeschäfte sein? Und da haben wir hier eine Liste angefertigt, die sozusagen die gleiche ist, die der Herr Abgeordnete mir gerade gezeigt hat, aber noch mit mehr Inhalten. Diese Liste wurde einmal abgegeben.

Ich kann mich noch erinnern, dass der damalige Herr Vorstand Pernstich im Vorstand gesagt hat, wir sollen unsere Bereiche doch bitten, dass sie einfach grundsätzlich einmal eine Liste bekannt geben, welche Möglichkeiten es hier gibt. Das haben wir meines Wissens auch getan.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die regionale Verteilung der Gegengeschäfte ist zwischendurch auch von politischer Relevanz gewesen, weniger von ökonomischer. Da wurde in einer Unterlage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten die Siemens AG Österreich speziell mit Produktionsstandorten in der Steiermark in Verbindung gebracht. Können Sie dazu etwas sagen, ob bei den bescheidenen 760 000 €, die ja jetzt tatsächlich registriert und angerechnet sind im BMWA, das irgendwas mit den Standorten Steiermark zu tun haben könnte?

Mag. Brigitte Ederer: Es sind von den 760 000 zwei Teilbeträge sind von unserer **PSE** in Graz erarbeitet worden. Wir haben dort eine sehr beeindruckende Software-Aktivität, wir haben auch ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, diese Zuordnung wäre dann zutreffend.

Mag. Brigitte Ederer: Ja, zwei von den drei Geschäften, die insgesamt 760 ergeben, wurden in Graz erarbeitet, die Software. Da kann man stolz sein, weil da haben wir auch das Weltzentrum für Biometrie, in Graz.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann habe ich einmal keine weiteren Fragen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Liebe Frau Staatssekretärin (*Mag. Ederer: a.D.!*), wollen Sie nicht wieder in die Politik zurückkehren? Es würde dem Klima der großen Koalition gut tun. (*Heiterkeit.*)

Mag. Brigitte Ederer: Herr Vorsitzender, muss ich diese Frage auch beantworten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube nicht, dass Sie dazu tendieren, hoffungslose Aufgaben anzunehmen, und ich würde das auch nicht empfehlen. Ich würde eher dort bleiben, wo Sie jetzt sind.

Ich habe noch einige kurze ergänzende Fragen, wenn vorher keine anderen Fragen sind. Die schließen beim Kollegen Kogler an. Mir geht es eigentlich um einen wesentlichen Punkt. Man muss sich die Situation so vorstellen. Die Eurofighter GmbH legt am 22. Jänner 2002 ihr Angebot vor. Teil dieses Angebots sind Hinweise auf ein geplantes Gegengeschäftsvolumen. Wir haben im Parlament in- und außerhalb des Parlament jahrelang nachgefragt und immer wieder gefragt: Ist das konkret? Sind das konkrete Geschäfte? Ist das hieb- und stichfest? Und die Antwort war immer: Ja, ganz konkret, und da kann überhaupt nichts passieren, und das ist durchgerechnet bis auf ein paar tausend Euro, und genauso wird es sein.

So. Jetzt haben wir zum ersten Mal im Rahmen des Untersuchungsausschusses die Akten gesehen und kommen jetzt bei dieser Befragung zu dem Punkt – ich gebe jetzt einfach einen persönlichen Eindruck wieder –, dass die Frage an Siemens war: Was kann sich Siemens grundsätzlich an Geschäften mit EADS vorstellen? Ist das richtig? Und: Wer hat die Frage an Siemens damals gerichtet? War das das Wirtschaftsministerium? Geht das aus den Unterlagen irgendwie hervor?

Mag. Brigitte Ederer: Aus den Unterlagen geht nur hervor – und daran kann ich mich im Vorstand erinnern –, dass Kollege Pernstich uns gebeten hat, da aktiv zu werden, und er hat es dann auch schriftlich im Juli 2002 gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für uns ist nur wichtig, weil wir dazu natürlich dann den Minister befragen müssen, dass das im Prinzip eine Liste war, wenn ich es richtig verstehe, dessen, was möglich ist und was die Firma Siemens sowie wahrscheinlich auch andere Firmen natürlich gerne an Geschäft mit EADS gemacht hätten. – Ist das richtig?

Mag. Brigitte Ederer: Ja. Aber ob es noch andere Gespräche gegeben hat: Wie gesagt, ich war damals Fachvorstand.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist mir vollkommen klar, deswegen frage ich nicht in der heutigen Funktion, die hat damals jemand anderer innegehabt. Mir geht es nur um das: Was sollen wir uns vorstellen im Jahr 2002, wo versucht worden ist von Teilen der Bundesregierung, einen bestimmten Eindruck in Bezug auf den Grad der Konkretisierung der Gegengeschäfte zu erwecken? Deswegen schauen wir einfach nach, wie konkret es war.

War irgendein einziges dieser Geschäfte, das in diesen Vorstellungen und in dieser Schätzung von 150 Millionen enthalten war, bereits in einem konkreteren Stadium Ihrer Erinnerung nach?

Mag. Brigitte Ederer: In meinem Fachbereich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, bei diesen 150 Millionen und den zugeordneten Projekten hat es sich im Wesentlichen gehandelt um durchaus realisierbare, aber letzten Endes Wünsche?

Mag. Brigitte Ederer: Um Möglichkeiten, wo beide Unternehmungen eine Chance gesehen haben, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, klar. Das ist überhaupt nicht die Verantwortlichkeit der Firma Siemens, denn wenn sie gefragt wird, gibt es Möglichkeiten, dann gibt sie halt eine Antwort darauf, ob es Möglichkeiten gibt. Die Frage ist, ob sich ein Wirtschaftsminister mit Möglichkeiten zufrieden gibt und Möglichkeiten in der Öffentlichkeit so darstellt, als wären das fast Gewissheiten. Da gibt es eine andere Adresse, die dazu zu befragen ist. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Sind Ihnen Versuche bekannt geworden von Seiten der Firma EADS oder auch von Seiten anderer Firmen, Siemens oder Mitarbeiter von Siemens dazu zu bewegen, wider besseres Wissen diese Gegengeschäftsformulare auszufüllen und damit Bestätigungen zu geben?

Mag. Brigitte Ederer: Nein. Das ist mir nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind Ihnen bekannt geworden konkrete Vertreter der Firma EADS, die versucht haben, hier Gegengeschäfte zu verhandeln, insbesondere ein gewisser Herr Bergner?

Mag. Brigitte Ederer: Ich kenne Herrn Bergner, habe ihn zweimal – nach den jetzigen Recherchen in meinem Kalender – getroffen. Ich glaube, ich habe ihn noch ein drittes Mal in einem Kaffeehaus getroffen, das ist aber nicht mehr nachvollziehbar. Zweimal habe ich ihn getroffen, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Was wollte der Herr Bergner?

Mag. Brigitte Ederer: Beim ersten Treffen ging es darum, wie ich vorher erwähnt habe, dass wir nach diesen terroristischen Aktivitäten versucht haben, Sicherheitsmaßnahmen beim Zugang zu Flugzeugen so zu gewährleisten, also im Bereich der Chips, dass sozusagen die Person eindeutig die Person ist, die hingeht. Und da kam ein Kollege, ein Mitarbeiter von mir und hat gesagt, er hat ein ziemlich ausgearbeitetes Modell, er hätte gerne, dass wir das der Firma EADS vorstellen, was

dann auch geschehen ist in meinem Büro mit dem Herrn Bergner. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch den Termin sagen. (*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*) – Das war der 8. November 2002.

Da gab es eine Einweihung des Büros im Lugeck, da wurde ich eingeladen, aber konnte nicht, und ich habe dann danach den Herrn Bergner noch einmal in seinen Büroräumlichkeiten besucht, ohne dass da ganz konkret weiter über Dinge verhandelt worden ist.

Also das erste Mal war es ganz konkret, dass das nahegebracht worden ist, das zweite Mal war es, das wäre jetzt sehr salopp zu formulieren, das Ansehen der neuen Büroräumlichkeiten. (*Abg. Dr. Fekter: Ungefähr wann?*) – Das zweite Mal (*die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen*) – war am 30.3.2006 um 15.30 Uhr und hat um 16.30 Uhr geendet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben auch noch keinen Hinweis, dass Besuche von Büroräumlichkeiten als Gegengeschäfte angerechnet worden sind; aber das kann alles noch kommen.

Das Wesentliche ist – soweit ich das derzeit beurteilen kann –: In den Jahren 2002/2003 bis hinein ins Jahr 2004 hat es von Seiten EADS und dann später EBD ernsthafte Versuche gegeben, im Industriebereich Gegengeschäftspartner zu finden und Gegengeschäfte abzuschließen, entweder direkt mit Konzernfirmen von EADS oder Vermittlungsgeschäfte. Erst zu einem Zeitpunkt, wo man festgestellt hat, dass man damit in Österreich nicht erfolgreich ist und niemals auf die versprochenen Summen kommt, ist dann das alles passiert, was wir an anderen Stellen im Ausschuss behandelt haben. Das möchte ich nur an diesem Punkt als eine kleine Zwischenzusammenfassung von meiner Seite festhalten.

Werner Kogler hat schon gesagt, geblieben sind von den vom Wirtschaftsministerium und von EADS beziehungsweise der Eurofighter GmbH groß angekündigten fast sicheren 150 Millionen € etwas mehr als **0,5 Prozent**. Das ist mit Sicherheit nicht Verantwortung der Firma Siemens, sondern Verantwortung derer, die da ganz bestimmte Erwartungen geweckt haben.

Können Sie nur der Vollständigkeit halber dem Ausschuss schildern, was konkret diese drei Projekte sind, die dann die Summe von 760 000 € ergeben? Damit wir wissen, woraus sich konkret dieser 0,5-Prozent-„Erfolg“ des Wirtschaftsministers zusammensetzt.

Mag. Brigitte Ederer: Das sind Software-Projekte im Bereich der Weltraumforschung.

Obmann Dr. Peter Pilz: An verschiedenen Standorten offensichtlich.

Mag. Brigitte Ederer: Zwei in Graz – wir haben dort ein Kompetenzzentrum – und eines in Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann habe ich noch eine letzte Frage im Zusammenhang mit Rumänien. Im Fall Rumänien handelt es sich meines Wissens um ein Projekt in der Größenordnung von etwas über 1,5 Milliarden €. (*Mag. Ederer: Das Ganze wahrscheinlich!*) – Das Ganze, ja. Das ist ein Projekt für das rumänische Innenministerium.

Ich habe mir einmal den Vertrag übersetzen lassen, um ihn mit dem österreichischen Eurofighter-Kaufvertrag zu vergleichen, und bin draufgekommen, dass dieser Vertrag für Rumänien wesentlich günstiger ist in entscheidenden Vertragsbestandteilen als der Vertrag, der mit der Republik Österreich abgeschlossen wurde.

Im Übrigen ist der rumänische Vertrag nach kurzer Anfrage sofort dem Parlament übermittelt worden und konnte dort vom Parlament ohne Untersuchungsausschuss geprüft werden. (*Abg. Hornek: Das sind Pilz-Traumdeutereien!*) Wir haben bekanntlich eine etwas andere Geschichte hinter uns, und es gibt Leute, die sich zumindest in diesem Zusammenhang **rumänische Verhältnisse** wünschen. So weit würde ich selbstverständlich nicht gehen.

Die Frage ist nur: Wissen Sie zufällig, wie die rumänische Seite die Frage der Gegengeschäfte in diesem Zusammenhang behandelt hat?

Mag. Brigitte Ederer: Ich kann diese hohe Summe nicht bestätigen, aber es ist ein großer Auftrag. Rumänien gehört zu unserem Verantwortungsbereich, wie ich vorher dem Herrn Abgeordneten gesagt habe, und wir sind nicht Vertragspartner, sondern **Siemens Deutschland**. Meines Wissens gab es da auch von rumänischer Seite her die Anforderung, dass rumänische Wertschöpfung stattfindet. Da würde ich jetzt bitten, da ich unter Eid oder wahrheitsgetreu aussage ... – Ich weiß es nicht, Erinnerung habe ich 70 Prozent, aber da würde ich jetzt bitten, dass das nicht irgendwie ... – Ich weiß nur, dass es damals vom rumänischen Staat her Anforderungen gab für rumänische Wertschöpfung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das waren die Fragen von meiner Seite. Gibt es sonst noch Fragewünsche? – Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich für das Kommen und die Auskunftsbereitschaft! Die Befragung ist bereits wieder geschlossen! Danke schön!

(*Die Auskunftsperson Mag. Brigitte Ederer verlässt den Sitzungssaal.*)

15.08

Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht, da die nächste Auskunftsperson noch nicht anwesend ist, die Sitzung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.09 Uhr **unterbrochen** und um 16.04 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

16.04

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 16.04 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Markus Tomaschitz** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dr. Markus Tomaschitz** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt Herrn **Dr. Tomaschitz** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 der Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dr. Markus Tomaschitz (Magna International Europe AG): Mein Name: Markus Tomaschitz; geboren am 5. März 1970; Anschrift: 8046 Stattegg; Beruf: Privatangestellter; kein öffentlich Bediensteter im Untersuchungszeitraum.

Obmann Dr. Peter Pilz erinnert an die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung, worauf bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, und an die Möglichkeit, sich gegebenenfalls an den Verfahrensanwalt oder an den Vorsitzenden selbst zu wenden, um die weitere Vorgangsweise zu besprechen.

Von der Möglichkeit vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, möchte die Auskunftsperson nicht Gebrauch machen.

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Kräuter das Wort.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Tomaschitz, wir haben eigentlich nur eine einzige Sache mit Ihnen zu besprechen, und ich versuche, das ein bisschen zu replizieren, damit das auch allen anderen Ausschussmitgliedern geläufig ist.

Also es geht um die Sache Joanneum – Gegengeschäfte. Das hat ja damals einen erheblichen Aufruhr in den Medien verursacht. Ich zitiere da nur wahllos eine Zeitung, den „Standard“ vom 5. Oktober: Eurofighter-Gegengeschäft – Eine Lehrstunde um 78 500 €. –Das ist dann auch entsprechend kommentiert worden von politischer Seite. Beispielsweise hat damals die Fachhochschulreferentin Kristina Edlinger-Ploder von der Österreichischen Volkspartei gemeint, im Wirtschaftsministerium müsse es Leute geben, die einen Blödsinn nach dem anderen machen. Aus dem Büro der steirischen Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder, die damals auch Finanzlandesrätin war, hieß es weiters, der Skandal sei in Wien und nicht in Graz zu suchen.

Und jetzt ist eben die Frage: Wie kommt es zu solchen Reaktionen seitens der steirischen Politik?

Diese Gegengeschäftsbestätigung – ich kann sie Ihnen gerne zur Erinnerung, es ist ja doch einige Jahre her, noch einmal vorlegen – ist ja dann von Ihnen mit einem Begleittext oder einem Sideletter versehen worden, und es spricht ja eigentlich sehr für Sie, dass Sie sich nicht damit zufrieden geben wollten, so wie es abgehandelt wurde.

Ich möchte Sie einmal eingangs fragen: Was hat Sie eigentlich motiviert, so einen Sideletter zu verfassen? – Ich lege Ihnen gern die zwei Dokumente vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Dr. Markus Tomaschitz: Ich war in der Zeit vom 1. Jänner 2003 bis September 2006 kaufmännischer Geschäftsführer der FH Joanneum, und die erste Gegengeschäftsbestätigung, die an die FH Joanneum kam, war, ich glaube, im Jahr 2004 – ganz genau, es muss im Jahr 2004 gewesen sein – und bezieht sich auf die Zeit September 2002 bis September 2003. Das war die erste Gegengeschäftsbestätigung.

Die Vorgänger in meinem Amt haben im Jahr 2002 mit der Eurofighter GmbH ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Im Jahr 2004 kam dann eben die erste Gegengeschäftsbestätigung herein, die im Wesentlichen wollte, dass man den Wert der Leistungen, die wir von der Eurofighter GmbH beziehungsweise von EADS bezogen haben, bestätigt.

Was haben wir damals bekommen? – Es ging um Lehrveranstaltungen, die in Form von Seminaren, Vorlesungen et cetera abgehandelt wurden, und wir haben damals auch so genannte Strukturteile bekommen. Das heißt, es ging um Flugzeugteile, Hubschrauberteile für den Studiengang Luftfahrt/Aviation. Das heißt, wir hatten ein Studiengang Luftfahrt/Aviation, wo schon bei der Beantragung zum Studiengang damals klar festgehalten wurde, dass der Studiengang dann funktionieren wird und dann die Absolventen auch erfolgreich am Arbeitsmarkt unterbringen wird können, wenn eine rege Zusammenarbeit und Kooperation mit der europäischen Luftfahrt im weitesten Sinne besteht.

Als diese Gegenbestätigung hereinkam, ist die an den damaligen Studiengangsleiter Dr. Hannes Fogt ergangen. Der war damals Studiengangsleiter vom Studiengang Luftfahrt/Aviation. Er hat sie uns dann etwa eineinhalb Tage davor – ich kann mich nicht mehr ganz genau erinnern –, vor dem Abgabetermin dieser Gegengeschäftsbestätigung, die man damals an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit schicken sollte, übergeben.

Ich war in der damaligen Zeit nicht in Graz. Meine Kollegin Frau Dr. Kubek, die wissenschaftliche Leiterin, hat mich angerufen und gesagt: Wir haben eine Gegengeschäftsbestätigung. Können wir das unterschreiben? – Die Antwort war: Das können wir nicht, was wir können, ist, wir können die Leistung unterschreiben!

Ja, wir haben Lehrveranstaltungen erhalten, ja, wir haben die Strukturteile erhalten, ja, wir haben Hubschrauberteile et cetera, et cetera erhalten. In weiterer Folge hat die EADS oder Eurofighter GmbH dann auch noch ein gerüttelt Maß an Diplomarbeiten durchgeführt, Praktika et cetera.

Warum können wir es nicht bewerten? – Weil uns die Bewertungsgrundlagen fehlen. Wir können nicht bewerten, wie viel die Leistung aus Sicht von Eurofighter oder EADS wert ist. Das können wir ganz einfach nicht, und darum haben wir auch diesen Sideletter formuliert und haben dann, glaube ich, ein paar Tage später vom Ministerium – ich glaube, auch schriftlich – die Antwort bekommen: Das ist ja ganz klar. Das Ministerium bestätigt, dass die FH Joanneum nur die tatsächlich erhaltene Leistung bestätigen kann, nicht aber den Wert, der dieser Leistung gegenüber steht. Warum nicht? – Weil wir letztlich nicht die Instanz sind, die diese Leistung bewerten kann.

Wir waren froh, dass wir sie bekommen haben. Warum? – Weil die Professoren, die von der Eurofighter GmbH gekommen sind, Lehrveranstaltungen abgedeckt haben, die am freien Markt in dieser Art und Weise nicht zu bekommen waren. Der Studiengangsleiter hat damals glaubhaft versichert, dass solche Lehrveranstaltungen die Avionik, Flugzeugbau et cetera Geheimhaltungspflichten unterliegen und daher viele, die als potentielle Professoren zur Verfügung gestanden wären, gemeint hätten,

sie können das nicht machen. Daher diese Lehrveranstaltungen, und die wurden dann bestätigt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es hat dann am 26. August das Ministerium zurückgeschrieben, sie verstehen das – jetzt einfach gesagt –, dass das nicht bewertet werden kann von der Fachhochschule aus, sagen aber, für das BMWA ist dabei wichtig, dass die Fachhochschule den Umfang der Leistungen und die Durchführung bestätigt.

Es ist wirklich interessant. Wir haben mit dem Herrn Hoeveler schon so manche Erlebnisse im Ausschuss gehabt, und der sagt da im „Standard“: Wir wollen das durchziehen. Ob das jetzt 7 oder 5 Millionen € sind, ist letztendlich egal, es ist ja nur eine fiktive Summe. – Also dem Hoeveler ist das völlig egal, 5 Millionen, 7 Millionen, das ist eh eine fiktive Summe, das steht eh nur auf dem Papier.

Hat man irgendwann einmal den Versuch unternommen, den Verantwortlichen von der Fachhochschule das, was man eben fiktiven Wissenstransfer nennt, zu erläutern, also diese eigenartigen Rechenübungen, die man da veranstaltet hat?

Dr. Markus Tomaschitz: In diesem Sinne ist das kein klassisches Gegengeschäft, weil wir eine Leistung bezogen haben, die wir nicht bezahlt haben. Die Lehrveranstaltungen wurden durchgeführt et cetera, es gab aber natürlich keine Gegenleistung zu erbringen. Es gab verschiedentlich telefonischen Kontakt, indem gefragt wurde: Sind die Lehrveranstaltungen abgehalten worden?, aber der wesentliche Faktor der Bewertung der Strukturteile, das war nicht der Fall, also in dem Sinn, dass man uns gefragt hätte: Was kostet jetzt die Lehrveranstaltung? Das war nicht das Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also aus den 7,85 Millionen € sind dann 1,3 Millionen letztendlich übrig geblieben. Das entnehme ich zumindest einer Notiz vom steirischen ORF. Das ist alles ein bisschen unübersichtlich, nebenbei gesagt, denn in den entsprechenden Dokumenten über abgeschlossene Gegengeschäfte heißt es eben einmal 7,8 Millionen und dann wieder 1,6 Millionen. Irgendwann muss sich das – weil es, um noch einmal laut Hoeveler zu sprechen, eh fiktiv ist und egal – bei 1,3 Millionen eingependelt haben. – Ist Ihnen das noch geläufig gewesen in Ihrer Zeit, dass man dann 1,3 Millionen anerkannt hat?

Dr. Markus Tomaschitz: Ja, es war dann so, dass diese Gegengeschäftsbestätigungen seit 2004 jedes Jahr kommen und meines Wissens noch immer. Natürlich, diese Gegengeschäfte, die Lehrveranstaltungen werden noch immer abgehalten werden, dazu Strukturteile gebraucht werden, Diplomarbeiten, Praktika von Studierenden bei EADS/Eurofighter erbracht werden. Welche jeweilige Zahl dann Jahr für Jahr angesetzt worden ist, das wurde uns natürlich schon mitgeteilt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Keglevich – diese wird Ihnen wahrscheinlich ein Begriff sein, die war ja von der EBD; ich zitiere jetzt aus der „Kleinen Zeitung“ – hat einmal gesagt:

Wir sind dabei, unser Engagement in Graz zu überdenken. Was wir in Graz machen, ist schließlich kein Mäzenatentum. – Zitatende.

Ist eigentlich – einmal salopp formuliert – **Druck** ausgeübt worden auf die Fachhochschule?

Dr. Markus Tomaschitz: Nicht auf mich oder auf die Geschäftsführung damals. Ich kann nicht für den Studiengangsleiter sprechen, aber auf uns damals nicht. Es war eher so, dass die Studenten an sich mit dem Studiengangsleiter gehofft haben, dass

die Lehrveranstaltungen stattfinden. Das war es, aber Druck in dieser Art und Weise nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat es Kontakte mit der steirischen Landesregierung damals gegeben? Hat man da einen Bericht angefordert, oder war das Thema in der Landesregierung, der Landeshauptfrau oder von Landesrat Paierl?

Dr. Markus Tomaschitz: Allerdings. Es war so, ich glaube, ab Mitte 2003 ging die politische Verantwortung damals von Landesrat Paierl auf die Frau Christine Edlinger-Ploder über, und dann ab 2006 an die Frau Dr. Vollath, und wir haben natürlich schon bei den diversen Jour Fix, die es zwischen der Landesrätin und der Geschäftsführung gab, über diese Dinge gesprochen und den Aufsichtsrat informiert. Das ist ganz klar. Wir haben als GmbH dem Land gegenüber die Verpflichtung zur Information, und es wurde auch einmal im Zuge des Jahresabschlusses vom Wirtschaftsprüfer geprüft, inwieweit das Auswirkungen hat auf die jeweilige Finanzgebarung. Handelt es sich um eine Schenkung, eine Leihgabe et cetera? All diese Dinge mussten natürlich beantwortet werden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben in Wirklichkeit Probleme mit der Bilanzerstellung befürchtet – oder sie sind tatsächlich aufgetreten durch diese hohen Werte?

Dr. Markus Tomaschitz: Wir wollten damals wissen beziehungsweise, genauer gesagt, wollte der damalige Prokurist und Finanzvorstand des Hauses, Dr. Peter Reininghaus, der auch das **MOU**, das Memorandum of Understanding 2002 unterschrieben hatte in der Zeit, als er noch Geschäftsführer war, natürlich auch wissen, welche Auswirkungen das allenfalls auf den Jahresabschluss hat, und wir haben das dann geprüft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ganz zum Schluss von meiner Seite noch eine abschließende Frage ganz salopp – ich meine, für Sie ist das alles Geschichte, Sie sind inzwischen bei Magna –: So eine Unterrichtsstunde – ich weiß schon, dass da noch ein bisschen was dranhängt, dass man einmal ein Triebwerk dahergeschleppt hat und so –, aber würden Sie 78 500 € für eine einzige Stunde für berechtigt halten?

Dr. Markus Tomaschitz: Ich kann das nicht bewerten, inwieweit hier Folgejahre und die Nachhaltigkeit einer Bildungsinvestition mit eingerechnet worden sind, weil ich den Schlüssel nicht kenne. Das kann ich daher nicht sagen. Wurde es auf zehn Jahre, auf 20 Jahre, auf 30 Jahre gesehen? Was ist die Nachhaltigkeit einer Bildungsinvestition? Das kann ich nicht feststellen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann möchte ich nur für das Protokoll festhalten: Also man hat eine Unterschrift auf eine Gegengeschäftsbestätigung verlangt von „Partnern“ – unter Anführungszeichen –, die aber nicht auch nur im geringsten eine Ahnung haben, was von ihnen verlangt wird. – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. – Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann danke ich, dass Sie uns diesen kurzen Besuch abgestattet haben; ebenso danke ich für die Bereitschaft, uns hier Auskunft zu geben! Ihre Befragung ist bereits wieder geschlossen!

(Die Auskunftsperson Dr. Markus Tomaschitz verlässt den Sitzungssaal.)

Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht, da die nächste Auskunftsperson noch nicht anwesend ist, die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 16.22 Uhr **unterbrochen** und um 16.25 Uhr **wieder aufgenommen.**)

16.25

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paierl dem Ausschuss von 16.40 Uhr an zur Verfügung stehen werde.

Sodann wird die Sitzung neuerlich **unterbrochen.**

16.26

(Die Sitzung wird um 16.26 Uhr **unterbrochen**, um 16.43 Uhr **wieder aufgenommen** und findet bis 16.47 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**, „nichtöffentlicher Teil“.)

16.48

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 16.48 Uhr – wieder zum öffentlichen Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson Herrn Dipl.-Ing. Herbert Paierl** in den Saal zu bitten.

(Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Herbert Paierl wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt **Herrn Dipl.-Ing. Paierl** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Herbert Paierl (UIAG): Mein Name: Herbert Paierl; geboren am: 26.5.1952; wohnhaft in 1020 Wien; Beruf: Unternehmer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Was verstehen Sie unter öffentlich Bediensteter? Ich war kein Beamter in der Zeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das reicht, wenn bei Protokoll ist, dass Sie nicht Beamter waren.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe für Sie schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich. Wir werden dann die weitere Vorgangsweise besprechen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie das Recht, eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Der Obmann erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Kogler das Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Guten Tag, wir kennen uns ja. *(Dipl.-Ing. Paierl: Allerdings!)* Zur speziellen Situation der Steiermark, was die Gegengeschäfte betrifft: Können Sie dem Ausschuss schildern, ob und in welcher Weise die steirische Landesregierung zusätzliche Aktivitäten entfaltet hat, um vom jedenfalls von der Landesregierung unbestrittenen Gegengeschäftskuchen besondere Stücke herauszureißen, so wie das damals medial dargestellt wurde? Hat es irgendwelche Initiativen des Landes Steiermark gegeben, die über solche anderer Bundesländer hinausgehen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Also, ich kann jetzt nicht beurteilen, was andere Bundesländer im Speziellen gemacht haben. Faktum war, dass selbstverständlich das Land Steiermark und ich im Speziellen in meiner Funktion als Wirtschaftslandesrat in der Zeit, als es um Offsetgeschäfte gegangen ist, die diskutiert wurden, auch damit beschäftigt war, wobei ich Wert auf die Feststellung lege, dass das schon zu einer Zeit war, als die ganze Typenentscheidung nicht Thema war, sondern alle Anbieter sich diesbezüglich präsentiert und positioniert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Einem Artikel der „Kronen Zeitung“ vom 4.7.2002, also zwei Tage nach der Typenentscheidung, ist zu entnehmen, wo Herr

Jürgen Stockmar – ich zitiere – als Manager für die Akquirierung und Umsätze dieser Gegengeschäfte speziell für das Bundesland Steiermark gewonnen werden soll. VP-Landesrat Herbert Paierl wird einsetzen Jürgen Stockmar, wird hier zitiert.

Können Sie uns den Vorgang und das Aufgabengebiet des Herrn Stockmar näher schildern?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Herr Prof. Stockmar ist von mir gebeten worden, insbesondere für jene Klein- und Mittelbetriebe, die bisher keine Erfahrung hatten im Umgang mit Offsetprogrammen aus der Vergangenheit, unentgeltlich für die Betriebe gewissermaßen Stütze zu sein, so dass auch die die Chance haben, falls sie eingeladen werden, hier Lieferant zu werden. Das heißt, es gibt hier ja bekanntermaßen eine ganz Reihe von Anforderungsprofilen. Auf die sollte Stockmar in einem Art Trainingsvorgang hinweisen. Das war auch seine damalige Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat es da eine konkrete Beauftragung seitens der Landesregierung oder Ihres Ressorts an den Herrn Stockmar gegeben?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Soweit ich mich noch erinnern kann – 2002, das ist jetzt fünf Jahre her – hat Herr Stockmar schon eine grundsätzliche Beauftragung gehabt. Über das Detail kann ich keine Auskunft geben mehr, wie das ausgesehen hat. Ich habe auch einige Gespräche mit ihm geführt beziehungsweise hat er sich ja auch, nachdem er ein sehr gewissenhafter Mensch ist, das vorher angeschaut, bevor er überhaupt diese Funktion angenommen hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat es eine schriftliche Beauftragung gegeben, einen Werkvertrag etwa?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Das müsste ja in den Unterlagen sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist genau *nicht* in den Unterlagen.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Aber dann würde ich empfehlen, sich das zu besorgen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das muss das Wirtschaftsministerium übermitteln. Es kann auch sein, dass das Wirtschaftsministerium ja nicht alles eingebunkert hat, was die steirische Landesregierung macht. Das hätte ich in dem Fall ja entschuldigend zur Kenntnis genommen.

Also ist die Frage noch einmal: Ist Ihnen ein Werkvertrag mit dem Herrn Stockmar in Erinnerung, den Sie oder die Landesregierung abgeschlossen hätten?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Möglich, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das sind wir beide, die es nicht wissen.

Herr Stockmar ist ja – laut den Unterlagen, die jetzt zugänglich waren über Internet und Medien – im gleichen Jahr mit August bei Magna in Pension gegangen. Wieso haben Sie ausgerechnet einen Vertreter von Magna für diese Aufgabe gewinnen wollen oder tatsächlich gewonnen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich verstehe die Frage nicht. Nachdem Sie ja selbst festgestellt haben oder eigentlich ... (*Abg. Mag. Kogler: Er ist in Pension gegangen!*) – Dann war er ja kein Vertreter von Magna!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Schauen Sie, in der Steiermark sind im Sommer 2003 vermutlich eine größere Anzahl von Managern in Pension gegangen. Warum gerade der Herr Stockmar von Magna?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Weil er besondere Qualifikation aus meiner Sicht für das Türenöffnen, für das Einweisen von Klein- und Mittelbetrieben auf das Thema **Offset-**

Programme – welches das auch immer ist, in welchem Zusammenhang Offsetprogramme aufgestellt werden – mitgebracht hat. Ausschließlich dieses Kalkül.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So, jetzt ist der Herr Stockmar dann eingesetzt. Das Land Steiermark hat ja vor allem durch Vertreter der ÖVP in der Landesregierung immer wieder den Eindruck erweckt, dass man von den avisierten 4 Milliarden ... – Die steirische Landesregierung hat des Öfteren von 5,5 Milliarden € an Gegengeschäften gesprochen, was uns ohnehin nie nachvollziehbar war, und hat ja immer wieder in den Raum gestellt, dass ein besonders hoher Anteil dieser Gegengeschäfte für die Steiermark zu lukrieren sei.

Wieso haben Sie eigentlich – jetzt außer dem Wunsch – der Öffentlichkeit darstellen können, dass die Steiermark hier einen überproportionale Anteil dieser Gegengeschäfte wird lukrieren können?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Das war ein politisches Ziel, ein Wunsch selbstverständlich, dass wenn es zu Offset-Programmen kommt, gerade jenes Bundesland, das auch von der Struktur her am besten für solche Programme geeignet ist, auch mitmisch. Ein Offset-Programm ist ja kein Wunschprogramm, sondern das funktioniert nur dann, wenn man entsprechende Strukturen oder entsprechende Betriebe hat, die derartige Auftragsvolumina, potentielle Aufträge ansprechen können. (*Obmann-Stellvertreter Mag. Stadler übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das wäre schön, wenn das nicht nur ein Wunschprogramm wäre. Viele Zeugenaussagen haben uns hier schon anderes gelehrt. Den politischen Wunsch stelle ich ja nicht in Zweifel.

Ich habe hier ein Protokoll von einer Bürgermeisterkonferenz mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums und mit dem Bürgermeister von Aichfeld-Murboden – muss ich hinzufügen – und dem mittlerweile dann in Amt gesetzten Dr. Bergner, der hier über eine Firma für EADS sich bei Gegengeschäften umtrieblich machen sollte. Die Vertreter der Region beschwerten sich hier samt und sonders – und das ist auch schon im Jahr 2004, 27.7.2004 –, dass von den in Aussicht gestellten Gegengeschäften eigentlich nichts da ist.

Wie hat die steirische Landesregierung von der Typenentscheidung weg vom Jahr 2002 diesen Projektvorgang verfolgt? Was waren die Gegengeschäfte, die Ihrer Meinung nach tatsächlich realisiert wurden, weil Eurofighter ursächlich den Zuschlag bekommen hat, die in der Steiermark zwischen Juli 2002 und bis Mitte 2004, wenn wir bei diesen zwei Jahren einmal bleiben, eingetreten sind? Was hat die steirische Landesregierung hier registrieren können?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Dass es Präsentationen gegeben hat, schon vor diesem Termin, dass alle drei potentiellen Auftragnehmer für diesen Beschaffungsvorgang sich bei regionalen Vertretern präsentiert haben mit ihren Offsetprogrammen, dass es dann, nachdem es öffentlich zu diesem Zuschlag gekommen ist, sich auch die Regionen selbstverständlich eigenständig positioniert haben und versucht haben, im Rahmen der bekannten und zur Verfügung gestellten Unterlagen mit Sozialpartnern und Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und den üblichen vorhandenen Organisationen und Institution auf regionaler Ebene zu entsprechenden Informationen zu kommen. – Das war es.

Und wie Sie wissen: Ich bin am 5. April 2004 ausgeschieden. Was danach passiert ist, kann ich nicht sagen. Aber bis zu diesem Zeitpunkt haben wir uns redlich bemüht, Informationen aufzubereiten und an die potentiellen Interessenten für Offsetprogramme weiterzugeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie sagen immer: **Wir** haben uns bemüht. – Wer war „wir“?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich habe mich bemüht selbstverständlich an der Spitze, aber das war ein Team, das war das gesamte Ressort – und über mein Ressort hinaus sind auch andere Institutionen eingeladen worden und haben mitgewirkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wer hat eingeladen? Wozu? – Wer hat wozu eingeladen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Es hat meines Wissens Plattformen auf der Bundesebene gegeben. Es hat Aktivitäten auf der Ebene der Wirtschaftskammer gegeben, der Industriellenvereinigung. Und da haben wir stets versucht, auch eine **regionale Komponente** hinzuzuspielen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Wirtschaftskammer und Handelskammer Steiermark hat ja tatsächlich federführend verantwortlich gezeichnet für eine Präsentation im Grazer Congress im November 2003 – das ist auch unter dem Titel **Roadshow** gelaufen. Die Bundeswirtschaftskammer war patenstehend für alle Landeshauptstädte, aber abgewickelt haben es im Wesentlichen die Kammern vor Ort; also so auch in der Steiermark.

Waren Sie dort eingeladen – weil Sie sagen, Sie waren öfters eingeladen – im November 2003 bei der Roadshow für Gegengeschäfte im Grazer Congress, wo das stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: 2003? (*Abg. Mag. Kogler: Ja, im November!*) Wenn ich dort war, müssten Sie es auf Grund Ihrer guten Recherchen wissen. (*Abg. Mag. Kogler: Nein, das wissen wir nicht!*) Ich habe meinen Kalender von damals, den ich ja nicht privat geführt habe, sondern der von meinem Büro geführt wurde, sehr ordentlich und anständig, nicht mehr intus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben nicht mehr in Erinnerung, dass Sie dort waren?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Nein, es hat viele Veranstaltungen gegeben, das kann ich Ihnen versichern. Man hat sich diesbezüglich redlichst bemüht, Informationen, die verfügbar waren, weiterzugeben, denn es läuft ja beim Offset nicht so, dass das bestellt werden kann, sondern da muss man sich ja nicht nur darum bewerben, sondern man muss auch die Qualifikation mitbringen. Und darum ging es ja eigentlich die ganze Zeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben diese verschiedenen Wahrnehmungen doch jetzt hier hereingespiegelt, dass alle (*Dipl.-Ing. Paierl: Herr Abgeordneter, Sie nuscheln ein bisschen, ich kann Sie nicht verstehen! Ich meine, wir sind ...*) – na gut, dass Sie mich darauf hinweisen! –, dass alle möglichen Einladungen und Initiativen stattgefunden hätten.

Die Wirtschaftskammer Steiermark hat – das können Sie uns glauben – diese Veranstaltung ausgerichtet. – Ist Ihnen bekannt, dass das stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ja, nein, also ... (*Abg. Mag. Kogler: Wie jetzt?*) – Dass es stattgefunden hat im Grazer Congress an einem ... (*Abg. Mag. Kogler: Im November 2003!*) – Schon möglich, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So kommen wir nicht weiter. Wissen Sie, es ist nämlich interessant, was die Kostentragung betrifft, das ist da nämlich als **Gegengeschäft** abgerechnet worden.

Die Ursprungsfrage zu dem ganzen Komplex war aber, weil Sie immer wieder betonen, welche Bemühungen es gegeben hätte, auch hier noch eine vierte, fünfte und sechste Initiative zu setzen zu den vielen Plattformen, die es ohnehin schon gegeben hat: Welche konkreten Gegengeschäfte sind Ihnen als Wirtschaftslandesrat, solange Sie noch Wirtschaftslandesrat waren, seit 2002 bekannt gegeben und bekannt gemacht worden? Welche Gegengeschäfte waren das – wenn Sie das jetzt dem Ausschuss schildern –, die wirklich anerkannt worden sind und als solche firmieren dürfen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Da bin ich der falsche Adressat für diese Fragestellung, denn ich habe weder ... (*Abg. Mag. Kogler: Nein! Sie sind der richtige Adressat!*) Na ja, als Zeitungsleser oder als was?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kollege Paierl, so geht es nicht! Als Wirtschaftslandesrat des Landes Steiermark, der Sie ja bis, wenn ich mich richtig erinnere, April 2004 waren: Was haben Sie diesbezüglich an Mitteilungen bekommen?

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ja die Landesregierung in Korrespondenz getreten ist einerseits sowohl mit dem Bundesministerium, BMWA, und andererseits mit EADS/Eurofighter. (*Abg. Dr. Fekter: Da sind ja noch keine abgerechnet worden! Es sind ja erst am ...*) Und ich frage jetzt, ob Ihnen auf Grund Ihrer Bemühungen, die Sie jetzt umfassend geschildert haben, irgendwelche Gegengeschäfte bekannt gemacht wurden als Landesregierung Steiermark. (*Abg. Dr. Fekter: Die sind ja erst am 31. Mai eingereicht worden – da war er nicht mehr Landesrat!*) – Um das geht es ja jetzt überhaupt nicht, sondern ob Ihnen irgendwelche Gegengeschäfte bekannt gemacht wurden.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich bitte, Herrn Kollegen Kogler die Fragen ungehindert stellen zu lassen!

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich kenne ganze Listen und Legionen von Bewerbungen und von Bemühungen der Firmen, in diese Offset-Programme hineinzukommen. Das Land, insbesondere auch mein Ressort, war *nie* in derartige Verhandlungen zwischen Firmen und den auftraggebenden Unternehmungen eingebunden. Daher ist die Fragestellung für mich irrelevant, denn ich kann keine Informationen haben! Außerdem ist auch in den Vertragsablauf, das heißt die Anerkennung von Offset-Geschäften, mein Ressort nie eingebunden gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eben. Aber die Frage war nach Ihren Wahrnehmungen (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), weil Sie ja ursprünglich – und das haben Sie selbst gesagt – damit kontaktiert haben.

Was für den Ausschuss relevant ist, müssen Sie schon dem Ausschuss selbst überlassen und den Fragestellungen.

Ich frage nur ein konkretes Beispiel. Herr Wustinger ist Ihnen ja bekannt? Vormalig bei Pankl Racing. Kennen Sie Herrn Wustinger?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Wäre schlecht, wenn ich ihn nicht kennen würde – oder?

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Kollege Kogler, können wir das in die nächste Runde vertagen?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das geht jetzt ganz schnell. Damit wir ein konkretes Beispiel haben.

Ist Ihnen bekannt, dass Herr Wustinger in der Korrespondenz mit dem BMWA zunächst 70 Millionen, dann in einer sogenannten Meilensteinvereinbarung 35 Millionen Gegengeschäfte in Aussicht genommen hat und dass jetzt gerade einmal

2 Millionen – und das wird vom Nachfolger bestritten – eingereicht und abgerechnet wurden? Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich kenne die Korrespondenz nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie kennen keine Korrespondenz. Gut. *(Abg. Dr. Fekter: Wenn es mit dem BMWA ist!)*

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie hat die Landesregierung die Aktivitäten gesetzt? Im Hinblick auf welche Branchen hat man besonders sozusagen motiviert, sich an Offset-Programmen zu beteiligen? Welche Regionen waren da im Vorfeld besonders interessiert an neuen Arbeitsplätzen? Können Sie dazu etwas sagen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Es hat selbstverständlich Informationen gegeben, schon aus der Präsentation heraus. Ich lege Wert darauf, dass die ja nicht nur von EADS oder Eurofighter kamen, sondern da waren auch SAAB-Präsentationen und Lockheed-Präsentationen. Und aus diesen Präsentationen ließ sich ableiten, in welchen Bereichen, in welchen Branchen Möglichkeiten bestehen, dass hier steirische Unternehmungen auch zu Aufträgen kommen, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen.

Die Maßnahmen, die wir dann gesetzt haben, speziell in meinem Bereich waren, da uns klar war, dass die größeren Betriebe durch größere Einkaufsabteilungen und die guten Erfahrungen, die dort schon im Haus sind, dass hier insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe, die technologisch in der Regel sehr gut aufgestellt sind, also sehr viel Know-how haben, aber bisher keinerlei Akquisitions- und Auftragswissen in dem Zusammenhang hatten, das hat schon begonnen bei Fremdsprache et cetera, also englischen Formblättern, die hier bearbeitet werden mussten, also diesbezüglich hat man von unserer Seite, von meiner Seite versucht, Unterstützung zu geben – freiwillig selbstverständlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Präsentationen der Mitbewerber war es für die Steiermark eigentlich egal? Hätte man bei SAAB beispielsweise und einem Gegengeschäftsprogramm bei SAAB ähnlich partizipieren können, oder hat es hier spezielle Schwerpunkte gegeben, die eher für Eurofighter gesprochen haben oder Lockheed, sage ich jetzt einmal, also die Amerikaner?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: In meiner Erinnerung – und das war für mich auch immer das Wesentliche – war, dass alle Präsentationen, was die Offset-Programme angeht, sowohl vom Volumen als auch, was die technologische Ausrichtung angeht, immer gleichlautend waren. Also, ich habe hier kaum Unterschiede bemerken können.

Es gab auch schon die Diskussionen, weil selbstverständlich bei den Größeren, wie gesagt, die das nicht gebraucht hätten, wie eben Magna-Steyr-Werke, auch SAAB-Produkte hergestellt werden, et cetera.

Also aus meiner Sicht waren die Volumina gleich, und auch die technologische Vorstellung, die hier präsentiert wurde, war gleich. Also aus dem konnte ich keinerlei große Unterschiede erkennen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Sie politisch damit befasst, dass EADS auch ein wissenschaftliches Engagement speziell dann auch in Graz gezeigt hat?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Politisch nicht. Auch das war so, dass man, nachdem man insbesondere an technologischen Inputs und technologischen Anbietern aus der Region Interesse hatte, selbstverständlich auch automatisch an den Universitäten und bei den Hightechbetrieben gelandet ist.

Es war ja damals doch so, dass – das kann ich jetzt nur bis Frühjahr 2004 beurteilen – die Steiermark einen sehr, sehr guten Ruf und sehr guten Namen hatte als Technologie-Region und damit ja auch sozusagen eine neue Befruchtung bekommen sollte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei diesen, sage ich einmal, Gegengeschäftsanbahnungen oder Präsentationen, weil das war ja sozusagen vor der Anbahnungsphase, kann ich mir ja gut vorstellen, dass sich da sehr viele etwas davon versprochen haben, die dann in die sehr strengen Kriterien nicht hineingepasst haben. Wie war das aus Ihrer Sicht: War damals schon bekannt, wie die Kriterien sind im Hinblick auf sachliche Anerkennung, zeitliche Anerkennung, Wertschöpfung, Technologie et cetera? Und wie, würden Sie meinen, haben sich eher „Glücksritter“ beworben – oder sind bei diesen Veranstaltungen schon jene aufgetaucht, denen man zutrauen konnte, dass sie geeignet sind für so ein Gegengeschäft?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ganz grundsätzlich gilt – das war die Erfahrung der öffentlichen Veranstaltungen, auch der internen Klausuren –, dass gewisse Frustration deswegen aufgetaucht ist, weil man gesehen hat, dass es nicht so ist, wie öffentlich kolportiert wurde, man brauche nur irgendeinen Brief hinschreiben an eine bestimmte Adresse des Lieferanten eines militärischen Beschaffungsvorganges und bekommt dann einen Auftrag. So ist es ja mitnichten, sondern man muss sich sehr intensiven Prüfungen, Qualitätsprüfungen, Anforderungsprüfungen unterziehen. Das war letztlich auch die Aufgabe, der wir uns regional und örtlich unterworfen haben, dass man dieses Auseinanderklaffen zwischen Erwartungshaltung, jetzt kommen da Milliarden ins Land, und den Möglichkeiten, die man hat auf Grund der wettbewerbsfähigen Strukturen, etwas schließt.

Das war letztlich auch die Aufgabenstellung all dieser Informationsklausuren und letztlich auch die Arbeit von Stockmar und Co, da einfach zu informieren und damit den potentiellen Auftragnehmern eine Chance zu geben, denn es war natürlich schlecht, wenn man miterlebt, dass also auch der Tischler irgendwo aus der Oststeiermark einmal primär die Vorstellung hatte, er könnte irgendwelche Holzbänke liefern für das Interieur. Wie gesagt, das war die intensive Phase, die sich für mich noch bis April 2004 hingezogen hat. – Wie es dann nachher gelaufen ist, kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, im Hinblick auf die Erwartungshaltung waren die Veranstaltungen dazu angetan, dass sich das relativiert hat, und Gegengeschäftsanrechnungen, als das das Wirtschaftsministerium dann vorgenommen hat, eigentlich die echten Gegengeschäfte waren. – Erklärt sich für Sie daraus die Stimmung, dass medial dann immer wieder aufgetaucht wäre, das ist ja alles ein Schein, aus dieser Frustration heraus?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Wie ich schon gesagt habe, also die mediale, auch politisch gepushte Erwartungshaltung und auf der anderen Seite die Möglichkeit, nämlich auch über einen so langen Zeitraum ... – Die Ehrlichkeit ist ja auch ein Thema; das läuft ja meines Wissens über zehn oder fünfzehn Jahre. Und wenn man das sozusagen dann auf diese Zyklen rechnet, schaut es ganz anders aus. Wie gesagt, ich kenne die Summen nicht. Ich habe öffentlichen Summenäußerungen nie selbst sehr nachgegeben.

Ich nehme an, es wird dann die Fragestellung kommen, na ja, wieso eine gewisse Summe, die von uns genannt wurde, warum, als Zielwert. Wenn Sie nämlich in etwa 20 Prozent Strukturanteil in diesem Segment haben, als Region, als Steiermark, dann können Sie das ableiten. So war es auch transportiert und kommuniziert. Sie leiten 20 Prozent von einem Volumen ab, das 4 Milliarden oder was ausmacht, und dann sind es eben 800 Millionen, eine Milliarde. Das ist seriöserweise der aus der Struktur,

aus der steirischen Wirtschafts-, Technologiestruktur hergeleitete Prozentsatz. Wäre wünschenswert, wenn sich über den Zeitraum eines zehn- oder fünfzehnjährigen Offset-Geschäftes das auch verwirklichen lässt.

Um das zu ermöglichen, war es jedenfalls – zumindest in meiner politischen Funktion – eine meiner wichtigsten Aufgaben, darauf hinzuweisen, dass man sich **qualifizieren** muss, dass das, wie ich schon gesagt habe, kein einseitiges Wunschprogramm ist, sondern man muss sich qualifizieren, man muss entsprechende Voraussetzungen mitbringen, dann hat man eine Chance. Also Stichwort **Technologie-Region**.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gewonnen, dass sich die Gegenseite auch ernsthaft bemüht, in Österreich Partner zu finden? (*Dipl.-Ing. Paierl: Ja!*) – Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es drängt sich natürlich auf, ein bisschen etwas zur medial-politisch gepushten Erwartungshaltung zu sagen, weil so ähnlich war die Formulierung. Ich habe da vor mir „Die Steirische“, das war damals eine Parteizeitung der ÖVP, und die ist an jeden Haushalt gegangen, mit dem Cover:

Die Abfangjäger bescheren Steirern Euro-Milliarde.

Also da darf man sich dann nicht wundern, wenn sich auch dieser Tischler angesprochen fühlt. Und wenn man dann so heftig daran hat arbeiten müssen, diese Erwartungshaltung in ein vernünftiges Maß wieder herunterzunehmen, muss man sich natürlich ein bisschen auch, was die Ursache betrifft, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber vielleicht kann das heißen, die Abfangjäger bescheren Steirern Euromilliarde an **zusätzlichen Belastungen**. Das ist ja auch möglich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich werde gleich noch ein bisschen aus dem Artikel zitieren, der sich drinnen findet. Da muss ich leider den Vorsitzenden enttäuschen. Also das ist leider nicht der Kern der Sache, sondern ganz im Gegenteil. Da heißt es – ich zitiere –:

Herbert Paierl, Wirtschaftslandesrat, reklamiert ein Viertel aller Gegengeschäfte für weiß-grüne Gefilde und bleibt dabei auch weitgehend unwidersprochen. – Aber auf das will ich jetzt gar nicht hinaus.

Ich möchte noch einmal auf Jürgen Stockmar zurückkommen. Sie haben gesagt, er war unentgeltlich eine Stütze für Klein- und Mittelbetriebe, und beim Konsulentenvertrag war das dann irgendwo außer der Erinnerung, weil es ist ja fünf Jahre her.

Ich möchte zwei historische Zeitungsartikel zitieren, nämlich die „Kleine Zeitung“ vom 4. Juli 2002. Da heißt es – und vielleicht kommen wir da gemeinsam zu einer Erinnerung –:

„Stockmar ‚ist ein smarterer Bursche‘ (Paierl), der Zugang zu allen Chefetagen habe und als ‚Door-Opener‘ fungieren soll. Über einen Konsulentenvertrag beschäftigt, wird Stockmar ein Büro und Mitarbeiter bekommen. Brennt das schon wieder der Steuerzahler? Paierl: ‚Sicher nicht; Das rechnet sich von selbst.‘“

Ein zweites Zitat dazu, das ist aus dieser nämlichen Zeitung, Herr Vorsitzender. Da heißt es:

So ist abzusehen, dass sich sein Konsulentenvertrag – nämlich der von Stockmar – mehr als rechnet.

Wenn es da überhaupt heißt, Stockmar wird ein Büro und Mitarbeiter bekommen und wird über einen Konsulentenvertrag beschäftigt: Haben Sie eine Erinnerung, welche Größenordnung das ungefähr umfasst haben kann?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Also ich würde da wirklich bitten, Herrn Professor Stockmar – ich entnehme den Zeitungen, dass er ohnedies hier auch eingeladen ist – dazu zu befragen; er wird sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen Antwort geben. Ich weiß es nicht, ob es zum Konsulentenvertrag gekommen ist, wie der ausgeschaut hat, wer da noch mitfinanziert hat. Das ist für mich im Moment nicht zugänglich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist eben so unplausibel, weil das war doch eine gravierende Sache, und man hat ja gewusst, es ist von der Bevölkerung ein großer Druck da, weil man eben als Steiermark die Belastung von damals überhaupt gedacht 24 Eurofightern ertragen muss. Deshalb ist für mich nicht plausibel – wenn dann die Landesregierung jemanden einsetzt, der ein Büro und einen Konsulentenvertrag hat –, dass das dann überhaupt nicht mehr erinnerlich ist.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung. Da gibt es Fees, die abgeführt werden von jenen, die Aufträge bekommen, das ist durchaus weltweit üblich. Der kann sozusagen diese Refinanzierung vornehmen, das ist möglich. Aber ich würde noch einmal bitten: Besorgen Sie sich diese Unterlagen! Ich habe sie nicht. Ich kann nur auf eines hinweisen: dass eine sehr saubere, eine sehr transparente und durchaus, glaube ich, gar nicht falsch zitierte Vorgangsweise für die Steiermark geplant war. – Wieweit das dann auch noch weitergeführt wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nur eine kleine Zwischenbemerkung: Wir haben so oft schon „sauber“ und „transparent“ gehört in diesem Untersuchungsausschuss, sodass wir da immer ein bisschen – wie soll ich sagen? – nachdenklich werden.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ist das ein Hinweis, dass ich das nicht so gemeint hätte, wie ich ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Überhaupt nicht, in keiner Weise! – Ich möchte auf etwas anderes hinaus. Wie hat eigentlich das Engagement von Stockmar geendet? Ich entnehme der „Kleinen Zeitung“:

Was wurde aus der eigens gegründeten Task force für die Gegengeschäfte?, wird interessanterweise der Wirtschaftskammerpräsident Peter Mühlbacher gefragt. Der sagt: Das Büro ist ruhend gestellt, das Büro ist längst aufgelöst.

Die Frage also: Wie hat das das Engagement von Stockmar eigentlich geendet?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Da muss ich den Mühlbacher fragen. Von wann ist das Zitat?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist aus dem Jahre 2004. Aber da heißt es, das Büro ist längst aufgelöst. Und jetzt erhebt sich natürlich die Frage, wenn das so toll ist und diese Task force und dieser „Door-Opener“: In Wirklichkeit müsste es ja dieses Büro geben. Das müsste doch blühen und gedeihen in Wirklichkeit, wenn man für eine Laufzeit von 15 Jahren den Steirern tatsächlich 1 Milliarde bescheren will.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich habe es nicht aufgelöst. Bis zum 5. April 2004 hat es diese Aktivität gegeben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bis zum 5. April? – Wie gesagt, im Juni heißt es, das ist längst aufgelöst.

Haben Sie regelmäßig Gespräche gehabt mit Jürgen Stockmar, wie so das Ganze läuft eigentlich mit den Gegengeschäften?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Selbstverständlich. Soweit er mich gebraucht hat, bin ich ihm zur Verfügung gestanden. Aber im Grunde genommen hat er selbst auch versucht, niemandem das aufzuzwingen, sondern ein Angebot für die Klein- und Mittelbetriebe, Zielgruppe Klein- und Mittelbetriebe als Helfer für etwaige Auftragsanbahnungen zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also wenn das alles bis zum April 2004 so blendend funktioniert hat mit Stockmar, warum gibt es dann eine Eurofighter Offset-Initiative Land Steiermark, interessanterweise mit dem Logo des Landes, vom 9. Februar 2004, wo sich auf einmal ein Ing. Josef Herk und ein Dipl.-Ing. Gottfried Steiner zu betätigen anfangen? Ich lege Ihnen das gerne vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Natürlich, das ist eine Präsentation, das ist keine Unterlage. Das ist die Kopie einer Präsentation für eine öffentliche Veranstaltung am 9. Februar 2004. Genau davon ist die Rede.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich führe noch diesen Gedanken zu Ende. Das ist ja noch immer nicht das Ende der Fahnenstange. Am 3. Mai 2004 teilt Waltraud Klasnic dem „lieben Herrn Bundesminister“ Bartenstein mit, dass sich die Wirtschaftskammer, Regionalstelle Knittelfeld, dieses Themas annimmt und dass eigentlich für eine Projektgruppe der Wirtschaftskammerdirektor Mag. Thomas Spann eingesetzt wird.

Das heißt, in Wirklichkeit hat da eine Gruppe und Institution der anderen die Klinke in die Hand gegeben – und das Ergebnis unterm Strich ist, wie wir ja wissen, mehr als bescheiden. Auf das komme ich aber später noch zurück.

Daher meine Frage: Hat Herr Stockmar berichtet, dass das alles blendend verläuft mit den Gegengeschäften – oder hat er gesagt, ich hau jetzt den Hut drauf?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Selbstverständlich, das habe ich ja schon gesagt. Daher kommen auch meine Informationen mitunter, dass er berichtet hat von dem Auseinanderklaffen zwischen Erwartungshaltung und dem, was höchstwahrscheinlich möglich sein wird auf Grund der Technologie und der Angebote, die man aus den regionalen Betrieben, aus den mittelständischen Betrieben hervorbringt. Selbstverständlich, das ist ja die Aufgabenstellung gewesen. Um diese Kluft abzubauen, hat es – ich würde zu Mai-Aussagen und Veranstaltungen keine Auskunft geben können, aber zumindest bis Ende März 2004 – diesen Befund und diese Bemühungen gegeben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Im April 2004 war die Panik in der steirischen Landesregierung offenbar schon so groß, dass Frau Landeshauptmann Klasnic Folgendes gemacht hat. Sie hat mit dem Herrn Lohberger von der Wirtschaftskammer, von dieser **ARGE Offset**, ein Gespräch geführt und wollte unbedingt den Eurofighter-Gegengeschäftsvertrag haben. Das ist natürlich ein glatter Amtsmissbrauch beziehungsweise eine Anstiftung. Da gibt es dann allerhand Schriftverkehr dazu.

Ich wollte Sie nur fragen: War das einmal Thema in der Landesregierung?, denn das war so in den letzten Tagen Ihrer Tätigkeit, dass man gesagt hat, wir brauchen jetzt einmal den Vertrag, weil wir müssen jetzt einmal schauen, was da überhaupt Sache ist.
(Dipl.-Ing. Paierl: Nein!)

Wie kommt es dann zu folgendem Umstand: Am 31.10.2001 gibt es ein Schreiben – ich lege das gleich vor; zitiere es aber vorher –:

Landesrat Paierl nimmt in seinem Schreiben offensichtlich –
das sagt das Wirtschaftsministerium –

Bezug auf die Ausschreibungsunterlagen für die Gegengeschäfte, welche von der Abteilung erstellt wurden.

Dann heißt es weiters:

„Interessant ist in diesem Zusammenhang, von welcher Bezugsquelle LR Paierl diese Unterlagen hat, da diese nur den Anbietern (als Hilfestellung für ihre Aktivitäten zur Erstellung eines GG-Angebotes) und dem BMLV (als ausschreibende Stelle) zur Verfügung gestellt wurden.“

Die von LR Paierl aufgestellte These, dass die Schwerpunkte der steirischen Wirtschaft zu wenig betont wurden, ist eindeutig zurückzuweisen. Offensichtlich wurden die Unterlagen nicht mit der entsprechenden Sorgfalt studiert.“

Zwei Fragen knüpfen sich da an – ich lege das natürlich jetzt gerne vor, und Sie haben Zeit, das zu studieren –: Einerseits: Wie sind Sie zu vertraulichen Unterlagen gekommen, was die Ausschreibungsunterlagen Gegengeschäfte betrifft, und in welcher Form haben Sie die These vermittelt, dass die steirische Wirtschaft zu wenig betont wird?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: In diesem Schreiben wird gemeint, dass ich offensichtlich Bezug nehme auf Ausschreibungsunterlagen. Mir sind keine Ausschreibungsunterlagen für die Gegengeschäfte bekannt gewesen, ich war auch nicht offiziell dort mit eingebunden. Dass wir in dieser Phase – wie gesagt, das hat aber für alle Offset-Programme gegolten – auf die Besonderheit und auf die Stärke der steirischen Wirtschaftsstruktur hingewiesen haben, auch schriftlich hingewiesen haben und insbesondere dem mit diesen Gegengeschäftsverträgen befassten Wirtschaftsministerium, das versteht sich von selbst. Das möchte ich nicht nur nicht leugnen, sondern da bestehe ich sogar darauf, dass in dieser Phase alle Aktivitäten von meiner Seite, von unserer Seite unternommen wurden, um die Steiermark, was die Gegengeschäfte anlangt, gut zu positionieren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich halte nur noch einmal fest: Aus diesem Dokument geht eindeutig hervor, dass man zumindest im Wirtschaftsministerium der Überzeugung ist, dass Unterlagen, die an sich nicht in Händen eines steirischen Landesrates hätten sein dürfen, dort offensichtlich gewesen sind.

Deshalb noch einmal meine Frage: Haben Sie eine Erinnerung, wie das zu Ihnen gelangt sein könnte?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Nein. Ich habe schon gesagt, mir ist das auch nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zwei Fragen hätte ich noch. Ich zitiere noch einmal, es ist vom ORF Steiermark:

Die Steiermark soll nach dem Wunsch der Landesräte Herbert Paierl und Leopold Schögggl Österreichs Luftfahrtzentrum werden. Kernstück des Luft- und Raumfahrtclusters ... sollen Pankl Racing Systems, die aktuelle Stellungnahme Magna Steyr und so weiter.

Stronach hat gesagt, überhaupt kein Gegengeschäft.

Ich wollte nur fragen: Wann ist denn das eigentlich gescheitert?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich weiß nicht, ob das gescheitert ist. Ich kann nur sagen, dass die Konzeption eine eindeutige und glasklare war, dass nämlich die bestehenden Strukturen in der Steiermark, die neben Automotive und auch Schiene im Luftfahrtbereich, im Luftverkehrsbereich hohe Kompetenzen hat: unternehmerisch, was die Firmen anlangt – Sie kennen sie hoffentlich zum Großteil –, plus auch die Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen. Es hat auch im Bereich der Fachhochschule meines Wissens kurz davor einen eigenen Studiengang **Luftfahrt** gegeben, der eingerichtet wurde neben der Technischen Universität und den vielen HTLs, die sich auch mit diesem Thema beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In Wirklichkeit übrig geblieben ist der so genannte **Joanneum-Skandal**, wo man 78 500 € für eine einzige Unterrichtsstunde (*Abg. Dr. Fekter: Sie haben es immer noch nicht begriffen, dass Forschung an sich wertvoll ist!*) verrechnen wollte. Betreffend Luftfahrtzentrum: Wäre das große Projekt mit Red Bull gelungen, das geplant war, hätte man das tatsächlich so verkaufen können. (*Abg. Dr. Fekter: Oberösterreich würde das gerne nehmen!*) – Übrig geblieben ist aber nur eine von einer vergangenen Regierung demolierte Rennstrecke, eine Baustelle, Frau Fekter, wo der Schotter nur so kugelt. Sie können sicher emotional damit etwas anfangen. (*Abg. Dr. Fekter: Sie machen permanent das eigene Land schlecht!*)

Gestern war der ORF auf Spurensuche und hat ein altes Interview von Ihnen ausgegraben mit folgendem Zitat – kann ich gern auch vorlegen –:

„Wir wollen das Ziel, das wir aufgestellt haben, nämlich grad im Aichfeld, im Raum Zeltweg, Betriebsansiedlungen hinzubringen, ganz konkret Investitionen hinzubringen, das ist auch eine seiner ersten und wichtigsten Aufgaben“, so Paierl damals.“

Es ist oft das Sehen und das Hören etwas anderes, aber ich lege es trotzdem vor und möchte die Frage anschließen: Was ist bitte im Aichfeld, dort, wo das stationiert werden soll, an Betriebsansiedlungen gelungen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Sie haben mich richtig zitiert, ich habe vom **Ziel** gesprochen. Ich sehe nur nicht, wann das Original ausgestrahlt wurde; das kann nicht am 29.5.2007 gewesen sein, sondern das muss irgendwann im Juli 2003 gewesen sein. Ich würde sagen: Zu dem historischen Zitat stehe ich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wo sind jetzt die Betriebe und die Arbeitsplätze im Aichfeld?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich nehme an, Ihnen sind die Daten über die kurzfristigen, einjährigen, zweijährigen und langjährigen Offset-Geschäfte zugänglich, mir nicht, deshalb ist das schwierig für mich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß nur, dass es dort immer weniger Arbeitsplätze gibt, im Aichfeld, das ist die traurige Wahrheit.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Nochmals: Bei der politischen Bewertung kann ich nicht mit. Ich bin seit über drei Jahren kein Politiker mehr, und mir stehen auch nicht die Daten über den derzeitigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktzustand in der Region zur Verfügung, aber historisch ist das so, wie ich es ... (*Abg. Dr. Fekter: Ist dort ein roter Bürgermeister?*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, dann konkretisiere ich es noch einmal: In Ihrer Amtszeit sozusagen – auf dieses Zitat aufbauend, was alles für Arbeitsplätze im Aichfeld entstehen, war ja noch zumindest ein Jahr –: Welche

konkreten Maßnahmen sind gesetzt worden für Betriebsansiedelungen dort, wo eigentlich die Abfangjäger stationiert werden sollen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Wir haben speziell im Aichfeld, aber auch in allen anderen Regionen, auf der Basis dieser Präsentationen – Sie haben mir eine davon gezeigt – Informationsveranstaltungen gemacht. Dazu sind Unternehmungen, die sich dafür interessieren, eingeladen worden, und es sind selbstverständlich auch die Bürgermeister, die politischen Repräsentanten der Region dazu eingeladen worden, um – und ich wiederhole jetzt zum x-ten Mal – klarzustellen, dass man sich für diese Offset-Möglichkeiten vorzubereiten hat, dass es Möglichkeiten der direkten Kontaktnahme gibt. Da hat es ja nie einen Filter gegeben, die Anträge sind ja nicht über die Landesregierung an EADS oder an Schwester-, Tochter- et cetera Unternehmungen aus dem Konzern gegangen, sondern stets direkt. Und dabei bleibe ich auch. Diese Aktivitäten waren sehr umfangreich und sind auch sehr gut angekommen, überhaupt keine Frage, weil man auch am Ende immer wieder gesagt hat: Jetzt wissen wir mehr, jetzt wissen wir in etwa, wie es laufen kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, es ist zwar 1 Milliarde € für die Steirer versprochen worden, aber schuld ist die Bevölkerung. Das passt wirklich nicht zusammen. – Danke, Herr Vorsitzender, ich bin fertig. (*Abg. Dr. Fekter: Unfähig, Herr Kräuter, unfähig!*)

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Diplomingenieur, Sie haben zu Beginn von 1 Milliarde € an Gegengeschäften, die in Aussicht gestellt worden sind, gesprochen, und Sie haben gesagt, das ergibt sich – wenn ich Sie richtig verstanden habe – aus der Struktur der Wirtschaft in der Steiermark. – Können Sie das irgendwie näher erläutern, wer das untersucht hat, und wie man auf das gekommen ist?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Herr Abgeordneter, wenn ich darf, würde ich das gerne präzisieren: Die wurden nicht in Aussicht gestellt. Medial, mag sein, aber ich bin jetzt nicht für Headlines und für journalistische Interpretationen zuständig gewesen, sondern wofür ich zuständig war, ist, dass wir gesagt haben, wenn es Offset-Programme in einer Größenordnung X gibt, dann werden wir uns bemühen – und das ist unsere regionalpolitische Aufgabenstellung und Zielvorstellung –, die steirischen Strukturen so fit zu machen, so stark zu machen, dass sie die Chance haben, möglichst diesen Anteil – das sind eben diese 20, 25 Prozent, und ich komme gleich dazu, woher das stammt – über einen langen Zeitraum auch tatsächlich zu realisieren.

Zu den 20, 25 Prozent, wo ich dann eben auf diese 800 Millionen bis auf 1 Milliarde komme: Das setzt sich zusammen aus der Wirtschaftsstruktur – die Steiermark ist einmal, was Industrie, Dienstleistungen und vor allem dieses Segment, das die Offset-Programme angesprochen haben, betrifft, neben Oberösterreich prädestiniert, da wird sich weniger in anderen Bundesländern finden. Sie brauchen sich nur die Wirtschaftsstrukturen insbesondere auch von damals anzuschauen. Ich sagte schon, insbesondere Anfang der 80-er Jahre hat man hier mit Auto-Cluster, auch zum Teil mit Holztechnologie, Werkstoff-Cluster in der Obersteiermark ja wirklich gepunktet und hat auch internationales Renommee gehabt. Solche Dinge sind ja dann oft auch eine Image-Frage. So ist man dann auch zu dieser Zielgröße gekommen.

Selbstverständlich hat man auch versucht, alle Mitbefassten auf Bundesebene entsprechend auf diese Schiene zu bringen. Letztlich wird Regionalpolitik auch zu einem Marketing-Tool, zu einer Marketingveranstaltung. Man muss Roadshows machen, man muss präsentieren – das haben wir gemacht. Ausschließlich nicht im persönlichen Interesse, sondern im Interesse des Standortes Steiermark und der Unternehmung. Man hat es uns auch gedankt. Ich habe damit kein Problem gehabt.

Wir haben insbesondere auch mit sehr viel Offenheit und mit Ehrlichkeit gepunktet. Wir haben auch den Unternehmungen gesagt, wo es nicht gehen wird, wo die Grenzen sein werden, wo also geschürte Erwartungshaltungen inhaltlich einfach nicht erreicht werden können. Ich kann mich gut erinnern vor allem an die Fragen, wie man solche Anträge auszufüllen hat, das war die erste Hürde – die englische Sprache zum Beispiel. Da haben Sie dann mit einem Mittelständler, der handwerklich noch so gut ist, das Problem. Leisten kann er es sich auch nicht, und das war eben dann der Punkt, an dem wir gesagt haben: Hier versuchen wir, unentgeltlich – für ihn unentgeltlich – entsprechende Hilfestellung anzubieten.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Da Sie jetzt zum Beispiel die Roadshows erwähnt haben: Es sind ja selbst von der Wirtschaftskammer oder von EADS Roadshows gemacht worden. Da frage ich mich, was das Land Steiermark dann noch gemacht hat. War das zusätzlich, ergänzend?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Wir haben uns abgestimmt, das ist auch ergänzt worden, und man hat das koordiniert. Auf der Ebene dieser Plattform haben wir selbstverständlich versucht, keine Zweigleisigkeiten aufkommen zu lassen. Aber Bedarf war genug da, glauben Sie mir. Zumindest was ich mich erinnern kann, war bis April 2004 genug Informationsbedarf da, weil das, wie gesagt, hier ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben immer gesagt: Wir werden uns bemühen. Wenn das zustande kommt, dann werden wir uns bemühen, von einem Betrag X einen gewissen Betrag, 20 bis 25 Prozent haben Sie erwähnt (*Dipl.-Ing. Paierl: Als Zielwert!*), als Zielwert an Gegengeschäften zu lukrieren. Wer ist das „wir“? Wer ist das konkret? Wer war aller damit befasst?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich habe gesagt: Wir, das Wirtschaftsressort des Landes, werden gemeinsam mit allen anderen – Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung – versuchen, die potentiellen Interessenten für die Gegengeschäfte, für die Offset-Programme, durch Wissen, durch entsprechende Informationen, dabei zu unterstützen, dass sie tatsächlich auch zu den Aufträgen kommen, dass es dann zu mehr Wertschöpfung kommt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sind die dann tatsächlich zu mehr Aufträgen gekommen? – Das wissen Sie dann wieder nicht.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Natürlich weiß ich das nicht. Was mir noch in Erinnerung ist, hat es ein sehr penibles Anrechnungsprogramm gegeben, was ein zusätzlicher Auftrag ist, und selbstverständlich immer Diskussionen, ob das jetzt zusätzlich ist oder nicht. Aber das ist, glaube ich, nicht erstmalig. Das ist mir bekannt aus allen Offset-Programmen dieser Welt, dass die Zusätzlichkeit immer diskutiert wird. Aber irgendwann muss man sich einigen und irgendwann kommt es auch zu einem Protokoll.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das ist mir durchaus bewusst – Kausalität, Zusätzlichkeit, auch die zeitliche Problematik –, aber ist Ihnen ein konkretes Projekt in der Steiermark bekannt, von dem Sie sagen: Ja, das ist ein Gegengeschäft!?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Mehrere sogar – ich weiß aber nicht, in welcher Form das letztlich abgerechnet beziehungsweise anerkannt wurde. Aber die Diskussion ist von groß bis klein gegangen. Da hat es HTP – also High Tech Plastics – in Fohnsdorf gegeben. Da ist das schon durch die Medien gegeisterte und diskutierte **Pankl Aerospace** ein Thema gewesen. Da hat es das Thema von **Böhler** gegeben, selbstverständlich. Das sind nur die Größeren, aber die bekannten Größeren. Mir ist es ja auch darum gegangen, dass man Kleineren die Chance gibt. Ich würde wirklich

bitten, so fair zu sein, und nachzuschauen, ob der eine oder andere Kleine auch diese Chance nutzen konnte – das wäre auch für mich spannend. Ich gebe zu, ich weiß es im Moment nicht, weil es ja auch nicht so ist, dass das innerhalb von ein paar Wochen oder ein paar Monaten passiert, sondern das sind langfristige, meistens mit Typen- und Modellreihen in Verbindung stehende Auftragsbeschaffungsvorgänge. Da brauchen Sie einen langen Atem. Auch den Finanzierungsrahmen zu haben, ist unter anderem ein Problem.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben auch davon gesprochen, dass man sich die Frage gestellt hat, welches Segment der Wirtschaft man damit bedienen kann. Wer hat sich damit auseinandergesetzt? – Sie haben zuerst erwähnt, in der Vergangenheit auch Auto-Cluster, alles Mögliche. Aber wenn man sagt: als Zielvorstellung 800 Millionen € oder bis zu 1 Milliarde €, dann muss sich ja jemand konkret Gedanken gemacht haben. Ich meine, es ist ganz nett, wenn man sagt: Wir haben jetzt einmal eine Zielvorstellung – 20 Prozent wollen wir haben, das entspricht ungefähr der bundeslandmäßigen Verteilung!, aber es muss sich ja irgendjemand ... – Das ist ja sonst eine Zahl, die nur vollkommen aus der Luft gegriffen ist, das ist eine Prozentzahl, die wirtschaftlich überhaupt nichts aussagt.

1 Milliarde €, das – das darf man nie vergessen – sind über 13 Milliarden Schilling. Das ist ja eigentlich ein unfassbares Volumen – und das wäre natürlich, wenn das wirklich zustande kommt, durchaus sinnvoll für die Steiermark. Aber ich würde gerne einmal konkret wissen, wer sich mit diesem Segment beschäftigt hat. Denn nur zu sagen, wir haben das als Zielvorstellung gehabt – 800 Millionen bis 1 Milliarde € –, das scheint mir schon sehr aus der Luft gegriffen zu sein.

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich bitte, auch zu würdigen, dass diese Milliarde nicht in einem Jahr zusammenkommen soll, sondern dass das über einen 15-jährigen Zeitraum läuft. Wenn Sie 1 Milliarde durch 15 dividieren, kommen Sie auf knapp 70 Millionen. Das ist eine Ziffer, die ich für den steirischen ... – Natürlich hat sich jemand damit beschäftigt, es hat genug Analysen gegeben, wie die ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wenn Sie sagen, es hat **genug Analysen** gegeben: Können Sie mir eine nennen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Es hat Analysen zu allen drei Offset-Programmen gegeben, und man ist in der Steiermark unisono – auch im Wirtschaftsförderungsbeirat, wo immer das diskutiert wurde, im Landtag – der übereinstimmenden Meinung gewesen, dass die Strukturen der Steiermark dafür durchaus passen. Das Problem für eine breite Gruppe von Unternehmungen, die grundsätzlich auch dafür bereit wären – von der Struktur her, von der Branche her, Industrie, Technologie – ist, dass sie diese Voraussetzungen bekommen, damit sie auch zu den Aufträgen kommen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wer hat diese Analysen erstellt?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Die sind im Wirtschaftsressort angestellt worden. Die hat man, wie gesagt, auch im Sozialpartnerbereich, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Arbeiterkammer, Gewerkschaft ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sind auch externe Firmen damit betraut worden?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich bin davon überzeugt, dass wir in der Zeit – also das ist jetzt sechs oder sieben Jahre her – auch JOANNEUM Research, das ist das Institut für Regionalentwicklung, damit beschäftigt haben. Ich nehme an, Wifo, IHS.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Welche Kosten sind in Ihrem Ressort für die Analysen angefallen?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Das werden marktübliche Preise gewesen sein. Es ist sicher, wenn jemand beauftragt wurde, ist er auch bezahlt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich glaube, wir werden auch in zwei Stunden noch auf kein konkretes Gegengeschäft kommen. Ich mache etwas anderes konkret: Ist Ihnen Herr **Ing. Josef Herk** bekannt? (*Dipl.-Ing. Paierl: Ja!*) – Dipl.-Ing. Gottfried Steiner? (*Dipl.-Ing. Paierl: Ja!*)

In den BMW-Unterlagen findet sich eine seltsame Initiative des Landes Steiermark, und zwar finden wir hier eine Eurofighter Offset-Initiative-Land Steiermark, Vorgehenskonzept. – Sagt Ihnen dieses Vorgehenskonzept der Herren Herk und Steiner irgendetwas?

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Ich habe von einer **Regional-Initiative** gehört, die auf diese zwei durchaus tüchtigen und engagierten Unternehmer aus der Region – einer ist, glaube ich, auch Berater, Steiner, soviel ich weiß – zurückgeht. Davon wusste ich beziehungsweise weiß ich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): „Service is our success“, das ist die Parole des Büros Steiner. – Mir geht es um etwas anderes: Das Land Steiermark wird hier als Träger einer Initiative noch einmal genannt, und es braucht in den Unterlagen nicht lange, dann ist man bei Punkt 3 gleich einmal bei der Finanzierung. Aus diesen Unterlagen, die uns vorliegen, geht hervor, dass das Land Steiermark zusätzlich 130 000 € ausgegeben hat, um ein Vorgehenskonzept, sozusagen ein Anbahnungskonzept – noch gar nicht einmal die Begleitung oder wirkliche Herstellung von Gegengeschäften, sondern um so etwas wie eine Anbahnung –, zu bewerkstelligen.

Ist von Ihrem Ressort ein Vertrag mit Herk und Steiner über die Kosten von 130 000 € netto abgeschlossen worden? Ist Ihnen das in Erinnerung? (*Dipl.-Ing. Paierl: Das kann ich nicht sagen! Möglich, aber ich kann es nicht sagen!*) – Darf ich Ihnen das vorhalten lassen? – Vielleicht können Sie sich dann erinnern, weil bei Stockmar haben wir auch schon nicht gewusst, ob er einen Vertrag bekommt oder nicht.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

(*Dipl.-Ing. Paierl: Ich habe das schon beim Herrn Kräuter gesehen! Das ist eine Präsentation!*) – Das mag schon sein. Aber er hat nicht auf die 130 000 € hingewiesen.

Ich finde das schon beachtenswert, dass Sie selbst davon sprechen, dass es schon sechs Initiativen gegeben hat. Das Land Steiermark startet eine siebte, und dort findet sich die Zahl von 130 000 € gleich in der zweiten Folie. (*Dipl.-Ing. Paierl: Moment, das ist eine Präsentationsfolie der Herren Herk und Steiner!*) – Ja, aber die werden doch nicht 130 000 € ans Land gezahlt haben, dass sie präsentieren dürfen. Es wird ja wohl umgekehrt gewesen sein!

Dipl.-Ing. Herbert Paierl: Woraus entnehmen Sie hier, dass das auch schon ein **Auftrag** war?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich entnehme das daraus, dass hier eine Anbahnung vorgenommen wurde, für die 130 000 € für die Herren, die dort genannt wurden, beabsichtigt waren. (*Abg. Dr. Fekter: Die haben sich das gewünscht!*) Meine Frage an Sie war ja lediglich, ob die Landesregierung oder Ihr Ressort Ihrer Erinnerung nach einen 130 000-€-Vertrag abgeschlossen haben. (*Dipl.-Ing. Paierl: Und ich sagte schon, ich weiß es nicht!*) – Sie können sich wieder nicht

erinnern. (*Dipl.-Ing. Paierl: Nicht wieder nicht! Ich kann mich an sehr vieles erinnern, aber ...! – Zwischenruf des Abg. Hornek.*)

Sie haben auch bei Herrn Stockmar nicht sagen können, ob Sie einen Werkvertrag abgeschlossen haben oder nicht. In den Medien sind Sie und auch die Frau Landeshauptfrau hausieren gegangen, was für tolle Initiativen Ihrerseits gestartet werden. Und wenn man Sie dann fragt, zugegeben ein paar Jahre später, wissen Sie nicht, ob Sie einen Vertrag abgeschlossen haben oder nicht – von der Höhe rede ich ja gar nicht. Hier wären 130 000 € offensichtlich angestanden.

Sie erinnern sich nicht. Gut, wir haben das im Protokoll. Vielleicht werden wir ja noch einen Beweisbeschluss fassen (*Zwischenruf des Abg. Hornek*) und die Unterlagen der Steirischen Landesregierung sozusagen einkassieren. – Danke, das war's.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Landesrat, hatten Sie jemals den Gegengeschäftsvertrag in Händen? Kennen Sie den zur Gänze? (*Dipl.-Ing. Paierl: Nein!*) – Das heißt, keine Insiderkenntnisse, die Herr Kollege Kräuter hier erfragen wollte? (*Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf. – Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es gibt keine weiteren Fragewünsche, daher ist die Befragung geschlossen. Danke für Ihr Kommen und die Auskünfte!

(*Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Herbert Paierl verlässt den Sitzungssaal.*)

17.48

17.49

Obmann Dr. Peter Pilz ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Frau **Waltraud Klasnic** in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Waltraud Klasnic** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Obmann Dr. Peter Pilz begrüßt Frau Landeshauptfrau außer Dienst **Waltraud Klasnic** als **Auskunftsperson**, dankt für deren Erscheinen, weist die auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Landeshauptfrau a. D. Waltraud Klasnic: Waltraud Klasnic; geboren am 27.10.1945; Anschrift: 8044 Graz; Beruf: im Ruhestand.

Die Frage von **Obmann Dr. Peter Pilz**, ob Frau Klasnic im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bedienstete war, **verneint** diese.

Der Obmann erinnert Frau Klasnic an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und weist sie darauf hin, dass sie sich, sollte einer dieser Gründe ihrer Meinung nach schlagend werden, an den Verfahrensanwalt oder an ihn, den Obmann, wenden möge, damit man die weitere Vorgangsweise bespreche.

Der Obmann weist Frau Klasnic weiters auf das ihr nach der Verfahrensordnung zukommende Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, fragt sie, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen wolle, was die Auskunftsperson **bejaht**.

Waltraud Klasnic: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen bin ich sehr froh, die Möglichkeit zu haben, hier etwas auszusagen – auszusagen in jene Richtung, dass ich meine Aufgabe als Landeshauptmann ernst genommen habe und selbstverständlich mitgesorgt und mitgedacht habe, wie die Entwicklung sein wird, dass es zu einem Belastungsausgleich des Standortes mit der dazugehörigen Wirtschaft in der Steiermark kommt. Das heißt, ich habe mich aus innerer Überzeugung der Aufgabe angenommen.

Obmann Dr. Peter Pilz erteilt als erstem Fragesteller Abg. Stadler das Wort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Klasnic, ist Ihnen Frau **Erika Rumpold** ein Begriff?

Waltraud Klasnic: Zurzeit aus den Medien, und ich kenne Frau Rumpold aus einer Begegnung, als sie noch nicht Rumpold hieß – zumindest war sie in einer ganz anderen Funktion, nämlich als Pressemitarbeiterin von irgendeiner Zeitung bei mir im Büro. Ansonsten kenne ich sie nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber als Vertreterin der „100 % Communications“-Agentur war sie nicht bei Ihnen?

Waltraud Klasnic: War sie nicht bei mir, hat eine solche Begegnung nicht stattgefunden. (Abg. Mag. **Stadler:** Hat nicht stattgefunden?) – Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, Frau Rumpold bildet sich ein, eine intensive Landeshauptleute-Tour gemacht zu haben, und es ist daher interessant, von

den Landeshauptleuten der damaligen Zeit zu erfahren, ob Frau Rumpold auch wirklich da war. Wir sind uns da nicht so ganz sicher. – Können Sie damit ausschließen, dass Frau Rumpold in Eurofighter-Angelegenheiten bei Ihnen war?

Waltraud Klasnic: Das schlieÙe ich aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War Herr **Gernot Rumpold** bei Ihnen in Sachen Eurofighter?

Waltraud Klasnic: Das schlieÙe ich ebenfalls aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War ein anderer Vertreter der „100 % Communications“-Agentur bei Ihnen? (**Waltraud Klasnic: Nein!**) – Sagt Ihnen der Name **Dr. Bergner** etwas? (**Waltraud Klasnic: Ja!**) – War der bei Ihnen?

Waltraud Klasnic: Mit dem habe ich sicher Gespräche geführt. (**Abg. Mag. Stadler: War der persönlich bei Ihnen?**) – Das waren Begegnungen – ich weiß es nicht, ob das ein Gespräch im Büro oder sonst wo war, aber Begegnungen gab es. (**Abg. Mag. Stadler: In Eurofighter-Angelegenheiten?**) – Nein, grundsätzlich, dass wir darüber gesprochen haben – ich weiß auch nicht mehr, in welchem Zeitraum. Aber dass es Gespräche gegeben hat mit dem Herrn Bergner, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Über die Gegengeschäfte oder über die Anschaffung des Eurofighter?

Waltraud Klasnic: Ich glaube, es ist eher so etwas wie eine Vorstellung gewesen: Ich bin der Herr Bergner und komme von der Firma.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Herr Bergner Ihnen dort Präsentationsunterlagen des Eurofighter präsentiert?

Waltraud Klasnic: Mir ganz sicher nicht. Ich wäre auch keine Expertin gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die haben Präsentationsunterlagen aufbereitet gehabt, behaupten sie zumindest, die man den Landeshauptleuten gezeigt hätte. – Erinnern Sie sich an eine derartige Präsentation?

Waltraud Klasnic: Eigentlich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen der Name **Alfred Plattner** etwas?

Waltraud Klasnic: Sagt mir gar nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War Frau Keglevich in Gegengeschäftsangelegenheiten bei Ihnen? (**Waltraud Klasnic: Nein!**) – Auch nicht.

Waltraud Klasnic: Ich kann Ihnen nicht helfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Klasnic, haben Sie einmal diesen Gegengeschäftsvertrag gesehen? (**Waltraud Klasnic: Nein!**) – Kennen Sie ihn nicht?

Waltraud Klasnic: Ich kenne keinen Vertrag. Das, was ich gemacht habe, war so etwas wie Menschen zusammenzuführen, die sich bemühen, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen in diese Kompensation einsteigen können. Das heißt, das war schon lange nach dem Vertragsabschluss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf das komme ich dann noch zu sprechen, vor allem auch, mit welchen Kosten das verbunden war. Nur: Für mich ist es ein Mysterium, wie man eine Gegengeschäftsmöglichkeit, ein -potential präsentieren können kann, wenn man den Vertrag dazu nicht kennt!

Waltraud Klasnic: Ich habe auch kein Potential präsentiert, sondern ich habe versucht, in Zusammenarbeit mit der Industriellenvereinigung, mit der Wirtschaftskammer, die Menschen zusammenzuführen; und vor allem: Schwerpunkt Steiermark, Schwerpunkt Aichfeld-Murboden, gemeinsam mit dem Wirtschaftsreferenten, dem Herbert Paierl, der ja gerade bei Ihnen gewesen ist, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der aber auch den Vertrag zwischen ...

Waltraud Klasnic: Auch nicht kennt, wahrscheinlich nicht. (*Abg. Mag. Stadler: Auch nicht!*) – Ich kenne ihn auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, wenn ich Ihnen einen Vertrag anbieten würde, Möglichkeiten anbieten würde, sagen würde: Da können Sie jetzt ein Geschäft machen!, und ich kann Ihnen nicht einmal den Vertrag zeigen, auf dem aufbauend dieses Geschäft getätigt werden soll, als Gegengeschäft zu einem Hauptgeschäft: Wie soll das gehen?

Waltraud Klasnic: Die Logik ist eigentlich, wenn die Republik Aufträge vergibt, dass sie auch Wege sucht, dass die Wirtschaft der Republik davon einen Nutzen hat. Und in diesem Sinne war mir bewusst, dass es das Wort „Gegengeschäft“ gibt, und die Medien haben auch dementsprechend berichtet, aber die Koordination ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die kannten den Vertrag auch nicht.

Waltraud Klasnic: Ja, aber dann schreiben sie halt etwas, ohne dass sie es wissen. Ich kann die Medienarbeit nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wollen wir jetzt die Medienschelke nicht fortsetzen. (*Waltraud Klasnic: Ich habe keine!*) – Aber die Politiker, die einer Wirtschaft oder Gruppen von Wirtschaftstreibenden ein Gegengeschäftsfeld präsentieren, müssten ja zumindest einmal diesen Gegengeschäftsvertrag kennen!

Waltraud Klasnic: Ich glaube, man sollte einmal klar sagen, dass ein Gegengeschäft kein Geschenk ist. Es geht um Kompensation, das heißt, dass auch die österreichische Wirtschaft und, in dem Fall – um das habe *ich* mir Gedanken gemacht, das war mein Ziel, nachzudenken –, dass auch die steirische Wirtschaft, wenn es um Kompensationsgeschäfte geht, Aufträge bekommen kann: die Wirtschaft, die Industrie und die kleine und mittlere Industrie. Das war das Thema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viel hat Ihrer Erinnerung nach diese ganze Präsentationskampagne das Land Steiermark gekostet?

Waltraud Klasnic: Das dürfen Sie mich nicht fragen, denn aus dem Büro Landeshauptmann und in meiner Funktion ist keine Kampagne gemacht worden. Und ich bin eigentlich überzeugt, dass der Wirtschaftsreferent in seiner Funktion (*Abg. Mag. Stadler: Der wusste es auch nicht mehr!*) vieles gemacht hat und das nicht eine Frage der Kosten, sondern des Einsatzes eines guten Politikers war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon. Wir haben auch sehr viele Kosten gefunden, die Herr Landesrat außer Dienst Paierl nicht mehr zuordnen konnte. Er konnte zum Beispiel auch nicht mehr sagen, was ein Spezialbüro gekostet hat. Jetzt habe ich mir gedacht, vielleicht haben Sie noch eine Größenordnung in Erinnerung, was das Ganze gekostet hat.

Waltraud Klasnic: Nein, da kann ich Ihnen leider nicht helfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie mir ein großes Gegengeschäft, das Ihnen noch in Erinnerung ist, nennen, das auf Grund dieser Kampagne abgeschlossen wurde?

Waltraud Klasnic: Grundsätzlich stehen die Firmen, die Gegengeschäfte, das heißt Kompensationsgeschäfte gemacht haben, abgeschlossen haben oder nicht, im Internet. Dort habe ich sie mir in den letzten Wochen herausgesucht. Das sind große Firmen, und ich hoffe, dass die gute Kompensationsgeschäfte gemacht haben. Abgeschlossen werden sie wahrscheinlich erst in einigen Jahren sein – das kann man heute noch gar nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben eine Präsentationskampagne über das Land Steiermark organisiert, die übrigens die x-te war zu bereits vorhandenen Kampagnen, und haben aber dann kein Feedback mehr bekommen, was jetzt wirklich abgeschlossen wird und was nicht.

Waltraud Klasnic: Moment: *Ich* habe keine Präsentationskampagne organisiert!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, die Landesregierung des Landes Steiermark.

Waltraud Klasnic: Ja, Entschuldigung: Da gibt es einen zuständigen Referenten, der dann diese Aufgabe auch gut ausgeführt hat. Das macht nicht der Landeshauptmann selber. Was ich getan habe, war: Ich habe die Verantwortlichen – sprich Vertreter der Industrie, nämlich Präsidenten der Industrie, Präsidenten der Wirtschaftskammer – zu einem Gespräch eingeladen und habe gesagt: Wie weit ist es? Wie viele Möglichkeiten hat die steirische Wirtschaft schon bekommen? – Solche Gespräche habe ich geführt. Aber ich habe keine Kampagne geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie waren an dieser Kampagne nicht beteiligt. Das war sozusagen eine Solo-Aktion des Herrn Paierl?

Waltraud Klasnic: Das ist nicht eine Soloaktion, sondern Dipl.-Ing. war Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung (*Abg. Mag. Stadler: Ja, das wissen wir!*), und dann steht man dazu, ob man dabei ist oder nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Waren Sie mit dabei, oder hat er das alleine gemacht aus der Landesregierung?

Waltraud Klasnic: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich dabei war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Paierl selber kann nämlich auch kein einziges Gegengeschäft nennen. Wissen Sie, das ist ein Mysterium: Eine Landesregierung beschließt eine Kampagne (*Waltraud Klasnic: Einstimmig!*) – ja, natürlich; wunderbar! –, nimmt dafür einen Batzen Geld in die Hand, ein Landesrat reist durch die Gegend, verspricht den Leuten, dass sie alles Mögliche liefern werden können – nur dem Tischler haben sie klarmachen müssen, dass sie keine Bänke liefern können; das hat er hier als Beispiel genannt –, kein Mensch kann aber mehr sagen, was das Ganze gekostet hat, und keiner kann *ein* nennenswertes Gegengeschäft, das aufgrund dieser Kampagne zustande gekommen ist, im Ausschuss nennen. Das nenne ich wirklich eine „erfolgreiche, nachhaltige Landesstruktur“! (*Abg. Dr. Fekter: Beim Einreichtermin im Mai war Paierl gar nicht mehr im Amt! Daher hat er es nicht bestätigt ...!*)

Ich habe buchstäblich darauf gewartet, bis die Pflichtverteidigung aus dem ÖVP-Winkel kommt! – Frau Klasnic, wenn Sie die Verteidigung der Frau Fekter notwendig haben, dann haben Sie einen schlechten Standpunkt, glauben Sie mir das. Also bitte rufen Sie (*Waltraud Klasnic: Na, ich kann Ihnen zum Beispiel ... – Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter – Waltraud Klasnic: Aber wenn Sie wollen ...*) Ihre Parteifreundin zur Ordnung! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: So, jetzt werde ich einmal kurz unterbrechen: Wenn mich nicht alles täuscht, ist der Fragesteller derzeit Herr Abgeordneter Stadler. Frau Klasnic

gibt die Antworten – und es besteht derzeit noch keine Notwendigkeit zum Einschreiten der Pflichtverteidigung.

Waltraud Klasnic: Ich kann Ihnen **eine** Antwort geben: Ich habe zum Beispiel mit dem Herrn Dr. Androsch in Sachen FCC sehr über Kompensation gesprochen. (*Abg. Mag. Stadler: FACC meinen Sie?*) – FACC, ja, Standort Fohnsdorf. Wir haben viele Gespräche in dieser Frage geführt! Ich habe mit Dr. Androsch selber darüber gesprochen, wie sich das entwickeln kann. Was daraus geworden ist, das kann ich nicht für ihn beantworten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da wissen Sie auch nichts mehr davon?

Waltraud Klasnic: Das weiß ich auch nicht. Außer dass ich weiß, dass Fohnsdorf inzwischen eine Standortverlagerung hatte, aus verschiedenen Gründen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir wissen auch, dass sich Herr Androsch schon sehr früh selber in die ganze Beschaffungsaktion mit eingeschaltet hat.

Waltraud Klasnic: Er ist ein guter Unternehmer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das will ich einmal gar nicht bewerten, sondern ich weiß nur eines: dass der die Kampagne des Landes Steiermark mit Sicherheit nicht gebraucht hat, um ins Gegengeschäft zu kommen. Das ergibt sich aus der Aktenlage.

Waltraud Klasnic: Na ja, aber Sie haben sich einen Namen gewünscht – jetzt habe ich einen genannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Sie** haben ihn genannt!

Waltraud Klasnic: Sie haben sich ja einen Namen gewünscht – und Sie haben einen genannt bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Klasnic, ich habe **einen** Namen zu eruieren versucht, der auf Grund Ihrer **Kampagne** (*Waltraud Klasnic: Ich kenne ja die Kampagne nicht!*) ein Gegengeschäft abgeschlossen hat! Glauben Sie mir bitte, dass Herr Androsch Sie und Ihre Kampagne **nicht** gebraucht hat, um ein derartiges Gegengeschäft abzuschließen! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) – Ohne jede Pflichtverteidigung aus dem ÖVP-Winkel von Leuten, die sonst nie eine Wortmeldung haben, können Sie mir das einfach so glauben.

Können Sie mir ein anderes Beispiel nennen von jemandem, der auf Grund der Kampagne des Landes Steiermark ein solches Geschäft abgeschlossen hat? – Androsch und FACC ist ein schlechtes Beispiel.

Waltraud Klasnic: Noch einmal: Diese Kampagne war nicht eine ... – Sie reden von einer Kampagne, die nie ... (*Abg. Mag. Stadler: Das hat Herr Paierl gesagt!*) – Ja, dann bitte – vielleicht haben Sie ihn gefragt! Wenn er es beantworten kann; ich kann es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Landesrat außer Dienst Paierl hat im Grunde wenig berichten können. Er hat wie die „Unschuld und die Unwissenheit vom Lande“ getan. Jetzt habe ich mir gedacht, dass vielleicht die Frau Landeshauptfrau einen größeren Kenntnisstand hat. – Ich bin enttäuscht!

Obmann Dr. Peter Pilz: Da können wir nichts ändern. – Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Klasnic, vielleicht können wir ein paar andere Dinge trotzdem noch klären: Herr Stockmar ist Ihnen sicher ein Begriff?

Waltraud Klasnic: Ich habe gerade mit ihm eine halbe Stunde gesprochen, weil wir uns gleichzeitig dort drüben hingesetzt haben. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, das haben wir uns gedacht!*) Natürlich kenne ich ihn.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielleicht haben Sie bei dieser Gelegenheit aufgefrischt, was der angesprochene Kollege Paieryl jetzt nicht mehr auf den Boden gebracht hat. Können Sie sich erinnern, dass die Landesregierung oder eines der Ressorts mit Herrn Stockmar einen Vertrag abgeschlossen hat?

Waltraud Klasnic: Es gab den Vorschlag, und der Herr Landesrat Paieryl wird Ihnen das sicher berichtet haben. – Ob der Vertrag dann endgültig zustande gekommen ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, einen Vorschlag hat es gegeben. Es hat sogar dann Handlungen gegeben, die auf ein Vertragsverhältnis hindeuten. Die Frage lautet – Paieryl konnte sie im Übrigen nicht beantworten, oder wollte nicht –: Hat es seitens des Landes Steiermark Ihrer Wahrnehmung nach – nicht Ihrer Ressortzuständigkeit nach, sondern Ihrer Wahrnehmung nach – ein wie immer geartetes Vertragsverhältnis mit Herrn Stockmar gegeben?

Waltraud Klasnic: Es hat einmal eine klare Aussage des Landesrates bei uns in der Regierung gegeben, wo er mitgeteilt hat, dass Herr Stockmar bereit ist, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Und ich habe mich sehr darüber gefreut, weil er ein erfahrener Manager ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, jetzt haben wir einmal das. Also Landesrat Paieryl, nehmen wir an, berichtet; die anderen haben sich gefreut.

Waltraud Klasnic: Er hat nicht gesagt, ein Vertrag, sondern: Er wird uns helfen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich weiß schon. Die nächste Frage folgt ja: Haben Sie dann noch irgendeine weitere Wahrnehmung gehabt, ob es tatsächlich ein Vertragsverhältnis gegeben hat?

Waltraud Klasnic: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Aus meiner Sicht weiß ich es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie haben ja dann Aktivitäten des Herrn Stockmar im Land Steiermark registriert. Können Sie etwas über diese Aktivitäten des Herrn Stockmar berichten?

Waltraud Klasnic: Kann ich Ihnen nicht. Aber er kommt ja bald zu Ihnen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kennen Sie Herrn **Ing. Josef Herk?** (*Waltraud Klasnic: Ja!*) – Und Herrn **Dipl.-Ing. Gottfried Steiner?** (*Waltraud Klasnic: Ja!*) – Die haben interessanterweise, möglicherweise ja sogar aufgrund Ihrer Initiative, eine Präsentation abgehalten, wo eine eigene Initiative „Eurofighter Offset“ des Landes Steiermark kreiert wurde.

Können Sie zu dieser Initiative – Land Steiermark, Eurofighter Offset – etwas sagen?

Waltraud Klasnic: Ob Sie „Eurofighter Offset“ geheißen hat, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So steht es in den Akten.

Waltraud Klasnic: Ich glaube, es hat „Steirische Initiative“ geheißen – zumindest aus meiner Sicht. Es war ein Besuch des anwesenden damals Kammerobmannes – er war, glaube ich, Bezirkskammerobmann von Knittelfeld – und von Herrn Dr. Steiner, und beide haben mir berichtet, dass die kleineren und mittleren Unternehmen der Region sich jetzt in diesem Auftragschema nicht sehr gut wiederfinden, und aus diesem Grunde habe ich Gespräche organisiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das war ja auch ein großes Problem für die KMUs – ist es bis heute.

Wissen Sie, ob dem Land Steiermark Kosten aus dieser Initiative entstanden sind?

Waltraud Klasnic: Das weiß ich nicht, weil ich gefunden habe, dass die beiden Herren von sich aus sehr initiativ waren und eigentlich nicht nur Steiner für seinen Betrieb, sondern für die gesamte Region gemeinsam mit Herk arbeiten wollte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur: Herr Steiner hat bei dieser Präsentation – ich kann Ihnen das auch gerne bringen lassen, wenn Sie die Unterlage wollen –, wo auf dem Folienkopf dieser Präsentation schon das Land Steiermark, also das offizielle Logo des Landes Steiermark oben ist, schon einmal avisiert, dass er gerne 130 000 € für diese, was auch immer, „Vorgehenskonzeptberatung“ – dieser Ausdruck ist uns auch hier und heute das erste Mal untergekommen –, 130 000 € mitavisiert. Also, ganz so altruistisch war es ja vielleicht doch nicht.

Frage: Ist Ihnen bekannt, dass die Herren Steiner und/oder Herk seitens des Landes Steiermark für eine „Initiative Steiermark“ Geld bekommen haben?

Waltraud Klasnic: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie erklären Sie sich, wenn Sie das gesehen haben, dass diese beiden Herren mit dem Logo des Landes Steiermark Vorträge halten?

Waltraud Klasnic: Das müssen Sie die Herren fragen! Das dürfen Sie nicht mich fragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das wollten wir eigentlich vermeiden, diese Herren zu fragen. Aber wir sehen: Keiner weiß mehr, ob es Verträge gegeben hat und ob Geld geflossen ist. Das können wir einmal festhalten. Gleichzeitig wissen wir nicht, ob irgendjemand weiß, dass tatsächlich ein Gegengeschäft abgeschlossen wurde.

Jetzt ein letzter Bereich: Das Ganze hat sich ja vor allem um die Region Aichfeld-Murboden gedreht. Das haben Sie gerade auch erwähnt. Wir kennen gemeinsam die Schwierigkeiten dort.

Jetzt haben wir hier Unterlagen von einer Bürgermeisterkonferenz bereits aus dem Jahr 2004, wo namhaft Beschwerden eintrudeln, dass nichts weitergeht.

Können Sie, wenn wir jetzt speziell an die Region Aichfeld-Murboden denken, eine Initiative oder ein Gegengeschäft nennen, das tatsächlich aufgrund des Eurofighter-Geschäftes zustande gekommen ist?

Waltraud Klasnic: Wenn ich Namen hätte nennen können, hätte ich es bei Ihrem Vorredner schon gemacht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt wäre es ja speziell um Aichfeld gegangen. Ich habe mir gedacht, das hilft vielleicht. Im März 2005 ist eine Obersteiermark-Konferenz abgehalten worden, ich glaube sogar, auf Grund Ihrer Initiative. Dort ist davon gesprochen worden, dass rund um die Problematik Spielberg – das kennen wir auch gemeinsam – Gegengeschäfte eine Rolle spielen könnten.

Hat bei dem Projekt Spielberg-Alt – Spielberg-Neu wollen wir ja hier nicht mehr referieren – die Gegengeschäftsidee irgendeine Rolle gespielt?

Waltraud Klasnic: Grundsätzlich ist das Projekt Spielberg-Alt meines Wissens Anfang Dezember 2004 beendet worden. Die Bürgermeisterkonferenz hat im ersten Quartal 2005 stattgefunden, und da war der Schwerpunkt, dass wir uns als Steirische

Landesregierung gesagt haben und auch ich als Landeshauptmann mir gesagt habe, es hat sich vieles verändert, die Leute haben keine Hoffnung, sie brauchen neue Initiativen. Ich habe mit der Bundesregierung verhandelt und auch mit dem zuständigen Wirtschaftsreferenten, und wir haben diese Initiative gestartet. Das Wirtschaftsministerium hat uns gesagt, sie unterstützen Projekte, wenn sie konkret aus dem Raum Obersteiermark kommen. Das ist aber nicht nur Aichfeld-Murboden gewesen, sondern das ist weiter über die Region hinausgegangen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das war 2005. Das ist richtig. Das war aber die so genannte Obersteiermark-Konferenz. (*Waltraud Klasnic: Ja!*) – Die Bürgermeisterkonferenz war tatsächlich ein Jahr vorher.

Es ist ja in dem Zusammenhang interessant, dass der Herr Geschäftsführer von **Pankl Racing** – eine sehr erfolgreiche Firma, wie wir wissen –, Herr Wustinger, in der Folge mit Agenden rund um die Wiederaufnahme der Aktivitäten am A1-Ring beschäftigt war.

Kennen Sie Herrn Wustinger? (*Waltraud Klasnic: Ja!*) Haben Sie mit dem Gespräche geführt auch über die Fragestellung, inwieweit Firmen, die mit EADS in Kontakt stehen, sich auch bei Spielberg beteiligen könnten?

Waltraud Klasnic: Grundsätzlich muss man sagen, dass das zwei Dinge sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das sehe ich auch so!

Waltraud Klasnic: Wenn Sie von der Bürgermeisterkonferenz sprechen, dann sprechen Sie vom Jahr 2004. (*Abg. Mag. Kogler: Richtig!*) – Im Jahr 2004 waren es Bürgermeister, die sich gemeldet haben, das stimmt, oder die zumindest die Information ebenso weitergegeben haben wie die Herren Herk und Steiner und gesagt haben, in unserer Region müsste sich in dieser Kompensationsfrage einiges bewegen. Das war auch der Grund meiner Aktivität, dass ich versucht habe, die Menschen an einen Tisch zu setzen. Punkt.

Zweiter Punkt: Spielberg ist ein ganz anderes Thema. Ich hatte zumindest für mich den Auftrag, alles zu tun, dass ein Projekt Spielberg II entstehen kann. Ich habe versucht, Financiers zu finden, habe gute Absprachen auch mit dem Herrn Mateschitz gehabt, und er hat mir dann erklärt: Wir machen es, wenn es jemanden gibt, der uns das Ganze baureif fertig stellt. Also muss man gute Köpfe suchen, die das können, und ich habe den Herrn Wustinger damals eingeladen mit einer anderen Gruppe – ich glaube, Dr. Gartler war dabei –, und die arbeiten jetzt am Projekt Spielberg II, und ich würde ihnen wünschen, dass es gelingt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Herr Wustinger das bewusst immer verschwimmen hat lassen, dass da Gegengeschäfte auch eine Rolle spielen können, auch rund um den Ring?

Waltraud Klasnic: Ich sehe ja wenig Menschen, die erzählen, wann sie wo Geschäfte machen, weil das ja auch eine Frage des Wettbewerbes ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War Ihnen bewusst, dass Wustinger bereits vor der Typenentscheidung einen intensiven Kontakt mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gepflogen hat und Gegengeschäfte im Wert von bis zu 70 Millionen € in Aussicht gestellt hat, die seine Firma lukrieren könnte?

Waltraud Klasnic: Es ist mir nicht bewusst, aber wenn es in die Steiermark gegangen wäre, hätte es mich gefreut. Und wenn es so ist, dann freut es mich noch immer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das würde uns alle noch freuen, nur sie sind nicht da. Gut. – Mit dem Herrn Wustinger werden wir uns aktenweise noch gesondert beschäftigen. – Danke.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Klasnic, Sie haben gesagt, Sie kennen den Gegengeschäftsvertrag nicht. Ich möchte Ihnen dazu ein Schreiben von Ihrem Büro, von einem Mitarbeiter namens **Franz Soltesz** – ich kenne ihn selber nicht –, zur Kenntnis bringen. Am 5. Juli 2004 schreibt er dem Herrn Dr. Lohberger Folgendes:

Ich beziehe mich auf das mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Ihnen am 30.4.2004 geführte Gespräch, in dem Sie Frau Landeshauptmann um Übermittlung einer Abschrift des Vertrages über die Eurofighter Kompensationsgeschäfte ersucht hat. – Zitatende.

Ich zitiere nur kurz – ich lege es Ihnen gleich vor – ein weiteres Schreiben, eine Passage daraus, wo dieser Herr Lohberger an den Sektionschef Mayer schreibt:

Wohl wissend, dass der Offsetvertrag ein streng vertrauliches Dokument ist, glaube ich doch, dass sowohl im Fall von Frau Landeshauptmann Klasnic auch Herrn Präsident Mühlbacher die Übermittlung dieses Dokumentes aus Vertraulichkeitsgründen kein Problem sein kann. – Zitatende.

Frau Klasnic, ich glaube Ihnen natürlich, dass Sie den Vertrag nie gesehen haben. Mich interessiert jetzt nur: Hat man zu diesem Zeitpunkt, 2004, einmal gesagt: Es geht nichts weiter, wir müssen uns einmal den Vertrag anschauen!, und hat der Herr Mühlbacher da auch Druck gemacht?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Waltraud Klasnic: Mir geht es darum, dass Sie sagen, da steht, der eine schreibt dem anderen, dass es eine Möglichkeit **wäre**, mir das zu geben. Aber da steht nirgends, dass ich das bekommen habe, weil ich habe diesen Vertrag meines Wissens nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frage ist ja: Hat der Herr Wirtschaftskammerpräsident Mühlbacher einmal bei Ihnen vorgesprochen und gesagt: Frau Landeshauptmann, so geht es nicht weiter. Wir müssen einmal diesen Vertrag anschauen, weil ja bei den Gegengeschäften ...?

Waltraud Klasnic: Wir haben nicht über den Vertrag gesprochen, sondern der Herr Präsident Mühlbacher und ich hatten in dem Fall ein gemeinsames Interesse, nämlich, dass Kompensationsgeschäfte, die ja möglich sind und die ja auch kommen sollen, in die Steiermark kommen. Solche Gespräche haben wir gehabt. Aber da ist es nicht um einen Vertrag gegangen, sondern um die praktische Umsetzung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aus diesen Dokumenten geht aber hervor, dass Sie selber den Herrn Dr. Lohberger am 30.4., wenn ich es richtig im Kopf habe, um den Gegengeschäftsvertrag ersucht haben. Das ist deswegen so bedeutend, weil Sie müssen ja bedenken, das Parlament, die kritische Öffentlichkeit, alle wollten diesen Vertrag haben, und offensichtlich hat es hinter den Kulissen Verhandlungen gegeben, dass einzelne Akteure doch zu dem Vertrag kommen. Wie ist denn das ausgegangen?

Waltraud Klasnic: Wenn mich etwas interessiert hätte an einem solchen Vertrag, dann war es nicht der Inhalt des Vertrages, sondern der Stellenwert der Steiermark, ob wir wohl auf Platz eins sind in der Zuteilung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, es wäre jetzt allerdings rein juristisch gesprochen ja eine Anstiftung zum Amtsmissbrauch gewesen (**Abg. Dr. Fekter:** Das

steht aber nicht im Vertrag!), Frau Noch-Justizsprecherin Fekter. Das muss doch klar sein, das ist ja eine gravierende Angelegenheit.

Und darum interessiert mich eben der Hintergrund. Haben Sie das in der Landesregierung besprochen, dass man sich jetzt auf den Weg macht, um einmal den Vertrag zu sehen?

Waltraud Klasnic: Ich glaube, Ihr Datum war 2005? Oder 2004? (*Abg. Dr. Kräuter: Das steht da drinnen!*) Wenn in der Landesregierung etwas besprochen wurde: Der Vertrag war sicher nicht unser Thema, sondern wir haben auch über Kompensation gesprochen. Und in dieser Frage hat es auch ein gemeinsames Wollen gegeben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): In dieser Zeit ist ja auch Folgendes passiert. Diese Task Force mit dem Herrn Stockmar ist ja in Wahrheit sang- und klanglos unter gegangen. Der Herr Mühlbacher hat dann einmal in der „Kleinen Zeitung“ gesagt, das Büro ist „ruhend gestellt“. Können Sie sich da erinnern: Wie war denn das, als dieses Büro – das hat ja auch Mitarbeiter gehabt – plötzlich sozusagen verschwunden ist von der Oberfläche?

Waltraud Klasnic: Das ist eine Aussage der Wirtschaftskammer Steiermark, und ich war Landeshauptmann der Steiermark und habe im eigenen Bereich Sorgen genug gehabt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, schon, Frau Klasnic, aber die Gegengeschäfte wären ja für das Stationierungsland das Um und Auf. Und immerhin hat man ja gesagt, die Abfangjäger bescheren den Steirern eine Euro-Milliarde. Das kann ja auch nicht am Landeshauptmann spurlos vorbeigehen, wenn das Büro der Task Force mit dem so hochgelobten Herrn Stockmar auf einmal zu existieren aufhört! Damit muss man sich doch auch einmal beschäftigt haben.

Waltraud Klasnic: Es ist mir nicht bewusst, aber vielleicht haben Sie irgendeine Unterlage. Sie dürfen nicht vergessen, das ist einige Jahre her, und ich bin aus dem „G'schäft“ draußen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann erinnern Sie sich bestimmt noch an den Jänner 2005. Ich zitiere da aus der „Kronen Zeitung“ – ich kann sie Ihnen gerne vorlegen –: Klasnic verspricht dem Aichfeld Förderungen in Höhe von fast 300 Millionen €, dazu Investitionen bis zur vollen Milliarde. – Das war am ÖVP-Gemeindetag in Knittelfeld.

Erinnern Sie sich, was – ich nenne nur Bartenstein – letztendlich von dem übrig geblieben ist?

Waltraud Klasnic: Nur der Ordnung halber: Sie haben jetzt zwei Dinge. Diese 300 Millionen € Förderung, über die dort gesprochen wurde, war nicht eine Sache, die mit Kompensation zu tun hatte, sondern das war eigentlich eine Hilfestellung aus der Sicht des Bundes, nachdem uns das Projekt Spielberg zumindest mittelfristig oder kurzfristig abhanden gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich darf Sie noch einmal von vorhin zitieren. Sie haben gesagt, Sie können kein Gegengeschäft nennen im Aichfeld, in der Stationierungsregion, mit Ausnahme FACC.

Waltraud Klasnic: Nein, Moment! Auch hier habe ich gesagt, ich habe Gespräche geführt mit dem Dr. Androsch über das Thema, und ich habe **nicht** gesagt, dass es ein Gegengeschäft ist, weil das muss jeder Unternehmer für sich selber ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darum darf ich ja den Dr. Androsch zitieren. Er sagt – das ist ganz aktuell – am 11. April 2007 im „Standard“:

Die Gegengeschäfte mit FACC seien nur dazugerechnet worden. Mit uns sind ja Gegengeschäfte nicht vereinbart worden. Das waren ganz normale bilaterale Geschäfte. – Zitatende.

Das hat jetzt nicht unmittelbar etwas zu tun mit dem Aichfeld (*Abg. Dr. Fekter: Der Stephan hat aber ganz was anderes ausgeführt da! Der Geschäftsführer kennt sich halt besser aus als der Aufsichtsratsvorsitzende!*), aber festzustellen ist jedenfalls, dass es **kein einziges** Gegengeschäft gibt, das die seinerzeitige Landeshauptfrau und der seinerzeitige Wirtschaftslandesrat nennen können, in der Stationierungsregion. Das ist, glaube ich, das Entscheidende. Und gestern war ja der ORF so nett und hat ein altes Zitat vom Herrn Landesrat Paierl hervorgekramt, wo Paierl sagt:

Wir wollen das Ziel, das wir aufgestellt haben, wir, die Landesregierung, nämlich gerade im Aichfeld, im Raum Zeltweg Betriebsansiedlungen hinzubringen, ganz konkret Investitionen hinzubringen, als die wichtigste Aufgabe ... – Zitatende.

Auch Sie selbst, Frau Klasnic – und das lese ich noch vor, dann schließe ich meine Frage an –, schreiben am 3. Mai 2004 an den Minister Bartenstein:

Lieber Herr Bundesminister!

Da die Steiermark als einziges Bundesland, insbesondere aber die Region Aichfeld-Murboden, die Belastungen aus der Stationierung der Abfangjäger zu tragen hat, hat sich die Wirtschaftskammerregionalstelle Knittelfeld ganz besonders dieses Themas angenommen. – Zitatende.

Und Sie haben dann um Mittel aus dem Ressort von Bartenstein ersucht. – Haben Sie Mittel erhalten?

Waltraud Klasnic: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, ob Mittel gekommen sind, aber der Brief ist eigentlich genau das, was ich von Beginn an gesagt habe: Ich habe mich bemüht, mit dem Schwerpunkt Obersteiermark, und genau diese Passage, die Sie jetzt lesen, das war die Unterstützung der Vorarbeiten, die die Herren Herk und Steiner geleistet haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich kann es Ihnen gerne beantworten: Sie haben vom Landsmann Bartenstein, vom Herrn Wirtschaftsminister für die Region Aichfeld-Murboden **kein Geld** bekommen! Und die traurige Realität ist, dass **kein** Projekt Spielberg entstanden ist, dass es **keine** Offset-Gegengeschäfte gibt, dass es eine massive Reduktion von Arbeitsplätzen gibt in dieser Region (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), und dass in Wirklichkeit aus einer Rennstrecke eine Schutthalde geworden ist. Das ist die traurige Realität!

Waltraud Klasnic: Entschuldigung, Herr Vorsitzender, aber ich glaube, der Wahlkampf ist vorbei und ich bin nicht mehr im Amt. Das einmal grundsätzlich. Ich meine, mir jetzt Spielberg und alles Mögliche herzulegen – das ist eigentlich heute nicht das Thema, habe ich geglaubt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Frau Klasnic, wir haben so umfangreiche Dokumente, so lange wollte ich Sie gar nicht aufhalten. Wir haben so umfangreiche Dokumente, die sich allein mit dem Projekt Zeltweg–Spielberg beschäftigen, dass wir uns stundenlang darüber unterhalten können. Das ist Aktenlage. Und selbstverständlich wäre es – und das wissen wir als Steirer ja beide – dann ja gelaufen. Wenn dieses 700-Millionen-Projekt mit Red Bull und anderen geklappt hätte, hätte man ja sagen können, das sind Gegengeschäfte. Aber das hat nicht geklappt. Und dass man zusätzlich noch eine funktionierende Rennstrecke zerstört hat, ist halt auch ein Teil von diesem traurigen Kapitel.

Ich möchte vielleicht noch eine vorletzte Frage anschließen. Diese EBD – das war doch diese Firma, die eben die Gegengeschäfte betreut hat. Ist Ihnen das geläufig? Und da war Herr Dr. Bergner der Geschäftsführer.

Hat sich niemand in der Steiermark dafür interessiert, wer bei dieser Firma eigentlich die Hintermänner, nennen wir sie **Shareholder**, sind?

Waltraud Klasnic: Ich muss einen Satz zurückgehen. Wenn Sie mir sagen, dass die Rennstrecke abgerissen wurde, dann muss ich Ihnen sagen, der Bürgermeister von Spielberg hat das unterschrieben und genehmigt. (*Abg. Dr. Fekter: Und das ist ein Roter!*) Ich muss das auch sagen, weil das bin ich mir selber schuldig. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn es notwendig ist, werde ich für 2 Minuten unterbrechen, damit die Frau Abgeordnete Fekter viele laute Sachen nach eigenem Belieben sagen kann, und dann wird es vielleicht wieder möglich sein, dass die Frau Klasnic, ohne von der ÖVP unterbrochen zu werden, ihre Antworten gibt. Machen wir noch einen letzten Versuch!

Frau Klasnic, bitte.

Waltraud Klasnic: Ja, ich habe die Frage nicht beantwortet. Ich weiß nicht, wer Eigentümer oder sonst was von EBD ist. Und noch einmal: Ich habe ganz sicher Begegnungen – ich möchte das nicht einmal auf eine beschränken – mit dem Herrn Bergner gehabt, der gesagt hat, dass er sich in diesem Bereich einsetzt. Ich weiß es nicht mehr genau – es gab ja in Knittelfeld einmal eine Veranstaltung –, ob er nicht dort als Referent anwesend gewesen ist, oder jemand aus seinem Unternehmen. Ich war nicht dabei, aber ich weiß, dass darüber gesprochen wurde.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir wissen ja heute, dass der Gehilfe von einem Herrn Steininger und ein Waffenhändler aus einer Waffenhändler-Familie dort die Hintermänner sind, im wahrsten Sinne des Wortes, und ich meine eben auch, man hätte sich seitens der Steiermark ja darum kümmern können, wer da dahintersteht.

Letzter Fragenkomplex: Fachhochschule Joanneum. Die damalige Finanzlandesrätin Edlinger-Ploder hat ja gesagt:

Die in Wien machen einen Blödsinn nach dem anderen.

Sie erinnern sich sicherlich: Das war das mit der Lehrstunde um 78 500 € – Ist das in der Landesregierung einmal diskutiert worden?

Waltraud Klasnic: Ob es in der Landesregierung diskutiert worden ist, kann ich nicht beantworten, das müsste man dem Protokoll der Landesregierung entnehmen. Aber dass wir in der Vorbesprechung darüber geredet haben, das bestätige ich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der Rektor der Technischen Universität, Herr Sünkel, ist ja fast ausgezuckt. Der hat ja gesagt: Abenteuerlich, ungeheuerlich, was das veranstaltet wird! Jetzt sehr einfach gefragt: Sehen Sie das auch kritisch, dass man für eine einzige Unterrichtsstunde eine satte Million Schilling verrechnet als Gegengeschäft? (*Abg. Hornek: Das hat der Vranitzky auch gekriegt! – Abg. Dr. Fekter: Für gar nichts!*)

Waltraud Klasnic: Die Bewertung von Gegengeschäft oder nicht, das ist nicht eine Aufgabe gewesen, die sich in der Steiermärkischen Landesregierung gestellt hat, sondern da gibt es ja eine Bewertungsgruppe, die irgendwo in Wien angesiedelt ist, nicht?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Schon. Aber, Frau Klasnic, vor allem wir als Steirer, als Landsleute, wo unser Interesse ja sein muss, einen Ausgleich für die

Belastungen, für die Umweltverschmutzung, für die Gefahren, für den Lärm zu finden, wir können ja nicht einfach hinnehmen – und die Frau Edlinger-Ploder hat das ja dankenswerterweise nicht getan –, dass derartige abenteuerliche Rechnungen, 78 500 € für eine einzige Stunde, untergejubelt werden, und das angerechnet wird, statt tatsächlich Arbeitsplätze ins Land zu holen. (*Abg. Dr. Fekter: Machen Sie keinen falschen Vorhalt!*) Tatsache ist, wir haben im Aichfeld, in der Obersteiermark, einen massiven Einbruch an Arbeitsplätzen, und es kann niemand ein Gegengeschäft für die Steiermark nennen! Das ist ja das, was ich heute am aller Erschütterndsten finde: Dass Sie als ehemalige Landeshauptfrau und der Herr Landesrat Paierl als ehemaliger Wirtschaftslandesrat nicht in der Lage sind – obwohl Paierl bis 2004 im Amt war; Sie waren noch wesentlich länger im Amt –, auch nur **ein einziges** Gegengeschäft zu nennen! Das ist wirklich traurig, weil wir ja das Stationierungsland sind und, wie gesagt, die Belastungen zu tragen haben.

Waltraud Klasnic: Ich lege schon Wert darauf, dass es darum geht, dass der Vertrag der Kompensation ja nicht im Oktober 2005 ausgelaufen ist, sondern noch immer am Laufen ist, meines Wissens nach noch einige Jahre. Das heißt, dass ich diese Kompensationsgeschäfte vielleicht begonnen, vielleicht fertig gestellt habe. Vielleicht fragen Sie meinen Nachfolger, was er in den letzten eineinhalb Jahren davon gemerkt hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem da jetzt einige relativ falsche Sachen, sage ich jetzt einmal, vom Kollegen Kräuter und vorhin auch vom Kollegen Stadler zu Protokoll genommen wurden, möchte ich klarstellen:

Sowohl Stadler als auch Kräuter haben behauptet, Landesrat Paierl hätte kein einziges anerkanntes Gegengeschäft nennen können. – Das ist richtig, und zwar deshalb, weil die Gegengeschäfte erst mit **31. Mai 2004** beim Wirtschaftsministerium einzureichen waren, dann das Wirtschaftsressort 120 Tage Zeit hat, das heißt, erst im Herbst 2004 die ersten anerkennungswürdigen Gegengeschäfte bekannt waren. Und Herr Landesrat Paierl hat darauf hingewiesen, dass er ja bereits im **April 2004** aus dem Amt ausgeschieden ist. Daher hat er in seiner Zeugenaussage gemeint, er hat die eingereichten, angebahnten, aber **nicht** die anerkannten Gegengeschäfte nennen können. Und daher braucht man nicht unterstellen, er hätte keines genannt. Er hat korrekterweise keines genannt, weil er schon aus dem Amt ausgeschieden war, bevor überhaupt das erste eingereicht wurde.

Das Zweite, weil da so unheimlicher Informationsbedarf besteht über anerkannte Gegengeschäfte in der Steiermark.

Es gibt darüber in den Unterlagen vom Wirtschaftsministerium, in den Akten **ausführlich** Aufschlüsselungen. Und zwar haben in der Steiermark Gegengeschäfte gemacht: AT&S Austria Technologie & Systemtechnik AG, austriamicrosystems AG, BDI Anlagenbau GmbH, Böhler Edelstahl GmbH, Böhler Schmiedetechnik GmbH & Co KG, Daimler Chrysler Computing Services GmbH, Daimler Chrysler Consult Graz GmbH, Efkon AG, Elin EBG Motoren GmbH, FH Joanneum GmbH, Georg Fischer GmbH & Co KG, HTB High Tech Plastics AG, O.S.T. Feinguss GmbH, Pankl Drivetrain Systems GmbH, Peters GmbH (*Abg. Mag. Kogler: Das ist doch die Weihnachtsliste!*), Reichhart Logistik Austria GmbH, Schmiedetechnik Breitenfeld, Technische Universität Graz, inycom Information Technology Services GmbH.

Nachdem ein so unheimlicher Informationsbedarf bei den Abgeordneten bestand, das von der Frau Landeshauptfrau zu erfahren, die Frau Landeshauptfrau aber nicht mehr im Amt ist, habe ich euch das nachgereicht. Danke.

Waltraud Klasnic: Im Internet nachzulesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es gibt nur mehr die Feststellung, dass eben kein einziges Gegengeschäft festzustellen ist in der betroffenen Region Aichfeld-Murboden, und das ist eine traurige Sache. (*Abg. Dr. Fekter: Roter Bürgermeister! Roter Landeshauptmann! – Ironische Heiterkeit sowie Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, aber eines ist unbestritten: schwarze Kohlegrube, tiefschwarze Kohlegrube. (*Waltraud Klasnic: Nicht mehr!*)

Damit hätten wir es, glaube ich. Gibt es sonst noch Wünsche?

Dann danke ich Frau Klasnic herzlich fürs Kommen und für ihre Auskunftsbereitschaft! Die Befragung ist geschlossen!

(*Die Auskunftsperson Waltraud Klasnic verlässt den Sitzungssaal.*)

18.32

18.33

Obmann Dr. Peter Pilz ersucht sodann darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dipl.-Ing. Jürgen Stockmar** in den Saal zu bitten.

*(Die Auskunftsperson **Dipl.-Ing. Jürgen Stockmar** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Dipl.-Ing. Jürgen Stockmar** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen ausdrücklich auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe geahndet – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar (Magna Education and Research): Mein Name: Jürgen Otto Paul Stockmar; geboren am 29.12.1941; wohnhaft in 1010 Wien; Beruf: Ingenieur.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies.)*

Der Obmann erinnert daran, dass auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte einer dieser Gründe für die Auskunftsperson schlagend werden, könne sie sich an Verfahrensanwalt Dr. Strasser oder an den Obmann wenden, dann werde die weitere Vorgangsweise besprochen.

Der Obmann fragt, ob Dipl.-Ing. Stockmar von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, eingangs eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, was dieser **verneint**.

Der Obmann erteilt als erstem Fragesteller Abg. Kogler das Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich möchte gleich direkt beginnen: Haben Sie rund um den Zeitpunkt Ihrer Pensionierung einen Vertrag mit dem Land Steiermark oder mit einem Ressort des Landes Steiermark abgeschlossen?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Wir haben per Handschlag meine Aktivität für die steirische Landesregierung, vertreten durch die Steirische Wirtschaftsförderung, abgeschlossen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also halten wir einmal fest: Per Handschlag ist abgeschlossen worden. Und wer hat das Land Steiermark vertreten? Der Ressortleiter? Wer war die Wirtschaftsförderung?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Landesrat Paieryl, und mein Gesprächspartner in der Förderungsstelle war Dr. Kaltenbeck.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, das war der Leiter der Abteilung.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Genau, das ist er heute noch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, der ist noch da; Paieryl nicht. – Meine Frage: Was ist da per Handschlag was vereinbart worden? Was war der Vertragsinhalt?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ich bin von der steirischen Landesregierung, damals vertreten durch den Landesrat Paierl, gefragt worden, ob ich mich bereit erkläre, eine Gruppe aufzubauen, die sich um die Gegengeschäfte im Zuge und im Rahmen des Vertrages Ankauf Flugzeug, Typ war damals nicht relevant, kümmern würde. Und ich habe dazu ja gesagt, denn Sie wissen auch, ich habe gute Beziehungen zur Steiermark, ich habe geglaubt, ich kann auch für die Steiermark dort etwas in dieser Organisation bewegen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was war jetzt Ihre genauere Aufgabe? Können Sie das ein bisschen beschreiben? Im Zuge der Gegengeschäfte wollten Sie für die Steiermark was tun? Was ist vereinbart worden mit dem Ressort?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Unsere Aufgabe war klar umrissen, wir haben in mehreren Runden die Aufgabe auch fixiert. Es ging darum, zusammenzubringen die damals noch nicht zusammenarbeitenden Organisationen in der Steiermark, insbesondere Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Steirische Wirtschaftsförderung, FH Joanneum inno regio. Und auch aus diesen Organisationen, die ich gerade genannt habe, kamen dann Vertreter in die Gruppe, die wir zunächst einmal „Offset Styria“ als Arbeitstitel genannt haben.

Wir haben insbesondere versucht, Stärken-Schwächen-Analysen des Landes Steiermark zu erstellen. Wir haben es geschafft, dass die bis dahin nicht kompatiblen Daten und Dateien der genannten Organisationen zusammengeführt wurden, sodass wir ein einheitliches Bild hatten, wir haben immer gesagt, eine Stärkenkarte der Steiermark. Wir haben ein System damals erarbeitet, wie wir insbesondere KMUs unterstützen können bei ihren Bemühungen, Gegengeschäfte mit EADS zu lukrieren, denn die Arbeit war so ... Ich weiß nicht, wer sich von Ihnen einmal so einen Antrag für ein Gegengeschäft angeschaut hat, der hat einen Umfang von 20 bis 40 Seiten, insbesondere auf Englisch, und wir wollten die KMUs dabei unterstützen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Reihe nach. Sie haben da ein paar Initiativen zusammengebracht, aber zunächst: Ist dieser Vertrag honoriert worden? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*) – In welcher Höhe ist der honoriert worden?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Arbeitstäglich 1 000 €

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Pro begonnenem Arbeitstag 1 000 €

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ja, nachdem ich immer aus Wien angereist bin, war es immer ein ganzer Arbeitstag.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja, das wollen wir glauben. Also 1 000 € pro Arbeitstag – und das haben Sie mit Handschlag vereinbart, haben Sie gesagt.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ich bin sicher, da gab es dann hinterher auch noch einen E-Mail-Austausch, wobei ich gleich sagen muss, nach einem totalen Computer-Crash habe ich überhaupt keine Unterlagen mehr, zumindest keine Mails, die ich damals geschickt oder empfangen habe. Das müsste an anderer Stelle sicherlich noch vorhanden sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Akten des Landes Steiermark liegen hier nicht vor, aber das ist nicht weiter tragisch im Moment, wo Sie sich ohnehin erinnern können.

Wie viele Arbeitstage haben Sie dann im Zuge dieses handschlaglich vereinbarten Vertrages dann tatsächlich geleistet und verrechnet?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Wenn ich mich richtig erinnere – ich müsste in meine Steuerunterlagen schauen, weil das Geld ja dann auch noch versteuert werden musste –, waren das zehn Arbeitstage insgesamt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zehn Arbeitstage waren das. Sagen Sie, auf welchen Zeitraum hat sich das erstreckt?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Über ein Jahr. Wobei das Schwierigste immer war, die Herren zu einem Termin zusammenzubekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wurde beim Abschluss des Vertrags per Handschlag eine bestimmte Zeitdauer avisiert? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Nein!*) – Man hat also einfach die 1 000 € pro Arbeitstag festgelegt?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Nein, nein! Wir haben gesagt, wir werden versuchen, diese Arbeitsgruppe – das war ja ganz klar als Arbeitsgruppe damals titulierte – dann in eine Gesellschaft zu überführen. Wir haben es so weit geschafft, zumindest den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages zwischen den einzelnen Gruppierungen, die ich gerade genannt habe, mit Hilfe von Rechtsanwälten zu erstellen. Dann ist es zur Bildung der Gesellschaft nicht gekommen, weil damals die Industriellenvereinigung Steiermark ihre Mitarbeit an der Styria Offset aufgekündigt hat, weil die Landesgruppe Wien die Arbeiten übernommen hat. Die Wirtschaftskammer hatte damals gerade eine große Umgruppierungsaktion. Sie sah sich nicht in der Lage, Büro, Sekretärin, Gehalt für einen neu einzustellenden Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Ich hatte von Anfang an gesagt, lasst uns das mit der Wirtschaftsförderung alleine machen, mir sind zu viele Gruppierungen dort vertreten. Nachdem ich größten Wert auf Effizienz in meiner Arbeit lege, habe ich damals gesagt, ich sehe keine Chance, dass wir effizient weiterarbeiten, lasst das die anderen Gruppen machen, die sich offensichtlich darum reißen, und habe dann meine Arbeit aufgekündigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben von sich aus Ihre Arbeit aufgekündigt (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*), als die Gesellschaft, die avisiert war unter den Teilnehmern, die Sie zusammenbringen wollten, nicht zustande kam.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Nicht in meinem zeitlichen Rahmen zustande gekommen ist, was aber auch daran liegt – ich muss es noch einmal sagen –, dass insbesondere damals Industriellenvereinigung, auch Wirtschaftskammer von Wien aus die Geschäfte betreiben wollten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann hat sich herausgestellt, dass die Industriellenvereinigung vor allem von Wien aus operieren will?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Das war, wenn ich mich recht entsinne, September 2002.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): September 2002, so früh?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ja. Ich habe eine Unterlage, da habe ich ein Datum drunter: September 2002. Das war zu einem sehr frühen Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Noch einmal: Wann haben Sie dann mit Paierl dieses Abkommen geschlossen?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ich habe hier einen Entwurfstand September 2002. Ist nicht mein Ausdruck, insofern muss ich einmal davon ausgehen, dass das Datum dort richtig ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also im September 2002 haben Sie erkannt, dass die Industriellenvereinigung Steiermark sich unter dem Hinweis des Engagements der Wiener Gruppe zurückzieht?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Das brauchte ich nicht zu erkennen, das war ja klar.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, und dann ist Ihr Engagement eigentlich schon ausgelaufen? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Genau, richtig!*) – Das heißt, es ging bei Ihrer Beschäftigung lediglich um das Jahr 2002.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ende 2001/2002. Und jetzt erklärt sich für Sie auch, warum wir nur zehnmal zusammengekommen sind in der Zeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber das hieße ja, dass Paieryl mit Ihnen die Task Force – wie er es ja selbst immer wieder genannt hat – schon vor der Typenentscheidung avisiert hat?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Vollkommen richtig, ja. (*Abg. Dr. Fekter: Da war SAAB auch noch dabei – und Lockheed auch!*) Das hatte ich ja eben gesagt: Der Typenentscheid war für uns irrelevant. Der Typenentscheid spielte gar keine Rolle. Egal, welcher Typ gekommen wäre, es wäre gegengeschäftspflichtig gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War zu Ihrer Zeit, als dieser Vertrag sozusagen noch im Laufen war, Ihnen etwas von einer Initiative Land Steiermark Eurofighter Offset bekannt?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Das wird wahrscheinlich ein anderer Name sein für das, was wir gestartet haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kennen Sie die Herren Ing. Herk und Dipl.-Ing. Steiner? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Nein!*) – Die haben dieses Konzept entwickelt, das dürfte aber auch nichts geworden sein. Aber es erübrigt sich, da weiterzufragen.

Sagen Sie: Wie hat sich die Vertragsauflösung dann dargestellt? Haben Sie dem Ressortleiter, Herrn Paieryl, eine Mitteilung gemacht? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*) – Und was war seine Reaktion?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Er war enttäuscht. Wir haben ein Gespräch geführt. Er hat dann letztendlich eingesehen, dass unter den gegebenen Umständen, insbesondere Führung des Gegengeschäftes von der Industriellenvereinigung von Wien aus, Unmöglichkeit der Wirtschaftskammer, die notwendigen Infrastrukturressourcen zur Verfügung zu stellen, eine Arbeit nicht effizient sein kann. Und wir haben uns gütlich geeinigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind Ihnen in dieser Zeit von der Typenentscheidung, also 2. Juli 2002, bis Ende September 2002 besondere Initiativen oder Kontakte gelungen, wo man sagen könnte, jetzt ist im Sinne der Ursächlichkeit ein Gegengeschäft angebahnt, gestiftet worden, also wo nachweislich wäre, dass das Geschäft nur deshalb zustande kommt, weil Eurofighter oder EADS den Zuschlag bekommen hat?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Meine Damen und Herren des Ausschusses, Sie müssen eines wissen: Die wichtigen Umfänge liefen ja von Magna in Graz. Wir hatten die Arbeiten von Magna zum Offset ausdrücklich ausgenommen. Es gab ja von Magna den Herrn Hödl, der sich mit seinem Team darum gekümmert hat. Magna hat ja im Vorfeld, glaube ich, wenn ich mich recht entsinne, größere Umfänge im Rahmen des Offset angekündigt.

Wir haben Vorarbeit geleistet, ich sage es noch einmal, insbesondere für die KMUs. In der damaligen Zeit sind wir zu keinen Abschlüssen gekommen – ich sage dazu: weil die EADS zwar eine große Informationsrunde in der damaligen Zeit in Graz durchgeführt hat, aber auch immer darauf hingewiesen hat: Wir haben bis zum Jahr 2014 Zeit, lasst uns nichts überstürzen, lasst uns die besten Kooperationsgeschäfte gemeinsam aussuchen!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum dann doch Magna Steyr Fahrzeugtechnik, und zwar die HG & Co KG, eine Reihe von Gegengeschäften im Wert von über 100 Millionen Schilling eingereicht hat und letztendlich auch angerechnet bekommen hat vom BMWA, nachdem man sich ursprünglich zurückhalten wollte, wie Sie gesagt haben? – Das war auch mein Informationsstand.

Dipl.-Ing. Jürgen Stockmar: Nein, noch einmal, das war vielleicht gerade missverständlich von mir ausgedrückt: Magna hat ja die Arbeiten selbst vorangetrieben. Wir haben uns um die Magna-Belange nicht gekümmert, die sind expressis verbis ausgeschaltet gewesen bei uns.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie meinen, in der Task Force? (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*) Aber es hat ja auch Pressemeldungen gegeben, dass Magna selber – und Stronach hat das auch hier im Ausschuss behauptet – keine Gegengeschäfte beantragt oder damit nichts zu tun hat. – Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Da bin ich überfragt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nachdem Sie bis August 2002 aktiv waren, habe ich nur mehr eine abschließende Frage: Die Aktivitäten des damaligen Bundesministers für Finanzen im Kontakt mit EADS sind ja dann über den Ausschuss und aus den Akten heraus bekannt geworden. War das in der Zeit, wo Sie sich beschäftigt haben, irgendwann einmal ein Thema bei Magna, dass der Herr Finanzminister zirka ein Jahr vor Ihrer Aktivität vom Herrn Siegfried Wolf auf Magna-Kosten in ein Flugzeug „verpackt“ und nach Manching transferiert wurde, um dort das Werk zu besichtigen und Paketlösungen zu besprechen?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Das entzieht sich meiner Kenntnis?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist nie irgendwo darüber reflektiert, gesprochen worden?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Nein. Das höre ich jetzt von Ihnen zum ersten Mal.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das ist keine Respektlosigkeit, Herr Diplomingenieur, nur: Da geht es um ein steirisches Match, und ich bin Oberösterreicherin. Daher keine Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber der Steiermark, aber das müssen wir einfach so zur Kenntnis nehmen.

Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich kann das aushalten – habe auch nur eine einzige Frage: Herr Professor, Sie haben jetzt gesagt, für die Task Force war die Typenentscheidung irrelevant (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*), und haben auch gesagt, Magna wurde ausgenommen (*Dipl.-Ing. Stockmar: Ja!*), und die KMUs und so weiter standen im Zentrum.

Sie waren am 1. Juli 2002 mit Stronach und Riess-Passer beisammen. Das war einen Tag vor der Typenentscheidung. – Was war da das Thema?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Also ganz sicher nicht. Ich war nie mit der Frau Riess-Passer zusammen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Am 1. Juli 2002 haben Sie sich mit Herrn Stronach getroffen. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Schauen Sie, der Herr Stronach ist damals mein Chef gewesen, es kann durchaus sein, dass ich mich mit ihm getroffen habe. Ich habe mich mit ihm **sicherlich nie** – und das bestätige ich Ihnen hier noch einmal expressis verbis – über eine Typenentscheidung des Abfangjägers unterhalten. Das war nicht unser Thema.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie werden verstehen: Wenn Sie sich am Vorabend der Typenentscheidung in Fontana mit dem Herrn Stronach – die Frau Riess-Passer war auch dort – treffen, dann ist der zeitliche Zusammenhang schon sehr, sehr deutlich.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Ja, jetzt weiß ich, was das für ein Treffen war. Der Stronach saß mit der Frau Riess-Passer da, damals, glaube ich, noch Vizekanzlerin; ich habe mit meiner Frau beim Abendessen gegessen und ich bin dazugegangen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sehen Sie: Wir sind ja in diesem Untersuchungsausschuss seit Monaten auf der Suche nach dem Rätsel, wie es sein konnte, dass Bundeskanzler Schüssel, Finanzminister Grasser, Wirtschaftsminister Bartenstein, Vizekanzlerin Riess-Passer und Verteidigungsminister Scheibner am 2. Juli in eine Sitzung gehen – Schüssel und Riess-Passer haben gesagt, sie waren Schiedsrichter, Grasser hat gesagt, er will F-18, Scheibner hat gesagt, er will Gripen und Bartenstein hat sich herausgehalten –, und dann kommen alle heraus und wie durch ein Wunder entsteht der Eurofighter.

Sie werden verstehen, dass es natürlich für uns sehr wichtig ist, was am Vorabend dieser Ereignisse, nämlich am 1. Juli 2002, in Fontana besprochen worden ist, als Stronach, Riess-Passer und auch Sie anwesend waren.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Gut, aber dazu kann ich Ihnen keine erhellende Auskunft geben. Wir haben wahrscheinlich das Dessert gemeinsam eingenommen. Ich müsste meine Frau fragen, wie lange ich sie alleine gelassen habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat man sich an diesem Abend zu einer Besprechung zurückgezogen?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Nein, also **eindeutig** nicht – jedenfalls nicht mit mir. Wenn sich die anderen Damen und Herren zurückgezogen haben, entzieht sich das meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung an diesem Abend, dass sich die anderen, wie Sie es nennen, zu einer Besprechung zurückgezogen haben?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Muss ich sagen: nein. Ich weiß nicht, ob Sie die Örtlichkeit Fontana kennen. Dort ist ja nur das Restaurant, da gibt es einen großen Nebenraum, der normalerweise nicht benutzt wird. Und wenn es eine weitere Besprechung gibt, dann geht man rüber in die Hauptverwaltung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte noch einmal nachfragen: Warum sind Sie eigentlich zu diesem Abend eingeladen worden – wenn ich das so despektierlich fragen darf?

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Noch einmal: weil ich dabei war. Wir waren im gleichen Restaurant. Ich habe ein gutes Verhältnis zu Frank Stronach, der mich letztendlich auch eingestellt hat, und ich bin dazugeholt worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wozu dazugeholt? – Das ist ja der springende Punkt. (*Dipl.-Ing. Stockmar: Zum Abendessen!*) – Aber so ein Abendessen wird ja wohl als Geschäftsessen ... – Wie gesagt: Am nächsten Tag ist die Typenentscheidung gefallen. Dieses Abendessen wurde ja wohl als Geschäftsessen durchgeführt.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: In Managementebenen ist jedes Abendessen und jedes Essen ein Geschäftsessen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sehen Sie, das ist ja der entscheidende Punkt. Es hat am Vorabend ein Geschäftsessen gegeben. Ich frage mich jetzt, wenn diese Task Force für die Typenentscheidung irrelevant ist, warum Sie am Abend vorher, vor dieser Typenentscheidung, bei diesem Geschäftsessen sind.

Dipl.-Ing. Prof. Jürgen Stockmar: Gut, diese Frage müssen Sie sich weiter so stellen, ich kann sie nicht beantworten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch weitere Fragewünsche? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist diese Befragung beendet! Danke für Ihr Kommen und die Antworten!

(*Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Prof. Stockmar verlässt den Sitzungssaal. – Der Obmann kündigt die Abhaltung einer kurzen Geschäftsordnungssitzung an.*)

(Fortsetzung: 18.53 Uhr bis 18.54 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

18.55

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 18.55 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und gibt bekannt, dass **Protokollberichtigungen** vorgenommen wurden und hiermit Teil des öffentlichen Protokolls sind. (*Protokollberichtigungen: s. Anhang; öffentlicher Teil.*)

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, **schließt** der Obmann die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr

ANHANG

In der 38. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 29. Mai 2007 angenommene Einwendungen von Auskunftspersonen zur Übertragung der Wortprotokolle ihrer Befragung gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA

I.

Einwendungen der Auskunftsperson BM Mag. Norbert DARABOS gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 32. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 7. Mai 2007.

- Auf Seite 103, Zeile 23 muss es statt „beziehungsweise verhandelt hat“ richtig „beziehungsweise verhandelt“ lauten.
- Auf Seite 105, Zeile 6 muss es statt „was einer Fortführung der Gespräche bedürfen würde“ richtig „was die Fortführung der Gespräche betrifft“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 31 muss es statt „: öffentlich gemacht, das...“ richtig „ganz öffentlich, das...“ lauten.

Wien, 22. Mai 2007

DARABOS e.h.

II.**Einwendungen der Auskunftsperson Erhard STEININGER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 33. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 10. Mai 2007.**

- Auf Seite 12, Zeile 46 muss es **statt** „seine restlichen Schlussfolgerungen in Zweifel zu ziehen.“ **richtig** „seine rechtlichen Schlussfolgerungen in Zweifel zu ziehen.“ lauten.
- Auf Seite 13, Zeile 33 u. 34 muss es **statt** „na da hätten wir schon so gerne, dass müssten wir so haben,“ **richtig** „na das hätten wir schon so gerne, das müssten wir so haben“ lauten.
- Auf Seite 14, Zeile 27 muss es **statt** „Diese Erklärung ist generell und absolut als abstrakt gesprochen zu verstehen“ **richtig** „Diese Erklärung ist generell und absolut, also abstrakt gesprochen zu verstehen“ lauten.
- Auf Seite 16, Zeile 40 u. 41 muss es **statt** „und habe sie ins Amtsgebäude Schniergasse gebracht“ **richtig** „und habe sie ins Amtsgebäude Schnierchgasse gebracht“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 19, 20 muss es **statt** „Ich habe ich ihm aus diversen Treffen“ **richtig** „Ich habe mich mit ihm aus diversen Treffen“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 29, 30 u. 31 muss es **statt** „Im Prinzip habe ich zum Thema Wolf bereits schöpfende Auskunft gegeben mit meinem Telefax aus Thailand, dass ich an Herrn Dr. Nödl geschickt habe“ **richtig** „Im Prinzip habe ich zum Thema Wolf bereits erschöpfende Auskunft gegeben mit meinem Telefax aus Thailand, das ich an Herrn Dr. Nödl geschickt habe“ lauten.
- Auf Seite 17, Zeile 34 u. 35 muss es **statt** „Ich kenne die Frau Annamarie Frühstück.“ **richtig** „Ich kenne Frau Anna-Maria Frühstück.“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 37 u. 38 muss es **statt** „und für diese Werbekampagne für SAAB Schweden.“ **richtig** „und führt diese Werbekampagne für SAAB Schweden“ lauten.
- Auf Seite 18, Zeile 39 u. 40 muss es **statt** „ob man die vielleicht nicht irgendwo ins andere Lager ziehen können.“

richtig „ob man die vielleicht nicht irgendwo ins andere Lager ziehen könnte“
lauten.

- Auf Seite 19, Zeile 7 u. 8 muss es **statt** „mich zu laden, weil kann ich Ihnen auch nichts sagen.“
richtig „mich zu laden, weil dazu kann ich Ihnen auch nichts sagen“ lauten.
- Auf Seite 19, Zeile 10 u. 11 muss es **statt** „So dann eine Frage nachdem Herr Kurt Lukasek auch für heute geladen ist, kann ich Ihnen diesbezüglich auch Aufklärung geben, warum der von mir Geld bekommen hat?“
richtig „So dann eine Frage nach dem Herr Kurt Lukasek, der auch für heute geladen ist, vielleicht kann ich Ihnen diesbezüglich auch Aufklärung geben, warum der von mir Geld bekommen hat?“ lauten.
- Auf Seite 20, Zeile 39 u. 40 muss es **statt** „Damit wäre ich eigentlich mit meinem ... zu Ende“
richtig „Damit wäre ich eigentlich mit meinem Statement zu Ende“ lauten.
- Auf Seite 24, Zeile 39 muss es **statt** „mit dem Logo Sab...und da hat man mir gesagt,“
richtig „mit dem Logo SAAB Bofors und da hat man mir gesagt “ lauten.
- Auf Seite 25, Zeile 4 muss es **statt** „an die Firma Ho“
richtig „an die Firma Hortobagy“ lauten.
- Auf Seite 25, Zeile 7 u. 8 muss es **statt** „zur Gestaltung von beschafft habe.“
richtig „zur Gestaltung von Air-Shows beschafft habe.“ lauten.
- Auf Seite 31, Zeile 30 muss es **statt** „Und das "pakets" ist mein geistiges Eigentum“
richtig „Und das "package" ist mein geistiges Eigentum “ lauten.
- Auf Seite 33, Zeile 42 u. 43 muss es **statt** „Kontakt mit den Herren der Arme,“
richtig „Kontakt mit den Herren der Armee,“ lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 10, 11 u. 12 muss es **statt** „Aber das kann man aus der Eile heraus nicht... ich habe praktisch mit 1. Januar meine Vertrags...“
richtig „Aber das kann man aus der Eile heraus erklären, ich habe praktisch mit 1. Januar meine Vertragstätigkeit,“ lauten.
- Auf Seite 35, Zeile 41 muss es **statt** „Schauen Sie, ich nenne das jetzt political ...“
richtig „Schauen Sie, ich nenne das jetzt political engineering“ lauten.

- Auf Seite 38, Zeile 1 u. 2 muss es **statt** „Mitarbeiter des SAAB konzerns“
richtig „Mitarbeiter des SAAB-Bofors-Konzerns“ lauten.
- Auf Seite 39, Zeile 15 u. 16 muss es **statt** „und das war ein Geschäft eigentlich für Lamm aus Norwegen“
richtig „und das war ein Geschäft eigentlich für Nammo aus Norwegen“ lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 1 muss es **statt** „Ich habe für SAAB ... gearbeitet“
richtig „Ich habe für SAAB Bofors gearbeitet“ lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 3 muss es **statt** „dann im Konzern... International,“
richtig „dann im Konzern SAAB International,“ lauten.
- Auf Seite 43, Zeile 36 muss es **statt** „ich bin ja Beamter....“
richtig „Ich bin ja nicht Beamter“ lauten.
- Auf Seite 51, Zeile 1 muss es **statt** „Nein.... Eindruck gemacht, “
richtig „Nein, es hat den Eindruck gemacht“ lauten.
- Auf Seite 51, Zeile 24 muss es **statt** „Obmann Dr. Peter Pilz“
richtig „Erhard Steininger“ lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 16 u. 17 muss es **statt** „Als ich Geschäftsführer der GmbH Austria war“
richtig „Als ich Geschäftsführer der Bofors GmbH Austria war,“ lauten.
- Auf Seite 52, Zeile 19 u. 20 muss es **statt** „... hat eine Tochterfirma in Österreich, die GmbH Austria“
richtig „Bofors hat eine Tochterfirma in Österreich, die Bofors GmbH Austria“ lauten.
- Auf Seite 67, Zeile 10 u. 11 muss es **statt** „Sie wissen ja gar nicht, wo diese Firma überall Umständen Leistungen zukauf.“
richtig „Sie wissen ja gar nicht, wo diese Firma überall unter Umständen Leistungen zukauf.“ lauten.
- Auf Seite 67, Zeile 32 muss es **statt** „oder eine Verdächtigung oder war immer da hineinzudenken“
richtig „oder eine Verdächtigung oder was immer da hineinzudenken.“ lauten.

- Auf Seite 69., Zeile 10 muss es **statt** „zu einer ... Walter Seledec.“ **richtig** „zu einer Jause bei Walter Seledec.“ lauten.
- Auf Seite 69, Zeile 48 u. 49 muss es **statt** „hohen Provisionssätze für ... und diese Rico, Firma aus der Schweiz.“ **richtig** „hohe Provisionssätze für Malzacher und diese Rico, Firma aus der Schweiz“ lauten.
- Auf Seite 74, Zeile 46 u. 47 muss es **statt** „dann gebe ich den Auftrag an eine Mietwarenfirma“ **richtig** „dann gebe ich den Auftrag an eine Mietwagenfirma“ lauten.
- Auf Seite 87, Zeile 29 u. 30 muss es **statt** „Aber es so ein alter Hut, dass bei Rumpold Parteienfinanzierung vermutet wird“ **richtig** „Aber es ist ein so alter Hut, dass bei Rumpold Parteienfinanzierung vermutet wird“ lauten.
- Auf Seite 89, Zeile 6 u. 7 muss es **statt** „Er ganz ein routinierter Vorsitzender“ **richtig** „Er ist ein ganz ein routinierter Vorsitzender“ lauten.
- Auf Seite 93, Zeile 38 u. 39 muss es **statt** „innerlich nicht, aber Sie haben äußerlich eine Gegenäußerung gegeben“ **richtig** „innerlich nicht, aber Sie haben äußerlich keine Gegenäußerung gegeben“ lauten.
- Auf Seite 95, Zeile 23 u. 24 muss es **statt** „Das heißt, unsere Beschwerde seitens gegen das Urteil der ersten Instanz wurde einmal Recht gegeben.“ **richtig** „Das heißt, unserer Beschwerde gegen das Urteil der ersten Instanz wurde jedenfalls einmal Recht gegeben“ lauten.
- Auf Seite 98, Zeile 9, 10 muss es **statt** „weshalb ich mich gemäß § 7 Abs 1 Zif 7 Verfahrensordnung jedenfalls der Aussage entschlage“ „weshalb ich mich gemäß § 7 Abs 1 Zif 1 Verfahrensordnung jedenfalls der Aussage entschlage“ lauten.

18. Mai 2007

Erhard Steininger e.h.

III.

Einwendungen der Auskunftsperson GenMjr Peter STEINER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 33. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 10. Mai 2007.

- Auf Seite 103, Zeile 24 muss es **statt** „Die wirksamste Waffe die wir haben ist, dass Vergabeakte ab 75 000 € uns vor Genehmigung uns vorgeschrieben werden.“
richtig „Das wirksamste Mittel das wir haben ist, dass Vergabeakte ab 75 000 € uns vor Genehmigung vorgeschrieben werden.“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 6 muss es **statt** „Oppositionen“
richtig „Opposition“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 10 muss es statt „Es war dann Arbeit kein Mangel.“ richtig
„Es war dann an Arbeit kein Mangel.“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 28 muss es **statt** „...“, das wurde im Protokoll glaube ich ist es
ersichtlich.“
richtig „...“, das ist aus dem Protokoll glaube ich ersichtlich.“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 14 muss es **statt** „jede dieser – wir...“
richtig „jede dieser Unterkommission nur einen bestimmten Punkteanteil – wir...“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 46 muss es **statt** „Bewertung“
richtig „Berücksichtigung“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 49 muss es **statt** „vorzugeben“
richtig „stärker zu gewichten“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 14 muss es **statt** „inwieweit“
richtig „wie“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 16 muss es **statt** „25 Milliarden“
richtig „25 Milliarden ATS“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 19 muss es **statt** „sechs und acht, irgendwas auf alle Fälle es
war eklatant hoch.“
richtig „6,8 % glaube ich auf alle Fälle der Preis war eklatant hoch.“ lauten.

- Auf Seite 108, Zeile 38 muss es **statt** „Form teilen“ **richtig** „Form nicht teilen“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 39 muss es **statt** „Ersatzmaterial ... Board Equipment“ **richtig** „Ersatzmaterial Ground Support Equipment.“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 40 muss es **statt** „als Abschreibungskomponente eingehen in die Betriebskostenrechnung“ **richtig** „als kalkulatorische Abschreibung in die Betriebskostenrechnung eingehen“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 4 muss es **statt** „dass mit der Firma Eurofighter das Angebot gemacht werden kann.“ **richtig** „dass die Firma Eurofighter das Angebot machen könne.“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 18 muss es **statt** „Auch nehme ich an.“ **richtig** „Das nehme ich an.“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 34 muss es **statt** „Deckungen“ **richtig** „Deckelungen“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 3 muss es **statt** „Es gibt also einen Erlass, der diese diese Berechnungen regelt.“ **richtig** „Es gibt also einen Erlass, der diese Berechnungen regelt“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 5 muss es **statt** „wenn in der Tausendstel-Stelle; also in der dritten Stelle nach dem Komma Gleichwertigkeit, wenn diese Kommastelle auch gleich ist, ..“ **richtig** „wenn die Tausendstel-Stelle, also in der dritten Stelle nach dem Komma auch geich ist, ..“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 10 muss es **statt** „...hier herzugehen aus Generalität und so quasi...“ **richtig** „...hier herzugehen als Generalität so quasi...“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 26 muss es **statt** „Der hat sich also, das ist sicher.die.....“ **richtig** „Das ist sicher die.....“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 2 muss es **statt** „Ich habe nur eine Möglichkeit, vergaberechtlich korrekt, wenn ich diese Regeln breche, indem ich das Verfahren beende. Es wäre rein theoretisch bestünde die Möglichkeit,“

richtig „Ich habe nur eine Möglichkeit, vergaberechtlich korrekt, indem ich das Verfahren beende. Es wäre rein theoretisch die Möglichkeit,...“ lauten.

- Auf Seite 112, Zeile 15 muss es **statt** „Wir sind sehr transparent. Und letzten Endes hat dann die Bundesregierung entschieden und auch angreifbar.“ **richtig** „Wir sind sehr transparent und auch angreifbar. Und letzten Endes hat dann die Bundesregierung entschieden.“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 18 muss es **statt** „Ich muss mich an die....“ **richtig** „Der Bieter muß sich an die.....“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 23 muss es **statt** „ ...das Eicher-Gutachten.“ **richtig** „...das Aicher-Gutachten.“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 24 muss es **statt** „ um unsere Ansicht zu“ **richtig** „um unsere Rechtsansicht zu“ lauten.
- Auf Seite 112, Zeile 25 muss es **statt** „Eicher“ **richtig** „Aicher“ lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 18 muss es **statt** „Grundsätzlich kann ein“ **richtig** „Grundsätzlich ist ein“ lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 19 muss es **statt** „Kampfflugzeug ist ja mehrrollenfähig“ **richtig** „Kampfflugzeug ja mehrrollenfähig“ lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 21 muss es **statt** „Aber wenn Sie 2004, ist“ **richtig** „Aber wenn Sie 2004 ansprechen, ist“ lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 42 muss es **statt** „Garantie ist letztenendes der dass wir “ **richtig** „Garantie letztenendes der ist, dass wir " lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 42 muss es **statt** „Schaden“ **richtig** „Mangel“ lauten.
- Auf Seite 113, Zeile 45 muss es **statt** „keinen“ **richtig** „einen“ lauten.
- Auf Seite 114, Zeile 9 muss es **statt** „dieses Umlaufteiles“ **richtig** „dieser Umlaufteile“ lauten.

- Auf Seite 114, Zeile 30 muss es **statt** „den Erfüllungsschaden“ **richtig** „den Nichterfüllungsschaden“ lauten.
- Auf Seite 115, Zeile 8 muss es **statt** „Rüstungssystems Luftsystems in Eurofighter“ **richtig** „Rüstungssystems/Luftsystems wie Eurofighter“ lauten.
- Auf Seite 115, Zeile 20 muss es **statt** „Einführung sondern“ **richtig** „Einführung EUROFIGHTER sondern“ lauten.
- Auf Seite 115, Zeile 36 muss es **statt** „Einen Abnahmeverzug, also wenn die Abnahme erfolgt durch die Güteprüfstelle in Manching. Die Musterzulassung ist bereits erfolgt im März. Beides ist die Erstmusterprüfung und bedingte Lieferfreigabe.“ **richtig** „Die Musterzulassung ist bereits im März erfolgt. Die Anerkennung der Musterzulassung erfolgt durch den Leiter MSL. Es erfolgt dann die Werksgüteprüfung durch die Güteprüfstellen. Die Anerkennung der Musterzulassung und die Stückgüteprüfung ist die Erstmusterprüfung und Lieferfreigabe.“ lauten.
- Auf Seite 115, Zeile 46 muss es **statt** „Ich kann Ihnen nur empfehlen, aber das würde ich mit Sicherheit nicht empfehlen, das zu tun.“ **richtig** „Ich würde mit Sicherheit nicht empfehlen, das zu tun.“ lauten.
- Auf Seite 116, Zeile 27 muss es **statt** „Mehrkosten aus der“ **richtig** „Mehrkosten aus dieser“ lauten.
- Auf Seite 116, Zeile 34 muss es **statt** „beizustellen einfach aus dem Grund, nämlich“ **richtig** „beizustellen, nämlich“ lauten.
- Auf Seite 116, Zeile 36 muss es **statt** „Das sind SFM-“ **richtig** „Das sind FMS“ lauten.
- Auf Seite 118, Zeile 14 muss es **statt** „Das ist von mir eine journalistische“ **richtig** „Das ist eine journalistische“ lauten.
- Auf Seite 118, Zeile 19 muss es **statt** „der schlichtweg“ **richtig** „der er schlichtweg“ lauten.
- Auf Seite 118, Zeile 38 muss es **statt** „Form wir einfach, ich glaube“ **richtig** „Form einfach nicht glaube“ lauten.

- Auf Seite 118, Zeile 38 muss es **statt** „nämlich erst als“ **richtig** „nämlich dass“ lauten.
- Auf Seite 118, Zeile 39 muss es **statt** „damit ich konkret sagen kann, weil an“ **richtig** „damit ich etwas konkret sagen kann. Weil an “ lauten.
- Auf Seite 119, Zeile 6 muss es statt „Restgeschäft eines unbekanntes Adressaten.“ richtig „Rechtsgeschäft mit unbekanntes nicht näher definiertes Adressaten.“ lauten.
- Auf Seite 119 Zeile 21 muss es **statt** „Und die heikle Überwachungstätigkeit,“ **richtig** „Und die wesentliche Überwachungstätigkeit,“ lauten.
- Auf Seite 119, Zeile 24 muss es **statt** „der Preise und von der Liste her gegenüberstellt.“ **richtig** „der Preise gegenübersteht.“ lauten.
- Auf Seite 119, Zeile 30 muss es **statt** „unterschreiben lassen sogar, hat ich verpflichtet“ **richtig** „unterschreiben lassen, hat ihn sogar verpflichtet“ lauten.
- Auf Seite 120, Zeile 14 muss es **statt** „ist eben nach dieser Wettbewerbsphase bleibt
genau“ **richtig** „bleibt eben nach dieser Wettbewerbsphase genau“ lauten.
- Auf Seite 120, Zeile 21 muss es **statt** „Der Rechnungshof hat gemeint, liebe Herren, Sie haben ihn reduziert von 24 auf 18, Sie haben keine Preissteigerung zugelassen, das war ich Aicher Gutachten.“ **richtig** „Der Rechnungshof hat gemeint, liebe Herren, Sie haben reduziert von 24 auf 18 Stück, Sie haben keine Preissteigerung zugelassen.“ lauten.
- Auf Seite 120, Zeile 24 muss es **statt** „ohne verschulden.“ **richtig** „ohne Verschulden EUROFIGHTER“ lauten.
- Auf Seite 120, Zeile 29 muss es **statt** „beschließen“ **richtig** „beenden“ lauten.
- Auf Seite 120, Zeile 29 muss es **statt** „klagen euch um“ **richtig** „klagen euch auf“ lauten.

- Auf Seite 122, Zeile 1 muss es **statt** „das Unterstützungssystem und das herstellerunabhängige System“ **richtig** „das herstellerabhängige Unterstützungssystem und der herstellerunabhängige Systembereich“ lauten.
- Auf Seite 122, Zeile 8 muss es **statt** „Erfolgshaftung wollen wir oder ist“ **richtig** „Erfolgshaftung ist“ lauten.
- Auf Seite 122, Zeile 30 muss es **statt** „879, 870 auf“ **richtig** „879, 870 ABGB auf“ lauten.
- Auf Seite 122, Zeile 33 muss es **statt** „Gesetze, die lex postere Regel kann ja nicht gelten, sondern den zivilrechtlichen Auslegungen.“ **richtig** „Gesetze sind, die lex postere Regel kann ja nicht gelten, sondern die zivilrechtlichen Auslegungsregeln.“ lauten.
- Auf Seite 124, Zeile 6 muss es **statt** „ihn alleine“ **richtig** „ihn alleine nicht abgewickelt worden.“ lauten.
- Auf Seite 126, Zeile 47 muss es **statt** „dass auch“ **richtig** „da war auch“ lauten.
- Auf Seite 127, Zeile 6 muss es **statt** „Beschränkten ihr beschafft dieses Produkt.“ **richtig** „Beschränkten beschafft dieses Produkt nicht.“ lauten.
- Auf Seite 128, Zeile 12 muss es **statt** „ohne MRU, weil ja bestimmende...“ **richtig** „ohne MOU, weil ja NETMA das bestimmt.“ lauten.
- Auf Seite 128, Zeile 15 muss es **statt** „MRU“ **richtig** „MOU“ lauten.
- Auf Seite 130, Zeile 11 muss es **statt** „nie verhindern“ **richtig** „nie alles verhindern“ lauten.
- Auf Seite 131, Zeile 5 muss es **statt** „ Also die typenspezifischen Leistungen die wären, wenn man so will, also jetzt im Sinne eines Streits, beim Streit, der Streitwert hinzuzurechnen “ **richtig** „Also die typenspezifischen Leistungen die wären, wenn man so will, bei einem Rechtsstreit, dem Streitwert hinzuzurechnen“ lauten.
- Auf Seite 131, Zeile 7 muss es **statt** „sollte es zu einem - “ **richtig** „sollte es zu einem Ausstieg kommen“ lauten.

- **Frage** **einfügen:**
Abgeordnete Mag. Dr. Fekter (ÖVP): Ist der Simulator dabei?“ lauten.
Antwort beginnend in Zeile 7 „Simulator ist da dabei“
- Auf Seite 131, Zeile 20 muss es **statt** „genommen, also die“ **richtig** „genommen, also diese“ lauten.
- Auf Seite 131, Zeile 25 **streiche** „Aber das sind 343 932“.
- Auf Seite 132, Zeile 4 muss es **statt** „Aber es ist sehr viel.“ **richtig** „Aber es ist sehr viel geleistet worden.“ lauten.
- Auf Seite 132, Zeile 8 muss es **statt** „muss man aber – und soll so professionell sein, dass man mit dem leben muss.“ **richtig** „muss man aber leben und so professionell sein, dass man mit dem leben kann“ lauten.
- Auf Seite 132, Zeile 10 muss es **statt** „zugeordnete“ **richtig** „zugeordnet“ lauten.
- Auf Seite 132, Zeile 26 muss es **statt** 2 x „ADG“ **richtig** 2 x „HDG“ lauten.
- Auf Seite 132, Zeile 41 muss es **statt** „gegengeschätzt“ **richtig** „gegengerechnet“ lauten.
- Auf Seite 132, Zeile 43 muss es **statt** „der Republik und“ **richtig** „der Republik geht und“ lauten.
- Auf Seite 133, Zeile 15 muss es **statt** „Das ist diese Klausel, das orientiert sich am § 68 ABGB“ **richtig** „Diese Klausel orientiert sich am § 1168 ABGB“ lauten.
- Auf Seite 133, Zeile 16 muss es **statt** „ist weil ja der Kauf selber“ **richtig** „ist, weil ja das ABGB für den Kauf selber“ lauten.
- Auf Seite 134, Zeile 49 muss es **statt** „ diesen.....Effekt entkoppelt. Nämlich Leistung“ **richtig** „diesen synallagmatischer Effekt entkoppelt.“ lauten.

- Auf Seite 134/135, Zeile 49/1 muss es **statt** „Nämlich Leistung, diesen wechselseitigen Vertragszustand nämlich hier Leistung und da Geld.“ **richtig** „Nämlich diesen wechselseitigen Leistungsaustausch nämlich hier Ware und da Geld.“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 4 muss es **statt** „Das heißt in 30 Tage“ **richtig** „Das heißt wenn 30 Tage“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 4 muss es **statt** „Geldwertegegenleistung“ **richtig** „geldwerte Gegenleistung“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 6 muss es **statt** „Liefert der“ **richtig** „Liefert er“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 13 muss es **statt** „auch das dann“ **richtig** „auch bei einem Rechtsstreit das dann“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 14 muss es **statt** „dass wir die Zahlung durch die Republik die Zahlung einstellt“ **richtig** „oder wir die Zahlung durch die Republik einstellen.“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 15 muss es **statt** „Board“ **richtig** „Bord“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 19 muss es **statt** „Zivilprozess.“ **richtig** „Zivilprozessangelegenheiten.“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 19 muss es **statt** „aber viele nicht“ **richtig** „aber diese nicht.“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 46 muss es **statt** „werden, die das“ **richtig** „werden, nur das“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 48 muss es **statt** „Urteil die Republik Österreich hat Recht,“ **richtig** „Urteil und die Republik Österreich bekommt Recht“ lauten.
- Auf Seite 136, Zeile 3 muss es **statt** „Das ist rechtlich“ **richtig** „Das ist nicht nur rechtlich“ lauten.
- Auf Seite 136, Zeile 5 muss es **statt** „der Vertrag wird rückabgewickelt.“ **richtig** „der Vertrag könnte rückabgewickelt werden.“ lauten.

- Auf Seite 136, Zeile 7 muss es **statt** „Schadenersatzfordernde“ **richtig** „Schadenersatzforderungen“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 8 muss es **statt** „Republik natürlich dann sind.“ **richtig** „der Republik natürlich auch dann geltend gemacht werden können.“ lauten.
- Auf Seite 135, Zeile 23 muss es **statt** „Natürlich sind es,“ **richtig** „Natürlich ist es so“ lauten.

16. Mai 2007

eh. STEINER

IV.

Einwendungen der Auskunftsperson BM Mag. Wilhelm MOLTERER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 34. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 14. Mai 2007.

- Auf Seite 123, Zeile 31 muss es **statt** „Bundeskanzleramtes, Verfassungsdienst,“ **richtig** „Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst“ lauten.
- Auf Seite 123, Zeile 39 muss es **statt** „keinerlei“ **richtig** „keine“ lauten.
- Auf Seite 142, Zeile 8 muss es **statt** „nicht nicht gemacht werden“ **richtig** „nicht gemacht werden“ lauten.
- Auf Seite 142, Zeile 9 muss es **statt** „sondern nicht“ **richtig** „nicht“ lauten.
- Auf Seite 147, Zeile 9 muss es **statt** „aber darf nicht“ **richtig** „aber es darf nicht“ lauten.
- Auf Seite 149, Zeile 17 bzw. 18 muss es **statt** „in dem Sinne“ **richtig** „wenn“ lauten.
- Auf Seite 149, Zeile 18 muss es **statt** „Untersuchungsausschuss“ **richtig** „Untersuchungsgegenstand“ lauten.

24. Mai 2007

Mag. Wilhelm Molterer e.h.

V.

Einwendungen der Auskunftsperson Univ. Prof. Dr. Theo ÖHLINGER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 34. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 14. Mai 2007.

- Auf Seite 166, Zeile 42 muss es **statt** „zu stellen, hat,“ **richtig** „zu stellen,“ lauten.
- Auf Seite 166, Zeile 44 muss es **statt** „in einer Art“ **richtig** „als eine Art“ lauten.
- Auf Seite 168, Zeile 16 muss es **statt** „Akte“ **richtig** „Akten“ lauten.
- Auf Seite 169, Zeile 8 muss es **statt** „Er ist nur als“ **richtig** „Er ist als“ lauten.
- Auf Seite 169, Zeile 14 muss es **statt** „nicht im engsten, sondern in irgendeinem“ **richtig** „nicht in einem“ lauten.
- Auf Seite 171, Zeile 4 muss es **statt** „dass“ **richtig** „dem gemäß“ lauten.
- Auf Seite 172, Zeile 1 muss es **statt** „Ich glaube“ **richtig** „Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube“ lauten.

23. Mai 2007

Theo Öhlinger

VI.**Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Michael KUTSCHERA gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 15. Mai 2007.**

- Auf Seite 54, Zeile 9 muss es **statt** „das“ **richtig** „da“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 19 muss es **statt** „und welchen ...“ **richtig** „und *unter* welchen....“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 20 muss es **statt** „ gibt es Prinzip...“ **richtig** „gibt es *das* Prinzip....“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 41 muss es **statt** „gibt auch Vertragspartner...“ **richtig** „gibt auch *weitere mögliche* Vertragspartner....“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 41 u. 42 muss es **statt** „der Vertragspartner...“ **richtig** „der *andere* Vertragspartner....“ lauten.
- Auf Seite 54, Zeile 46 u. 47 muss es **statt** „ wie das Vertrag sagt....“ **richtig** „wie *der* Vertrag sagt....“ lauten.
- Auf Seite 56, Zeile 19 muss es **statt** „und also außer Kraft...“ **richtig** „und *auch* außer Kraft....“ lauten.
- Auf Seite 56, Zeile 29 muss es **statt** „Transaktionen verwendet werden“ **richtig** „Transaktionen *zu verwenden*“ lauten.
- Auf Seite 56, Zeile 46 muss es **statt** „vor allem von...“ **richtig** „vor allem *vom*....“ lauten.
- Auf Seite 56, Zeile 49 muss es **statt** „insentiv“ **richtig** „*incentive*“ lauten.
- Auf Seite 57, Zeile 3 muss es **statt** „Gegengeschäftsvertrag da hinfällt“ **richtig** „Gegengeschäftsvertrag *dahinfällt*“ lauten.
- Auf Seite 57, Zeile 16 muss es **statt** „ankommen nach...“ **richtig** „*ankommen*. Nach....“ lauten.

- Auf Seite 59, Zeile 1 muss es **statt** „ich kann Ihnen jetzt nicht mehr den Ablauf,..“
richtig „ich kann mich jetzt nicht mehr *an* den Ablauf erinnern.“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 2 muss es **statt** „wenn Sie mich erinnern können an etwas,
woran ich...“
richtig „Wenn Sie mich etwas fragen, womit ich...“ lauten.
- Auf Seite 59, Zeile 42 muss es **statt** „Verhandlungspunktes...“
richtig „Verhandlungsprozesses...“ lauten.
- Auf Seite 60, Zeile 10 muss es **statt** „auch die schutzwürdigen“
richtig „auch *den* schutzwürdigen...“ lauten.
- Auf Seite 60, Zeile 11 muss es **statt** „ denen Rechnung “
richtig „Rechnung“ lauten.
- Auf Seite 62, Zeile 26 muss es **statt** „sachkundig versichert...“
richtig „sachkundig *extern* versichert “ lauten.
- Auf Seite 63, Zeile 16 u. 17 muss es **statt** „zu dieser Position gekommen ist....“
richtig „zu dieser Position *zustande* gekommen ist.....“ lauten.
- Auf Seite 64, Zeile 43 muss es **statt** „und dass man langsam....“
richtig „und dass man *dann* langsam....“ lauten.
- Auf Seite 65, Zeile 6 u.7 muss es **statt** „Gegengeschäftsvolumen... verschul
Bitte?“
richtig „verschuldensunabhängig. Bitte?“ lauten.
- Auf Seite 65, Zeile 17 muss es **statt** „Minima erreicht....“
richtig „Minima *nicht* erreicht.....“ lauten.
- Auf Seite 65, Zeile 40 muss es **statt** „(??)....“
richtig „erwähnt....“ lauten.

VII.

Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Silvia ZENDRON gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 15. Mai 2007.

- Auf Seite 40, Zeile 9 muss es **statt** "Silvos" **richtig** "Silvia" lauten.
- Auf Seite 40, Zeile 30 muss es **statt** "Zeitlich hatte ich zu tun" **richtig** "Zeitlich hatte ich damit zu tun" lauten.
- Auf Seite 40, Zeile 38 muss es **statt** "Effikivität" **richtig** "Effektivität" lauten.
- Auf Seite 40, Zeile 42 muss es **statt** "IBIS-Studie" **richtig** "IWI-Studie" lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 1 muss es **statt** "hatte ich zeitlich, also im gleichen Zeitraum" **richtig** "hatte ich im gleichen Zeitraum" lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 2 muss es **statt** "im Kontext, Förderungen" **richtig** "im Kontext von Förderungen" lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 22 u. 23 muss es **statt** "dargestellt wurde, am gleichen Tag" **richtig** "dargestellt wurde. Am gleichen Tag" lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 25-27 muss es **statt** "mit der Bitte, dass sozusagen zu begutachten und der Hintergrund für meine Begutachtung ist der, dass ich also recherchiert habe, wie die der Stand the State of the Art ist zu dem Thema." **richtig** "mit der Bitte, das sozusagen zu begutachten. Der Hintergrund für meine Begutachtung ist der, dass ich also recherchiert habe, was "State of the Art" ist zu dem Thema." lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 37 muss es **statt** "die Ansicht, dass sozusagen, dass ..." **richtig** "die Ansicht, dass ..." lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 41 muss es **statt** "dass sich sozusagen die Gewichte etwas verschoben haben und dass es nicht nur ..." **richtig** "dass sich die Gewichte etwas verschoben haben. Dass es nicht nur ..." lauten.

- Auf Seite 41, Zeile 43 und 44 muss es **statt** " ... dass der zivile Sektor also durchaus beiträgt zur Entwicklung und zum zum Fortschritt ..." **richtig** " ...dass der zivile Sektor umgekehrt auch beiträgt zur Entwicklung und zum Fortschritt ..." lauten.
- Auf Seite 41, Zeile 44 und 45 muss es **statt** " ...es gibt also durchaus auch empirische Hinweise, die das inzwischen belegen, und und sozusagen, man kann ..." **richtig** " ... es gibt durchaus auch empirische Hinweise, die das inzwischen belegen, und man kann ..." lauten.
- Auf Seite 42, Zeile 13 und 14 muss es **statt** " ... Ansicht und auch ... Ja, also diese Ansicht, dass ..." **richtig** " ... Ansicht zu sein. Dass ..." lauten.
- Auf Seite 42, Zeile 17 muss es **statt** "ist" **richtig** "hat" lauten.
- Auf Seite 42, Zeile 19 muss es **statt** "Pressemeldung, das ..." richtig "Pressemeldung bestätigt, das ..." lauten.
- Auf Seite 42, Zeile 34 muss es **statt** „vom Sektionsschef Steger an den Minister“ **richtig** „vom Minister an Stektionschef Steger“ lauten.
- Auf Seite 43, Zeile 30 und 31 muss es **statt** „Gegengeschäfte, dass man versucht, dass man ...“ **richtig** „Gegengeschäfte, was man ...“ lauten.
- Auf Seite 43, letzte Zeile und Seite 44, Zeile 1 muss es **statt** „ ... Economics beschäftigen, und das Thema offset, es gibt dazu einige sozusagen Standard Readers.“ **richtig** „Economics – damit beschäftigen, und zum thema Offsets gibt es einige Standard Readers, ...“ lauten.
- Auf Seite 44, Zeile 23 muss es **statt** „2/14“ **richtig** „II/14“ lauten.
- Auf Seite 44, Zeile 25 muss es **statt** „ ... ja auch, das ist eh zum ...“ **richtig** „ ... ja auch festgehalten, das ist zum ...“ lauten.

- Auf Seite 45, Zeile 10 muss es **statt** "2.14, 2.3, 2.8" **richtig** "II/14, II/3, II/8" lauten.
- Auf Seite 45, Zeile 16 muss es **statt** "2.14" **richtig** "II/14" lauten.
- Auf Seite 45, Zeile 35 muss es **statt** "2.14" **richtig** "II/14" lauten.
- Auf Seite 46, Zeile 11 muss es **statt** "ich" **richtig** "ist" lauten.
- Auf Seite 46, Zeile 16 und 17 muss es **statt** "Dass die die Funktion dieser Multiplikatoren diese wäre," **richtig** "Dass dies die Funktion dieser Multiplikatoren wäre," lauten.
- Auf Seite 46, vorletzte Zeile muss es **statt** "Aironautics" **richtig** „Aeronautics“ lauten.
- Auf Seite 46 letzte Zeile und Seite 47 Zeile 1 muss es **statt** ... da besonders schon früher bei Förderungen begünstigt waren, oder sozusagen gerade ..." **richtig** " ... dass diese schon früher bei Förderungen begünstigt waren, oder dass gerade ..." lauten.
- Auf Seite 47, Zeile 33 muss es **statt** „oder die Berichtet dem Präsidenten“ **richtig** „die berichtet dem Präsidenten“ lauten.
- Auf Seite 47, Zeile 39-41 muss es **statt** "Da gibt es eben auch durch diese Nähe von dieser Art von Geschäften, wird das eben auch bei den Offsets als ein kritisches Feld gesehen." **richtig** "Durch diese Nähe zu dieser Art von Geschäften, werden eben auch Offsets als ein kritisches Feld gesehen." lauten.
- Auf Seite 48, Zeile 20 muss es **statt** "dass" **richtig** "das" lauten.
- Auf Seite 48, Zeile 43 und 44 muss es **statt** "Krammer" **richtig** "Kramer" lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 1 muss es **statt** "Krammer" **richtig** "Kramer" lauten.

- Auf Seite 49, Zeile 3 muss es **statt** "Krammer" **richtig** "Kramer" lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 8 muss es **statt** "second" **richtig** "second" lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 21 und 22 muss es **statt** " ... Kosten auf Discharching Direct Offsets is five to feefhteen percent of the value of the supply contract." **richtig** " ... Kosten "of discharching direct offsets is five to fifteen percent of the value of the supply contract".." lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 37 muss es **statt** "2.14 ... 2.4" **richtig** "II/14 ... II/4" lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 49 muss es **statt** "2.3" **richtig** "II/3" lauten.
- Auf Seite 49, Zeile 43 muss es **statt** "Seiler ... 2.8" **richtig** "Sailer ... II/8" lauten.
- Auf Seite 50, Zeile 32 muss es **statt** "214 ... eben" **richtig** "II/14 ... damals" lauten.
- Auf Seite 50, Zeile 33-34 muss es **statt** " ... hat sich dann, schreibt die Abteilung 214 auf Drängen des Finanzministeriums wurde dann zwischen der Landesverteidigung ..." **richtig** " ... hat dann, schreibt die Abteilung II/14, auf Drängen des Finanzministeriums zwischen der Landesverteidigung ..." lauten.
- Auf Seite 51, Zeile 8 muss es **statt** "Soll Regionalpolitik, Soll KMU Politik, also welches gewicht ..." **richtig** "Soll "Regionalpolitik", soll "KMU-Politik", - also welches Gewicht ..." lauten.

VIII.**Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Miron PASSWEG gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 15. Mai 2007.**

- Auf Seite 69, Zeile 17 muss es **statt** „...dem entsprechenden Geschäftsführer...“ **richtig** „bzw. die entsprechenden Geschäftsführer...“ lauten.
- Auf Seite 81, Zeile 35 muss es **statt** „MRN?? Sonderfahrzeuge“ **richtig** „MAN Sonderfahrzeuge“ lauten.
- Auf Seite 81, Zeile 36 muss es **statt** „AMST?? Systemtechnik“ **richtig** „AMST Systemtechnik“ lauten.
- Auf Seite 81, Zeile 38 muss es **statt** „Firma Dana??“ **richtig** „Firma Dana“ lauten.
- Auf Seite 84, Zeile 3 muss es **statt** „...die diskutiert...“ **richtig** „...die diskutiert wurden...“ lauten.
- Auf Seite 84, Zeile 4 muss es **statt** „...nach außen hin vermittelt das eigentlich...“ **richtig** „...nach außen hin vermittelt eigentlich...“ lauten.
- Auf Seite 84, Zeile 18 muss es **statt** „...glaube ich der erste...“ **richtig** „...glaube ich die erste...“ lauten.
- Auf Seite 87, Zeile 16 muss es **statt** „...in einer Plattform.“ **richtig** „...in der Plattform.“ lauten.

23. Mai 2007

Mag. Miron Passweg e.h.

IX.**Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Christian HELMENSTEIN gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der **35. Sitzung** des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 15. Mai 2007.**

- Auf Seite 90, Zeile 34 u. 36 muss es **statt** „Freiler“ **richtig** „Freyler“ lauten.
- Auf Seite 91, Zeile 29 muss es **statt** „ESCS“ **richtig** „ESCE“ lauten.
- Auf Seite 93, Zeile 36 muss es **statt** „Erklärungsmethodik“ **richtig** „Bewertungsmethodik“ lauten.
- Auf Seite 94, Zeile 39 muss es **statt** „wo uns da auffällt“ **richtig** „wenn uns da etwas auffällt“ lauten.
- Auf Seite 94, Zeile 42 u. 45 muss es **statt** „Krammer“ **richtig** „Kramer“ lauten.
- Auf Seite 95, Zeile 9 muss es **statt** „Meier“ **richtig** „Mayer“ lauten.
- Auf Seite 95, Zeile 41 und Seite 96, erste Zeile muss es **statt** „Klement“ **richtig** „Clement“ lauten.
- Auf Seite 95, letzte Zeile ist das Fragezeichen hinter Foresee zu streichen, da korrekt geschrieben.
- Auf Seite 96, Zeile 19, muss es **statt** „Vertrauensvorbehalt“ **richtig** „Vertraulichkeitsvorbehalt“ lauten.
- Auf Seite 96, Zeile 21 muss es **statt** „Rund“ **richtig** „Runde“ lauten.
- Auf Seite 96, Zeile 41 muss es **statt** „Count of Purchase“ **richtig** „Counterpurchase“ lauten.

- Auf Seite 96, Zeile 48 von unten muss es **statt** „nächstes“ **richtig** „nächstes:“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 1 muss es **statt** „über“ **richtig** „für“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 7 muss es **statt** „kausal ursächlich“ **richtig** „kausal, ursächlich“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 12 muss es **statt** „volkswirtschaftlichen ... ebenfalls berechnet die“ **richtig** „volkswirtschaftlichen Ebene berechnet“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 13 muss es **statt** „Modell“ **richtig** „Modell:“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 31 muss es **statt** „wirft,“ **richtig** „wird <und ohne Beistrich>“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 32 muss es **statt** „EAP-Form“ **richtig** „ERP-Fonds“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 35 muss es **statt** „welcher Erträge“ **richtig** „welche Erträge“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 38 muss es **statt** „durchzuführen, um“ **richtig** „durchzuführen. Um“ lauten.
- Auf Seite 97, Zeile 45 u. 46 muss es **statt** „der potenzielle, erwartete Ertrag des Gegengeschäftes verpflichtet“ **richtig** „als potenzieller, erwarteter Ertrag des Gegengeschäftes verrechenbar“ lauten.
- Auf Seite 98, Zeile 6 muss es **statt** „BOC“ **richtig** „DOC“ lauten.
- Auf Seite 98, Zeile 29 muss es **statt** „...?“ **richtig** „Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP)“ lauten.

- Auf Seite 98, Zeile 45 muss es **statt** „Aufmerksam“
richtig „aufmerksam“ lauten.
- Auf Seite 98, Zeile 46 muss es **statt** „Technologie- oder Bildungsintensiven“
richtig „technologie- oder bildungsintensiven“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 5 muss es **statt** „Bündelprojekt“
richtig „Bündelprojekt, <mit Beistrich>“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 12 muss es **statt** „Zeitraum,“
richtig „Zeitraum <ohne Beistrich>“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 19 muss es **statt** „zu setzten“
richtig „zu setzen“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 22 muss es **statt** „Bewertungsheet“
richtig „Bewertungssheet“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 34 muss es **statt** „Gegengeschäfts Verpflichteten“
richtig „Gegengeschäftsverpflichteten“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 36 muss es **statt** „kanten“
richtig „kannten“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 42 muss es **statt** „Outpunt-Modelles“
richtig „Output-Modelles; <Typo und Semikolon>“ lauten.
- Auf Seite 100, Zeile 10 muss es **statt** „Nace“
richtig „NACE“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 18 muss es **statt** „heißt beim BMFIT“
richtig „heißt beim BMVIT hatte“ lauten.

22. Mai 2007

Christian Helmenstein

X.

Einwendungen der Auskunftsperson Univ. Prof. Dr. Josef AICHER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 36. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 21. Mai 2007.

- Auf Seite 10, Zeile 20 ist „... und, und, und, ...“ zu **streichen**.

.24.5.2007

Aicher eh.

XI.**Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Martin EICHTINGER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zur Tonbandabschrift der 37. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 22. Mai 2007.**

- Auf Seite 99, Zeile 12 bis 14. muss es **statt** „Also es wurde für das Anrechnungsverfahren wurde die, ein bereits bestehender Beirat in einer Plattform etabliert, die die Gegengeschäfte begutachtet hat ...“ **richtig** „Für das Anrechnungsverfahren wurde ein bereits bestehender Beirat in eine Plattform umgewandelt, die die Gegengeschäfte begutachtet hat ...“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 16 bis 19 muss es **statt** „...und wo man im Zuge des Anrechnungsprozesses sich dann bewusst geworden ist, dass es hier in Beispiel Investitionsprojekte, dass man hier andere, also sich stärker mit den Projekten beschäftigen muss...“ **richtig** „...und wo man sich im Zuge des Anrechnungsprozesses dann bewusst geworden ist, dass man sich zum Beispiel bei Investitionsprojekten, stärker mit den Details der Projekte beschäftigen muss...“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 22 muss es **statt** „Nein, ich habe mittlerweile verbessert, sondern...“ **richtig** „Nein, ich habe nicht gesagt, dass hier eine Verbesserung notwendig war, sondern...“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 24 u. 25 muss es **statt** „Das würde ich jetzt nicht als eine Bezeichnung, eine Verbesserung gegenüber den ersten Anrechnungen bezeichnen ...“ **richtig** „Das würde ich nicht als eine Verbesserung gegenüber den ersten Anrechnungen bezeichnen ...“ lauten.
- Auf Seite 99, Zeile 41 bis 45 muss es **statt** „Es gibt eine sehr intensive Beschäftigung mit Projekten vor allem Projekte komplexerer Natur und es gibt ja hier eine Prüffrist, die das Ministerium hat von 120 Tagen und Projekten die eingehen in die Debatte und vor allen auch Rückfragen mit dem Gegengeschäftspartner erfordern,...“ **richtig** „Es gibt eine sehr intensive Beschäftigung mit Projekten, vor allem mit Projekte komplexerer Natur und es gibt hier eine Prüffrist, die das Ministerium hat - von 120 Tagen - und Projekte, die eine eingehendere Debatte und vor allen auch Rückfragen mit dem Gegengeschäftspartner erfordern,...“ lauten.
- Auf Seite 100, Zeile 8 bis 10 muss es **statt** „der uns darauf hingewiesen hat, dass es bei diesem Punkt im Gegengeschäftsvertrag eine Bestimmung gibt, die eine Information über den Gegengeschäftsvertrag nur zulässt...“ **richtig** „der uns darauf hingewiesen hat, dass es im Gegengeschäftsvertrag eine

Bestimmung gibt, die eine Information über den Gegengeschäftsvertrag nur zulässt...“ lauten.

- Auf Seite 100, Zeile 12 u. 13 muss es **statt** „...und uns diesbezüglich auch empfohlen dieses Thema hier auf den Tisch zu hier“ **richtig** „...und uns diesbezüglich auch empfohlen hat dieses Thema hier vorzubringen.“ lauten.
- Auf Seite 100, Zeile 23 u. 24 muss es **statt** „Es besteht allerdings, also ich habe jetzt nicht vor mich deshalb hier vor dem Ausschuss meiner Aussage zu“ **richtig** „Ich habe jetzt nicht vor mich deshalb hier vor dem Ausschuss meiner Aussage zu entschlagen.“ lauten.
- Auf Seite 100, Zeile 27 bis 31 muss es **statt** „Nein, natürlich aber es ist so, dass die Republik Österreich hier ein vertragliches, eine Vertragsverpflichtung eingegangen ist, in dem Fall mit der Eurofighter GmbH, Jagdflugzeug GmbH und dass es diese, dass ich auf diese vertragliche Verpflichtung hinweise, weil es natürlich möglicherweise auch Konsequenzen für die“ **richtig** „Nein, natürlich, aber es ist so, dass die Republik Österreich hier eine Vertragsverpflichtung eingegangen ist, in dem Fall mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, und dass ich auf diese vertragliche Verpflichtung hinweise, weil es natürlich möglicherweise auch Konsequenzen für die Republik Österreich geben kann.“ lauten.
- Auf Seite 101, Zeile 12 u. 13 muss es **statt** „Ich kann nicht sagen, ob das Wirtschaftsministerium. Ich weiß, wem das EBD-Büro gehört.“ **richtig** „Ich kann nicht sagen, ob sich das Wirtschaftsministerium nicht gekümmert hat. Ich weiß nicht, wem das EBD-Büro gehört.“ lauten.
- Auf Seite 101, Zeile 28 u. 29 muss es **statt** „Daher ist irgendwie die Rückfrage wahrscheinlich...“ **richtig** „Daher ist eine Rückfrage wahrscheinlich unterblieben.“ lauten.
- Auf Seite 102, Zeile 38 muss es **statt** „Professor Krammer“ **richtig** „Professor Kramer“ lauten. [Der Name wäre auch in der Folge richtig zu stellen.]
- Auf Seite 103, Zeile 4 muss es **statt** „plus in dem Fall einer weiteren“ **richtig** „plus einer weiteren“ lauten.
- Auf Seite 103, Zeile 7 muss es **statt** „Sitzung auch dem Herrn Bundesminister“ **richtig** „Sitzung dem Herrn Bundesminister“ lauten.

- Auf Seite 103, Zeile 9 muss es **statt** „Projekte gelegt.“ **richtig** „Projekte mit gelegt.“ lauten.
- Auf Seite 103, Zeile 33 muss es **statt** „ich war als Kabinettchef hatte ich mit“ **richtig** „ich hatte als Kabinettchef mit“ lauten.
- Auf Seite 103, Zeile 44 muss es **statt** „Prof. Helmerstein.“ **richtig** „Prof. Helmenstein“ lauten.
- Auf Seite 104, Zeile 3 u. 4 muss es **statt** „sechs, acht, zehn Monaten, weiß ich nicht. Aber jedenfalls nicht in letzter Zeit.“ **richtig** „sechs, acht, zehn Monaten. Jedenfalls nicht in letzter Zeit.“ lauten.
- Auf Seite 104, Zeile 42 bis 49 muss es **statt** „...erarbeitet hat, von dem ich vorhin gesprochen habe; Professor Helmenstein, mitgewirkt – Danke vielmals – Und ich habe darauf hingewiesen, dass dieses wissenschaftliche Modell soweit mir in Erinnerung ist, wurde Ende 2004 das dann erstmalig auch angewendet, und wurde auch dem Herrn Bundesminister präsentiert. Und so gesehen würde ich meinen, dass dieser Brief möglicherweise dahingehend überholt ist, dass Professor Krammer an einer wissenschaftlichen, vielleicht, ich kann nur mutmaßen, ich bin kein Mitglied der Plattform,...“ **richtig** „...erarbeitet hat, von dem ich vorhin gesprochen habe, gemeinsam mit Professor Helmenstein, mitgewirkt. Und ich habe darauf hingewiesen, dass dieses wissenschaftliche Modell, soweit mir in Erinnerung ist, Ende 2004 dann erstmalig angewendet und auch dem Herrn Bundesminister präsentiert wurde. Und so gesehen würde ich meinen, dass dieser Brief möglicherweise dahingehend überholt ist; vielleicht, ich kann nur mutmaßen, ich bin kein Mitglied der Plattform,.....“ lauten.
- Auf Seite 105, Zeile 19 u. 20 muss es **statt** „Ich weiß, dass die Arbeit der Plattform massiv im Interesse des Ministers war, dass...“ **richtig** „Ich weiß, dass die Arbeit der Plattform massiv im Interesse des Ministers gelegen war, dass...“ lauten.
- Auf Seite 105, Zeile 21 u. 22 muss es **statt** „...und auch entsprechend jene Transparenz sicherstellt, an dem dem Minister extrem viel gelegen war.“ **richtig** „...und auch entsprechend jene Transparenz sicherstellt, an der dem Minister extrem viel gelegen war“ lauten.
- Auf Seite 105, Zeile 42 u. 43 muss es **statt** „Es ist, glaube ich, es sind dem Herrn Bundesminister natürlich die endgültigen Anerkennungen ihm vorgelegen.“ **richtig** „Es sind dem Herrn Bundesminister natürlich die endgültigen Anerkennungen vorgelegen.“ lauten.

- Auf Seite 106, Zeile 5 muss es **statt** „abgelehnt wurden.“ **richtig** „abgelehnt wurde.“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 7 u. 8 muss es **statt** „es ist der Inhalt des Gegengeschäftes ist dort ebenfalls vermerkt...“ **richtig** „es ist der Inhalt des Gegengeschäftes dort ebenfalls vermerkt...“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 9 muss es **statt** „viel rascher natürlich“ **richtig** „natürlich viel rascher“ lauten.
- Auf Seite 106, Zeile 42 muss es **statt** „...dass die Entscheidung und auch die Prüfung selbstverständlich die Verantwortung...“ **richtig** „...dass die Entscheidung und auch die Prüfung und selbstverständlich die Verantwortung...“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 1 muss es **statt** „der zeitlichen, das ist“ **richtig** „der zeitlichen Entsprechung, das ist“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 16 u. 17 muss es **statt** „Wenn bei einem Plattform Mitglied eine Frage zu einem Gegengeschäft gestellt hat, dann wurde die entsprechende“ **richtig** „Wenn ein Plattform Mitglied eine Frage zu einem Gegengeschäft gestellt hat, dann wurde die entsprechende Information geliefert“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 36 bis 38 muss es **statt** „...hier im Sinne eines effizienten Prüfprozesses, der natürlich nicht so effizient und so rasch ablaufen könnte, wenn jede Gegengeschäftsbestätigung hinten mit einem Wust an Unterlagen kommt.“ **richtig** „...hier im Sinne eines effizienten Prüfprozesses gewählt haben, der natürlich nicht so effizient und so rasch ablaufen könnte, wenn jede Gegengeschäftsbestätigung mit einem Wust an Unterlagen kommt.“ lauten.
- Auf Seite 107, Zeile 40 muss es **statt** „...des Prüfverfahren vis á vis Dokumentenvorlage.“ **richtig** „des Prüfverfahrens gegen eine vermehrte Dokumentenvorlage gemacht.“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 10 muss es **statt** „Die Laufzeit insgesamt im Vertrag festgehalten 15 Jahre.“ **richtig** „Die gesamte Laufzeit ist im Vertrag festgehalten: 15 Jahre.“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 19 bis 23 muss es **statt** „...Fall, Beispiel, dass das Ministerium nach Ablauf der 15 Jahre die Gegengeschäfte nicht zur vollen Gänze von 4 Milliarden abgewickelt wären (auch nach dem Rechnungshofbericht), den der Herr Abgeordnete Kogler zitiert hat, bestätigt auch der Rechnungshofbericht,

dass es sehr wahrscheinlich ist, dass diese 4 Milliarden in dem Zeitraum umgesetzt werden können.“

richtig „...Fall, Beispiel, dass nach Ablauf der 15 Jahre die Gegengeschäfte nicht zur vollen Gänze von 4 Milliarden abgewickelt wären - obwohl nach dem Rechnungshofbericht, den der Herr Abgeordnete Kogler zitiert hat, auch der Rechnungshofbericht bestätigt, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass diese 4 Milliarden in dem Zeitraum umgesetzt werden können.“ lauten.

- Auf Seite 108, Zeile 25 bis 28 muss es **statt** „...der Pönalzahlung es ist im Interesse der Unternehmen und der Republik liegen würden, durch eine Verlängerung des Zeitraumes hier weitere Gegengeschäfte anrechnen zu können anstelle der Pönale. Zum Beispiel, dann wäre das mit...“
richtig „...der Pönalzahlung es im Interesse der Unternehmen und der Republik liegen würde, dass durch eine Verlängerung des Zeitraumes weitere Gegengeschäfte angerechnet werden können, anstelle des Pönales. Dann wäre das mit...“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 29 u. 30 muss es **statt** „Aber natürlich ist ja für die Republik, die ja der Begünstigte aus dem Vertrag ist in dem Fall, ist es natürlich möglich zu sagen,...“
richtig „Aber natürlich ist es für die Republik, die ja der Begünstigte des Vertrages ist, möglich zu sagen,...“ lauten.
- Auf Seite 108, Zeile 47 muss es **statt** „Die Möglichkeit der Verlängerung obliegt ja der Republik.“
richtig „Die Möglichkeit der Verlängerung liegt ja bei der Republik.“ lauten.
- Auf Seite 108, letzte Zeile und Seite 109 erste Zeile muss es **statt** „...es sei denn, soweit mir erinnerlich ist, gibt es noch eine Passage drinnen „vis major“.“
richtig „...es sei denn im Falle von „vis major,“ zu dem es eine Passage im Vertrag gibt.“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 12 u. 13 muss es **statt** „Welchen zum Beispiel meinen Sie da?“
richtig „Welche, zum Beispiel, meinen Sie da?“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 21 muss es **statt** „Nein, mir ist nicht bekannt eine Vermittlerprovision.“
richtig „Nein, mir ist eine Vermittlerprovision nicht bekannt“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 31 muss es **statt** „Schriftverkehr mit dem Kabinett über Vermittlerprovision.“
richtig „Einen Schriftverkehr mit dem Kabinett über eine Vermittlerprovision?“ lauten.

- Auf Seite 109, Zeile 34 muss es **statt** „Dann ist es mir nicht erinnerlich, aber.“ **richtig** „Dann ist es mir nicht erinnerlich.“ lauten.
- Auf Seite 109, Zeile 40 muss es **statt** „Wieso sollten wir damit befasst worden sein, wenn das“ **richtig** „Wieso sollten wir damit befasst worden sein, wenn EADS so etwas zugesagt hätte.“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 3 u. 4 muss es **statt** „Nein ich bin nicht für die Gegengeschäfte zuständig und ich weiß von den Vermittlerprovisionen nichts, also“ **richtig** „Nein, ich war für die Gegengeschäfte im Kabinett zuständig und ich weiß von Vermittlerprovisionen nichts.“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 6 muss es **statt** „Ernst & Joung“ **richtig** „Ernst & Young“ lauten. [Der Name wäre auch in der Folge richtig zu stellen.]
- Auf Seite 110, Zeile 14 bis 18 muss es **statt** „Das war eine rund um den ersten Meilenstein war das eine, gab es sehr massiv in den Medien den Vorwurf dass es sich bei den Gegengeschäften um Luftgeschäfte handeln würde und durch die Beschäftigung von Ernst & Joung die geprüft haben dass es sich um Unternehmen aus Fleisch und Blut handelt, dass es sich um eine vertragliche Obligation zwischen den Unternehmern handelt.“ **richtig** „Das war rund um den ersten Meilenstein. Da gab es in den Medien sehr massiv den Vorwurf dass es sich bei den Gegengeschäften um Luftgeschäfte handeln würde und durch die Bestätigung von Ernst & Young, die geprüft haben, dass es sich um Unternehmen und Unternehmer aus Fleisch und Blut handelt, dass es sich um vertragliche Obligationen handelt, wurde diesem Vorwurf begegnet.“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 33 u. 34 muss es **statt** „Vielleicht darf ich nur dazu noch einmal darauf hinweisen es ist gegangen um den ersten Meilenstein.“ **richtig** „Vielleicht darf ich nur dazu noch einmal auf Folgendes hinweisen: es ging um den ersten Meilenstein.“ lauten.
- Auf Seite 110, Zeile 37 u. 38 muss es **statt** „Denn dieser erste Meilenstein betrifft, also war ein Minimum von einer Milliarde, diese Milliarde...“ **richtig** „Denn dieser erste Meilenstein betrifft ein Minimum von einer Milliarde. Diese Milliarde...“ lauten.
- Auf Seite 111, Zeile 38 bis 40 muss es **statt** „Damals, der Minister hat eine Pressekonferenz zum Meilenstein gegeben und hat dort also den Meilenstein präsentiert. Ich kann jetzt nicht mehr dazu sagen welche Unterlagen damals da zur Verfügung gestanden sind.“ **richtig** „Damals hat der Minister eine Pressekonferenz zum Meilenstein gegeben

und hat dort den Meilenstein präsentiert. Ich kann jetzt nicht mehr sagen, welche Unterlagen damals zur Verfügung gestanden sind.“ lauten.

24. Mai 2007

Dr. Martin Eichinger e.h.

XII.**Einwendungen der Auskunftsperson DI Walter STEPHAN gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 36. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 21. Mai 2007.**

- Auf Seite 100, Zeile 6 muss es **statt** „Davon sind zwei derzeit ruhend gestellt auf Grund der Diskussion. Der A-380-Freighter wurde zurückgestellt.....“ **richtig** „Davon sind zwei derzeit ruhend gestellt aufgrund der Tatsache das der A380-Freighter vorläufig zurückgestellt wurde (eingestellt).“ lauten.

29. 5. 2007

DI Stephan Walter e.h.
